徐友渔 Xu Youyu
崔卫平 Cui Weiping
秦晖 Qin Hui
傅国涌 Fu Guoyong
李昌平 Li Changping
贺卫方 He Weifang
于建嵘 Yu Jianrong
展江 Zhan Jiang
胡鞍钢 Hu Angang
刘军宁 Liu Junning
俞可平 Yu Keping

Wie China debattiert

Neue Essays und Bilder aus China

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Wie China debattiert Neue Essays und Bilder aus China

Wie China debattiert Neue Essays und Bilder aus China
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Berlin 2009
© Heinrich-Böll-Stiftung
Alle Rechte vorbehalten

Konzept und Redaktion: Katrin Altmeyer, Zhu Yi
Mitarbeit: Kimiko Suda, Nora Sausmikat, Shi Ming, Josie-Marie Perkuhn
Autorenfotos: Yu Jie, Chen Jie, Ma Yixing, privat

Einband, Layout und Satz: blotto, Berlin
Druck: agit-druck, Berlin

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030-285340 **F** 030-28534109 **E** info@boell.de **W** www.boell.de

ISBN 978-3-86928-009-7

Wie China debattiert

Neue Essays und Bilder aus China

Mit Fotos u.a. von Michael Ende

Heinrich-Böll-Stiftung 2009

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Vorwort von Katrin Altmeyer und Barbara Unmüßig 7
Die Autoren 9

I. **Die Rolle der Intellektuellen**

1. Xu Youyu 徐友渔 35
Die Veränderung des Denkens in Zeiten des Wandels

2. Cui Weiping 崔卫平 43
Wo haben wir Heinrich Böll verpasst?

II. **Rückblick auf 30 Jahre Reform**

3. Qin Hui 秦晖 53
30 Jahre Reform und Öffnung

4. Fu Guoyong 傅国涌 63
Die tiefgreifendste Veränderung der letzten dreißig Jahre vollzog sich in der Zivilgesellschaft

Bilder aus China I. 65

III. **Über die gesellschaftlichen Herausforderungen und Reformansätze**

5. Li Changping 李昌平 89
Die wahren Gründe für die Armut der Bauern

6. He Weifang 贺卫方 101
Die schwierige Reform des Justizwesens in China

7. Yu Jianrong 于建嵘 109
Herausforderungen für die autoritäre Politik

Bilder aus China II. 113

8. Zhan Jiang 展江 133
Die Medien als treibende Kraft der Bürgerbeteiligung

IV. **Globalisierung und China in der Welt**

9. **Xu Youyu 徐友渔** 145
Globalisierung

10. **Qin Hui 秦晖** 151
Die Interaktion zweier Spannerraupen

Bilder aus China III. 161

11. **Hu Angang 胡鞍钢** 181
Auf dem Weg nach Kopenhagen

V. **Visionen für ein neues China**

12. **Liu Junning 刘军宁** 191
Von den Reformen zur Systemreform

13. **Yu Keping 俞可平** 193
Demokratie ist eine gute Sache

Informationen über die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in China unter:
www.boell.de

Vorwort

In den letzten Jahren hat das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an China deutlich zugenommen. Die Medien berichten mehr als je zuvor, und eine Fülle von Buchtiteln befasst sich mit Chinas wirtschaftlichem Aufstieg und der Frage, wie das Land die globale Wirtschaft beeinflusst. Weniger wird über die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in China publiziert.

Seit 30 Jahren befindet sich China in einer tiefgreifenden Transformation, die noch nicht beendet ist. Über die gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Reformen wird in China zunehmend auch öffentlich und kontrovers debattiert. Außerhalb Chinas wird dies allerdings kaum wahrgenommen. Noch weniger sind die Akteure und Inhalte dieser Debatten bekannt, da chinesische Quellen bisher nur sprachkundigen Fachkreisen zugänglich waren.

Mit diesem Buch richten wir uns an alle, die sich für China interessieren und die ein besseres Verständnis der Herausforderungen und der Debatten rund um die politischen und gesellschaftlichen Reformen erlangen wollen.

Der vorliegende Band stellt einige Intellektuelle vor, die Chinas öffentliche Debatten bestimmen. Die ausgewählten Texte können selbstverständlich keinen vollständigen Überblick über die gesellschaftspolitischen Fragestellungen in China geben. Sie erlauben aber einen Einblick in die aktuellsten Debatten. Die hier vorgestellten Autoren repräsentieren unterschiedliche Sphären der akademischen Landschaft. Beiträge von Wissenschaftlern aus staatlichen oder parteinahen Forschungsinstituten, von Universitäten sowie von unabhängigen Intellektuellen sind in diesem Band vereint. Alle Texte sind in China veröffentlich worden, die meisten innerhalb der letzten drei Jahre. Alle haben sie die politischen Diskurse und die öffentliche Meinung stark beeinflusst. Bis auf einen Beitrag sind es deutsche Erstveröffentlichungen; sie geben dem deutschen Leser die Chance, diese Debatten kennenzulernen und eine Innenperspektive auf die chinesische Entwicklung zu gewinnen.

Zusätzliche Informationen in den Fußnoten und kurze Einführungen zu den einzelnen Beiträgen und Kapiteln sollen den deutschen Leserinnen und Lesern die Einordnung und das Verständnis erleichtern. Einige der Texte wurden gekürzt, wir haben uns aber bemüht, bei der Übertragung ins Deutsche so nah wie möglich am chinesischen Original zu bleiben.

Die Herausgeber danken den Autoren für die freundliche Überlassung ihrer Texte.

Peking und Berlin, September 2009

Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung
Katrin Altmeyer, Leiterin des Pekinger Büros der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Autoren

Xu Youyu 徐友渔

〈geboren 1947〉

Xu Youyu, 1947 in Sichuan im Südwesten Chinas geboren, ist seit über zwei Jahrzehnten aktiv an den Reformdiskussionen beteiligt. Er ist Professor em. für westliche Philosophie an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften und gilt als «führender Vertreter des Liberalismus» in China. Eine regulierte Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und «checks and balances» sind für ihn dabei die Kernbestandteile von Liberalismus.

Er grenzt sich in seinen Publikationen immer wieder von der «Neuen Linken» ab, mit deren Vertretern er vor mehr als zwanzig Jahren in den politischen Debattierclubs an einem Tisch saß. Xu war Mitglied der Redaktion «Kultur: China und die Welt». Diese Buchreihe sollte dem chinesischen Publikum die westliche Gedankenwelt näher bringen. Für Xu stellt der gegenwärtige Liberalismus-Diskurs eine Fortsetzung der Diskussionen um chinesischen Humanismus und Aufklärung dar.

Xu hat sich im Laufe seines Lebens immer wieder öffentlich zu Wort gemeldet, wenn es um sensible Fragen der chinesischen Geschichte und Gegenwart ging. Unter Einbeziehung seiner persönlichen Erfahrungen als sogenannter «Rotgardist» setzt er sich öffentlich mit der Kulturrevolution (1966–1976) auseinander.

Xu bezeichnet in aller Deutlichkeit die Beibehaltung der «Vier Kardinalprinzipien» (Festhalten am sozialistischen Weg, an der demokratischen Diktatur des Volkes, der Führung der KP Chinas und des Marxismus/Leninismus/Maoismus) als ein Überbleibsel eines totalitären Staates. Er setzt sich für eine Kombination unterschiedlicher Demokratisierungsansätze ein und glaubt nicht an einen genuin chinesischen Weg. Er hält Letzteres für eine Strategie des «Gesichtsbewahrens». Sein dringendstes Anliegen ist die Aufklärung der Bürger über die eigene Vergangenheit und die Verbreitung des Wissens über unterschiedliche westliche Demokratisierungsmodelle.

Cui Weiping 崔卫平

〈geboren 1956〉

Cui Weiping bezeichnet sich lieber als geistige Arbeiterin denn als Intellektuelle. Sie lehnt die unter Intellektuellen weit verbreitete Einstellung ab, sich vom Rest der Bevölkerung abzugrenzen. Ihre Aufgabe sieht sie insbesondere darin, mit ihrer Arbeit über den Rahmen rein wissenschaftlicher Forschung und theoretischer Diskurse hinaus konkret zu einer positiven Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in China beizutragen.

Seit 1999 lehrt sie als Professorin an der Pekinger Filmakademie. Zu ihrem Forschungsbereich gehören außer Filmtheorie auch politische Philosphie, Literaturtheorie, moderne chinesische Lyrik und Kultur sowie Politik Osteuropas.

1956 in der Küstenprovinz Jiangsu geboren, gehört sie der Generation von Städtern an, die 1969 aufs Land geschickt wurde. Erinnerungen aus der Zeit beeinflussen ihr Leben nach wie vor, u. a. erinnert sie sich noch gut daran, wie sie in der Zeit mit ihrem Bruder heimlich verbotene Bücher über westliche Literatur und Philosophie gelesen hat. Nach dem Ende der Kulturrevolution gehörte sie zu den ersten Jahrgängen, die zum Studium zugelassen wurden. 1982–84 studierte sie Chinesisch, Kunst und Literatur an der Universität Nanjing, bevor sie an die Pekinger Filmakademie ging.

Sie übersetzte die Werke Vaclav Havels und Adam Michniks ins Chinesische und brachte somit deren Ideen nach China. Havel hat sie in ihrem Denken sehr geprägt: Intellektuelle tragen die gesellschaftliche Verantwortung, sich bewusst in Kultur und Politik einzumischen und sich sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum zu artikulieren. In Reflexion ihrer eigenen gesellschaftlichen Position hatte sie auch ein großes Interesse an genderspezifischen Perspektiven in Politik und Gesellschaft.

Cui Weiping unterhält wie viele der öffentlichen Intellektuellen einen eigenen Blog, in dem sie aktuelle Ereignisse zum Anlass nimmt, um über den Verfall der gesellschaftlichen Werte, chinesischen Nationalismus und politische Reformen Stellung zu nehmen.

Sie ruft immer wieder öffentlich dazu auf, sich mit der jüngeren Geschichte der Volksrepublik kritisch auseinanderzusetzen. Mit diesem Appell wagt sie sich in ein gefährliches Terrain vor, denn die Rehabilitierung der Protestbewegung von 1989 zum Beispiel gehört zu den sensibelsten Themen Chinas.

Qin Hui 秦晖

〈geboren 1953〉

Qin Hui ist Wirtschaftshistoriker und Osteuropa-Experte. Er gehört zu den anerkanntesten Intellektuellen der sogenannten «Verlorenen Generation» junger Städter und Studenten, die während der 1960er Jahre zur Umerziehung aufs Land geschickt wurden. Diese Erfahrung prägt ihn und seine Forschung bis heute. Erst 1978 wurde er zu einem Studium zugelassen und gehörte damit zu der ersten Generation junger Chinesen, die nach der Kulturrevolution eine akademische Ausbildung erhielten. Sein Grundlagenwerk *Issues and -isms* (1999) wurde in einer Reihe veröffentlicht, die sich der politischen Gedanken dieser Generation annahm.

Seit den 1990er Jahren lehrt Qin Hui an der Tsinghua-Universität in Peking. Im Rahmen seiner Forschung zur Transformation in China beschäftigt er sich besonders mit der Privatisierung von Kollektiveigentum und kommentiert kritisch und vergleichend die Lage der Bauern in China und Osteuropa. Zusammen mit anderen prominenten Intellektuellen setzt er sich vehement für den Aufbau einer Zivilgesellschaft und insbesondere für die Gründung von unabhängigen Bauernverbänden ein. Für ihn stellt die Interessenvertretung unterschiedlichster Gruppen durch Selbstorganisation die Basis einer demokratischen Regierungsform dar. Eine Demokratie ohne Versammlungsrecht bezeichnet er als eine «unfreie falsche Demokratie».

Qin Hui lässt sich keiner spezifischen Fraktion innerhalb der chinesischen Diskurse zuordnen. Er bezieht sich explizit nicht auf westliche Demokratiemodelle. Er gehört zu den Intellektuellen, die die spezifischen nationalen Bedingungen in China betonen, ohne dass er sich für nationalistische Argumentationen vereinnahmen lässt. Dabei ist er einer der wenigen, die auch die internationalen Zusammenhänge im Blick haben.

Immer wieder mischt er sich ein, wenn es um die Verteidigung der Meinungsfreiheit und das Recht auf Information geht. Ganz besonders stellt er immer wieder die Frage nach Gerechtigkeit in einem sich rapide verändernden China, das offiziell noch den Anspruch erhebt, ein sozialistisches Land zu sein.

Fu Guoyong 傅国涌

〈geboren 1967〉

Fu Guoyong, geboren 1967 in der Küstenprovinz Zhejiang, studierte Theaterwissenschaften und ist Schriftsteller und Kulturkritiker. Er vertritt die Ansicht, dass die gesellschaftliche Gruppe der Intellektuellen sich kontinuierlich an ihre ethische Verpflichtung erinnern sollte, unabhängig in ihrem Denken und Handeln zu bleiben. Die chinesischen Intellektuellen der Republikzeit Anfang des 20. Jhds. sollen ihnen dabei als Vorbilder dienen.

1989 wurde er für seine Teilnahme bei den Protesten am Platz des Himmlischen Friedens für zwei Jahre in ein Umerziehungslager eingewiesen und 1996 für einen in den USA publizierten Artikel über Demokratie erneut für drei Jahre. Mit diesem Lebenslauf war ihm der Zugang zu einer Stelle in Regierungsinstitutionen oder staatlichen Unternehmen verwehrt. Daher unterrichtete er zunächst als Dorflehrer, arbeitete in einer Werbeagentur und nahm andere Jobs als Freiberufler an, bevor er sich 1999 als Schriftsteller durchsetzen und mit seinen Publikationen seinen Lebensunterhalt bestreiten konnte.

Er publizierte zunächst kürzere Texte in den Zeitschriften kritisch-intellektueller Kreise wie *Shu Wu* (*Bookroom*), *Dongfang* (*Der Osten*) und in der Wochenzeitung *Southern Weekend* (*Nanfang zhoumo*). Regelrecht zu Bestsellern wurden seine Bücher *1949: persönliche Dokumente chinesischer Intellektueller*, *Unser Rückgrat – Kommentierte Biographien dreier Generationen chinesischer Intellektueller* und *Die Suche nach verlorenen Traditionen*. Seine Publikationen erreichen eine breite Leserschaft, nicht zuletzt durch die wachsenden Möglichkeiten der chinesischen Internetöffentlichkeit.

Der Fokus seiner Arbeit liegt auf der Rolle der Intellektuellen in der gegenwärtigen und jüngeren Geschichte der Volksrepublik. Er mischt sich vor allem bei gesellschaftlichen Themen ein, die er im Zusammenhang mit der spezifisch chinesischen Geschichte und Entwicklung diskutieren kann. Seiner Ansicht nach leidet die gegenwärtige chinesische Gesellschaft an einem Wertevakuum und befindet sich in einer Suchbewegung und Neu- bzw. Reorientierung.

Yu Jianrong 于建嵘

〈geboren 1962〉

Yu Jianrong stammt aus der zentralchinesischen Provinz Hunan. Seine Familie wurde während der Kulturrevolution als «konterrevolutionär» gebrandmarkt, und ihr wurden die Wohnberechtigungspapiere entzogen. Dadurch war die Familie gezwungen, immer wieder umzuziehen. Das Chaos und die Rechtsunsicherheit dieser Jahre haben Yu Jianrong so wie viele seiner Altersgenossen geprägt.

Nach der Kulturrevolution studierte er Jura und arbeitete zunächst einige Jahre als Anwalt. Im Jahre 2001 erhielt er die Doktorwürde der Huazhong-Universität in Wuhan/Hubei. Seine Dissertation, eine Fallstudie über den politischen Transformationsprozess in einem chinesischen Dorf, erregte großes Aufsehen in Fachkreisen.

Seit 2001 ist Yu Jianrong Professor an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften – dem größten staatlichen Thinktank. Seine Forschungen befassen sich vor allem mit Bürgerprotesten und dem Petitionssystem. Nach seiner Ansicht zementiert das Petitionssystem die prekäre Situation einer rechtlosen Bevölkerung. Es setze nicht auf unabhängige richterliche Entscheidungen, sondern liefere die Beschwerdeführer der Willkür der Obrigkeit aus und verhindere so die Durchsetzung eines echten Rechtsstaates. Das System berge die Gefahr, von korrupten Kadern missbraucht zu werden, daran habe auch die 2005 reformierte Petitionsverordnung nichts geändert.

Die wachsende Zahl von Bürgerprotesten führt er auf die unzureichenden politischen Reformen und die daraus folgenden sozialen Verwerfungen in der chinesischen Gesellschaft zurück.

Yu beteiligt sich gemeinsam mit Freunden wie He Weifang, Cui Weiping und anderen an einer Reformdiskussion, die auf eine Beseitigung «politischer Korruption» abzielt. Er unterstützt die Forderung, das System der Volkskongresse zu einem funktionierenden Parlament umzubauen. Ähnlich wie Qin Hui verlangt er ein gerechtes System, das allen Bürgern im Staat die gleichen Rechte und vor allem die gleichen ökonomischen Chancen einräumt. Das zentrale Mittel hierfür heißt für ihn Bürgerbeteiligung, und als wichtige Voraussetzung dafür freie Meinungsäußerung und die Möglichkeit zur unabhängigen Interessenvertretung.

Li Changping 李昌平

〈geboren 1963〉

Li Changping stammt aus einer Bauernfamilie im zentralchinesischen Hubei. Dort besuchte er zunächst eine technische Schule und studierte dann Agrarwirtschaft und später Wirtschaft in der Provinzhauptstadt Wuhan.

Siebzehn Jahre lang sammelte er Erfahrungen auf dem Land. Er erwarb durch seinen 2000 geschriebenen offenen Brief an den damaligen Premierminister Zhu Rongji den Ruf als einer der bemerkenswertesten Parteikader auf der Gemeindeebene. In dem Brief prangerte er die desolaten Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten an: «Die Bauern sind bitterarm, die Dörfer sind notleidend und die Landwirtschaft ist in Bedrängnis.» Nach diesem offenen Brief ordnete Zhu Untersuchungen an und autorisierte Li mit einem Pilotprojekt zur Durchführung von Reformen. Doch dieses Unterfangen scheiterte am Widerstand lokaler Interessensgruppen. Li war gezwungen seine Parteikarriere aufzugeben.

Seitdem macht er als Journalist und Wissenschaftler auf die schwierige Situation der Bauern in China aufmerksam. 2002 brachte er ein Buch mit dem Titel *Ich sage Premierminister Zhu die Wahrheit* heraus. Es wurde eine Million Exemplare verkauft.

Kurze Zeit später begann er eine Tätigkeit für *Chinas Reform* (*zhongguo gaige*) und *Reform Mittendrin* (*zhongguo neican*), beides Publikationen unter der Schirmherrschaft der Nationalen Reform- und Entwicklungskommission. Darüber hinaus veröffentlicht er in Fachzeitungen und Nachrichtenmedien und schreibt Bücher. Seit 2003 berät er das Chinabüro von Oxfam, der internationalen Nichtregierungsorganisation für Entwicklung und Armutsbekämpfung. Für diese Tätigkeit bereist er Dörfer in ganz China und beobachtet die ländlichen Entwicklungen aus nächster Nähe.

Im Mittelpunkt seines Lösungsansatzes für die Probleme der chinesischen Bauern steht für ihn die Gerechtigkeit, die immer vor dem Streben nach Gewinn stehen sollte. Die Interessen von Großinvestoren dürften nicht mehr vor denen der Bauern stehen, und es müsste ihnen eine Chance gegeben werden, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern.

He Weifang 贺卫方

〈geboren 1960〉

He Weifang ist seit 1999 Juraprofessor an der Pekinger Universität. Er war lange Zeit Chefredakteur der Fachzeitschrift *Chinesische und internationale Rechtswissenschaften*. In China ist er unter anderem für seine vehemente Ablehnung der Todesstrafe bekannt.

Der aus der Küstenprovinz Shandong stammende Jurist gehört zu der ersten Generation von Studierenden nach dem Ende der Kulturrevolution. Neben seiner Tätigkeit als Dozent an der China University of Political Science and Law von 1985 bis 1995 beriet er in den 1990er Jahren den Nationalen Volkskongress und legte Reformvorschläge für das Justizwesen vor.

Innerhalb Chinas wurde er über intellektuelle Kreise hinaus bekannt, als er 2003 gemeinsam mit einigen anderen Juristen mit einer Petition an den Nationalen Volkskongress ein Ende der willkürlichen Verhaftung von Wanderarbeitern forderte und im Anschluss ein Verbot dieser Verhaftungen erreichen konnte. Aktueller Anlass der Petition war der Fall des Arbeiters Sun Zhigang, der in Polizeigewahrsam zu Tode geprügelt wurde.

Im Dezember 2008 unterschrieb He die Charta 08, eine mit Referenz an die tschechische Charta 77 geschriebene Resolution, die anlässlich des internationalen Tags der Menschenrechte im Internet veröffentlicht wurde und eine lange Liste mit konkreten Reformvorschlägen enthielt. Nur wenige Monate später, im März 2009, wurde er von der Pekinger Universität für zwei Jahre an die Universität Shihezi, in die westliche Provinz Xinjiang versetzt. Während offiziell von einer «akademischen Kooperation» gesprochen wird, gehen andere Intellektuelle davon aus, dass die Versetzung auf politischen Druck hin geschehen sei, der sich seit 2003 gegen ihn aufgebaut habe.

He Weifang engagiert sich kontinuerlich in öffentlichen Diskussionen zum Zeitgeschehen, indem er in seinem Blog Informationen zu Rechtsvorgängen bereitstellt und beispielsweise Diskussionen zur Abschaffung der Todesstrafe, zur Situation der Wanderarbeiter oder zur Durchsetzung der Pressefreiheit moderiert. Er setzt sich vor allem für die Durchsetzung einer unabhängigen Justiz und Presse, die Reformierung des Petitionswesens und die Abschaffung der Todesstrafe ein.

Zhan Jiang 展江

〈geboren 1957〉

Im Jahre 1976 trat Zhan Jiang in die chinesische Volksarmee ein, um seine Familie zu unterstützen. Als es ein Jahr später, nach dem Ende der Kulturrevolution, wieder möglich war, ein Hochschulstudium aufzunehmen, ersuchte Zhan mehrere Jahre vergeblich um seine Entlassung aus der Armee. Erst neun Jahre später, nach einer Unfallverletzung, erhielt er die Erlaubnis.

In seiner Heimatstadt in der ostchinesischen Provinz Jiangu war Zhan Jiang zunächst als Bibliothekar tätig. Anschließend arbeitet er einige Jahre bei der lokalen Parteizeitung. Im Jahre 1991 gab er diesen privilegierten Posten auf, um an der Pekinger Renmin-Universität Journalismus zu studieren.

Nach seiner Promotion 1996 forschte und lehrte er in Peking am Journalistik-Institut der Universität der Kommunistischen Jugendliga. Von 2001 bis 2009 war er Dekan des Instituts. Anders als die Mehrheit der Wissenschaftler, die sich darauf konzentrierten, eigene Theorien und Forschungsergebnisse zu publizieren, verwendete Zhan Jiang seine Kraft darauf, westliche Journalismustheorien und Lehrbücher zu übersetzen, um sie in die chinesische Journalistenausbildung zu integrieren.

Neben der Auseinandersetzung mit medienwissenschaftlichen Texten aus den USA beschäftigt sich Zhan Jiang gegenwärtig mit den deutschen Mediengesetzen. Zhan gehört zu den überzeugten Befürwortern eines chinesischen Mediengesetzes, das die Rahmenbedingungen für einen unabhängigen Journalismus schaffen soll. Im Jahre 2008 debattierte Zhan Jiang in einem öffentlichen Forum gegen seinen Freund, den Rechtswissenschaftler He Weifang, der einem Mediengesetz skeptisch gegenüber steht, weil ein solches Gesetz eher als ein Mittel zur Einschränkung von Medienfreiheit dienen könnte.

Durch seine kritische Forschungs- und Lehrtätigkeit, vor allem durch seine berühmten interdisziplinären «Seminare über die Kontrollfunktion der Öffentlichkeit», geriet Zhan in Konflikt mit dem Parteisekretär der Universität, und seine wissenschaftlichen Freiheiten wurden in der Folge eingeschränkt. Ende 2009 tauchte sein Kündigungsschreiben im Internet auf. Kollegen und Studenten unterstützten ihn, und das Schreiben initiierte eine öffentliche Diskussion um die akademische Freiheit. Seit dem Wintersemester 2009/2010 forscht und lehrt Zhan Jiang am Journalismus-Institut der Pekinger Universität für Fremdsprachen.

Hu Angang 胡鞍钢

〈geboren 1953〉

Es gibt kaum aktuelle politische Ereignisse in der Volksrepublik, die nicht von Hu Angang kommentiert werden. Daher ist er in der chinesischen Öffentlichkeit als Medienpersönlichkeit sehr bekannt.

Hu Angang wurde 1953 in der nordchinesischen Provinz Liaoning geboren. Von 1978 bis 1988 studierte er Ingenieurwissenschaften zunächst in Tangshan, dann in Peking. 1991 ging er für seine Promotion in Wirtschaftswissenschaften nach Yale und kehrte nach Abschluss 1993 zurück.

Gegenwärtig ist Hu Direktor des «Center for China Studies», einer Kooperation der Tsinghua-Universität und der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. Das Institut ist einer der wichtigsten Thinktanks für die chinesische Regierung. Seit mehr als 15 Jahren veröffentlicht Hu Angang den «Bericht zur Lage der Nation», der von der Zentralregierung als wichtiges Dokument wahrgenommen wird.

Hu Angang streitet nicht ab, dass er eine besondere Strategie entwickelt hat, um bei den chinesischen Regierungsbeamten mit seinen Vorschlägen Gehör zu finden. Seiner Meinung nach müssen Reformvorschläge zunächst in der Sprache der politischen Entscheidungsträger und mit ihnen im Einklang formuliert werden, um umgesetzt werden zu können. Tatsächlich wurden diverse Vorschläge von der chinesischen Regierung aufgegriffen.

Schon 1988 thematisierte Hu in einer Publikation die Bedeutung der Ressourcen- und Umweltfragen für Chinas langfristige Entwicklung. Überraschend war es trotzdem, dass er in einem Medium wie dem China Dialogue Net einen Artikel veröffentlichte, der sich deutlich von den offiziellen Statements zum Klimawandel unterscheidet und konkrete Reduktionsziele für China vorschlägt.

Liu Junning 刘军宁

〈geboren 1961〉

Liu Junning, 1961 in der ostchinesischen Provinz Anhui geboren, ist Politikwissenschaftler und war an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften tätig. 2002 musste er wegen seiner politischen Ansichten die Akademie verlassen und begann in einem Forschungsinstitut unter dem chinesischen Kulturministerium zu arbeiten.

Er gründete mit einigen Gleichgesinnten einen unabhängigen Think tank, das «Cathay Institute for Public Affairs», um seine politikwissenschaftliche Forschungsarbeit fortzuführen und in einen breiteren öffentlichen und auch internationalen Kontext einzubinden. Auf der Internetplattform des Institutes wird eine große Bandbreite von Themen wie Klimawandel und Zivilgesellschaft, Globalisierung und Wirtschaft bis hin zur Verfassung der Europäischen Union aus explizit liberaler Sicht diskutiert. Das Institut ist mit politisch ähnlich orientierten Thinktanks in den USA, der Schweiz, Indien und Großbritannien vernetzt.

Liu ist der Überzeugung, dass ein Wandel innerhalb des gegenwärtigen politischen Systems in China nicht möglich ist. Den Aufbau eines Verfassungsstaats, der den Schutz der Menschenrechte, freie und geheime Wahlen und eine «kontrollierbare Regierung» gewährleisten kann, sieht er als Voraussetzung an. Priorität räumt er dabei dem Aufbau einer repräsentativen Demokratie und der Zulassung individueller Freiheiten und Pflichten ein.

Die chinesischen Intellektuellen, nicht die ländliche Bevölkerung, verhindern seiner Ansicht nach eine progressive Weiterentwicklung der politischen Reformen. Dem chinesischen Volk bescheinigt er ein demokratisches Grundverständnis. Von daher schlägt er den Förderalismus als Modell für eine Reform in der Volksrepublik vor.

Yu Keping 俞可平

〈geboren 1959〉

Yu Keping, geboren in der Küstenprovinz Zhejiang, wurde nach der Publikation seines Essays «Demokratie ist eine gute Sache» in den *Beijing Daily News* 2006 weit über die akademischen Kreise hinaus bekannt und zu einem der einflussreichsten öffentlichen Intellektuellen Chinas.

Seinen Doktortitel in Politikwissenschaft erhielt er 1988 an der Universität Peking und darüber hinaus 2008 einen Ehrendoktortitel von der Universität Duisburg-Essen für sein Gesamtwerk. Yu wurde für Gastprofessuren an die Duke University (USA) und an die Freie Universität in Berlin eingeladen.

Der unter anderem als neuer «theoretischer Shooting Star» der KP Chinas bezeichnete renommierte Professor forscht in den Bereichen Politische Philosophie, Vergleichende Politikwissenschaften, Globalisierung, Zivilgesellschaft, Governance und Politik in China. Er gilt als ein Spezialist der marxistischen Grundlagen, der in der Lage ist, neue theoretische Ideen in klassische Theoriebereiche einzubringen.

Als Direktor zweier Thinktanks, des China Center for Comparative Politics and Economics (CCCPE) und des Center for Chinese Government Innovations an der Universität Peking, beeinflusst er die Diskussionen politischer Entscheidungsträger im Bereich der politischen Reformen in der Volksrepublik.

I. Die Rolle der Intellektuellen

Im September 2004 veröffentlichte das chinesische Magazin *Nanfang Renwu Zhoukan* (*Southern People Weekly*) eine Liste der 50 einflussreichsten öffentlichen Intellektuellen. Angelehnt an Listen westlicher Medien, wurden darin 44 Männer und sechs Frauen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Kunst aufgeführt, die die Transformation Chinas maßgeblich beeinflussen. Gewürdigt wurden neben fachlicher und akademischer Kompetenz vor allem kritischer Geist, moralisches Verantwortungsbewusstsein und Engagement in öffentlichen Angelegenheiten. Die Parteizeitung *Renmin Ribao* (*People's Daily*) kritisierte die Liste als Ausdruck westlichen Elitedenkens, das einen Keil zwischen die werktätigen Massen und Intellektuelle treibe.

Von jeher hatten Intellektuelle in China einen schweren Stand. Während der Anti-Rechtsabweichlerkampagne Ende der 1950er Jahre und erneut während der Kulturrevolution wurden sie geächtet und politisch verfolgt. Erst in den frühen 1980er Jahren spielten sie wieder eine Rolle für die gesellschaftliche Entwicklung. Die Regierung setzte bei der Gestaltung der Reformpolitik im großen Umfang auf die Expertise wissenschaftlicher Institutionen und Thinktanks. Auch kritische Intellektuelle wurden angehört. Doch das Verhältnis zwischen Staat und Intellektuellen blieb schwierig, immer wieder gab es Kampagnen gegen Auffassungen, die von der offiziellen Ideologie abwichen. Intellektuelle wurden vereinnahmt oder mundtot gemacht. Außerhalb des Systems gab es für sie weder Publikations- noch Beschäftigungsmöglichkeiten.

Diese Situation hat sich in den letzen zehn Jahren geändert. Die neue Medienlandschaft ermöglicht es Vertretern aller wissenschaftlichen Disziplinen, sich ohne Umwege an ein breites Publikum zu wenden und öffentliche Debatten zu initiieren und zu beeinflussen. Eine Reihe von kommerziellen Periodika hat sich als Forum für Debatten herauskristallisiert, die sich mit der Reform von Staat und Gesellschaft befassen. Viele Intellektuelle veröffentlichen außerdem im Internet und schreiben eigene Blogs.

Als kritische Beobachter der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen können heute auch freie Autoren ohne Anbindung an eine Parteibehörde oder eine staatliche Bildungseinrichtung veröffentlichen und damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Doch eine öffentliche Diskussionskultur entsteht in China gerade erst. So kontrovers und umfassend die akademischen Debatten sind, in der öffentlichen Sphäre gibt es noch immer Tabuthemen und Grenzen. Forderungen nach radikalen Reformen finden sich oft zwischen den Zeilen oder werden der Schlussfolgerung des Lesers überlassen.

Xu Youyus Beitrag erschien Ende 2008 in der fortschrittlichen Wochenzeitung *Nanfang Zhoumo* (*Southern Weekend*). Er beschreibt darin die wechselnden ideologischen und philosophischen Debatten seit Ende der Kulturrevolution. Er skizziert die unterschiedlichen Denkrichtungen und Strömungen wie Nationalismus oder Neokonfuzianismus, die die Debatten über die letzten Jahre geprägt haben.

Cui Weiping reflektiert in ihrem Text über die Verantwortung der Literatur und der Intellektuellen für die Politik. Sie beschreibt die Einmischung Heinrich Bölls in politische und gesellschaftliche Fragen in Deutschland und Europa als Vorbild und fordert die politische Stellungnahme und Einmischung von Schriftstellern und Intellektuellen auch in China. Der Artikel erschien erstmals 2006 in einem wissenschaftlichen Magazin der Tongji-Universität, Shanghai.

Xu Youyu 徐友渔

Die Veränderung des Denkens in Zeiten des Wandels

Seit dem Beginn der Reform- und Öffnungspolitik vor 30 Jahren hat sich die chinesische Gesexllschaft einschneidend verändert. Das spiegelt sich in der zunehmenden Vielfalt und den Widersprüchen des gesellschaftlichen Denkens wider. Um den reibungslosen Ablauf der Reform- und Öffnungspolitik zu garantieren, ordnete Staats- und Parteichef Deng Xiaoping 1992 an, «keine Debatten» zu führen. Dennoch fanden Debatten statt, allerdings nicht innerhalb des Partei- und Regierungsapparates, sondern im Volk. Heute folgt die Denkkultur nicht mehr traditionellen ideologischen Konventionen: Die gesellschaftlichen Debatten im heutigen China sind von den unabhängigen Beobachtungen und eigenen Erfahrungen der Menschen geprägt. Obwohl in den offiziellen Medien vernachlässigt, spiegeln diese Debatten die tatsächliche Situation der chinesischen Gesellschaft wider und haben einen tiefgreifenden Einfluss auf die Modernisierung und die künftige Entwicklung des Landes.

Der Ursprung des Denkens und das «Kulturfieber» der 1980er Jahre

Mit dem Ende der Großen Proletarischen Kulturrevolution vor 30 Jahren wurde auch das Denken befreit, und dies schuf die Voraussetzungen für die Reform und die Öffnung Chinas. Die Kulturrevolution mit ihrem modernen Personenkult und der vollständigen Zerschlagung des Rechtssystems hatte das Volk einer faschistischen Diktatur unterworfen, die zuletzt auch die chinesische Volkswirtschaft an den Rand des Bankrotts gebracht hatte. Alle Chinesen, von der obersten Führung bis zum einfachen Volk, zogen daraus schmerzliche Lehren und stimmten darin überein, sich radikal von der Kulturrevolution zu verabschieden.

Worin lagen die Ursachen für die gewaltigen Zerstörungen, die große Tragödie der Kulturrevolution? Nach der bisherigen Auffassung war die Antwort auf diese Fragen im Klassenkampf, im Linienkampf[1] und in der «Restauration des Kapitalismus» zu finden. Die Schlüsse, die Ye Jianying, Hu Yaobang, Li Weihan, Deng Xiaoping und andere der neuen Führungsgeneration aus der langen Herrschaft des linksorientierten Denkens und den Erfahrungen der Kulturrevolution zogen, lassen sich so zusammenfassen: Die schädlichen Einflüsse des «feudalen Despotismus» müssten beseitigt werden; die Mitglieder der «Viererbande» seien «feudale Faschisten»; eine der wichtigsten Aufgaben bei der Befreiung des Denkens sei es nun, die

1 Linienkampf nennt man die Flügelkämpfe in der KP. ⟨Anm. der Red.⟩

Einflüsse des feudalen Denkens zu überwinden.[2] Diese Erkenntnisse fanden solche Resonanz bei den Intellektuellen und solche Unterstützung bei den breiten Massen, dass sie einen Konsens im gesamten Volk bildeten.

Der Weg zu einer Befreiung des Denkens ist lang und gewunden. Die intellektuelle Kultur in den 1980er Jahren stand vor allem für die Beseitigung der Reste feudal-autoritären Denkens, für Aufklärung, ein neues Wissen und eine Hinwendung zur übrigen Welt.

Während des «Kulturfiebers» in dieser Zeit entstanden viele nichtstaatliche akademische Vereinigungen: Die Chinesische Akademie für Kultur (Zhongguo Wenhua Shuyuan) sah sich der Wiederbelebung der *Guoxue* («Nationale Studien»[3]) verpflichtet. Theoretiker im Umfeld der Zeitschrift *Neue Aufklärung* (*Xin Qimeng*) bemühten sich, die humanistischen Ideale des Marxismus wiederzubeleben. Die Redaktionsleitung von *Blick in die Zukunft* (*Zouxiang Weilai*), die hauptsächlich aus Naturwissenschaftlern besteht, propagierte einen wissenschaftlichen Geist und die Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse für eine neue Weltsicht. In einer Publikationsreihe wie *Kultur: China und die Welt* (*Wenhua: Zhongguo yu Shijie*) konnte die moderne westliche Philosophie vorgestellt werden. In der *Buchreihe 20. Jahrhundert* (*Ershi Shiji Wenku*) fanden sich Übersetzungen von Büchern und Aufsätzen aus den westlichen Sozial-, Wirtschafts-, Rechts-, Politik-, Geschichts- und Kulturwissenschaften.

Das «Kulturfieber» der 1980er Jahre begeisterte sich für jede Art von «Ismen» (z. B. Marxismus, Existenzialismus, Freudianismus). Das Faible für Geist und Kultur war größer als das Interesse an Fragen institutioneller Regelungen. Man strebte nach Tiefgang und Grundsätzen und schenkte der unmittelbaren Anwendung des neuen Denkens in der Politik kaum Beachtung. Die wichtigsten Fragen damals waren ästhetischer oder philosophischer Art. Das ist verständlich, denn gerade der unmenschlichen Kulturrevolution entkommen, mussten dringend ultimative Fragen geklärt werden, zum Beispiel «was den Mensch zum Menschen mache».

Gesellschaftlicher Wandel und philosophische Neuorientierung

Die Reform und die Öffnung der 1980er Jahre wurde trotz vieler Hindernisse und Komplikationen konsequent vorangetrieben. Während die Reform der Staatsbetriebe zu marktwirtschaftlich orientierten Unternehmen nur langsam voranging, entstanden gleichzeitig neue private Unternehmen und ermöglichten eine schnelle Entwicklung dieses Sektors. In einigen Küstenstädten im Südosten des Landes entstanden Sonderwirtschaftszonen, die zu Brückenköpfen bei der Öffnung des Landes wurden. Die Zahl der ausländischen Investoren stieg von Jahr zu Jahr.

Nach den Ereignissen Ende der 1980er Jahre[4] sah sich die Reform- und Öffnungspolitik zeitweilig abrupten Veränderungen gegenüber. Die Reise Deng Xiaopings in den Süden im Jahre 1992 sowie mehrere Reden, die die Reform und Öffnung befürworteten, setzten den Tendenzen zur Rückkehr zum Althergebrachten ein Ende und brachten der Reform und der Öffnung neue Impulse.

War der Beginn der Reform und der Öffnung noch von Idealen und der historischen Verantwortung inspiriert, so konzentrierte sich der zweite Anlauf eher auf

---

2 Die neue Führungsgeneration will das linksorientierte Denken überwinden und die marktwirtschaftliche Öffnung betreiben. Sie kann sich aber nicht explizit gegen die linke Ideologie wenden. Deswegen können sie die Viererbande weder als Kapitalisten noch als Linksabweichler brandmarken. Daher «feudale Faschisten». ⟨Anm. der Red.⟩

3 Guoxue ist ein akademisch-kulturelles Programm, das chinesische Philosophie, Poesie, Malerei, Kalligrafie und Medizin nicht nur zum Forschungsgegenstand haben soll, sondern auch dafür eintritt, dass die Methoden spezifisch chinesisch zu sein haben. ⟨Anm. der Red.⟩

4 Gemeint sind die Studentenproteste des Jahres 1989. ⟨Anm. der Red.⟩

pragmatische Gesichtspunkte. Die Reform ist inzwischen unumkehrbar geworden, aber die durchschlagende Kraft der Ideale und die moralische Inspiration der Reform haben mittlerweile nachgelassen. Verschiedene Interessengruppen haben sich herausgebildet, und die soziale Ungerechtigkeit, die vor allem die Wirtschaftsreformen mit sich brachte, tritt immer deutlicher zu Tage. Die Frage ist nicht mehr, ob «es Reformen geben sollte, sondern, wie diese Reformen aussehen sollten». Die Schere zwischen Arm und Reich wird jeden Tag größer. Probleme in der medizinischen Versorgung, bei Bildung, Wohnsituation, Produktions- und Lebensmittelsicherheit nehmen zu. Das, womit die Menschen jeden Tag konfrontiert sind, was sie diskutieren, worüber sie streiten, sind tatsächliche «Probleme». Das ist ein deutlicher Gegensatz zur Debatte über «Ismen» in den 1980er Jahren. Betrachtet man Li Zehous *Die Entwicklung des Schönen* (*Mei de licheng*) und *Kritik der kritischen Philosophie* (*Pipan zhexue de pipan*) als repräsentative Werke der 1980er Jahre, dann sind es für die 1990er Jahre He Qinglians *Die Falle der Modernisierung* (*Xiandaihua de xianjing*) und Veröffentlichungen von Sun Liping zur Differenzierung der sozialen Schichten.

In den 1980er Jahren war das Bekenntnis zur Modernisierung das Leitmotiv in der intellektuellen Kultur, in den 1990er Jahren, machte sich dann der Postmodernismus zeitweise lautstark bemerkbar. Der Postmodernismus war in den 1980er Jahren nach China gekommen, aber erst in den 1990er Jahren waren die Voraussetzungen für eine rasche Verbreitung gegeben. Werte wie Aufklärung, Wissenschaft, Demokratie und Vernunft, für die die Bewegung des 4. Mai[5] eingetreten war und die das «Kulturfieber» der 1980er Jahre neu belebt hatte, wurden nun kritisiert und abgelehnt. Die Suche nach Sinn und Ordnung wurde aufgegeben. Ohne Rücksicht darauf, dass sich China im Grunde genommen noch in einem vormodernen Zustand befand, beharrten die avantgardistischen jungen Intellektuellen darauf, die Moderne zu überspringen und den neuesten Trends im Westen zu folgen. Zum Glück war das nur eine Modeerscheinung.

Der Grundton der Denkkultur der 1980er Jahre war radikal (und gleichfalls idealistisch und revolutionär), die 1990er Jahre hingegen zeigten letztlich eine kritische Reflexion. Man analysierte die Destruktivität einer welterschütternden Revolution, und Werte, die früher als negativ galten, wie die Bewahrung und Wertschätzung der Tradition, wurden wieder betont. Manche forderten einen «Abschied von der Revolution». Andere schlugen vor, dass sich die Kommunistische Partei unverzüglich von einer Revolutionspartei zu einer Regierungspartei wandeln solle. Die Debatte brachte zwar kein Ergebnis, aber die Reflexion war durchaus von Vorteil.

Eine große Debatte rief der Verlust des humanistischen Geistes hervor. Manche sahen den Grund dafür in der Verkümmerung der Persönlichkeit und des Geistes der Intellektuellen, hervorgerufen durch die literarische Inquisition: Eine Ideologie, die an ihren Dogmen festhält, in Verbindung mit autokratischer Politik, verdränge den humanistischen Geist, was wiederum zu einer Erstarrung des Denkens führe.

Andere sahen die Ursache in der Marktorientierung, die eine Flut von Produkten und eine Kultur des Massenkonsums mit sich brachte und dadurch zu einer Vulgarisierung des Denkens führte.

Wieder Andere sahen einen Verlust des humanistischen Geistes bereits am Ende der Ming-, zu Beginn der Qing-Zeit. Wang Meng[6] lehnte es ab, den Verlust des

---

5 Im engeren Sinne bezeichnet die Bewegung des 4. Mai die patriotischen Studentenproteste, die 1919 im Zwischenfall vom 4. Mai gipfelten. Auslöser dafür war die Behandlung der Shandong-Frage auf der Versailler Friedenskonferenz. Im weiteren Sinne bezeichnet der Begriff die geistig-kulturelle Erneuerungsbewegung der Jahre 1917–21, die sogenannte Bewegung für Neue Kultur. ⟨Anm. der Red.⟩

6 Chinesischer Schriftsteller, geboren 1934. ⟨Anm. der Red.⟩

humanistischen Geistes auf die Marktwirtschaft zurückzuführen. Seiner Meinung nach gab es in Chinas Neuzeit und Moderne keinen humanistischen Geist, weshalb er auch nicht verloren gehen konnte. Leider wird nicht mehr ernsthaft darüber diskutiert, und heute sind sich fast all einig, dass der humanistische Geist in der Marktwirtschaft verloren ging.

Der sogenannte Kampf zwischen Liberalismus und der Neuen Linken

Die Probleme, Verführungen und der Druck der gesellschaftlichen Transformationsphase führten zu einer Differenzierung der Ansichten der Intellektuellen, was Konfrontationen und Kontroversen mit sich brachte.

Eine Strömung, die die Debatten prägte, ist die sogenannte «Neue Linke». Ihre Ansichten sind von den neuen Linken im Westen wie Samir Amin, Immanuel Wallerstein, Andre Gunder Frank, Edward Said, Nelson Pereira Dos Santos, Noam Chomsky inspiriert und wurden sogar in deren Publikationen veröffentlicht. Wie die alten chinesischen Linken wandte sich die Neue Linke gegen Kapitalismus und Marktwirtschaft, aber nicht gegen Autokratie. Sie befürwortete die linksgerichtete Orientierung Mao Zedongs mit dem Großen Sprung nach vorn, den Volkskommunen und der Kulturrevolution und beanspruchte für sich, dieses «sozialistische Erbe» fortzusetzen.

Eine andere Strömung ist die sogenannte liberale Fraktion, die sich auf westliche liberale Ideen und die Theorien von Locke, Montesquieu und Adam Smith beruft. Sie tritt ein für Marktwirtschaft, Freiheit und fairen Wettbewerb, die Garantie von individuellen Freiheiten und Rechten, wie Redefreiheit und das Recht auf Eigentum, sowie eine verfassungsmäßige Regierung und Rechtsstaatlichkeit, Kontrolle und Ausgleich der Regierungsmacht.

Beide Richtungen haben zu fast jeder politischen, sozialen und kulturellen Frage unterschiedliche Auffassungen, vor allem in Bezug auf die Hauptgründe für gesellschaftliche Missstände und soziale Ungerechtigkeit. Die Neue Linke sieht die Probleme in der Marktwirtschaft selbst. Deshalb müsse sie bekämpft werden. Für die liberale Fraktion liegt die Ursache für die Missstände darin, dass der Markt sich nicht von der Kontrolle des alten Machtsystems gelöst hat. Der Markt sei nicht reif und eine Normierung und Vervollkommnung der Marktwirtschaft deshalb notwendig.

Damit in Zusammenhang stehen auch die Auffassungen zur Globalisierung und zum WTO-Beitritt Chinas. Nach Ansicht der Liberalen müsse China mit einer aktiven, positiven Haltung der Globalisierung begegnen. Die Neue Linke hingegen meint, dass China so Teil des ungerechten kapitalistischen Weltsystems würde. Teile der Neuen Linken sind der Auffassung, dass die Länder der dritten Welt gegenwärtig keine gleichberechtigte Entwicklung nehmen können. Sie sehen deshalb die Aufgabe dieser Länder darin, weltweit gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Erst eine neue und gerechte Wirtschaftsordnung ermögliche eine Beteiligung am Globalisierungsprozess.

Die Neue Linke konstatiert, dass China bereits eine kapitalistische oder marktorientierte Gesellschaft sei und damit Teil des globalen kapitalistischen Systems. Chinas Probleme seien zugleich die Probleme des globalen kapitalistischen Marktes. Für die Liberalen haben Reform, Öffnung und Marktwirtschaft keine grundlegende Änderung in Chinas Gesellschaftssystem und Wesenskern gebracht.

Auch wenn beide Gruppierungen sich teilweise an westlichen Auffassungen orientieren, stehen sie doch realen chinesischen Problemen gegenüber. Marktwirtschaft lässt sich nicht einfach auf «gut» oder «schlecht» reduzieren. Die Kernfrage ist, ob es etwas gibt, das praktikabler und effizienter als die Marktwirtschaft ist.

Nehmen wir zum Beispiel Bestechung und Korruption: Wo liegen die Ursachen dafür? Dazu der ehemalige Parteisekretär der Provinz Hunan, Yang Minzhi, der lange Zeit an vorderster Front gegen die Korruption gekämpft hat: «Die schweren Fälle von Korruption, die China derzeit zu verzeichnen hat, haben ihre Ursache im alten System. Gegen die Korruption zu kämpfen bedeutet im Kern, sich immer wieder mit dem alten System und den alten Mechanismen auseinanderzusetzen. Deshalb ist es notwendig, die Reform und die Öffnung zu vertiefen und das System der sozialistischen Marktwirtschaft ständig zu verbessern.»[7]

Das Aufkommen des Nationalismus

Seit den 1990er Jahren hat der Nationalismus in China einen Aufschwung erlebt, der teilweise fanatische Züge angenommen hat. Auslöser dieser nationalistischen und patriotischen Aufwallungen sind meist internationale Konflikte.[8]

Der Nationalismus tauchte Anfang der 1990er Jahre auf. Die Ereignisse in China Ende der 1980er Jahre sowie die Veränderungen in der Sowjetunion und in Osteuropa führten bei einigen zu einem Glaubensvakuum und dem Bedürfnis, ideologische Hilfe im Nationalismus zu suchen. Meinungen wie diese wurden laut: Patriotismus und Nationalismus verkörpern die kulturelle Tradition und den Geist der chinesischen Nation. Sie müssen zum Kern einer modernen politischen Ideologie werden. Das gesamte Volk (vor allem aber die Intellektuellen und Staatsbeamten) muss einer patriotischen Ideologie folgen, die für staatliche und nationale Interessen eintritt.

In einem Aufsatz mit dem Titel «Nationalismus und Ideologie in der Transformationsphase in China» heißt es, China könne einen Nationalismus, der auf der konfuzianischen Leitkultur basiere, als Kraft für einen sozialen Zusammenhalt bei der Modernisierung einsetzen.[9]

Das Buch *China kann Nein sagen*, das 1996 erschien[10], verkörperte geradezu den Fanatismus und die Irrationalität der nationalistischen Gefühle. Es setzte Vaterlandsliebe mit Antiamerikanismus gleich: Amerikaner sind nicht nur bösartig, sondern auch dumm. Die Mehrheit der chinesischen Mittelschüler wisse viel mehr über die amerikanische Geschichte und Kultur als amerikanische Studenten. Drogenkonsum, Sex und Videospiele seien Anzeichen für die Verkommenheit der jungen Generation in den USA und deutliche Anhaltspunkte dafür, dass sie von der menschlichen Zivilisation aufgegeben wurde.

Ähnlich ist der Gedankengang in *Der Weg Chinas im Schatten der Globalisierung*[11], das 1999 erschienen ist: China habe sich in der Vergangenheit immer darum bemüht, ein «gutes Kind» zu sein, weshalb die machtorientierten USA Chinas wirkliche Stärke nicht sehen. China solle ein «böses Kind» sein und sich nicht davor scheuen, sein internationales Image zu verändern. Allerdings befürchtet der Autor, dass die Chinesen bereits die Stärke verloren haben, ein «böses Kind» zu sein.

Im März 2008 schwappte in China erneut eine Welle des Ultranationalismus hoch. Grund waren die Proteste während des Olympischen Fackellaufs in Paris, die zu einem Boykott gegen die französische Supermarktkette Carrefour in China

---

7 Yang Minzhi im Interview mit der Zeitung *Nanfang Zhoumo* am 26.10.2006. ⟨Anm. der Red.⟩

8 Zum Beispiel die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch NATO-Luftstreitkräfte im Mai 1999, in deren Folge es zu Protestaufmärschen vor der US-Vertretung in Peking kam. ⟨Anm. der Red.⟩

9 Xiao Gongqin: «Nationalismus und Ideologie in der Transformationsphase in China», erschienen im Magazin *Zhanlue yu guanli* (*Strategie und Verwaltung*), 4/1994. ⟨Anm. der Red.⟩

10 Song Qiang, Zhang Xiaobo, Gu Qingsheng: *Zhongguo keyi shuo bu* (*China kann Nein sagen*), 1996. ⟨Anm. der Red.⟩

11 Fang Ning, Wang Xiaodong, Song Qiang: *Quanqiuhua yinying xia de zhongguo zhi lu* (*Der Weg Chinas im Schatten der Globalisierung*), 1999. ⟨Anm. der Red.⟩

führten. Der Boykott wurde durch das Gerücht ausgelöst, Carrefour unterstütze die Unabhängigkeit Tibets.

Mit dem Aufflammen des Nationalismus erschien eine Reihe von Untersuchungen zu seinen Funktionen. Sie stellten fest, dass der Nationalismus sowohl eine positive als auch eine negative Seite habe, wobei im modernen China die negative allerdings überwiege: Der Nationalismus sei zwar Triebkraft für die nationale Befreiungsbewegung sowie Kohäsionskraft für den Staat, unterdrücke aber zugleich liberal-demokratische Ideen. Außerdem verbinde sich der Nationalismus im Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung und Aggression mit Ausländerfeindlichkeit. Und schließlich mache der Nationalismus häufig das Falsche zu seinem Gegenstand. Er ersetze politische Prinzipien durch Kulturalismus, d. h. die Verteidigung des Staates fuße auf der Verteidigung der traditionellen Kultur; er vermische die tiefe Liebe zum Land mit der tiefen Liebe zu einer Partei. Es gibt allerdings auch einige Intellektuelle, die vehement für einen Patriotismus und Nationalismus eintreten, die auf Vernunft, demokratischen Konstitutionalismus und Rechtsstaatlichkeit beruhen.

Kulturnationalismus und «*Guoxue*-Fieber»

Eine Besonderheit des chinesische Nationalismus liegt darin, dass einige Intellektuelle geradezu versessen darauf sind, die Überlegenheit der chinesischen Kultur gegenüber der westlichen zu beweisen. Die westliche Zivilisation stehe gerade vor einer geistigen und kulturellen Krise, der sie nicht entkommen könne. Nur die traditionelle chinesische Kultur könne die Welt aus dieser Krise befreien. Deshalb sei das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der chinesischen Kultur. Ein Vertreter dieses Kulturnationalismus ist Professor Ji Xianlin von der Pekinger Universität. Er sagt, jede Zivilisation kenne Blüte und Verfall. Die westliche Zivilisation sei schon seit vielen Jahrhunderten dominierend. Jetzt sei die Zeit gekommen, dass die Kultur des Ostens diese Stellung einnehme. Er argumentiert weiter, dass das Wesen der chinesischen Philosophie in der Auffassung der «Einheit von Mensch und Natur» liege. Der Kern des westlichen Denkens verkörpere sich in dem Satz «Wissen ist Macht», der dafür plädiert, dass die Menschheit ihr Wissen nutzen muss, um die Natur zu bezwingen. Die Umweltprobleme, mit denen die Menschheit konfrontiert ist, die ökologische Krise und andere Probleme seien Missstände, die dadurch entstanden, weil das Verhältnis von Mensch und Natur nicht richtig gehandhabt werde. In seinem Aufsatz «Die Einheit von Mensch und Natur als Allheilmittel für die Menschheit» heißt es: «In der heutigen Zeit, da es um das Überleben geht, können wir uns nur an die chinesische Ethik klammern, um das Verhältnis von Mensch und Natur zu regeln. Nur die östlichen Vorstellungen von Moral und Tugend, nur die östliche Philosophie können die Menschheit retten.» Im Grunde genommen verdreht Ji Xianlin hier die Bedeutung der «Einheit von Mensch und Natur». Seine «Einheit von Mensch und Natur» ist keineswegs eine moderne Öko-Philosophie.

Die erste Welle des «*Guoxue*-Fiebers» begann 1993 an der Pekinger Universität. Sie wurde aber aus politischer Sicht stark kritisiert und als Versuch getadelt, den Marxismus zu ersetzen, was schließlich diese erste Welle verebben ließ. Die zweite Welle kam zehn Jahre später auf. Im Sommer 2003 gab es in Changsha in der Provinz Hunan eine Veranstaltung mit dem Titel: «Nationaler Erfahrungsaustausch: Kinder tragen klassische Werke vor». Im Anschluss sollen in mehr als 60 Städten Kinder aus 5 Millionen Familien die konfuzianischen Klassiker vorgetragen haben. Mit der Losung «Rezitieren der Klassiker» und der Veröffentlichung des

«Kulturmanifests im Jahr des Affen[12]» wurde das Jahr 2004 zum Jahr des Kulturkonservatismus. Ein Jahr später gründete man an der Volksuniversität in Peking ein Institut für *Guoxue*. Die Rede des Rektors, der die Bewegung des 4. Mai stark kritisierte, löste eine große Debatte aus. Eine weitere Debatte entbrannte über die Konfuzius-Verehrung und darüber, ob die Lehren des Konfuzius zur Staatsreligion werden sollten.

Bei der Propagierung konfuzianischen Denkens zeigen sich zwei Tendenzen: Kulturkonfuzianismus und politischer Konfuzianismus. Der Kulturkonfuzianismus ist eine Wiederbelebung des Konfuzianismus, der ein halbes Jahrhundert lang als feudaler Überrest abgelehnt und kritisiert wurde. Er steht dafür, die besten Bestandteile der traditionellen Kultur beizubehalten und zu entfalten, um die Schulden bei der traditionellen Kultur zu begleichen. Der politische Konfuzianismus tritt für eine Veränderung der politischen Realität in China mit Hilfe der politischen Weisheit und der Leitprinzipien des Konfuzianismus ein. Chinas Politik und Kultur müssten letztlich auf der Grundlage der eigenen kulturellen Tradition rekonstruiert werden. Der politische Konfuzianismus lehnt Errungenschaften der modernen Demokratie wie Gleichheit vor dem Gesetz und gleichberechtigte Wahlen ab und hält an einer Trennung zwischen «weisen Oberen und dummen Untergebenen» fest. Das ist nichts als Volksverdummung, der den einfachen Menschen kein Recht zu rationaler Bewertung lässt. Sie erweist der Wiederbelebung des traditionellen Denkens und der Kultur einen Bärendienst.

In den letzten 30 Jahren hat sich in der intellektuellen Kultur Chinas bereits ein Wandel von monistischem zu pluralistischem Denken vollzogen. Die Debatten, die dieser Prozess mit sich bringt, sind eine große Bereicherung für das intellektuelle Leben. Aber für Chinas Entwicklung ist eine weitere Befreiung des Denkens notwendig.

Übersetzt von Karin Buchta

12 Eine Denkschrift, unterschrieben von 70 Prominenten aus Kultur und Wissenschaft, die für eine Neubewertung und Rekonstruktion der kulturellen Tradition sowie eine Förderung der zentralen Werte der traditionellen chinesischen Kultur eintritt. ⟨Anm. der Red.⟩

Cui Weiping 崔卫平

Wo haben wir Heinrich Böll verpasst?

Mein jüngster Kontakt mit Heinrich Böll war bei der Lektüre eines Buchs des polnischen Intellektuellen Adam Michnik. Dieser hatte 1976 an dem Gerichtsprozess gegen die Ursus-Arbeiter[1] teilgenommen und erinnerte sich nun daran, wie die Ehefrauen bei der Urteilsverkündung in lautes Schluchzen ausbrachen. Davon zutiefst erschüttert, empfand er den Drang, sich um diese hilflosen Menschen zu kümmern. Eiligst schrieb er einen Protestbrief, in dem er auch auf die Rolle des Intellektuellen in der Gesellschaft einging. Kurz darauf verfasste ein kleiner Kreis von Dissidenten, dem er angehörte, einen Appell an die westlichen Intellektuellen, sich für die Rechte der polnischen Arbeiter einzusetzen.

Als dieser Appell in der westlichen Presse erschien, reagierten Heinrich Böll, Günter Grass sowie Saul Bellow und weitere bekannte Schriftsteller sehr schnell darauf. Adam Michnik war der Überzeugung, dass es in dieser Situation so nicht weitergehen könne, das sei dann die Geburtsstunde des KOR[2] gewesen. Dieses 1976 gegründete «Arbeiterkomitee» war der Vorgänger der späteren Gewerkschaft Solidarnosc. Man kann sich gut vorstellen, dass die öffentliche Unterstützung durch Heinrich Böll, der ein hoch angesehener Schriftsteller und seit 1972 auch Literaturnobelpreisträger war, für sie eine ganz außerordentlich wertvolle und große Ermutigung darstellte. Zumal sich die polnische Arbeiterbewegung in einer verzweifelten Lage befand und die Zahl der protestierenden polnischen Intellektuellen gering war.

Heinrich Bölls Solidaritätserklärung löste gewissermaßen eine Kettenreaktion aus. In der Tat nahm sie Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung des modernen Polens und wurde somit eine seiner Geburtshelferinnen. Adam Michnik spricht dann seine Auslandsreisen in dem betreffenden Jahr an. Er schreibt, dass die größte Erschütterung für ihn das Treffen mit Heinrich Böll gewesen sei. Genau wie alle Polen habe er, Michnik, die Deutschen ein wenig verachtet, denn schließlich waren es die Deutschen gewesen, die Polen in ein deutsches Konzentrationslager verwandelt hatten. Und obwohl ihm die Vernunft gesagt habe, dass er nicht gegen die Deutschen sein sollte, ließ sich das Gefühl doch nur schwer unterdrücken. Doch dank Heinrich Böll begann er, die Deutschen zu mögen. Während des Treffens hätte dieser versichert, dass er den Arbeitern aus Radom und Ursus jederzeit helfen würde. Im ganzen Westen gab es keinen, schrieb Michnik, der so klar Stellung bezog wie er. Und er habe auch gehalten, was er versprach. Jedes Mal, wenn sie seine Hilfe brauchten, war er zur Stelle.

---

1 Im Juni 1976 kam es nach Preiserhöhungen durch das polnische Regime u. a. in Ursus zu Unruhen. Sieben Arbeiter aus Ursus wurden einen Monat später zu Gefängnisstrafen verurteilt. ⟨Anm. der Red.⟩

2 Das Komitet Obrony Robotników (KOR) war eine polnische Bürgerrechtsbewegung, ein Komitee zur Verteidigung der Arbeiter. ⟨Anm. der Red.⟩

Indem er einem Polen half, seine Vorurteile den Deutschen gegenüber zu korrigieren, wurde Heinrich Böll ein treuer Sohn seiner Nation, denn er gewann für die Nation den ihr zustehenden Respekt.

«Im ganzen Westen gab es keinen, der so klar Stellung bezog wie er.» – Heißt das, Heinrich Böll war der Einzige einer ganzen Generation?

Es ist sehr bedauerlich, dass dieser herausragende Schriftsteller im Weltbild der chinesischen Autoren keinen ihm angemessenen Platz einnehmen konnte. Als er 1972 den Literaturnobelpreis erhielt, befand sich China noch in der dunklen Phase der Kulturrevolution, und über Böll war nur wenig bekannt. Als unsere Nation Ende der 1970er Jahre wieder in die Weltgemeinschaft zurückkehrte und die Menschen wieder begannen, die westliche Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts in großem Umfang zu lesen, und sich die Nachrichten über neu herausgegebene Bücher wie Lauffeuer verbreiteten, da wurde diesem wichtigen deutschen Schriftsteller der Nachkriegszeit trotzdem nur wenig Aufmerksamkeit zuteil. Und obwohl es unter den zu Beginn der 1980er Jahre neu erschienenen Büchern sogar mehrere Titel von Heinrich Böll gab – einen *Sammelband kurzer und mittellanger Romane* (1980), *Gruppenbild mit Dame* (1981) sowie *Ansichten eines Clowns* (1983)[3] – wird dieser moderne deutsche Schriftsteller kaum erwähnt. So ist es zum Beispiel auch in meinem Freundeskreis, gleich ob in einfachen Gesprächen oder in Texten. Es scheint tatsächlich keinen auf Chinesisch schreibenden Schriftsteller zu geben, der sich selbst von diesem deutschen Schriftsteller beinflusst zeigt. Die Menschen diskutieren mehr über andere moderne Schriftsteller und Dichter wie Ezra Pound, T.S. Eliot, Jean-Paul Sartre, Albert Camus, Gabriel García Márquez, Mario Vargas Llosa sowie Jorge Luis Borges. Von den deutschsprachigen Schriftstellern findet Elias Canettis *Blendung* weite Verbreitung. Aber mit Heinrich Böll werden die chinesischen Leser nicht richtig warm. Nachdem sie einige seiner Bücher gelesen haben, legen sie diese beiseite und sprechen nur noch selten von ihnen. So war das die ganze Zeit, und heute ist die Zahl der Böll-Leserschaft noch weiter gesunken.

Was ist das nur, was den Menschen die Sicht versperrt, mit der Folge, dass dieser wichtige deutsche Schriftsteller in den Augen der Menschen den ihm angemessenen Platz nicht einnehmen kann? Wo war das, als wir diesen Heinrich Böll verpasst haben?

Heinrich Böll betrat als Vertreter der in Deutschland nach dem Krieg entstandenen «Trümmerliteratur» die literarische Bühne. 1945 war er 28 Jahre alt, die damalige Situation war für das deutsche Volk eine einzige riesige Katastrophe. Diese Zeit hat er als Erwachsener miterlebt. Seit 1944 hatte er mit allen nur erdenklichen Mitteln und Gründen versucht, aus Krankheit die Truppe zu verlassen. Zwischen Wald und Straßen hin- und herwechselnd, nur um dem eigenen Ende zu entkommen, erfuhr er von dem grausamen Spiel um Leben und Tod am eigenen Leibe, getrieben von Hunger und Durst.

Die Menschen, die nach elendem und hilflosem Umherirren nach Hause kamen, «schrieben also vom Krieg, von der Heimkehr und dem, was wir im Krieg gesehen hatten und bei der Heimkehr vorfanden»[4] – das verstand sich ganz von selbst. Aber als man die Bezeichnung «Trümmerliteratur» wählte, um dieses junge literarische Phänomen zu bezeichnen, da schwang gleichzeitig eine Art Kritik mit, die sogar Vorwurf und Verletzung enthielt. So wunderte sich Böll: «[M]an schien uns zwar nicht verantwortlich zu machen dafür, dass Krieg gewesen, dass alles in

---

3 Die Jahreszahlen der aufgeführten Titel entsprechen den chinesischen Erscheinungsjahren. ⟨Anm. der Red.⟩

4 «Bekenntnis zur Trümmerliteratur» ist, zuerst 1952 erschienen (jetzt in: Heinrich Böll, Werke, Bd. 6, Kölner Ausgabe, Köln 2007, S. 58), in China im *Sammelband kurzer und mittellanger Romane* zu finden. ⟨Anm. der Red.⟩

Trümmern lag, nur nahm man uns offenbar übel, dass wir es gesehen hatten und sahen, aber wir hatten keine Binde vor den Augen und sahen es».[5]

Dieses Phänomen ist uns auch nicht fremd: Niemand übernimmt die Verantwortung für ein Unglück, aber wer die Nachricht von diesem Unglück überbringt, der wird dafür zur Verantwortung gezogen, hat die Konsequenzen zu tragen.

«Wer Augen hat zu sehen, der sehe!»[6], das war Bölls Aufforderung. Aber das «Sehen» bedeutet hier nicht nur das Sehen von Äußerlichkeiten, sondern auch von den inneren Dingen: das, woraus sich das Leben zusammensetzt, was den Dingen Form und Struktur gib. Der Begriff des «Sehens» geht hier also über den Bereich der Optik hinaus, wer Augen hat und sehen kann, der soll die Dinge auch durchschauen. Menschen haben die Möglichkeit, mit Hilfe der Sprache Objekte zu durchschauen, diese Objekte in ihrer gesamten Tiefe zu ermessen und zu benennen.

Heinrich Böll hatte den Ruf eines Kritikers der Adenauer-Ära. Gerade in der Zeit, in der das Land wieder zu prosperieren begann. Dieser Konrad Adenauer erzielte 2003 bei einer ZDF-Umfrage über «Unsere Besten» den ersten Platz für seine Bedeutung beim Wiederaufbau des Landes. Aber wieso war Heinrich Böll in einer Zeit, in der die Menschen mit dem Wiederaufbau nach dem Krieg beschäftigt waren und der Wohlstand langsam stieg, so kritisch und scheinbar unzufrieden? Wie ist das Verhältnis eines Schriftstellers generell zu seiner Epoche? Die Vorlesung, die er 1973 in Schweden zur Nobelpreisverleihung hielt, gibt hierauf eine Antwort:[7]

Böll wählte zunächst ein Beispiel vom Brückenbau. Er wies darauf hin, dass es bei einem so rationalen Gegenstand wie einer Brücke, die unter ständiger Kontrolle durch Planer, Ingenieure und Arbeiter errichtet würde, trotzdem immer eine Abweichung von wenigen Millimetern oder ein paar Zentimetern gäbe, allgemein als «Unberechenbarkeit» bezeichnet. Der Hauptgrund dafür liege darin, dass es bei der Verwirklichung des Plans, also der Verarbeitung des Materials, zu winzigsten Abweichungen kommt. Daraus folge, dass es bei der Umsetzung jeglichen Plans immer zu einem dieser schwer zu berechnenden Zwischenräume kommen wird. Er benutzt den Begriff «Dehnungsdifferenzen» , um dies zu beschreiben. Ein befreundeter Bäcker schilderte ihm den gleichen Sachverhalt: Wenn man in den frühen Morgenstunden, noch bevor die Nacht vorbei ist, Brot backen will, dann bedarf es Intuition, um die Mischung der Zutaten, die Höhe der Temperatur und die Länge der Backzeit richtig hinzubekommen, das sei alles nicht genau bestimmbar, «eine äußerst riskante Sache»[8]. Kein Mensch könne alle ein Endergebnis beeinflussenden Faktoren in seine Überlegungen mit einbeziehen, immer wird es einen kleinen Teil geben – egal, wie klein der auch sein mag –, der sich den menschlichen Berechnungen oder der Aufmerksamkeit entzieht.

Heinrich Böll verwendete seine eigene Rede als Beispiel und erklärte: «Es wird immer ein Rest bleiben, […] es bleibt und wird bleiben ein wenn auch winziger Bezirk, in den die Vernunft unserer Provenienz eindringt».[9] So müsse es auf jedem Gebiet einen dieser schwer erklärbaren «Zwischenräume» geben, und genau hier liege die Vernunft der Poesie, der Ort, wo sich die Poesie aufhalten müsse. In Anbetracht dieses unerforschten, möglicherweise gefährlichen Gebietes, müssten die Menschen ausreichend Bescheidenheit zeigen, sie dürfen nicht eingebildet

---

5 Ebd.

6 Ebd., S. 61. (Böll bezieht sich hier auf eine Stelle im Matthäus-Evangelium.

7 Die Vorlesung hielt Heinrich Böll am 2.5.1973 in Stockholm unter dem Titel «Versuch über die Vernunft der Poesie». Die Rede ist in der chinesischen Übersetzung im Sammelband *Essays von Böll* 1996 erschienen. ⟨Anm. der Red.⟩

8 Heinrich Böll: «Versuch über die Vernunft der Poesie», in: Kölner Ausgabe, Köln 2007, Bd. 18, S. 201. ⟨Anm. der Red.⟩

9 Ebd., S. 205.

sein; Eitelkeit werde nur zerstören, die Vernunft oder Vorstellungskraft der Poesie zerstören.

Sieht man auf diesen «Rest», wird also selbst ein vollkommen geplantes Paradies auf Erden diese oder jene Abweichungen aufweisen, solche noch nicht bearbeiteten oder geordneten Ecken oder Schattenplätze. Die Menschen sollten sich dessen bewusst sein, sie sollten nicht glauben, dass sie bereits alle guten Werke der Welt vollbracht haben, dass sie bereits an die Grenze des Vollendeten gestoßen sind; und dies um so mehr, als doch jede reale menschliche Gesellschaft noch lange kein Paradies auf Erden ist, sondern ein durch alle möglichen Interessensbeziehungen entstandener Tummelplatz voller gesellschaftlicher Widersprüche. Die Menschen, die die wichtigsten gesellschaftlichen Ressourcen in der Hand halten und die eingenommene überlegene Stellung kontrollieren, verstärken immer weiter alle Arten von Ungleichberechtigung in der Gesellschaft – und das wird oftmals mit Hilfe aller möglichen legalen Gründe und des Rechtssystems erreicht. Die Repräsentanten dieses Systems, die Politiker aller Couleur, sind von Natur aus nicht dazu bereit, sich den Problemen zu stellen; ihnen ist viel mehr daran gelegen, die Gesellschaft strahlend schön auszuschmücken, den Menschen das Gefühl zu vermitteln, in einer Zeit des Friedens und des Wohlstands zu leben – und was sie gar nicht mögen, ist dieser unharmonische Lärm und das Durcheinander von Stimmen, diese «Reste» wollen sie am liebsten verdecken oder verstecken, als ob schon immer alles fugenlos ineinander gepasst, es weder in der Vergangenheit noch aktuell jemals irgend welche Probleme gegeben hätte. Das einzige Problem sind die Menschen, die die Probleme sehen. Die «Zwischenräume» oder den «winzigen Bezirk» Bölls bezeichnen sie deshalb als «Schattenseiten».

Böll vertrat die Ansicht, diese dunklen Bereiche seien die Stelle, an der sich die Poesie aufhalten müsse, der rechtmäßige Platz für literarische Vorstellungskraft. Tatsächlich war er einer der wenigen Menschen, die es schafften, Politik und Literatur auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Und Politik meint hier natürlich eine Politik des Widerstands. Wenn sich die Vorstellungskraft diesen «Resten» zuwendet, sich dort hinbegibt, dann verleiht ihr das eine Art Widerborstigkeit, dann wird das zu einem Widerstand gegen die Makellosigkeit, einem Widerstand gegen die «Zeit des Friedens und Wohlstands», einem Widerstand gegen alle Lügen und das absichtliche Verschweigen, einem Widerstand gegen das alle möglichen Gründe aufführende Verteidigen der bestehenden Ordnung sowie die immer mit dem «Die Realität ist nun mal so»-Argument daherkommende plumpe Haltung. Dieses Vorgehen entspricht den Grundsätzen der Kunst in Gänze – die Vorstellungskraft ist eine Entdeckung, sie veranlasst die, die noch nichts gesagt haben, zu sprechen, die, die noch nichts gesehen haben, zu erkennen. Entsprechend der «Lichtung» Martin Heideggers gibt es den noch immer unter tiefen Wassern verborgenen Dingen eine Ordnung. Heinrich Böll benutzte eine ganze Reihe von Begriffen, um dieses undurchdringliche Gebiet zu beschreiben: Ironie, fiktive Bezirke, Reste, Göttlichkeiten, Mystifikationen, Widerstände,[10] aber alle weisen auf die gleiche Sache hin. Sie bedeuten ewige Unruhe, unermüdliche Kritik und Aufklärung. Die Politik des Widerstandes mit der literarischen Vorstellungskraft und der Poesie zusammenzubringen – das ist die Politik des Schriftstellers. Denn auf dieser Welt gibt es nicht nur die Politik der Politiker. Es muss wirklich nicht so sein, dass die Politiker die Politik monopolisieren.

Es war Heinrich Böll, der den Bereich dieser Politik des Widerstands erweiterte. Denn in Wirklichkeit ist doch die Überheblichkeit, die für den anderen keinen Blick übrig hat, überall zu finden: Wenn die Menschen einer Region Widerstand leisten und Menschen aus anderen Regionen dem überhaupt keine Bedeutung

10 Ebd., S. 212.

beimessen, dann steckt doch dahinter eine gewisse Überheblichkeit. Heinrich Böll hatte hierzu ein Beispiel: «Es mag für einen politischen Häftling oder auch nur isolierten Oppositionellen etwa in der Sowjetunion falsch oder gar wahnsinnig erscheinen, wenn man in der westlichen Welt gegen den Vietnamkrieg protestiert – man mag das psychologisch verstehen für ihn da in seiner Zelle oder seiner gesellschaftlichen Isolation –, und doch müsste er erkennen, dass die Schuld der einen nicht aufgerechnet werden kann gegen die der anderen, dass, wenn für Vietnam demonstriert wird, für ihn mitdemonstriert wird!»[11]

Das stimmt auch anders herum: Zum Beispiel hätten in den 1970er Jahren die Kriegsgegner im Westen aufgrund ihrer verlorenen Hoffnungen und ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Kapitalismus nicht die Diktatoren der Länder des Ostens als ihre Repräsentanten ansehen sollen, nämlich als die, die ihre Wünsche erfüllen könnten; und deshalb hätten sie nicht auf die Oppositionellen dieser Länder mit Unverständnis reagieren oder ihnen nur Desinteresse entgegenbringen und ihre Anliegen als nicht so wichtig oder dringend einstufen dürfen. Genau wie die Oppositionellen im Westen für die Oppositionellen im Osten demonstrierten, so kämpften und litten die Oppositionellen im Osten in ihren Ländern auch für die Oppositionellen des Westens. Kann so die eingangs gestellte Frage, warum Böll in den 1970er Jahren als einer der ganz wenigen bedeutenden Schriftsteller aus dem Westen die junge polnische Opposition unterstützte, beantwortet werden?

Heinrich Böll ging noch einen Schritt weiter und stellte fest: «Es erscheint mir als beinahe selbstmörderisch, wenn wir immer noch und immer wieder die Teilung in engagierte Literatur und die andre überhaupt diskutieren. Nicht nur, dass man gerade, wenn man das eine zu sein glaubt, für das andere eintreten muss bis zum äußersten», übernehmen wir «gerade mit dieser gefälschten Alternative ein bürgerliches Teilungsprinzip, das uns entfremdet».[12]

Das ist wirklich gut gesagt: Du machst die eine Sache, strengst Dich aber genauso für die andere an; die Erfolge, die bei der zweiten Sache erreicht wurden, wirken auf die erste zurück: So fördern die beiden sich gegenseitig, befruchten sich gegenseitig, die Quelle der Schönheit und die Quelle einer menschlichen Politik sind identisch, miteinander verbunden. Man kommt nicht nur von der Politik des Widerstands zu poetischer Vorstellungskraft und der Vernunft der Poesie; von der Ästhetik aus kann man genauso auch zur Politik des Widerstands gelangen. «Es ist nur die Teilung unserer möglichen Stärke, auch die unserer möglichen […] verkörperten Schönheit, denn sie kann ebenso befreien wie der mitgeteilte Gedanke, sie kann als sie selbst befreien oder als Provokation, die sie darstellen mag.»[13]

Dieser Prozess ist natürlich nicht einfach, er funktioniert nicht auf Kommando, diese von Heinrich Böll so verstandene Wirkung der Schönheit ist langsam, weil die Gestalt der Schönheit nicht direkt, sondern nur durch Andeutungen wirkt. Die Teile literarischer Werke, die die Realität erschüttern können, sind wie ausgelegte Widerhaken, die auf den ersten Blick nichts Besonderes sind, die Menschen beachten sie gar nicht, aber die Poesie ist «gerade in ihrer verachteten den und manchmal sogar verächtlichen Schönheit und Undurchsichtigkeit […] das beste Versteck für den Widerhaken, der den plötzlichen Ruck oder die plötzliche Erkenntnis bringt». Deswegen ist für Heinrich Böll die Kunst «ein gutes Versteck: nicht für Dynamit, sondern für geistigen Explosivstoff und gesellschaftliche Spätzünder».[14]

Aus Bölls Sicht beschränkt sich die Sprache auch nicht auf das geschriebene Wort, sie öffnet den Weg zur Verbindung mit dieser Welt. Die in der Sprache gespei-

---

11 Ebd., S. 214.

12 Ebd., S. 215

13 Ebd.

14 Ebd., S. 216.

cherte Energie hat in dieser Welt eine geburtshelfende und befruchtende Funktion. In einer «Die Sprache als Hort der Freiheit» betitelten Rede stellte er diese These in aller Klarheit auf:

«Wer mit Worten Umgang pflegt, auf eine leidenschaftliche Weise, wie ich es von mir bekennen möchte, wird, je länger er diesen Umgang pflegt, immer nachdenklicher, weil nichts ihn vor der Erkenntnis rettet, welch gespaltene Wesen Worte in unserer Welt sind. Kaum ausgesprochen oder hingeschrieben, verwandeln sie sich und laden dem, der sie aussprach oder schrieb, eine Verantwortung auf, deren volle Last er nur selten tragen kann: wer das Wort *Brot* hinschreibt oder ausspricht, weiß nicht, was er damit angerichtet, Kriege sind um dieses Wortes willen geführt worden, Morde geschehen, es trägt eine gewaltige Erbschaft auf sich, und wer es hinschreibt, sollte wissen, welche Erbschaft es trägt und welcher Verwandlungen es fähig ist. Würden wir uns, dieser Erbschaft, die auf jedem Wort ruht, bewusst, unsere Wörterbücher vornehmen, diesen Katalog unseres Reichtums studieren, wir würden entdecken, dass hinter jedem Wort eine Welt steht, und wer mit Worten umgeht, wie es jeder tut, der eine Zeitungsnachricht verfasst oder eine Gedichtzeile zu Papier bringt, sollte wissen, dass er Welten in Beweung setzt, gespaltene Wesen loslässt: was den einen trösten mag, kann den anderen zu Tode verletzen.»[15]

Zitate Heinrich Bölls zu verwenden geschieht mit dem Ziel einer direkten Gegenüberstellung, um die in der Überschrift gestellte Frage zu beantworten: warum die chinesischen Schriftsteller diesen genau wie sie selbst auch aus Trümmern hervorgekommenen deutschen Schriftsteller Heinrich Böll verpasst haben. Bölls Methode ist diese: Aufstehen, den Kopf zurückwenden und nachsehen, welche Macht es denn jetzt genau war, die die Trümmer verursacht hat? Was führte zu dieser schrecklichen Katastrophe, und wie kann man sich davor schützen, dass es erneut geschieht? Böll überlegte, wie er als Schriftsteller die Verantwortung für die «Reste» der deutschen Geschichte übernehmen konnte. Wie er diese «Reste», die sonst niemand haben wollte, tragen konnte, um dadurch die Gesellschaft, in der er sich befand, zu verbessern. Heinrich Böll lobt den «nah am Wasser gebauten» Dickens, der seiner Meinung nach für einen Schriftsteller nur ganz selten vergönnte Erfolge erzielen konnte: Er veranlasste eine Reform des Gefängnissystems und die gründliche Überprüfung von Armenvierteln und Schulen. So ein Lob gebührt aber auch Heinrich Böll. Die bereits erwähnte Unterstützung der polnischen Demokraten in den 1970er Jahren ist hier nur ein Beispiel.

Viele chinesische Schriftsteller hingegen stecken ihren Kopf tief in den Sand, bis auf den heutigen Tag weichen sie der Politik aus, so gut wie es eben nur möglich ist. Sie kennen nur eine Art von Politik, das ist die Politik der Politiker, die Politik des Stärkeren, die Politik der Vergewaltigung und des Vergewaltigtwerdens, und dabei wissen sie gar nicht, dass auch sie als Einzelne ihre eigene politische Stellung beziehen könnten. Ein Schriftsteller hat die Politik des Schriftstellers, und die stammt aus der Verwendung seines an Klarsicht reichen Blicks und seinem Schreiben.

Das folgende Zitat Heinrich Bölls schallt immer noch wie eine große Glocke ganz in unserer Nähe. Seine Worte sind es wert, dass wir sie beachten: «Der Schriftsteller, der sich dem Mächtigen beugt, sich gar ihm anbietet, wird auf eine fürchterliche Weise kriminell, er begeht mehr als Diebstahl, mehr als Mord. Für Diebstahl und Mord gibt es eindeutige Paragraphen, einem veruteilten Verbrecher bietet sich das Gesetz zur Versöhnung an: es wird etwas beglichen, mag die Begleichung auch nicht so glatt aufgehen wie eine Rechenaufgabe; doch ein Schriftsteller, der Verrat

---

15 Heinrich Böll: «Die Sprache als Hort der Freiheit», Rede, gehalten anlässlich der Entgegennahme des Eduard-von-der-Heydt-Preises der Stadt Wuppertal am 24.1.1959, in: Kölner Ausgabe, Köln 2005, Bd. 10, S. 536f. ⟨Anm. der Red.⟩

begeht, verrät alle die, die seine Sprache sprechen, und ist nicht einmal strafbar, da er nur ungeschriebenen Gesetzen unterworfen ist; ungeschrieben sind diese Gesetze, was seine Kunst betrifft und was sein Gewissen betrifft».[16]

Übersetzt von Wolf Kantelhardt

16 Ebd., S. 539.

II. Rückblick auf 30 Jahre Reform

Im Jahr 2008 feierte Peking 30 Jahre Reformen. Als offizieller Beginn der Reformen gilt die Dritte Sitzung des Ständigen Ausschusses des 11. Parteikongresses im Jahr 1978. Dort hatte Deng Xiaoping verkündet, dass der Fokus der künftigen Politik auf der wirtschaftlichen Entwicklung liege, damit hatte er die Reform- und Öffnungspolitik eingeläutet. Zwei Jahre nach Mao Zedongs Tod und dem Ende der Kulturrevolution begann eine Transformation, die als eine der größten und schnellsten in der Geschichte der Menschheit gelten darf.

Gegen starken Widerstand innerhalb der Partei – vor allem in den ersten Jahren – wurden schrittweise marktwirtschaftliche Reformen durchgesetzt. Die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen entlang der Küste, die graduelle Freigabe der bislang staatlich festgesetzten Preise, die Privatisierung der staatseigenen Betriebe und die Öffnung für Auslandsinvestitionen bescherten Chinas Wirtschaft konstante Wachstumsraten im zweistelligen Bereich. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen stieg von 151 US-Dollar im Jahre 1978 auf 4.660 Dollar dreißig Jahre später.

Die Mehrheit der Chinesen profitierte zunächst von den Reformen. Doch bald verlagerte man die Anstrengungen auf die Entwicklung der städtischen und industriellen Zentren. Die Entwicklung auf dem Land blieb zurück und die Einkommensschere zwischen Stadt und Land öffnete sich immer weiter.

Deng Xiaoping hatte 1978 auch politische Reformen angekündigt, aber von Beginn an deutlich gemacht, dass der Führungsanspruch der kommunistischen Partei unantastbar sei. Eine Gewaltenteilung nach westlichem Vorbild lehnte er strikt ab. Institutionelle Reformen innerhalb des bestehenden Systems begannen in den 1980er Jahren. Die Amtszeit für die wichtigsten Staatsämter wurde begrenzt und eine Professionalisierung von Administration und Justiz eingeleitet. Maßnahmen zur Dezentralisierung der Staatsmacht und Experimente in Bürgerbeteiligung (z.B. Wahlen auf lokaler Ebene) begannen ebenfalls in den 1980er Jahren. Nach und nach zogen sich Partei und Staat aus der Kontrolle des Privatlebens der Bürger zurück.

Nach der Niederschlagung der Studentenbewegung 1989 kamen die Reformen ins Stocken. Deng Xiaopings berühmte Reise in die Sonderwirtschaftszonen im Süden 1992 brachte eine Wiederbelebung der Wirtschaftsreformen. Auch die Professionalisierung und Verrechtlichung der staatlichen Verwaltung ging weiter. Ideen für radikale politische Reformen, wie etwa die Trennung von Partei und Staat, wurden nicht wieder aufgegriffen.

Qin Hui beschreibt in seinem Text, wie nach der Katastrophe der Kulturrevolution zunächst alle von Reformen profitierten. Er analysiert die einzelnen

Phasen der Reformen, in deren Verlauf sich die gesellschaftlichen Widersprüche verschärfen, und erklärt, zu welchem Preis das chinesische Wirtschaftswunder erkauft wurde. Er beschreibt, wie das chinesische Entwicklungsmodell in einer globalisierten Wirtschaft funktioniert und wie die Entwicklungen in China und im Westen einander bedingen und beeinflussen. Nach seiner Analyse besteht heute kein gesellschaftlicher Konsens über den Erfolg und die weitere Zukunft der bisherigen Politik. Er glaubt, nur weitreichende Reformen, die dem Staat mehr Verantwortung abverlangen und dem Bürger mehr Mitgestaltung einräumen, können den sozialen Frieden und die Stabilität Chinas sichern. Eine lange Fassung des Artikels erschien anlässlich des Jubiläums der Reformen in drei Teilen in der Wochenzeitung *Nanfang Zhoumo*. Er wurde auch in anderen Publikationen abgedruckt.

Fu Guoyong betrachtet in seinem Text die gesellschaftspolitische Dimension der Reform. Noch bis in die frühen 1980er Jahre durchdrang die Partei alle Lebensbereiche. Die sogenannte «danwei», die Arbeitseinheit, regelte von der Geburt bis zum Tode alle Lebensbereiche. Berufswahl, Heirat, Geburt eines Kindes, Zuteilung von Wohnraum, alles musste von der Partei genehmigt werden. Privatinitiative und Individualität oder Kreativität waren unerwünscht. Alle Berufsgruppen und wirtschaftlichen Aktivitäten waren Staat und Partei zugeordnet und unterstellt, Kunst und Kultur von der Partei geregelt. Heute hat der Staat sich aus dem Privaten weitgehend zurückgezogen. Eine pluralistische Gesellschaft entwickelt sich, erobert Freiräume und findet vielfältige Ausdrucksformen. Fu Guoyong gibt Beispiele, wie privates Engagement die Gesellschaft verändert. Er beschreibt den Einfluss der freien Berufe und Berufsverbände, von Medien, Künstlern und Einzelpersonen. Für ihn liegt die Hoffnung des Landes in der Entwicklung einer Zivilgesellschaft, in der persönliche Verantwortung zählt und die neue Wert- und Moralvorstellungen entwickelt. Fu Guoyongs Text wurde erstmals im März 2009 im Magazin der politischen Konsultativkonferenz seiner Heimatprovinz Zhejiang veröffentlicht. Die März-Ausgabe widmete sich ausschließlich dem Thema «Zivilgesellschaft». Der Text erschien später auch in Fu Guoyongs Blog.

Qin Hui 秦晖

30 Jahre Reform und Öffnung

Chinas Wirtschaftswunder und seine Zukunft

Das chinesische Wirtschaftswunder wird in den internationalen Wirtschaftskreisen häufig zusammen mit der Krise in Osteuropa unter dem Gesichtspunkt der graduellen bzw. sprunghaften Transformation diskutiert. Die Wirtschaftsliberalen argumentieren, die osteuropäischen Länder müssten für ihre radikale Wende zwar einen hohen Preis bezahlen, aber da wesentliche Probleme gelöst seien, werde die Zukunft wieder besser aussehen. Hingegen habe die schrittweise Reform in China zwar zunächst ein stetiges Wirtschaftswachstum hervorgebracht, aber einige wesentliche Probleme seien nur aufgeschoben, daher werde es früher oder später zu großen Schwierigkeiten kommen. Auf der anderen Seite meinen die Keynesianer, die Umstellung in Osteuropa sei in einen marktwirtschaftlichen Fundamentalismus geschlittert, während die langsame Umstellung in China eher mit Vorstellungen einer sozialen Marktwirtschaft vergleichbar sei, was natürlich Erfolg verspreche. Und diese beiden Trends würden sich in Zukunft auch keinesfalls umkehren.

Der Autor dieser Zeilen hält die genannten Annahmen insgesamt für zweifelhaft. Erstens: Was die Ziele der Umstellung betrifft, so hat man in China nur davon gesprochen, «sich von Stein zu Stein über den Fluss zu tasten». Es ist also sehr schwierig zu sagen, was das Ziel sein soll, und wahrscheinlich kann auch niemand belegen, dass China wohlfahrtsstaatlicher ist als die Staaten Osteuropas.[1] Die Strategien in den ehemaligen Comecon-Gebieten haben unterschiedliche Besonderheiten, weshalb es eigentlich kaum sinnvoll ist, diese verschiedenen Ansätze zur Wirtschaftspolitik unter einer «osteuropäischen Transformation» zu subsumieren.

Alles in allem scheint das seit 30 Jahren anhaltende Wirtschaftswachstum in China die Reformländer in Mittel- und Osteuropa aber in den Schatten zu stellen. Deswegen nimmt man nicht nur in China an, die Menschen in Mittel- und Osteuropa hätten wohl etwas falsch gemacht, während die Chinesen eine positive Erfahrung anbieten würden. Aber was in China wirklich geschehen ist, lässt sich mit dem Gegensatz «graduell vs. radikal» sicher nicht herausfinden.

---

1 Das Gegenteil ist leichter zu belegen, siehe dazu meinen Aufsatz «Die Zukunft der Umstellung in China» in der Zeitschrift *Zhanlue yu guanli* (*Strategie und Verwaltung*), 2003/1, S. 4–5.

1 Das Wirtschaftswunder 1978–1989: Zweistellige Zuwachsraten und «Heraustreten aus einem negativen Pareto-Prozess»

Die Reform aus der Abkehr von der Kulturrevolution

Der Reformprozess in China ist mittlerweile 30 Jahre alt, wenn man, wie üblich, 1978 als das Jahr des Beginns annimmt. Mit dem sogenannten Reformprozess wollte man ursprünglich über die Kulturrevolution hinwegkommen. Aber dieses «Abschütteln» der Kulturrevolution ist nicht gleichzusetzen mit einer Hinwendung zur Marktwirtschaft. China hatte nie die Vorteile einer «wissenschaftlichen Planung» genossen [wie die Sowjetunion], deshalb mussten die Chinesen auch nicht den Preis für den Verzicht auf eine «wissenschaftlichen Planung» bezahlen. Gerade dieses «Chaos» vor der Reform schuf die Voraussetzung für das spätere «Wachstum ohne Nachteile» am Beginn der Reformperiode. Eine rationale und wissenschaftlich fundierte Planwirtschaft hätte genauso wie eine marktwirtschaftliche Reform die wirtschaftliche Effizienz in China erhöht, anders als in der Sowjetunion unter Gorbatschow, wo dies bereits nicht mehr möglich war.

Sie haben nur «ihre Ketten verloren»: Das relativ faire Wachstum am Beginn der Reformperiode

Wenn die Menschen Gängelung akzeptieren, dann nicht nur wegen des Zwangs. Wenn man Freiheit gegen «Sicherheit», gegen eine soziale Absicherung tauschen kann, dann werden die Menschen diese beiden Werte abwägen. Die Systeme vor den Reformen konnte man weder in China noch in Osteuropa als «demokratischen Sozialismus» bezeichnen, die Menschen hatten nicht das Recht, durch Wahlen in diesem Abwägungs- oder Austauschprozess Einfluss zu nehmen. Aber die Unfreiheit wie auch die soziale Sicherheit wurden unterschiedlich empfunden. Die Aufgabe des alten Systems im Prozess der «Transformation» ist, um es mit Marx zu sagen, die Erfahrung von Freiheit in zweierlei Bedeutung des Wortes: das Abstreifen von Ketten ebenso wie der Verlust von [staatlicher] Fürsorge.

Im Unterschied zu China hatte die Sowjetunion bereits unter Breschnew die Industrialisierung und die Urbanisierung abgeschlossen, d. h. die Bauern waren bereits in der Minderheit, und der Aufbau der Industrie musste sich nicht mehr auf die «Ausbeutung» der Bauern stützen. Im Gegenteil, es gab bereits Anzeichen von einer «umgekehrten Stützung» der Landwirtschaft durch die Industrie. Und in einigen osteuropäischen Ländern war diese Situation noch stärker ausgeprägt, dort waren die Bauern verglichen mit den Bauern in China in einer quasi entgegengesetzten Position.

Die Art «primitiver Akkumulation» in China vor der Reform war dauerhaft von einer Ausbeutung der Bauern abhängig. Das bedeutete für die Bauern in China unter dem alten System eine noch rigidere Gängelung als in der Sowjetunion bzw. in Osteuropa; gleichzeitig besaßen sie im Grunde keine soziale Absicherung. Unter diesen Bedingungen brachte die Anfangszeit der Wirtschaftsumstellung für die Bauern praktisch nur Vorteile, und so sagt man, sie hätten bei der Reform gar nichts verloren, «außer ihren Ketten». Vor der Reform waren 80 Prozent der chinesischen Bevölkerung Bauern. Das bedeutet, dass in der Anfangsphase der Reform ein großer Teil der Bevölkerung von ihr profitierte. Und dieses anfänglich gerechte Wachstum wurde noch positiver empfunden, weil die Reform in der Abkehr von der Kulturrevolution begründet war.

Überwindung des «negativen Pareto-Prozesses»: Die gesellschaftliche Übereinstimmung in der Anfangsphase der Reform

In der Wirtschaftswissenschaft gibt es den Begriff der «Pareto-Optimierung»[2], die Verwirklichung eines solchen Prozesses ist in der Geschichte eigentlich selten. Aber nehmen wir an, es gibt einen Prozess, bei dem alle Schaden erleiden, nur in unterschiedlichem Maß, und bei dem im Grunde keiner richtig profitiert. Den könnten wir dann als einen «negativen Pareto-Prozess» bezeichnen. Eine Reform, die einen solchen negativen Pareto-Prozess, also eine Situation, bei der jeder draufzahlt, schließlich beendet, wird allen nützen. Wenn auch der Nutzen nicht für alle gleich ist, so besitzt eine solche Reform doch die Qualität einer Pareto-Optimierung.

Die «Große Proletarische Kulturrevolution» ist ein historisch seltener «negativer Pareto-Prozess». Es ist eine Tatsache, dass zwischen 1975 und 1978 praktisch jeder die Kulturrevolution überwinden wollte, mit Ausnahme der Viererbande und sehr weniger Anhänger.

Die gesellschaftliche Zustimmung für Deng Xiaopings «Reformen» zur Überwindung der Kulturrevolution war extrem groß, und fast alle profitierten in irgendeinem Maß in der Anfangsphase der Reform.

2 Das Wirtschaftswunder 1992–2001: Eine einzigartige Methode zur «Verringerung der Transaktionskosten»

Triumphzug der Reform und Ansammlung von Widersprüchen

Wegen der im Vergleich zur rationalen Planwirtschaft der Comecon-Staaten extremen Ineffizienz der chinesischen Kommandowirtschaft konnte man diese ohne hohe Kosten aufgeben und dabei profitieren. Wie schon gesagt: Die große Mehrheit der Bevölkerung, nämlich die Bauern, lebte gegängelt und ohne soziale Sicherung; und der «negative Pareto-Prozess» der Kulturrevolution hatte zur Folge, dass am Anfang der Reform eine Pareto-Optimierung eintrat, von der alle profitierten.

Ende der 1980er Jahre begann die vorteilhafte Wirkung langsam abzuflauen. Die staatlichen Monopole und die marktwirtschaftlichen Tendenzen gerieten mehr und mehr in Konflikt. Unternehmen in den ländlichen Regionen wollten nicht mehr nur aufsammeln, was die staatlichen Firmen übrigließen. Sie konkurrierten mit staatlichen Firmen um Ressourcen, Marktanteile und Fachkräfte. Ein weiteres Problem: «Öffentliche Hähne legten private Eier», das heißt Einzelne, staatlich privilegierte Personen konnten die Gewinne einstreichen, während die öffentliche Hand für Verluste aufkam. Das «duale Preissystem»[3] führte zudem zu einer Situation, in der hohe Funktionäre und ihre Helfershelfer den Markt manipulierten, und von der Gerechtigkeit der Reform konnte keine Rede mehr sein. Im Jahre 1989 führten diese Widersprüche zu einer nie dagewesenen «Unruhe».[4] Darauf schlug das Pendel wieder für mehrere Jahre nach links. Letztlich konnte sich keine der widerstreitenden Parteilinien «Marktwirtschaft plus Demokratisierung» und «Rückkehr zur Planwirtschaft» durchsetzen. Erst Deng Xiaopings Reden auf seiner Inspektionsreise

---

2 Bei einer Pareto-Optimierung geht es um die Lösung eines Optimierungsproblems mit mehreren Zielen. In der Ökonomie geht es dabei meist um die Verteilung knapper Güter, bei der kein Beteiligter besser gestellt werden kann, ohne einen anderen schlechter zu stellen. Ein Wechsel zu einer «besseren» Verteilung wird entsprechend als Pareto-Optimierung bezeichnet; die Menge der durch Pareto-Optimierung erreichbaren Zustände als Pareto-Optimum. ⟨Anm. der Red.⟩

3 Beim «dualen Preissystem» gibt es für einen Teil von Waren Preise, die vom Markt bestimmt werden, und andererseits für bestimmte Waren Preise, die von der Regierung festgelegt oder durch Subventionen niedrig gehalten werden. ⟨Anm. der Red.⟩

4 Gemeint ist die Protestbewegung der Studenten und Arbeiter vom Tiananmen-Platz in Peking. ⟨Anm. der Red.⟩

im Süden des Landes 1992 führten dazu, dass die Reform unter neuen Vorzeichen wieder aufgenommen wurde. Nach dem ersten Akt des chinesischen Wirtschaftswunders, das nach den bitteren Jahren der Vergangenheit die Gegenwart als süße Verheißung erscheinen ließ, war der Vorhang gefallen.

Wie reduzierten sich die «Transaktionskosten»?

Als im Jahre 1992 die zweite Reformphase begann, hatte sich die Konstellation geändert: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Comecon hatte die Planwirtschaft einen sehr schlechten Ruf, und die in China von vornherein ungenügende «wissenschaftlich fundierte Planung» hatte damit noch weniger Chancen auf eine Führungsrolle in der Entwicklung. Immer deutlicher trat die Marktwirtschaft als neue Richtung hervor. Auf der anderen Seite hatte die nach den Ereignissen von 1989 installierte eiserne Faust politische Debatten zwischen links und rechts erfolgreich abgewürgt und auch den Spielraum von vielen Interessensgruppen sehr stark eingeschränkt. Die Debatte, ob «die große Familie namens Kommandowirtschaft» in einer Situation, wo «die Väter nicht gütig und die Kinder respektlos»[5] seien, auseinanderbreche oder nicht, wurde zusehends leiser, und die Debatte, wie dieser Haushalt auseinandergehen sollte, verschwand unter dem Druck der eisernen Faust. Um es in den Begriffen der Wirtschaftswissenschaft zu sagen: Die Transaktionskosten[6] für die Veränderungen waren sehr stark gesenkt worden.

Eine «Senkung der Transaktionskosten» war tatsächlich das Geheimnis des ab 1992 realisierten «chinesischen Wirtschaftswunders». Die «graduelle» wie auch die «radikale» Umstellung der Wirtschaft war in den demokratisierten osteuropäischen Ländern unterschiedlich, aber sie schafften alle keine mit China vergleichbare Kostenreduktion. Egal, ob sie nun unter linker oder unter konservativer Führung stand – die Umstellung in Osteuropa hatte folgende Probleme: «Die demokratische Aufteilung des Familienerbes ist mühsam, die Lasten der Sozialleistungen sind beträchtlich, die Gewerkschaften verscheuchen Investoren, und die Bauernverbände verscheuchen die großen Landentwickler.»[7] Das ist der Kontrast zwischen dem chinesischen Wirtschaftswunder und einem Osteuropa, das in der Klemme steckt.

Die 1992 begonnene zweite Phase der Reform hatte zwei Hauptmerkmale: Erstens, der Glanz der «Pareto-Optimierung» war verschwunden; zweitens, bei der Einführung der Marktwirtschaft hielt die Machtspitze mit eiserner Faust die Kosten niedrig – das wurde zur Hauptvoraussetzung des Wirtschaftswunders. Als Deng Xiaoping über die ersten Erfahrungen mit der Reform in China sprach, sagte er, das bestehende System habe «einen sehr großen Vorteil: Wenn etwas zu tun ist, wird es gleich beschlossen und sofort umgesetzt; es wird nicht aufgehalten» (das war im Juni 1987 vor jugoslawischen Gästen). Nach 1989 trat dieser «Vorteil» umso stärker hervor. Etliche Reformen, die zuvor wegen der Kosten, die sie den einfachen Menschen abverlangten, sehr schwer durchzuführen waren, gingen jetzt leicht vonstatten. Diese Reformphase führte zu einem großen Wirtschaftsaufschwung, aber die gesellschaftlichen Gegensätze verschärften sich, bis nach 2005 die Legitimität der Reformen so sehr in Zweifel gezogen wurde wie nie zuvor.

---

5 Anspielung auf eine chinesische Redewendung. ⟨Anm. der Red.⟩

6 Transaktionskosten sind alle Kosten, die bei einem Geschäftsabschluss anfallen, d. h. nicht bei der Güterproduktion, sondern bei der Übertragung von Gütern von einem Wirtschaftssubjekt zum anderen. Die Kosten einer Transaktion hängen davon ab, in welcher Form die Transaktion stattfindet. ⟨Anm. der Red.⟩

7 Die «Aufteilung des Familienerbes» ist eine in China häufig verwendete Umschreibung der Privatisierung. ⟨Anm. der Red.⟩

In diesem Zeitraum fanden auch mehrere wichtige Parteitage und Versammlungen statt. Die in den 1980er Jahren vorherrschende Parole von der «Vorherrschaft der Planwirtschaft mit begleitender Marktregulierung»[8] hatte bereits der neuen Parole von der «Aufgabe der Planwirtschaft und des Aufbaus der Marktwirtschaft» Platz gemacht. Durch die Aufgabe des dualen Preissystems wurden die Preise dem Markt überlassen. Im Namen eines modernen Unternehmenssystems wurden die großen staatlichen Unternehmen restrukturiert, wobei «der Küchenchef den großen Reistopf für sich behielt»[9].

Vor der Reform der Staatsbetriebe wurde mithilfe des Staates jedes Mitsprachrecht der Arbeiterschaft ausgeschaltet – so konnte man Arbeitskräfte abbauen, die Effizienz erhöhen und eine Situation vermeiden, in der man sich vor Gewerkschaften hätte fürchten müssen. Dann erst wurden die bereits von überflüssigen Mitarbeitern befreiten Unternehmen «privatisiert». Die «chinesischen Charakteristika» waren nicht zu übersehen: Es wurden Mitarbeiter entlassen und Vermögenswerte quasi verschenkt. So schaffte man die Reform der Eigentumsrechte und die Privatisierung der großen Staatsbetriebe viel reibungsloser als in den ehemaligen Comecon-Staaten, mit anscheinend niedrigen «Transaktionskosten». Unter diesen Bedingungen wurde überall kräftig investiert, und die Wirtschaft florierte.

Zugleich trieb man die Reform in den Dörfern voran. In den Jahren 1996–1998 führte man die «Umstellung ländlicher Betriebe» durch, indem sich Günstlinge der Mächtigen Betriebe aneigneten. In vielen Dörfern hatte man das «volkseigene Produktivvermögen», das die Bauern nicht kontrollieren konnten, schon unter der Hand aufgeteilt; jetzt blieb nur noch Grund und Boden, den man nicht so leicht verschwinden lassen kann. Man weigerte sich, Grund und Boden den Bauern als Eigentum zu überlassen. Gleichzeitig begann im Jahre 1994 eine Steuerreform. Die Steuererhebung wurde zentralistisch gebündelt, die Verantwortlichkeit wurde auf die niedrigeren Verwaltungsebenen abgewälzt. Einerseits konnten die zentralen Finanzbehörden jetzt viel schneller Mittel «ansaugen». Sie investierten vor allem in die Infrastruktur und Modernisierung der Städte. Andererseits traten bei den öffentlichen Dienstleistungen wie der medizinischen Grundversorgung oder dem Schulwesen Engpässe auf. Vor allem in den Dörfern wurden die Bauern im Zuge dieser Reform immer schwerer belastet. Sie wurden zu den großen Verlierern des Aufschwungs. Zwar wurde die Regierung auf die schlimme Lage der Bauern aufmerksam und verringerte ab dem Jahr 2003 durch Abschaffung von Steuern die Lasten der Bauern, aber der Verlust bäuerlichen Landes durch Bodenspekulation wurde zum Quell neuer gesellschaftlicher Spannungen.

Die Reformen begünstigten die Entwicklung neuer Finanzwerkzeuge und der Börsenspekulation. Zugleich konnten diejenigen, die quasi mit «bloßen Händen» an den staatlich verwalteten öffentlichen Boden und an öffentliche Kredite kamen, ihren Reichtum immens vermehren. Mit der linken Hand machte man das, was eigentlich den einfachen Leuten gehörte, zu öffentlichen Gütern, und mit der rechten Hand wurde dieses «öffentliche» Gut zugunsten der Mächtigen privatisiert. Diese Art von Zusammenarbeit verschlug vielen «linken» und «rechten» Beobachtern weltweit die Sprache. Noch mehr «Linke» wie «Rechte» stürzten sich darauf, diese wundersame «Überwindung» rechts-linker Gegensätze zu erforschen. Dabei war es ganz einfach, Linke wie Rechte hatten alle moralischen Grenzen einfach überrannt.

---

8 Damals gängige Politsprache; gemeint ist, dass die Planwirtschaft durch marktwirtschaftliche Eingriffe vervollkommnet wird. ⟨Anm. der Red.⟩

9 Parteifunktionäre mit guten Verbindungen konnten sich bei der Umstrukturierung und Privatisierung der Staatsbetriebe oft die Kontrolle über die lukrativsten Teile verschaffen. ⟨Anm. der Red.⟩

3 Das Wirtschaftswunder seit 2001: Die «chinesische Konkurrenzfähigkeit» in der Globalisierung

Globalisiertes Wirtschaftswunder: «Flucht nach China»

Die zweite Reformwelle nach 1992 brachte Veränderungen, die weltweit aufmerksam verfolgt wurden. Das Jahr 2001 wiederum brachte zwei große Ereignisse, die die Reform in mancher Hinsicht in eine neue Phase beförderten: Das eine war Chinas WTO-Beitritt – ein großer Schritt vorwärts im Prozess der Globalisierung. Das andere Ereignis war der Anschlag vom 11. September, in dessen Folge die islamische Welt in den Fokus der internationalen Aufmerksamkeit geriet und die Gegensätze zwischen China und den USA in den Hintergrund traten. Es gab im Gegenteil verstärkte sino-amerikanische Zusammenarbeit. Beide Ereignisse brachten letztendlich die chinesische Marktwirtschaft enorm voran.

Diese neue Phase führte den 1992 begonnenen Prozess weiter, sie hatte aber auch einige Besonderheiten. Die erste Besonderheit war eine Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung durch das Wachstum der Exportwirtschaft. Nach dem WTO-Beitritt erhöhte sich der Außenhandel Chinas von 474,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2000 auf 2173,8 Milliarden im Jahr 2007. Der Handelsbilanzüberschuss stieg noch dramatischer: Im Jahre 2004 betrug er 32 Milliarden US-Dollar, 2007 aber schon 262,2 Milliarden. Nicht nur der absolute Anstieg beschleunigte sich, auch die relative Steigerung wurde immer höher: Im Jahre 2007 hatte sich der Überschuss gegenüber 2001 auf das 11,6-fache gesteigert, und in den letzten drei Jahren allein hatte er sich verachtfacht.[10]

Die nach China fließenden Direktinvestitionen waren viele Jahre hindurch die höchsten Investitionen in der Welt (nach manchen Statistiken lag China hinter den USA auf dem zweiten Platz). Im Jahre 2007 war nicht nur Chinas Abhängigkeit vom Außenhandel sehr hoch (man vergleiche das Bruttoinlandsprodukt mit dem Außenhandelsvolumen), auch die Handelsbilanzüberschussrate (man vergleiche den Überschuss mit dem Außenhandel gesamt) war auf 12,1 Prozent gestiegen – das entsprach beinahe dem höchsten Wert, den Deutschland als sogenannter «Exportweltmeister»[11] in den 21 Nachkriegsjahren je erreicht hatte. Abgesehen von den Ländern, die durch massive Rohstoffexporte einen «natürlichen Überschuss» haben, ist eine solche Situation unter den Welthandelsnationen sehr selten.

Noch bemerkenswerter: Ende der 1990er Jahre hatte man noch befürchtet, nach dem Beitritt käme es zu einer Kapitalflucht aus China. Aber nach dem WTO-Beitritt kehrte sich die Situation vollständig um: Handelsüberschuss und ausländische Direktinvestitionen stiegen rapide, aber die Währungsreserven stiegen noch viel mehr. Weltweit gab es viel Kapital, und China hatte seine oben erwähnten «Vorteile», so dass die Investoren selbst durch Hintertüren ins Land drängten. Diesen Kapitalfluss nach China kann man auch als eine «Flucht» bezeichnen – und zwar als Flucht ausländischer Investoren vor den heimischen Gewerkschaften und Lohnnebenkosten in ihrer sozialen Marktwirtschaft. Sie flohen vor den «Transaktionskosten» demokratischer Systeme – eine «Kapitalflucht nach China».

---

10 http://finance.sina.com.cn/roll/20080111/13301925575.shtml mit Zahlen der Zeitung *Shanghai Zhengquan bao* (*Shanghai Stocks*) vom 12.1.2008.

11 1988 waren es 12,7 Prozent; siehe Palgrave's World History of Statistics: Europe 1750–1993, chin. Ausgabe Jingji-Kexue-Verlag 2002, S. 616.

Das «Zerplatzen des Konsenses»: Radikalisierung der Reformdebatte

In den rund 15 Jahren seit 1992 hat China mit eiserner Faust die «Transaktionskosten des gesellschaftlichen Wandels» verringert und die «Belastungen» weitgehend vermieden, die in osteuropäischen Transformationsländern durch die Demokratie und die gleichzeitigen gesellschaftlichen Interessenkonflikte auftraten. Das Problem der sozialen Gerechtigkeit wurde jedoch immer virulenter. Der Gini-Koeffizient[12] stieg dramatisch, und wegen der staatlichen Monopole und der immer noch wachsenden Privilegien für wenige ist die Empfindung der Ungerechtigkeit womöglich noch stärker als in anderen Ländern mit ähnlichen Gini-Werten. Schon in der Zeit vor den Reformen erhielten die Wohlhabenden bessere Sozialleistungen, die Ärmeren waren armseliger dran. Doch durch die einseitigen marktwirtschaftlichen Reformen ist die Gesellschaft nicht fairer, sondern immer ungerechter geworden. Aus einer Reformkampagne mit dem Titel «Macht dezentralisieren und Vorteile dem Volk überlassen» wurde «Verantwortung abgeben und um Vorteile raufen». Die Behörden gaben ihre Verantwortung für öffentliche Dienstleistungen ab und missbrauchten gleichzeitig umso dreister die ihnen anvertrauten öffentlichen Ressourcen zum eigenen Vorteil.

Das alles beendete schließlich das Stillhalten, das Deng Xiaoping mit seinem Ukas «Keine Debatten!» verlangt hatte.[13] Eine scharfe Reformdebatte entbrannte. Sie drehte sich um die Reform der staatlichen Unternehmen, die Sozial- und Bildungspolitik, die Lage der Bauern und andere brennende Fragen. Irgendwann stellte man fest, dass der Konsens über die Richtung der Reformen längst nicht mehr bestand. Im Jahre 1992, zu Beginn erneuter Reformanstrengungen, hatte das System seinen Führungsanspruch noch mit dem erfolgreichen Wirtschaftswachstum legitimiert, aber jetzt wuchs nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die gesellschaftliche Ungleichheit rasant, und damit kamen Zweifel an der Legitimität der Regierung. Auch wenn es eine kluge Entscheidung von Deng Xiaoping war, ideologische Debatten zu unterbinden, so wäre es ein großes Risiko, Diskussionen über Interessenkonflikte nicht zuzulassen.

Der «Spannerraupen-Effekt» und die Reformkorrekturen

In den letzten Jahren gab es durchaus Korrekturen an den Reformmaßnahmen, sogar an der Strategie. Man kann sogar sagen, es gab nirgends auf der Welt so viele Reformkorrekturen, aber sie wirkten offenbar alle nicht richtig, es kam zum sogenannten «Spannerraupeneffekt»: Wie eine Spannerraupe, die sich streckt und zusammenzieht, doch sich dabei immer in dieselbe Richtung bewegt, ging es mit unserer Politik ähnlich zu: Bei Maßnahmen von «links» verringerte sich die Freiheit der einfachen Leute, aber die Sozialleistungen wurden nicht besser. Bei Maßnahmen von «rechts» verringerten sich noch die wenigen vorhandenen Sozialleistungen, aber die Freiheit wuchs nicht. Hieß es: «Weniger Staat!», entzogen sich die Beamten ihrer Verantwortung, aber ihre Macht war kaum zu begrenzen. Wenn man dann wieder nach dem Staat rief, bekamen die Beamten mehr Macht, aber übernahmen längst nicht mehr Verantwortung. Bewegte sich der Staat nach «rechts», schmolz das gemeinschaftliche Kapital, aber das private Vermögen der einfachen Leute war deswegen keinesfalls sicher. Ging es nach «links», wurde der Privatbesitz der einfachen Leute angegriffen, während das gesellschaftliche Vermögen ebenfalls

12 Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen z. B. von Einkommen. In China liegt er zur Zeit bei 0,49 und zeigt so ein bedenkliches soziales Ungleichgewicht an. ⟨Anm. der Red.⟩

13 Zu Beginn der Reformen hatte Deng gefordert, sich nicht mit ideologischen Debatten abzugeben, sondern die Kräfte auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungen zu verwenden. ⟨Anm. der Red.⟩

nicht mehr zu schützen war. «Die Rübe wird links und rechts angeschnitten und wird immer kleiner, aber den Salat daraus essen immer dieselben.».

Dieser «Spannerraupen-Effekt» trat immer deutlicher hervor – das war ein weiteres Charakteristikum der neuen Phase.

Die Globalisierung Chinas und die «Chinaisierung» der Welt

Die Integration Chinas in die Weltwirtschaft und der damit einhergehende globale Einfluss ist ein weiteres wichtiges Charakteristikum der neuen Phase. Als China 2001 der WTO beitrat, gab es im Land und auch außerhalb des Landes viele Prognosen über die zukünftige Entwicklung. Dabei traten zwei Hauptthesen hervor: Die Pessimisten sprachen von einem möglichen Kollaps, einem Zusammenbruch Chinas. Die Optimisten meinten, die Globalisierung werde die Integration Chinas ins internationale Werte- und Normensysteme beschleunigen. Zuerst akzeptiere China die Regeln der Marktwirtschaft, später würden konstitutionelle Demokratie, Rechtsstaat etc. folgen. Die Welt werde China verändern!

An der optimistischen Sicht könnte tatsächlich etwas dran sein: Es entwickelt sich ein Regelwerk für den Wettbewerb, dadurch vermehrt sich die Freiheit der Menschen. Auch der Aufbau eines Sozialsystems in China ging voran. Man könnte sagen, dass sowohl der Liberalismus als auch der Sozialismus (nicht der stalinistische) in der zivilisierten Welt China anspornt, und das ist der Grund, dass ich die Politik der Reform und Öffnung unterstütze.

Aber ich glaube, dass es, vor dem Hintergrund der Globalisierung, außer den beiden oben erwähnten Möglichkeiten für China noch eine dritte gibt: Da China und die Welt voneinander abhängig sind und China mittlerweile eine enorme Wirtschaftsmacht ist, wird Chinas Einfluss im Rest der Welt steigen.

Die Beimischung des «chinesischen Faktors» wurde zu einer nie dagewesenen Herausforderung für die beiden wichtigsten internationalen Normensysteme, nämlich die freie und die soziale Marktwirtschaft. Wenn man von Globalisierung spricht, dann meint man ja hauptsächlich eine Globalisierung der Märkte und nicht eine globale Verbindlichkeit der Menschenrechte. Egal ob nun die Linke im Westen von sozialen Rechten in der Wirtschaft spricht oder die Rechte von der persönlichen Freiheit – beide können keine Allgemeingültigkeit beanspruchen. Und so kann ein System, in dem es sowohl an persönlicher Freiheit als auch an sozialer Absicherung fehlt, wo man nur «Geschäfte macht und nach nichts mehr fragt», vor dem Hintergrund der Globalisierung nicht nur fortbestehen, es entwickelt sogar eine «Überlegenheit», bei der «die schlechte Münze die gute vertreibt». Wenn die Wirtschaft eines solchen Systems erst groß genug ist, wird sie im Zuge der Globalisierung die Sozialstaaten zwingen, ihre sozialen Standards zu verringern, und die Staaten des Freihandels zwingen, Handelsbeschränkungen wieder einzuführen. Diese beiden Trends zeichnen sich heute bereits ab.

Als vor einigen Jahren einige linke Wirtschaftswissenschaftler, denen «laissez faire» ein Gräuel ist, von einem «Pekinger Konsens» sprachen, war das nicht unbedingt erstaunlich. Interessanter wurde es, als der berühmte Ökonom Zhang Wuchang, der den westlichen Sozialstaaten sehr kritisch gegenübersteht, kürzlich sagte, der weltweite Trend gehe dahin, dass Europa sich an Amerika orientiere und Amerika von China lerne. Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, der einmal vorausgesagt hatte, die Geschichte werde in Freiheit und Demokratie enden, beschreibt in seinem neuen Buch ein Szenario, in der die Welt sich in Richtung eines chinesischen Sozialismus entwickle, unter mehreren Möglichkeiten. Man sollte diesen Trend also nicht unterschätzen.

Ist die «dritte Möglichkeit» gut für die Menschen in China?

Der wichtigste Vorteil der freien Wirtschaft liegt in der Kreativität, die aus der Selbständigkeit des Menschen erwächst. Aber das heißt nicht unbedingt, dass eine «freie» Wirtschaft auch die effektivste ist. Der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger R.W. Vogel hat zum Beispiel bewiesen, dass das System der Sklaverei des Südens vor dem amerikanischen Bürgerkrieg der freien Wirtschaft der Nordstaaten an Effizienz überlegen war.[14] Und der Wirtschaftswissenschaftler E. D. Domar hat davon gesprochen, dass die Leibeigenschaft der Bauern in Osteuropa zu einer erhöhten Konkurrenzfähigkeit geführt hat.[15]

In einem geschlossenen System kann eine Kommandowirtschaft einer modernen freien Wirtschaft, die Wert auf Kreativität legt, kaum überlegen sein, weil der Mangel an Menschenrechten den selbständigen Geist weitgehend lahmlegt. Aber in einer Situation, die die Märkte, nicht aber die Menschenrechte globalisiert, gibt es noch eine weitere Möglichkeit: Die Erfindungen aus der freien Wirtschaft werden von der autoritären Wirtschaft, der es zwar an Kreativität fehlt, nicht aber an der Fähigkeit zur Nachahmung, einfach übernommen und dann mithilfe der Vorteile des autoritären Systems sehr effektiv produziert. In einem solchen Rahmen kommt es dann tatsächlich dazu, dass die Sozialstaaten nicht konkurrenzfähig sind und den autoritären Systemen mit niedrigeren Menschenrechtsstandards wirtschaftlich unterliegen.

Doch diese «Überlegenheit» stellt uns in China vor ganz große Probleme. Schon die explodierenden Handels- und Devisenüberschüsse haben im In- und Ausland zu Unzufriedenheit geführt. In China sagt man, der Westen werfe die Banknotenpresse an und reiße an sich, was wir mit Schweiß und Blut produziert hätten, während die Leute im Westen sagen, unsere Billigwaren zertrümmern ihre «Reisschale»[16]. Dieser Prozess ließ zwar das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und andere Wirtschaftsindizes enorm steigen, inwieweit die meisten Chinesen davon etwas haben, bleibt mehr als fraglich.

Eigentlich ist der Verhandlungsspielraum für die Arbeiter in China gering, aber der Kapitalzufluss verbessert die Situation für die Arbeiter. Ohne Investitionen und internationale Handelsbeziehungen gäbe es mehr überflüssige Arbeitskräfte und damit noch weniger Verhandlungsspielraum für die Arbeitnehmer. Wenn lokale Kader die Arbeitskräfte unterdrücken, während ausländische Geschäftsleute vielleicht sogar bereit wären, Forderungen nachzugeben, dann liegt das an der Missachtung von Menschenrechten und Demokratie. Es hat mit dem Kapitalzufluss nichts zu tun. Klüngeln Regierungsbeamte heute in China mit ausländischen Konzernen, um Arbeitnehmer ihre Rechte vorzuenthalten, ist das schlimm genug. Aber ist es nicht noch schlimmer, wenn unsere eigenen Funktionäre mit eigenem Kapital klüngeln und ganze Branchen monopolisieren, wie etwa im Bergbau?

In China fehlen die beiden entscheidenden Faktoren, die es in entwickelten Ländern gibt, um Arbeitnehmerrechte und Wohlfahrt zu gewährleisten: ein Gleichgewicht von Kapital und Arbeit sowie unabhängige Gewerkschaften und Bauernverbände. Das ist das Problem! Deshalb profitieren die Arbeiter und Bauern nicht vom Zufluss ausländischen Kapitals, weil wir keine echte Gewerkschaften und keine unabhängigen Bauernverbände haben.

Dank der Globalisierung der vergangenen Jahre hat China seine Widersprüche in die ganze Welt exportiert, ohne sie im eigenen Land aufzulösen. Investitio-

---

14 R. W. Fogel: *Time on the Cross: the Economics of American Negro Slavery*. Little Brown 1974.

15 E. D. Domar: «The Causes of Slavery or Serfdom: a Hypothesis», in: *Journal of Economic History*, 30(1), March 1970.

16 Die «Reisschale» steht für den Arbeitsplatz. ⟨Anm. der Red.⟩

nen und Exportwirtschaft haben zu höheren Beschäftigungszahlen und damit zur Stabilität in China beigetragen. Aber zugleich wurde das seit über 100 Jahren in anderen Ländern erreichte Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital ins Wanken gebracht, so dass auch dort Probleme auftraten, derweil sowohl die Linke als auch die Rechte ratlos zusieht.

Klein beigeben vor der «chinesischen Erfahrung»

Die Globalisierung hat auch die indische Wirtschaft schneller als je zuvor wachsen lassen. Dennoch zeigten viele Inder, egal ob sie nun politisch rechts oder links standen, eine nie dagewesene Bewunderung für den Kapitalismus in China oder sogar einen richtigen «Neid». Aber sobald sie vergeblich versucht hatten, die «chinesischen Erfahrungen» bei sich umzusetzen, konnten sie nur noch seufzen, während unsere Gelehrten wieder ein Beispiel dafür hatten, wie sich «die Transaktionskosten» in einem demokratischen System erhöhen.

In den entwickelten Ländern steckt man wegen der «chinesischen Konkurrenzfähigkeit» sowieso in der Klemme, weil die Linken es nicht schaffen, die Freiheit schnell genug einzuschränken, und die Rechten nicht nachkommen mit den Versuchen, die Sozialleistungen zu kappen. In der westlichen Politik zeichnet sich der (natürlich unausgesprochene) Trend ab, sich China zum Beispiel zu nehmen.

Aber gleich wie neidisch die westlichen Politiker und Wirtschaftsbosse auch sind – solange Verfassung und Demokratie gelten, können sie nicht all zu viel von China lernen, doch andererseits können sie angesichts unserer «Überlegenheit» nicht einfach passiv bleiben. Und deshalb kritisieren die Linken, dass es «zu wenig Sozialleistungen gibt», und die Rechten bemängeln, dass es dort «zu wenig Freiheit gibt». Natürlich ist das Problem für uns nicht so sehr, dass uns die anderen kritisieren; das Problem ist, ob wir selbst unseren kritischen Zustand weiter akzeptieren können.

Nach 30 Jahren Reform und Öffnung stehen die Menschen in China vor einer neuen Entscheidung, und die Reform steht vor einer neuen Prüfung. Der Konsens von 1978 kam durch die «Überwindung eines negativen Pareto-Prozesses» zustande, eine solche Voraussetzung ist von vorn herein sehr selten, und es wird sie auch in Zukunft kaum wieder geben. Wenn nun die Debatten zunehmen und der «Konsens» abnimmt, dann ist das nicht unbedingt eine Katastrophe. Viel schlimmer ist es, dass uns die politische Grundlage dafür fehlt, dass die gesellschaftlichen Gruppen vernünftig ihre divergierenden Interessen aushandeln können. Dann wird sich weiter nur der Stärkere durchsetzen, und auf die gesenkten Transaktionskosten werden wir eines Tages einen Wucherzins zahlen müssen, der unserer Gesellschaft teuer zu stehen kommt.

Die in China in 30 Jahren Reform erreichten Erfolge kann man getrost als Wunder bezeichnen. Aber der Weg bleibt dornig, und die Gefahr bleibt bestehen, dass man, von den Erfolgen verblendet, den drohenden Schatten im Rücken nicht wahrnimmt. Für die Reformpolitik gilt festzustellen: Der Weg ist immer noch weit, die Belastung wird schwerer, dies gilt insbesondere für die Problemfelder, die man sich in der Vergangenheit zu ignorieren bemühte. Jetzt müssen echte Durchbrüche her!

Übersetzt von Martin Winter

Fu Guoyong 傅国涌

Die tiefgreifendste Veränderung der letzten dreißig Jahre vollzog sich in der Zivilgesellschaft

An Silvester 2008 wurde in Shaoxing[1], der Heimat von Lu Xun[2], meinem Freund A Ken[3] auf der Jahresversammlung des lokalen Internetportals www.e0575.com überraschend der Literaturpreis «Der goldene E-Text» für die beste Erstveröffentlichung zugesprochen. Es ist allgemein bekannt, dass im heutigen China die Kehrseite vieler goldglänzender Preise undurchsichtige Geschäfte sind, und deshalb werden solche Preise immer mehr verachtet. Der Preis «Der goldene E-Text» ist eine rein private Ehrung und mit keinem Preisgeld verbunden. Es handelt sich lediglich um einen ganz gewöhnlichen, nicht aus Gold gegossenen Pokal. Aber dennoch, er wird von den Preisträgern hoch geschätzt, denn er steht für eine nichtstaatliche Wertschätzung.

Alle Internetfans, die an jenem Abend an der Preisverleihung teilnahmen, waren aus freien Stücken gekommen und hatten für eine Eintrittskarte 30 Yuan bezahlt. Der Veranstaltungssaal war wider Erwarten bis auf den letzten Platz voll. Durch Ereignisse dieser Art ist die Zivilgesellschaft in unser Leben zurückgekehrt. A Ken hat in seinem Blog einen Artikel mit dem Titel «Das E-Net ist eine Lebensart» geschrieben. Als ich ihm zu dem Preis gratulierte, antwortete er mir: «Eigentlich ist das nur eine amüsante Angelegenheit, aber sie bedeutet mir dennoch sehr viel; nicht weil ich der Preisträger bin, sondern weil es eine von privater Seite organisierte Sache ist. Die Bedeutung liegt darin, dass hier objektiv neue Maßstäbe gesetzt werden.»

Lange Zeit waren die Möglichkeiten unserer nichtstaatlichen Organisationen stark beschnitten, die Zivilgesellschaft war untergegangen. Fast jeder Mensch war in das staatliche System der «Arbeitseinheiten» eingegliedert. Die riesige staatliche Maschine, die die Gesellschaft bis in die hinterste Nische durchdrang, war allgegenwärtig und allmächtig. Es gab keine unabhängigen gesellschaftlichen Kräfte, die eine ausgleichende Funktion wahrnehmen konnten. Für ein Volk ist das äußerst schmerzhaft. Es ist nur sehr schwer vorstellbar, dass es auf dem Weg der Modernisierung keine verantwortliche Zivilgesellschaft gibt.

Die Rückkehr und das stetige Wachsen der Zivilgesellschaft – das sind die tiefgreifendsten Veränderungen der chinesischen Gesellschaft in den letzten dreißig Jahren. Die Veränderung findet auf einer strukturellen Ebene statt. Zi-

---

1 Stadt in der Provinz Zhejiang. ⟨Anm. der Red.⟩

2 Lu Xun (1881–1936) gilt als Gründer der modernen chinesischen Literatur, mit seiner Vielzahl an Essays, Kurzgeschichten und Prosa beeinflusste er die Vierte-Mai-Bewegung (1919) und nachfolgende intellektuelle Diskurse um Reformen und soziale Gerechtigkeit. ⟨Anm. der Red.⟩

3 Es handelt sich hierbei um ein Internetpseudonym mit der Bedeutung «Kleiner Nager». ⟨Anm. der Red.⟩

vilgesellschaftliches Engagement, das jahrzehntelang verschüttet war, ist wieder möglich. Es gibt jetzt in China außerhalb der «Arbeitseinheit» wieder natürliche und juristische Personen. Diese Entwicklung vollzieht sich rasant. Man muss gar nicht erst auf die unzähligen privaten Unternehmen verweisen. Die Zunahme an Anwaltskanzleien, Buchhaltungsbüros, Umweltorganisationen wie «Friends of Nature», unabhängig forschende nichtstaatliche Thinktanks wie das Unirule Institute of Economics und viele andere NGOs zeigt, dass man diesen Trend nicht aufhalten kann. Der Regierungspartei ist diese unumkehrbare Entwicklung nicht verborgen geblieben, und sie beginnt, die Existenz dieser «neuen Gesellschaftsschicht» ernst zu nehmen. Nach offizieller Definition setzt sich diese neue Gesellschaftsschicht aus privaten Geschäftsleuten und freiberuflichen Intellektuellen zusammen, die sich vor allem in den neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen finden. In der «Bekanntmachung zur Wahl der Repräsentanten zum siebzehnten Parteitag der KPCh» wird gefordert, dass «aus den beiden neuen Organisationsformen» ein «angemessener Anteil» von Vertretern stammen sollte. Unter den «neuen wirtschaftlichen Organisationen» versteht man private Unternehmen, Unternehmen mit ausländischem Kapital, Unternehmen mit Kapital aus Hongkong, Macao und Taiwan, Joint Ventures, nichtstaatliche Hightech-Unternehmen, Selbständige, Unternehmen mit gemischten Eigentumsverhältnissen und andere nichtstaatliche Wirtschaftsorganisationen von Kollektiveigentümern.

«Neue gesellschaftliche Organisationen» ist der Sammelbegriff für gesellschaftliche Verbände und nichtstaatliche nichtkommerzielle Institutionen. Die «Verwaltungsvorschriften zur Registrierung gesellschaftlicher Verbände» legen fest, dass gesellschaftliche Verbände nichtkommerzielle gesellschaftliche Organisationen und freiwillige Zusammenschlüsse chinesischer Bürger sind, die satzungsgemäße Aktivitäten entfalten, um die gemeinsamen Ziele ihrer Mitglieder zu verwirklichen. Dazu gehören akademische Verbände, Branchenverbände, Fachverbände, übergreifende Verbände etc.

Nichtstaatliche nichtkommerzielle Institutionen werden gemäß den «Provisorischen Vorschriften zur Registrierung und Verwaltung nichtstaatlicher nichtkommerzieller Institutionen» registriert.[4] Sie werden von öffentlichen Dienstleistungsunternehmen, gesellschaftlichen Verbänden, Bürgern mit privatem Kapital oder anderen gesellschaftlichen Kräften getragen. Sie nehmen gemeinnützige Aufgaben wahr.

Die sogenannte neue Gesellschaftsschicht setzt sich im Wesentlichen aus freiberuflichen Akademikern zusammen, darunter Beschäftigte der gesellschaftlichen Mittlerorganisationen, Angehörige freier Berufe etc. Unter den Freiberuflern befinden sich freie Künstler, freie Autoren, Privatärzte, verschiedene Makler und Agenten sowie andere Arten von selbständigen Akademikern. Laut Statistik gehören dieser neuen Schicht schon mehr als 20 Millionen Menschen an. Damit sind sie zwar bei einer Bevölkerung von mehr als einer Milliarde Menschen eine Minderheit. Die Mehrheit dieser in den 1960er und 1970er Jahren geborenen Selbständigen haben jedoch eine qualifizierte Ausbildung und sind sehr kreativ und anpassungsfähig in Bezug auf ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen. Zweifellos ist diese sehr große Gruppe, die sich auf die verschiedensten Berufe verteilt, ein Produkt von dreißig Jahren wirtschaftlicher Reformen und der Öffnung Chinas.

---

4 Jede Organisation muss die «Schirmherrschaft» einer staatlichen Institution vorweisen, um sich registrieren zu können. Demnach ist es vielen Organisationen mit «unliebsamen Arbeitsbereichen» nicht möglich, sich als soziale Organisation registrieren zu lassen, und sie gründen entweder eine Firma oder arbeiten unregistriert. ⟨Anm. der Red.⟩

66 Buchhandlung in Shanghai

68 Dorfszene in Pingyi, Shandong-Provinz

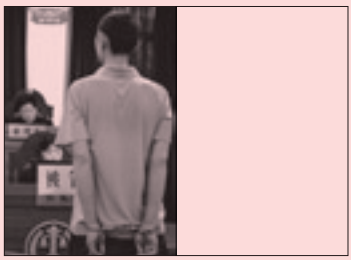
70 Pilotprojekt: Am 16. Mai 2009 wurden in Peking einige Straßenkomitees per Direktwahl ermittelt.

72 Schule in Peking

74 Werbung für Mobiltelefone. Politische Demonstrationen sind in China verboten – als Marketingstrategie wird deren Sprache gern benutzt.

76 Hochzeit in Pingyi

78 Peking: der größte LED-Bildschirm der Welt, 250 Meter lang und 30 Meter breit



80 Xiamen: Angeklagter vor einem Mittleren Volksgericht

Fotos: Michael Ende (66, 68, 72, 76, 78); Chen Jie (70); Tatlow/laif (74); laif (80)

少儿书特

工具书8折
综合类4

依照法定选举

搞好社区居委会

AMOi 夏新

AMOI 夏新
智帅当红
好礼必行
夏新智
E603
E606

ONLY
Sōng

审判长
被告

Vor einigen Tagen machte ich mit ein paar Freunden einen Ausflug nach Wuzhen.[5] Auf dem Weg unterhielten wir uns und hörten im Auto den Song «Lied einer Seemöwe» von einer Band aus Yunnan. Überrascht stellten wir fest, dass der Songtext Lin Zhaos[6] Gedicht «Der Tag, an dem Prometheus litt» war. Wir waren total begeistert. Der Hülle konnte man ansehen, dass die CD von unabhängigen Musikern produziert wurde.

In den letzten Jahren sind einige neue Berufe entstanden, wie z. B. unabhängig arbeitende Maler, Filmproduzenten und Autoren. Man könnte auch von dem Beruf der unabhängigen Dozenten sprechen, die an keiner Universität fest angestellt sind, aber eine Lehrtätigkeit ausüben. Hu Jie, bekannt durch den Film «Auf der Suche nach Lin Zhaos Seele», ist ein unabhängiger Filmproduzent. Er hat zahlreiche bedeutende Dokumentarfilme gedreht, unter anderem «Ferne Berge» und «Obwohl ich gestorben bin»[7]. Diese Filme dokumentieren unsere Zeit, und er wird zukünftig noch viele wichtige Themen filmisch verarbeiten.

Unter den Abgeordneten des chinesischen Volkskongresses gibt es einen unabhängigen Kandidaten, Yao Lifa, der kürzlich als Vertreter von Qianjiang, Provinz Hubei, in den Volkskongress gewählt wurde. Im örtlichen Volkskongress erhob er mit «Ich bin dagegen» seine Stimme.[8]

Herr Ding Dong steht in dem Ruf, «ein Verleger ohne Verlag» zu sein. Dank seiner Fürsprache erschienen seit den 1990er Jahren die Bücher von Yu Luoke, Gu Zhun, Wang Shenyou, Li Shen u. a.

Der Rechtsanwalt Zhang Sizhi[9] ist seit Ende der 1980er Jahre durch sein Engagement in die Geschichte des Ringens um eine rechtsstaatliche Ordnung in China eingegangen. Seit dieser Zeit hat sich allmählich eine Gruppe unabhängiger Rechtsanwälte etabliert.

Die Existenz dieser Personen und ihrer Tätigkeiten zeigt, dass die Zivilgesellschaft auf allen Ebenen Neues hervorbringt. Das ist ein positives Zeichen.

Still und leise ändern sich die Zeiten. Während das mächtige, alles umfassende System durch die markwirtschaftlich orientierte Reform aufgelöst wird, vergrößert sich der Freiraum für den nichtstaatlichen Bereich von Tag zu Tag. Insbesondere das Aufkommen des Internet hat der Zivilgesellschaft einen nie da gewesenen Schub gegeben.

Bei dem großen Erdbeben von Wenchuan[10] haben uns das Mitgefühl und das Zupacken der Bevölkerung ein wenig trösten können. Die Blogger-Portale Bullog, Kaidi[11]und andere privat betriebene Websites sowie das Aufsehen erregende Verhalten von Han Han[12], eines typischen Vertreters der nach 1980 geborenen Generation, sind allseits bekannt. Das oben erwähnte E-Net der Stadt Shaoxing sammelte inner-

---

5 Wuzhen ist eine Kleinstadt in der Provinz Zhejiang, in der traditionelle Architektur und Berufe (u. a. Seidenverarbeitung) erhalten geblieben sind. Ein sehr beliebter Ausflugsort. ⟨Anm. der Red.⟩

6 Lin Zhao wurde wegen ihrer kritischen Haltung 1968 im Alter von 36 Jahren hingerichtet. ⟨Anm. der Red.⟩

7 «Ferne Berge», Dokumentation über Arbeiter in einem Kohlebergwerk im Nordwesten Chinas; «Obwohl ich gestorben bin», Dokumentation über Bian Zhongyun, Dozentin an der Pädagogischen Hochschule in Peking, die zu Beginn der Kulturrevolution von ihren Studenten erschlagen wurde. ⟨Anm. der Red.⟩

8 Gegenstimmen sind in den Abstimmungen regulär nicht vorgesehen. ⟨Anm. der Red.⟩

9 Zhang Shizi (geb. 1927) verteidigte Regimekritiker wie Wang Juntao und Wei Jingsheng. Im Dezember 2008 erhielt er «für sein herausragendes Engagement für die Erhaltung der Menschenrechte und den Aufbau eines Rechtsstaates und Anwaltswesens in China» den Petra-Kelly-Preis der Heinrich-Böll-Stiftung. ⟨Anm. der Red.⟩

10 Im Mai 2008 starben bei einem Erdbeben in der Provinz Sichuan im Südwesten Chinas ca. 85.000 Menschen. Wenchuan ist einer der betroffenen Orte. ⟨Anm. der Red.⟩

11 Bullog und Kaidi sind einflussreiche Internetportale in China. Beide Portale haben zahlreiche Spendenaktionen und Hilfskonvois für das Erdbebengebiet organisiert. Siehe: www.cat898.com und www.bullogs.com. ⟨Anm. der Red.⟩

12 Han Han (geb. 1982), Schriftsteller, Rennfahrer, Musiker, bekannt geworden durch seinen gesellschaftskritischen Blog. Er engagierte sich beim Spendensammeln für die Erdbebenopfer und reiste auch in das Erdbebengebiet. ⟨Anm. der Red.⟩

halb sehr kurzer Zeit 170.000 Yuan an Spendengeldern für den Bau eines Schulgebäudes für die Kinder im Erdbebengebiet.

Xiao Hu[13], eine Freundin von mir, eilte nicht nur persönlich an die vorderste Front der Erdbebenregion, sondern nutzte ihren persönlichen Blog «Wasserlampions» auf der Website Tianya als Plattform, um einige bewundernswerte Dinge zu bewirken. Fünf Tage nach dem Erdbeben rief sie am 17.5.2008 dazu auf, Monatsbinden für die Frauen in dem betroffenen Gebiet zu spenden. Sie erhielt umgehend 30.000 Yuan und lieferte das mit diesem Geld erworbene Spendengut schnell und sicher in dem Gebiet ab. Sämtliche Buchungen listete sie klar und deutlich in ihrem Blog auf. Für die überzähligen mehr als 4.000 Yuan kaufte sie Bücher für die mobilen Bücherstationen für Kinder im Erdbebengebiet.[14]

Als sie am 2. Juni erfuhr, dass die reifen Kirschen in dem mehr als zehn Kilometer langen Streifen zwischen Lixian und Wenchuan nicht abtransportiert werden konnten und die Ernte zu verfaulen drohte, schrieb sie in ihrem Blog «Die Kirschen von Wenchuan sind reif, was tun?» und «Die Kirschen von Wenchuan plagen unser Gewissen und fordern unsere Intelligenz heraus». Nach wenigen Tagen konnte das Problem gelöst werden, die ersten 12 Tonnen Kirschen wurden sicher nach Chengdu befördert und gelangten von dort in die Supermärkte von Shenzhen. Zu dieser Zeit war sie selbst schon wieder unbemerkt an ihren Arbeitsplatz in der Redaktion zurückgekehrt.

Ihr Handeln zeigt deutlich die Stärke der Zivilgesellschaft im Internet-Zeitalter. Wenn man anfängt zu handeln, dabei aufrichtig, intelligent und gewissenhaft vorgeht, eröffnen sich in dieser oberflächlichen Welt große Möglichkeiten. Obwohl der Freiraum für die nichtstaatliche Sphäre noch sehr klein und ungeschützt ist, sollte man das Potenzial und die Energie dieses Bereichs nicht unterschätzen oder ignorieren. Die Form des intellektuellen Austausches im chinesischen Internet von heute hat sich von Beiträgen auf Websites über Foren zum Zeitalter der individuellen Blogs entwickelt. In Zukunft wird es vielleicht das Zeitalter des Podcast oder irgendein anderes geben. Die Veränderungen des Lebensstils, die mit dem Internet einhergehen, bedeuten gleichzeitig ein Wachstum der Zivilgesellschaft.

In dieser Zeit wird die Öffentlichkeit der Zivilgesellschaft vor allem durch das Internet hergestellt. Auf der technischen Ebene kann die Öffentlichkeit im Internet zwar manipuliert werden, aber dennoch bietet das Internet eine offene Plattform, einen leicht zugänglichen Raum für Meinungsäußerungen. Es gibt keine andere Plattform, die die Bedeutung des Internet für die Zivilgesellschaft ersetzen könnte. Man kann sogar sagen, dass die Zivilgesellschaft heute bereits mit dem Internet untrennbar verschmolzen ist.

Vor ungefähr eineinhalb Jahren habe ich einen Artikel über zivile Werte verfasst. Werte neu zu etablieren ist auf jeden Fall ein langwieriger Prozess, noch schwieriger als ein Systemwandel, und kann nicht über Nacht vollzogen werden. Aber die oben genannten Ereignisse, die sich vor unseren Augen und in unserem Leben abspielen, zeigen uns ganz deutlich, dass der Wiederaufbau eines zivilen Wertesystems kein inhaltsleerer Slogan ist, sondern tatsächlich in die Tat umgesetzt werden kann. Wenn man dieser Überzeugung ist und sie auch umzusetzen versucht, kann man dieser Gesellschaft ein Beispiel geben, neue Impulse setzen und den gesellschaftlichen Fortschritt vorantreiben.

In der langen chinesischen Geschichtsschreibung, die uns in den Annalen überliefert wurde, haben konfuzianische Werte unser altes Volk zusammengehal-

---

13 Es handelt sich um ein Internetpseudonym mit der Bedeutung «Kleiner Fuchs». ⟨Anm. der Red.⟩

14 Für die Lieferung von Wasser und Grundnahrungsmitteln in das Krisengebiet sorgten mehrheitlich staatsnahe Organisationen. Eine große Anzahl von Einzelpersonen suchte sich daher explizit Nischen aus, um konkret einen sinnvollen Beitrag zur Versorgung der Erdbebenopfer zu leisten. ⟨Anm. der Red.⟩

ten. Man brachte beschriebenem Papier viel Respekt entgegen, man legte großen Wert auf Bildung – all das ist für uns heute schwer vorstellbar. Der Zusammenhalt war untrennbar mit dem System der staatlichen Beamtenprüfungen und mit der Überzeugung verbunden, dass «nur Bildung und Gelehrsamkeit zählen und alles andere wertlos ist», aber man kann darin auch die Bewahrung dieser zentralen Werte sehen.

Mit dem zunehmenden Auseinanderklaffen von Arm und Reich und der Verschärfung der regionalen Unterschiede können wir beobachten, wie die Gesellschaft in vielerlei Hinsicht an Substanz verliert, auseinanderbricht und sich zu einer Spaßgesellschaft entwickelt.

Von Konfuzius stammt der Satz, dass, wenn die Sitten der höfischen Gesellschaft verloren gegangen sind, man sie im Volke wiederfinden kann. Wenn aber auch im Volk die grundlegenden Moralvorstellungen von «richtig» und «falsch» verloren gegangen sind und man in diesem Zeitalter des Umbruchs keine stabilen zentralen Werte finden und keinen eigenen Wertmaßstab etablieren kann, wird die ganze Gesellschaft im Morast der rein materiellen Orientierung versinken. Man kann sich leicht weiter im Gestrüpp von Macht, Geld und Trieb verstricken, ohne sich daraus befreien zu können. Millionen von Jugendlichen, die voller Vitalität und Tatendrang sein könnten, sind orientierungslos.

Heute Vormittag erhielt ich eine SMS von einem Freund der Generation nach 1980 mit einem Weihnachtsgruß. Er schrieb außerdem: «Es gibt in meinem Leben keine Wende zum Besseren, ich unterscheide mich nicht von Millionen anderer orientierungsloser junger Leute.» Vor einigen Tagen sagte ein anderer Freund dieser Generation: «‹Aus einem Traum zu erwachen und keinen Weg zu wissen›,[15] das schmerzt am meisten.» Ich antwortete ihm, da ihm nun bewusst geworden sei, dass es keinen vorgezeichneten Weg gebe, müsse er sich eben selbst einen Weg suchen. Wir können nicht nur unabhängig denken, wir können auch so handeln. Jeder muss seinen eigenen Weg gehen. Der Weg des ganzen Volkes wird zunächst von einigen Pionieren beschritten, die Menge folgt nach, und so entsteht der Weg.[16]

Das unaufhörliche Wachsen und Erstarken der Zivilgesellschaft spielt eine wichtige Rolle für den gesellschaftlichen Fortschritt. In den 1930er Jahren der Republikzeit verweigerte Fan Xudong[17], ein Unternehmer aus der Chemieindustrie, sich der Beamtenkarriere. Er zog es vor, Unternehmer zu bleiben. Im Jahre 1939 sagte er: «Was China wirklich braucht, sind mehr tragende Säulen der Gesellschaft; Sänftenträger und Gefolgsleute für Politiker haben wir schon genug.»

Die große Hoffnung liegt auf der Entscheidungmacht, die jeder von uns besitzt. Wenn wir ein Teil der Zivilgesellschaft sein wollen, sollte jeder unserer Sätze, jede unserer Taten in letzter Konsequenz verantwortungsvoll sein. Die Entstehung einer verantwortungsvollen Zivilgesellschaft ist die Voraussetzung für die Selbsterneuerung unseres alten Volkes.

Übersetzt von Barbara Hoster

---

15 Zitat aus der Rede «Als Nora das Haus verließ» von Lu Xun (1886–1936), dem zu Anfang dieses Essays genannten Schriftsteller: «Das Schlimmste im Leben ist, aus einem Traum zu erwachen und keinen Weg zu wissen.» Vergleiche auch die deutsche Übersetzung in: Lu Xun: «Das Totenmal», Werke in sechs Bänden. Herausgegeben von Wolfgang Kubin, Band 5, Zürich 1994, S. 227. ⟨Anm. der Red.⟩

16 Anspielung auf eine berühmte Stelle in der Erzählung «Heimat», ebenfalls von Lu Xun: «Es läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, dachte ich, ob es schon immer Hoffnung gegeben hat oder nicht. Es verhält sich wie mit den Wegen auf der Erde, ursprünglich gab es keine, doch als immer mehr Menschen die Erde beschritten, entstanden auch Wege.» Deutsche Übersetzung von Wolfgang Kubin in: ebd., Bd. 1, S. 103. ⟨Anm. der Red.⟩

17 Fan Xudong ist der Gründer der modernen chinesischen Chemieindustrie. Im Jahre 1917 eröffnete er Chinas erste Sodafabrik. Er hatte in Japan Chemie studiert und trug dazu bei, in China die ersten «100 % einheimischen chemischen Produkte» zu produzieren und somit die Abhängigkeit von japanischen Importprodukten zu reduzieren. ⟨Anm. der Red.⟩

III. Über die gesellschaftlichen Herausforderungen und Reformansätze

China hat in 30 Jahren unglaubliche Veränderungen durchlaufen. Ein Fünftel der Menschheit hat eine nie dagewesene Periode des Friedens und der Prosperität erlebt. Für hunderte Millionen Menschen hatte die schlimmste Armut ein Ende, Lebenserwartung und Bildungsstandard haben sich drastisch erhöht, und Frauen sind im heutigen China besser gestellt als je zuvor in der Geschichte des Landes.

Doch so beeindruckend die bisherigen Leistungen, so immens sind auch die Herausforderungen, vor denen China immer noch steht. China muss Wohlstand für 1,3 Milliarden Menschen schaffen und gerecht verteilen, in einem Land mit kontinentalen Ausmaßen und enormen geographischen, wirtschaftlichen, klimatischen und ethnischen Unterschieden. Die Führung muss dabei erhebliche Interessensunterschiede ausgleichen. Die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung hat die größte Migrationsbewegung in der Geschichte der Menschheit hervorgerufen. 200 Millionen Menschen haben ihre Dörfer verlassen, um sich in den Städten anzusiedeln und zu arbeiten. Soziale Sicherungssysteme, Gesundheits- und Altersvorsorge fehlen weitgehend in einer rapide alternden Gesellschaft.

Das Wachstum der letzten Jahre hat das Gefälle zwischen Stadt und Land und zwischen Ostküste und Hinterland verschärft und extreme soziale Verwerfungen hervorgebracht. Zudem hat die rasante Wirtschaftsentwicklung zu Umwelt- und Ressourcenproblemen geführt, die für das Überleben der Bevölkerung und die weitere Entwicklung bedrohlich geworden ist. Der Klimawandel kommt als eine unerwartete neue Herausforderung dazu. All diese Aufgaben muss China heute mit großer Dringlichkeit bewältigen. Und alle stellen sich gleichzeitig und in einem (für uns) unvorstellbar großen Ausmaß.

Dazu kommen die großen gesellschaftspolitischen Fragen nach Demokratie, Zivilgesellschaft, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Die chinesische Führung betont immer wieder, dass China zur Lösung seiner gesellschaftlichen Probleme weitere politische Reformen braucht. Ohne gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Bürgerbeteiligung scheinen diese schwierigen Probleme kaum lösbar.

Eine der wichtigsten Aufgaben liegt im Anschluss der ländlichen Regionen. Im Jahre 1949 hatten Chinas Kommunisten ein Land mit einer unterentwickelten, landwirtschaftlich geprägten Ökonomie übernommen. In den ersten drei Jahren setzten sie eine Landreform um, die 50 Prozent des bis dahin in Großgrundbesitz befindlichen Landes an bäuerliche Kooperativen verteilte. Ab Ende der 1950er Jahre wurde die Kollektivierung auf die Spitze getrieben. Alle landwirtschaftlichen Produktions-

mittel wurden in 26.000 Kommunen zusammengefasst, die nicht nur über die Bewirtschaftung des Bodens entschieden, sondern die Funktion lokaler Regierungen übernahmen. Neben der Feldarbeit wurden Bauern zum Straßenbau abkommandiert oder sollten in einem Versuch der schnellen Industrialisierung Stahl produzieren. Die Folge dieser als «Großer Sprung nach vorn» betitelten Kampagne war eine Hungersnot, der Anfang der 1960er Jahre schätzungsweise 30 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Erst mit der Reform und Öffnung konnten Bauern wieder selber entscheiden, was sie anbauen wollten. Auf eigene Faust hatten einige Dörfer bereits in den späten 1970er Jahren die Volkskommunen aufgegeben und Land, Vieh und Geräte per Vertrag den Familien zur Nutzung zugeteilt. In diesen Dörfern stieg die Produktivität deutlich, und 1982 wurde das «Haushaltvertragssystem» offiziell eingeführt. Pachtverträge für die Bauern gab es zunächst für 15 Jahre, später wurden die Verträge auf 30 bis 50 Jahre verlängert. Eigentümer sind die Bauern bis heute nicht, Grund und Boden auf dem Land ist Kollektiveigentum und wird von der Regierung verwaltet. Bauern können ihr Land nicht veräußern oder beleihen und sind nur unzureichend vor Enteignung geschützt.

Mit der Fokussierung auf die industrielle und städtische Wirtschaft blieben die ländlichen Regionen immer weiter in der Entwicklung zurück. Seit 1986 darf Land in China auf dem Markt gehandelt werde. Landwirtschaftlich genutzte Flächen fielen in großem Maßstab der industriellen Entwicklung und dem Bauboom zum Opfer. Für die Lokalregierungen war der Verkauf von Grund und Boden an Investoren das einzige Mittel, um Kapital in die unterentwickelten Regionen zu bringen. Oft machten die Landgeschäfte bis zu 60 Prozent des Einkommens der lokalen Regierungen aus. Die Bauern, die ihr Pachtland und damit die einzige Einkommensquelle verloren, wurden oft nur unzureichend entschädigt. Vielen blieb nur der Verkauf ihrer Arbeitskraft, und ein Exodus in die Städte begann.

Die Unzufriedenheit der Menschen auf dem Land wurde schließlich unübersehbar und gefährdete die soziale Stabilität und die Legitimation der Partei. Die neue Führung unter Hu Jintao und Wen Jiabao setzte in ihrer Politik einen stärkeren Akzent auf den sozialen Ausgleich. Der Plan für einen „neuen sozialistischen ländlichen Raum“ sieht die Erhöhung der Staatsausgaben für die Landwirtschaft und Investitionen in die ländliche Infrastruktur vor. Seit 2003 gibt es neue Richtlinien für die Enteignung und Kompensation für Grund und Boden. Im Jahre 2006 wurde die Agrarsteuer für Bauern abgeschafft. Hu und Wen begannen mit dem Aufbau eines ländlichen Sozial-

versicherungssystems und strichen 2007 die Gebühren für die neunjährige Pflichtschulzeit. Im Oktober 2008 kündigte die Regierung eine zaghafte Bodenreform an, die es Bauern künftig offiziell erlauben wird, ihre Pachtgrundstücke zu vermieten, zusammenzulegen oder zu tauschen.

Li Changping hält die Reformen aber noch nicht für ausreichend. Er beschreibt in seinem Beitrag die strukturellen Probleme, die die Landbevölkerung in China zu Bürgern zweiter Klasse degradieren. Der Text basiert auf einem Vortrag den Li 2004 an mehreren Universitäten hielt. Er erschien auch in seinem Essayband von 2009: *Das große Klima*. Für den vorliegenden Abdruck hat er den Text noch einmal mit Kommentaren versehen, die die neuesten Entwicklungen bewerten.

He Weifang befasst sich in seinem Text mit der Reform des Rechtssystems. Nach dem totalen Verlust von Recht und Ordnung während der Kulturrevolution musste ein Justizsystem in China von Grund auf neu etabliert werden. Bis in die späten 1980er Jahre waren es meist demobilisierte Offiziere der Volksbefreiungsarmee, die sogenannten «Volksgerichten» vorstanden und Urteile vor allem nach ideologisch-politischen Kriterien fällten. Es gab kaum ausgebildete Richter. Rechtsanwälte waren bis Anfang der 1990er Jahre Staatsangestellte. Heute gibt es ca. 120.000 unabhängige Rechtsanwälte. Im Zuge der Reform wird die Justiz professionalisiert, die Fachausbildung und juristische Prüfung für Richter ist nun Vorschrift. Im Jahre 1999 wurde die Verfassung reformiert, und die Führung verpflichtete sich zum Aufbau eines «sozialistischen Rechtsstaats». Seit Beginn der Reform wurden 250 neue Gesetze verabschiedet, die eine solche Ordnung schaffen sollen. Der Schutz der Menschenrechte ist im Jahre 2004 in der chinesischen Verfassung verankert worden. Grundlegende Probleme bestehen aber weiter und liegen vor allem in der Rechtssprechung. He Weifang beschreibt in seinem Text die Abhängigkeit der Justiz von Politik und Verwaltung. Er analysiert die Situation an den lokalen Gerichtshöfen und die Notwendigkeit für eine weitere Professionalisierung und Demokratisierung in Gesetzgebung und Rechtsprechung. Der Text erschien im August 2009 in der Wochenzeitung *Nanfang Zhoumo* (*Southern Weekend*).

Ähnlich wie He Weifang sieht Yu Jianrong Korruption und Missbrauch der Justiz als eines der größten Probleme im heutigen China. Die Defizite in der lokalen Regierungsführung haben zu einem Vertrauensverlust der chinesischen Bevölkerung in Administration und Justiz geführt. Diese Unzufriedenheit entlädt sich in spontanen Unruhen, die seit den 1990er Jahren zunehmen und

immer öfter auch gewalttätig verlaufen. Die Sicherung des sozialen Friedens und der politischen Stabilität ist mittlerweile eine der größten Sorgen der Regierung, die sich mit verschiedenen Maßnahmen bemüht, den Machtmissbrauch und die Korruption lokaler Kader zu bekämpfen. Nach Yus Ansicht ist die Korruption aber durch das System bedingt. Yu liefert eine Analyse der zunehmenden sozialen Unruhen und der tieferen Ursachen für die Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung in China. Darüber hinaus schlägt er unterschiedliche Maßnahmen für die Reform von Administration und Justiz vor, die zu einer gerechteren Gesellschaft führen sollen. Yus Text basiert auf einem Vortrag, den er 2007 an der Universität von Kalifornien in Berkeley hielt. Er wurde anschließend in verschiedenen chinesischen Magazinen und Internetpublikationen veröffentlicht.

Zhan Jiang beschreibt in seinem Text, der vollständig dieses Jahr in einem Sammelband in China erscheint, welche Rolle die Medien in Chinas Transformation spielen und wie sie eine Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen fördern. Dabei legt er westliche Medientheorien zugrunde und überprüft ihre Anwendbarkeit auf China. Chinas Medien sind streng kontrolliert und zensiert. Von einem Medien-Blackout, wie ihn sich westliche Beobachter oft vorstellen, kann aber keine Rede sein. Seit Ende der 1990er Jahre ist der Sektor im Umbruch, er erfuhr eine Deregulierung und Öffnung für privates Kapital. Große halbstaatliche Medienkonglomerate entstanden, die vor allem den Gesetzen des Marktes gehorchen. Heute gibt es in China fast 2.000 Tageszeitungen, weit über 9.000 Magazintitel und mehr als 400 Fernsehsender. Das hat die Berichterstattung revolutioniert und zu einer Vielfalt an neuen Formaten und Inhalten geführt. Obwohl die radikale Kommerzialisierung des Mediensektors vor allem gut zu vermarktende Unterhaltungsprogramme und Lifestyleformate hervorbringt, hat sich so auch ein kritischer Journalismus etabliert.

Eine besondere Rolle spielt das Internet in China. Mit 300 Millionen Nutzern ist China heute der weltweit größte Internetmarkt. Jeder vierte Chinese geht regelmäßig online. Neben Unterhaltung und Kommerz haben sich im Internet Plattformen für öffentliche Debatten entwickelt. In den letzten Jahren haben fast alle traditionellen Medien eigene Online-Versionen gestartet, in denen sie kritische Artikel veröffentlichen können, oft bevor die staatliche Zensur eingreift. Zwar ist auch das Internet stark reguliert, und schätzungsweise 20.000 Internetpolizisten kontrollieren und blockieren Inhalte; eine flächendeckende Kontrolle des Internets ist aber nicht möglich.

Li Changping 李昌平

Die wahren Gründe für die Armut der Bauern[1]

In letzter Zeit war ich vor allem in Yunnan, Guizhou und weiteren Provinzen in den im nationalen Vergleich ärmsten Kreisen Chinas[2] unterwegs. Als ich der Armut auf den Grund ging und ihr ins Antlitz blickte, bekam ich auf dem Wege langer Überlegungen ein neues Verständnis von Armut. Ich bin davon überzeugt, dass Armut zum größten Teil ihren Ursprung in der Machtlosigkeit hat, in den von den Herrschenden errichteten verkehrten Strukturen. Es gibt auch derzeit noch immer mehr als zehn die Macht der Armen einschränkende und zu Armut führende Strukturen. Wir müssen sie kritisch prüfen.

1 Die Eigentumsstruktur

Der Staat hat beschlossen, dass Bodenschätze dem Staat gehören, das hat die Verbindungen zwischen den Menschen, die in den Abbaugebieten leben, und den Ressourcen selbst gekappt. Und wem gehört das Staatseigentum? Wer die Macht hat, den Antrag auf Abbau zu genehmigen, der repräsentiert den Staat. Und wer erhält das Recht, die staatseigenen Bodenschätze abzubauen? Nach den Regeln des staatskapitalistischen Systems sind das nur die Kaderkapitalisten[3]. Die Menschen vor Ort sind zwar auch Bürger des Landes, aber im herrschenden System findet sich kein Platz für sie.

Die Wälder und die Bodenschätze gehören dem Staat, die Armen haben keinen Anteil an den daraus entstehenden Vorteilen, das kennt man ja schon. Aber selbst das, was ursprünglich das Eigentum der Armen war, wird noch vom «Staat» in Besitz genommen. Wenn zum Beispiel Bauern Kapital aufbringen und Stromleitungen in ihr Dorf legen, dann gehören die Eigentumsrechte daran dem Nationalen Stromnetz, einem Staatsunternehmen. Wenn die Bauern Kapital aufbringen und die Schule reparieren, dann gehören die Eigentumsrechte daran dem den Staat repräsentierenden Erziehungsministerium.[4] Wenn die Bauern Kapital aufbringen,

---

1 Dieser Text wurde erstmals im Jahr 2004 publiziert. Für den vorliegenden Band hat der Autor seinen Text hinsichtlich der neueren Entwicklungen kommentiert. Diese Ergänzungen sind im Text kursiv. ⟨Anm. der Red.⟩

2 «Armutskreise auf nationaler Ebene» haben ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von unter 1.300 Yuan/Jahr (ca. 110 Euro), ein Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von unter 2.700 Yuan/Jahr und ein Steueraufkommen von unter 120 Yuan pro Kopf und Jahr. ⟨Anm. der Red.⟩

3 D. h. die Unternehmer mit den besten Beziehungen zu der Lokalregierung. Oft sind es Parteifunktionäre oder ihre Familien, die sich bei der Privatisierung der Staatsbetriebe die Kontrolle über die lukrativen Teile verschafft haben. ⟨Anm. der Red.⟩

4 Viele Dorfschulen, die von den Bauern in den 1980er Jahren errichtet wurden, sind in den 1990er Jahren vom Erziehungsministerium «übernommen» worden und werden jetzt geschlossen, da das Erziehungsministerium Schulen zusammenlegt, um Kosten zu senken und den Unterricht zu verbessern. ⟨Anm. der Red.⟩

um eine Fabrik aufzubauen[5], dann gehören die Eigentumsrechte daran auch dem Staat. Wenn die Bauern Kapital aufbringen und sich Telefonanschlüsse legen, dann gehören die Eigentumsrechte daran dem Ministerium für Informationstechnologie. Wenn die Bauern Kapital aufbringen und eine Straße, eine Brücke, Bewässerungsanlagen oder etwas ähnliches bauen, dann gehören die Eigentumsrechte daran noch immer nicht den Bauern.

Inzwischen müssen Bauern nur noch 50 Prozent der Kosten des Straßenbaus auf der Gemeindeebene und die vollständigen Kosten des Straßenbaus in den Dörfern selbst tragen. Werden Straßen auf Kreisebene oder darüber hinaus gebaut, müssen die Bauern dafür kein Kapital aufbringen, allerdings werden sie oft nicht oder unangemessen für das verlorene Land entschädigt.

Wenn die Bauern von den Eigentumsrechten und den Vorteilen ihrer Infrastrukturinvestitionen in Elektrizität, Verkehr, Energiequellen, Kommunikation usw. profitieren könnten, dann ginge es ihnen nicht so schlecht, dann wären sie nicht so arm.

Aber damit nicht genug. In den späten 1980er Jahren hat der Staat die Bauern dazu ermuntert, in die Getreideweiterverarbeitung einzusteigen, für eine weiterverarbeitende Fabrik mussten mehrere zehn- bis mehrere hunderttausend Yuan investiert werden. Zu Beginn der 1990er Jahre hat der Staat den Bauern den Ankauf von Getreide verboten, was zu großen Einkommensverlusten bei den Bauern führte, aber der Staat lehnt jede Verantwortung dafür ab. In den 1980er Jahren ermutigte die Regierung die Bauern, mit Schweinen zu handeln und Schweine selbst zu schlachten; in den 1990er Jahren sollte dann nur noch an den eigens lizenzierten Schlachthöfen geschlachtet werden, so brach dieser ganze Erwerbszweig der Bauern zusammen. In den späten 1980er Jahren wurde den Bauern erlaubt, mit Saatgut, Pestiziden und Dünger zu handeln; in den 1990er Jahren fügte die Wiederbelebung des Monopols der Zulieferungs- und Vertriebskooperativen den Bauern starken Schaden zu; die Schuldenlast, die die Bauern hierdurch anhäuften, kann nicht einmal in ein bis zwei Generationen abgetragen werden.

2 **Der Staatshaushalt**

Für die Stromversorgung und die Telefonanschlüsse auf dem Land haben die Bauern selbst Kapital aufgebracht und sie dann selbst eingerichtet; die Stromversorgung und die Telefonleitungen in den Städten sind Investitionen des Staates, Stromgebühren und Telefontarife sind in den Städten billiger als auf dem Land. Für die Schulen auf dem Land haben die Bauern selbst Kapital aufgebracht und sie dann selbst errichtet, die Gehälter der Lehrer auf dem Land bezahlen die Bauern selber; die Schulen in den Städten hat der Staat gebaut, die Gehälter der Lehrer in den Städten stammen aus dem Staatshaushalt. Die Straßen in den Städten baut der Staat, pro Kilometer kostet das mehrere Millionen oder sogar zig Millionen Yuan; die Straßen auf dem Land werden überwiegend von den Bauern selbst gebaut, die Bauern bauen die Straßen, aber der Staat erhebt Straßennutzungsgebühren; wenn die Straßen kaputt sind, müssen zur Reparatur wieder die Bauern ran. Für fast alle ländlichen Infrastrukturmaßnahmen müssen die Bauern selbst Kapital aufbringen, natürlich gibt es Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, aber das ist immer noch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Für die Bürger Chinas gelten zwei verschiedene Normen, was ihre Versorgung aus Mitteln des Staatshaushalts betrifft.

---

5 Gemeint sind hier die «Kollektivunternehmen», die in den 1980er Jahren von Bauern gegründet wurden. In den 1990er Jahren wurde die Gründung solcher «Kollektivunternehmen» unterbunden, Ende der 1990er Jahre wurden sie dann privatisiert oder verstaatlicht. ⟨Anm. der Red.⟩

Mit dem Fünfjahresplan von 2005 bis 2010 wurde die Politik des «Neuen Sozialistischen Ländlichen Raums» verabschiedet. Sie sieht eine Erhöhung der Ausgaben des zentralen Staatshaushalts für Landwirtschaft, ländliche Infrastruktur und für die Entlastung der Bauern von Gebühren und Steuern vor. Die oben beschriebene Situation hat sich seitdem etwas gebessert Der Autor sieht in der Politik aber keinen echten Paradigmenwechsel und bemängelt, dass die Investitionen, gemessen am Staatshaushalt und am Bedarf, zu niedrig sind.

3 Das Sozialversicherungssystem

Das chinesische Sozialversicherungssystem schließt die Bauern nicht mit ein. Aber damit noch nicht genug. Das herrschende Gesellschaftssystem zerstört auch noch die soziale Absicherung der Bauern. Der Boden ist die Altersvorsorge der chinesischen Bauern. Aber das mit dem 1. März 2003 in Kraft getretene «Bodenvertragsgesetz» legt fest, dass Pachtverträge für Grund und Boden 30 bzw. 50 Jahre unverändert bleiben. Angenommen, ich wäre jetzt 15, 16 Jahre alt, in fünf bis sechs Jahren will ich heiraten, Kinder bekommen, und meine Familie hat kein Land, von der Regierung bekomme ich keine Entschädigung dafür, dass sie mir kein Land zuweisen kann, und das Sozialversicherungssystem gilt nicht für mich. Wie soll ich denn dann leben? Weil in die langfristigen Verträge nicht eingegriffen werden kann, gibt es für mich keine Möglichkeit, Land zu erwerben und somit eine soziale Absicherung zu haben.

4 Das Finanzsystem

Die Menschen in den Städten können mit ihrem Personalsausweis zur Bank gehen und dort zum Beispiel Kredite zum Wohnungskauf bekommen; für Menschen auf dem Land ist das unmöglich. Die Menschen in den Städten können die Wohnung als Sicherheit für einen Kredit nehmen; die Häuser der Bauern sind auch Wohnungen. Warum können diese Häuser und das Land nicht als Kreditsicherheit verwendet werden?

Bauern sind auch Bürger. Das Vermögen der Bauern ist auch ein Teil des Volksvermögens. Es dient genauso zur Deckung der chinesischen Währung. Warum wird es von den chinesischen Banken trotzdem nicht anerkannt? Wenn die Berge, Felder und Häuser der Bauern bei den Banken als Kreditsicherheiten fungieren könnten, dann würde es auf dem Land nicht so sehr an Kapital fehlen, dann hätten die Bauern Geld, sich einen bescheidenen Wohlstand aufzubauen. Zur Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse können die Bauern theoretisch Kredite aufnehmen, *praktisch müssen sie dafür aber den Mitarbeitern der ländlichen Kreditkooperativen «Geschenke» machen, und die Kreditzinsen sind viel höher als in den Städten.* Diese Kredite kommen letztendlich wieder den Städtern zu Gute, *da die von dem vergrößerten oder verbesserten Angebot landwirtschaftlicher Produkte am meisten profitieren.*

Ende 2006 erließ die chinesische Bankenaufsicht eine Vorschrift, die den Aufbau von Finanzintermediären und letztendlich die verbesserte Bereitstellung von Kapital auf dem Land ermöglichen sollte. Der erhoffte Erfolg blieb jedoch aus – während sich die städtischen Privatbanken schnell entwickeln, kommen die ländlichen Kreditkooperativen nur im Schneckentempo voran. Keine chinesische Bank vergibt gerne Kleinkredite auf dem Land.

5 **Das Steuersystem**

Das Pro-Kopf-Einkommen der Bauern beträgt etwas über 2.000 Yuan[6] pro Jahr, in diesem Betrag enthalten sind allerdings das Saatgut sowie Getreide für den Eigenverzehr und fürs Vieh. Der Staat erhebt eine Landwirtschaftssteuer in Höhe von 8,4 Prozent der von einem ländlichen Haushalt erzeugten landwirtschaftlichen Produkte; würde der von den Bauern selbst konsumierte und investierte Teil herausgerechnet, dann würde daraus ein Steuersatz von 20 oder noch mehr Prozent. Nach Einbeziehung der auf den verschiedenen Stufen der Nahrungsmittelweiterverarbeitung anfallenden Steuern liegt der Steuersatz für die Bauern tatsächlich bei über 30 Prozent. Das einem Bauern pro Jahr zur freien Verfügung stehende monetäre Einkommen beträgt daher nur einige hundert Yuan, und davon müssen auch noch Steuern bezahlt werden. Die Landwirtschaft ist der schwächste Sektor, die Bauern sind die schwächste Gesellschaftsgruppe, aber ihnen gegenüber herrscht die unbarmherzigste Steuerpolitik.

Im Zuge der neuen Politik wurde die Landwirtschaftssteuer zum 1. Januar 2006 vollständig abgeschafft. Dies erleichterte die Steuerlast der Bauern, schränkte aber auch die Handlungsfähigkeit der Lokalregierung stark ein. Die Regierung entschied sich vor allem deshalb für einen Verzicht auf die Landwirtschaftssteuer, weil der Ertrag wegen hoher administrativer Kosten und geringer Steuereinnahmen für die Zentralregierung nicht mehr ins Gewicht fiel.

6 **Die Verteilung der staatlichen Mittel**

Nehmen wir die Verteilung der staatlichen Mittel bei der Armutsbekämpfung als Beispiel. Diese Fonds sollten eigentlich für die armen Menschen verwendet werden, aber sie werden von Parteikadern verteilt. Und wer am fleißigsten in die zuständigen Ämter rennt und Schmiergelder abliefert, der bekommt Zugriff auf diese Fonds. Bei der Zuteilung der Mittel, Stufe um Stufe auf die jeweils untergeordnete Verwaltungsebene, bleibt auf jeder davon ein bisschen was hängen. Wenn das, was übrig bleibt, in den Dörfern ankommt, haben die Betroffenen kein Mitspracherecht über die Verwendung. Es wird das gemacht, was die Kader sagen. Viele der Ausschreibungen für Bauprojekte in den Armutsgebieten werden von Kadern durchgeführt. Nur ganz wenige reiche und gut ausgebildete Menschen haben die Chance, um die Auftragserteilung zu konkurrieren. Rund 99 Prozent der Armen werden diskriminiert und bleiben außen vor.

Wenn man die Verteilung der Ressourcen den Mächtigen überlässt, ist das nicht die wirksamste Art, Armut zu bekämpfen. Das dürfte allen klar sein. Aber die Verteilung der Ressourcen allein dem Markt zu überlassen ist auch keine Lösung. Nur, das ist vielen Menschen immer noch nicht bewusst.

In Chinas ländlichen Gebieten spielen täglich 300 Millionen potentielle Arbeitskräfte zu Hause Mahjong[7]. Gleichzeitig gibt es auf dem Land täglich jede Menge Aufgaben, die von Niemandem angepackt werden. Der Markt für die überschüssige Arbeitskraft ist nicht in der Lage, diese zu kanalisieren. Die wichtigste Ressource zur Überwindung der Armut auf dem Lande in China ist aber die in den Dörfern vorhandene Arbeitskraft. Die effektivste Methode zur Verteilung dieser in den Dörfern vorhandenen Arbeitskraft wäre, sie den Bauernverbänden, den Dörfern oder den ländlichen Kooperativen zu überlassen. Nur wenn sich die Bauern organisieren können, um ihre Arbeitskraft mit anderen Ressourcen zu kombinieren, wird die Effektivität der Ressourcennutzung maximiert.

---

6 Das sind rund 205 Euro. ⟨Anm. der Red.⟩

7 Ein mit 136 Steinen gespieltes Strategiespiel für vier Personen, das in China weit verbreitet ist. ⟨Anm. der Red.⟩

7 Das Erziehungssystem und die Gesundheitsversorgung

Schenken wir, als Beispiel für diese beiden Bereiche, dem Erziehungssystem unsere Aufmerksamkeit. Bildung verändert Schicksale. Aber das Bildungssystem in Zentral- und West-China ist nicht in der Lage, das Schicksal der Menschen zu verbessern; ganz im Gegenteil sorgt das bestehende System dafür, dass es den Menschen immer schlechter geht. Im «Tagebuch zur Armutsbekämpfung» habe ich über einen Schüler einer Oberen Mittelschule[8] geschrieben, dessen Eltern sich für seine Ausbildung erheblich verschuldet hatten. Nach dem Abschluss der Oberen Mittelschule ging er als Wanderarbeiter in die Stadt, sein Monatseinkommen betrug 400 Yuan, er wird über zehn Jahre arbeiten müssen, um die Schulden seiner Eltern zu begleichen. Sobald er die Schulden abbezahlt hat und 2.000 Yuan zurücklegen konnte, will er zwecks Heirat in sein kleines Bergdorf zurückkehren, als Wanderarbeiter will er nicht mehr arbeiten. Zu dem Zeitpunkt wird er um die 40 Jahre alt sein, und die Menschen in der Stadt brauchen seine Arbeit sowieso nicht mehr.

Was ist das für ein Bildungssystem in den Dörfern? Arme Eltern tragen die hohen Kosten für die Ausbildung. Mit Ach und Krach schaffen sie es, ihr Kind durch die Obere Mittelschule zu bringen. Der Absolvent der Oberen Mittelschule gibt dann die Zeit zwischen seinem 20. und seinem 40. Lebensjahr, seine besten Jahre, der Stadt. Danach brauchen ihn die Stadt und die entwickelten Gebiete nicht mehr, die Last seiner Altersversorgung wird dann wieder auf Zentralchina abgewälzt und den Armen aufgeladen. Die Bildung zieht unablässig Ressourcen aus Zentral- und Westchina in die entwickelten Gebiete, die Wohlhabenden entziehen also pausenlos den Armen ihre Ressourcen. Und beim Gesundheitssystem sieht es ganz genauso aus.[9]

Im Jahre 2003 wurden die Schulgebühren für die neun Jahre Grundbildung erlassen. Das war aber nicht wirklich die Folge eines Umdenkens, sondern es kostete die Regierung einfach nicht viel. Dies wird auch dadurch deutlich, dass die Gebühren für die Obere Mittelschule und die Universität ständig weiter steigen. Auch während der neunjährigen kostenlosen Grundbildung sorgen die Kosten für An- und Heimfahrt, Schuluniform, ärztliche Untersuchungen und Impfungen, Mittagessen und viele weitere Gebühren oder obligatorische «Spenden» dafür, dass die Ausbildung ihrer Kinder für die Bauern immer noch eine große finanzielle Belastung ist.

Der Aufbau eines auch die Bauern einschließenden Krankenversicherungssystems begann 2003 mit ersten Experimenten und soll bis zum Jahr 2010 abgeschlossen sein. Es ist aber völlig unzureichend: Unter dem Motto «da bing tong chou» («Für die schweren Krankheiten sammeln wir gemeinsam.») können zunächst vor allem die Kosten für die Behandlung der teuersten Krankheiten wenigstens teilweise erstattet werden – was allerdings nur 3 Prozent der Krankheitsfälle ausmacht. Die Medikamente in den Vertragskrankenhäusern sind überteuert. Weitere Reformen sind angekündigt.

8 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Seit sehr langer Zeit schon spricht die Regierung, wenn es um Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit geht, nur von der Stadtbevölkerung. Bis auf den heutigen Tag stehen nur städtische Angestellte und Arbeiter unter dem Schutz des Arbeitsrechts.

---

8 Vergleichbar der Oberstufe eines deutschen Gymnasiums, Voraussetzung zum Hochschulstudium. ⟨Anm. der Red.⟩

9 Die Gesundheitsversorgung und das Erziehungssystem zeigen dieselben ungerechten Strukturen, weil sie die Bauern finanziell stark belasten, die gesteigerte Arbeitskraft und bessere Bildung der Bauern kommt aber wiederum hauptsächlich den Städtern zu Gute. ⟨Anm. der Red.⟩

Arbeitslosenversicherung und Wanderarbeiter – das geht anscheinend nicht zusammen.

Die öffentlichen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit berücksichtigen die Bauern tatsächlich nur gering. Berufliche Wiedereingliederungsprojekte kommen den Bauern nicht zu Gute. Die staatlichen Mittel werden bevorzugt zugunsten der Arbeitsplätze in den Städten und für die Angestellten und Arbeiter staatseigener Betriebe eingesetzt. Jedes Jahr bekommen die Staatsunternehmen Kredite in Höhe von über 10 Milliarden Yuan, und der Kapitalmarkt kanalisiert noch mehr Ressourcen in die Staatsunternehmen. Ein Ziel ist die Sicherung des Beschäftigungsniveaus.

Tatsächlich hätte der Staat eine Menge Möglichkeiten, um für die Bauern Arbeitsplätze zu schaffen. Nach den großen Überschwemmungen im Jahre 1998 gab der Staat für die Regulierung großer Ströme und Flüsse mehrere 10 Milliarden Yuan aus, beim Drei-Schluchten-Staudamm kostete jeder ausgehobene Kubikmeter Erde 12 Yuan. Diese Arbeiten wurden alle den großen Kaderkapitalisten übertragen, diese ließen dann die Arbeit von Subunternehmern und letztlich von den Traktoren der Dörfer durchführen. Laut Vertrag bekamen diese pro Kubikmeter Erde nur noch 3,6 Yuan, so dass die großen Kaderkapitalisten mit jedem Kubikmeter Erde rund 8 Yuan Reingewinn machten, ohne auch nur einen Finger dafür krumm zu machen. Hätte man bei dem Bau auch die Schaffung von Arbeitsplätzen für Bauern im Auge gehabt, dann hätte man mit den mehreren 10 Milliarden Yuan eine ganze Menge erreichen und das Einkommen der Bauern um mehrere Milliarden Yuan erhöhen können.

Es gibt auf dem Land noch etliche Bewässerungsprojekte, die auf ihre Realisierung warten, andere müssten instand gesetzt werden. Wenn es dem Staat nicht möglich ist, auf einmal so viel Geld aufzubringen, dann könnte er doch die Bauern schon einmal mit der Arbeit anfangen lassen und ihnen dafür Gutscheine geben; die Bauern könnten diese Gutscheine gegen Bildungsleistungen oder medizinische Versorgung eintauschen oder sie bei den Banken als Sicherheit hinterlegen, um an Kredite zu kommen.

Die Wanderarbeiter können inzwischen theoretisch eine Arbeitslosenversicherung abschließen, haben aber praktisch kein Interesse daran, weil die Ansprüche nicht bestehen bleiben, wenn sie aufs Land zurückkehren oder an einem anderen Ort arbeiten. Auch das am 1. Januar 2008 in Kraft getretene «Arbeitsvertragsgesetz» hat daran nicht viel geändert. Ohne eine unabhängige Wanderarbeitergewerkschaft wird sich die Situation der Wanderarbeiter nicht wesentlich bessern.

9 **Die Lohnstruktur**

Die momentane Lohnstruktur blutet das Land aus. Die Wanderarbeiter verdienen um die 500 Yuan im Monat, damit können sie sich nicht selbständig machen, sie können die Alten nicht unterstützen und ihre eigene Altersversorgung auch nicht sicherstellen. Wenn es nicht möglich ist, mit der eigenen Arbeitskraft ein Gewerbe aufzubauen, dann ist das noch schrecklicher als die von Marx beschriebene primitive Akkumulation.

Nach Berechnungen von Lu Xueyi (Institut für Soziologie der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften), Guo Shutian (Abteilung für Reformen im Landwirtschaftsministerium) und weiteren Wissenschaftlern beträgt der durchschnittlich von Wanderarbeitern in den Städten geschaffene Wert 25.000 Yuan, aber das durchschnittlich pro Wanderarbeiter verdiente Einkommen beträgt nur 6.000 – 8.000 Yuan (und das ist noch hoch gegriffen). Städte und entwickelte Gebiete bekommen also von jedem Wanderarbeiter einen «Mehrwert» von mindes-

tens 16.000 Yuan. Das würde bedeuten: 100 Millionen Wanderarbeiter, die in den Städten arbeiten, beraubt man jedes Jahr um rund 1,6 Billionen Yuan.

Das Lohnsystem ist gegenüber den Wanderarbeitern völlig unmenschlich. Das hat eine Reihe schwerwiegender Konsequenzen. Laut Statistik gibt es derzeit im ganzen Land etwa 10 Millionen Bauern und Wanderarbeiter, die keine Frau zum Heiraten finden. Manche jungen Frauen wollen lieber in der Stadt eine Nebenfrau sein, als einen Bauern heiraten. Der Soziologe Fan Ping warnt deswegen davor, dass die Abwanderung von dörflichen «Schönheiten» zu einer «Desertifikation» der dörflichen Gemeinschaften führen wird!

10 Die Bodenpolitik

Auch die Bodenpolitik beruht auf Ausbeutung. Die chinesische Verfassung legt fest, dass der Boden in den Dörfern Kollektiveigentum ist. Klarer könnten die Eigentumsverhältnisse eigentlich nicht sein. Aber dieses Land darf nicht von den Bauern selbstbestimmt auf dem Markt gehandelt werden, es kann nur zunächst vom Staat enteignet und danach vom Staat verkauft werden. Wenn der Staat einen Mu[10] enteignet, dann zahlt er dafür zwischen einigen tausend und einigen zehntausend Yuan Entschädigung; wenn der Staat das Land dann weiterverkauft, erzielt er dafür zwischen einigen zehntausend, einigen hunderttausend und einigen Millionen Yuan. Dürfen denn die Bauern auf ihrem eigenen Land eine Fabrik errichten? Nein, das ist verboten, erst müssen sie das Land vom Staat enteignen lassen und dann zurückkaufen. Dürfen Bauern auf ihrem eigenen Land einen Fischteich graben? Nein, das ist verboten, wer graben will, muss zunächst einmal Geld beim Staat abliefern.

Die Bevölkerung Chinas besteht zu 70 Prozent aus Bauern. Wie kann es sein, dass der Staat ihre Interessen nicht vertritt?

Und nicht nur das. Der Staat hat am 1. März 2003 das «Bodenvertragsgesetz» erlassen; er legt darin fest, dass – wie schon gesagt – Pachtverträge über die Dauer von 30 bis 50 Jahren abgeschlossen werden. Wer einmal viel Land zugeteilt bekam, erhält so die nächsten 30 bis 50 Jahre Landpacht wie ein Grundherr.

Der Boden in den Dörfern befindet sich nach wie vor in Kollektiveigentum. Wer aus dem Kollektiv ausscheidet, der sollte seinen Boden natürlich an das Kollektiv zurückgeben. Leider hat das Kollektiv derzeit nicht das Recht, Land zurückzuverlangen, es neu zu verteilen oder auch nur Anpassungsmaßnahmen durchzuführen. Die Mitglieder des Kollektivs werden von den neuen Grundherren ausgebeutet, und es kann nichts dagegen unternehmen!

11 Das Kadersystem

Kader werden von den nächst höheren Parteiebenen berufen, wer Kader werden will, muss sich mit «denen da oben» gut stellen. Wer ein Kader werden will, muss Geld in die entsprechenden Abteilungen bringen. Deswegen wird jedes Jahr richtig viel Geld für Funktionäre ausgegeben. Und wo kommt dieses Geld her? Natürlich sind das «schwarze Beträge». Der Aufstieg eines Kaders verursacht sehr hohe Kosten, wenn er dann erst an der Macht ist, versucht er so schnell wie möglich, sich diese «Investitionen» aus den Taschen des Volkes zurückzuholen. Je mehr Kader befördert werden, oder je öfter sie ihre Position wechseln, desto schwerer ist die Last des Volkes.

Jetzt wird auf «Demokratie» gemacht, auch Kader werden gewählt. Aber wer erstellt die Wahllisten? Die Listen werden von denen da oben erstellt. Wer Kader werden will, der muss denen da oben immer noch Geschenke machen, sonst wird

10 1 Mu = 0,066 ha ⟨Anm. der Red.⟩

das nichts. Die jetzige Demokratie bedeutet, dass die Hände der Bauern benutzt werden, um diejenigen Kader nach oben zu hieven, die «die da oben» haben wollen. Das Ergebnis ist das gleiche wie früher, nur büßt die arbeitende Bevölkerung bei dieser «demokratischen Vorgehensweise» noch mehr von ihrer Habe ein.

12 **Das Rechtssystem**

Auch das Rechtssystem blutet das Land aus. Jetzt soll der Staat zwar gemäß den Gesetzen regiert werden, aber die nach Peking kommenden Petitionäre werden trotzdem immer mehr. Das zeigt doch, dass die Gesetze nichts nützen. Und warum nützen die Gesetze nichts? Das frei verfügbare Einkommen eines Bauern beträgt einige hundert Yuan pro Jahr. Wie sollen sie also vor Gericht ziehen können? Wie sollen sie sich da Anwälte leisten und Richter bestechen? Arme Menschen können sich das Recht nicht leisten, für sie ist es ein Luxusprodukt. Wenn sich aber Arme nicht der Gesetze bedienen können, dann ist das Gesetz nur ein Werkzeug der Mächtigen oder Reichen, mit dessen Hilfe sie die Armen schikanieren. Außer einem Gerichtsverfahren gibt es auch keine anderen Möglichkeiten, Hilfe zu bekommen; normalerweise heißt das dann: Schnabel halten und den Ärger herunterschlucken. Erst wenn es die Armen absolut nicht mehr aushalten können, machen sie sich auf den Weg nach Peking, um ihre Petitionen einzureichen.

Manche glauben an die Justiz – und verlieren dann bei ihren Gerichtsprozessen Haus und Hof. Ohne ausreichendes Geld kann man – obwohl im Recht – keinen Prozess gewinnen. Viele Menschen werden dadurch zum Äußersten getrieben. Vom Rechtsgläubigen wandeln sie sich zum Kriminellen, das fügt dem einen Unrecht noch ein weiteres hinzu! Über die Bauern, die immer noch an Bao Qingtian[11] glauben, und über «Gesetzesanalphabeten», die «außergerichtliche Vergleiche» akzeptieren, macht man sich heute nur noch lustig. Wer arm ist, der muss wissen, wie der Hase läuft.

Die untersten Partei- oder Regierungsebenen können ohne Gesetzesverstöße gar nicht existieren, weil das Finanzministerium nur 60 Prozent der budgetierten Ausgaben ausbezahlt und die restlichen 40 Prozent selbst verdient werden müssen. Nehmen wir den Leiter eine Polizeistation als Beispiel: Dessen berufliche Pflicht ist es, Verbrecher zu fassen und das Volk zu schützen. Aus dem Staatshaushalt der Regierung sollte er eigentlich die nötigen Gelder für seine Aufgaben bekommen, aber in Wirklichkeit gibt es aus dem Staatshaushalt nur 60 Prozent der Kosten pro Person und keine Mittel zur Untersuchung der einzelnen Fälle. Des Weiteren muss die Polizeistation jedes Jahr auch noch 80.000 Yuan an die ihr übergeordnete Dienststelle, das Amt für öffentliche Sicherheit, abgeben. Deshalb wird die Polizeistation natürlich ihre Machtposition ausnutzen, um dem Volk Gelder «abzuluchsen». Wird sie auf diesem Weg nicht selbst kriminell? Das nennt man: «Durch Gesetzesbrüche den sogenannten Gesetzesvollzug finanzieren.» So geht es der Polizeistation, aber auch die Gerichte auf der untersten Ebene ernähren sich von Kläger und Angeklagtem – im Grunde ist das für alle Strukturen auf der untersten Ebene dasselbe.

Wie ich bereits feststellte, gibt es in China auf dem Land zwei Tendenzen, auf die geachtet werden sollte: Das einfache Volk kommt nicht umhin, die Gesetze zu brechen, um die Kosten des eigenen Daseins zu senken – diese Tendenz tritt immer deutlicher zu Tage; und die unteren Regierungs- und Parteiebenen kommen nicht umhin, durch Gesetzesbrüche den Gesetzesvollzug zu finanzieren – auch dies wird immer deutlicher.

---

11 Bao Qingtian (999–1062), ein als unbestechlich und gerecht berühmt gewordener Richter aus der Zeit der Song-Dynastie. In China gilt er besonders bei den Bauern und den Armen bis heute als die personifizierte Gerechtigkeit. ⟨Anm. der Red.⟩

Manche meinen, dass das chinesische Rechtssystem immer vollkommener und dass China einem Rechtsstaat immer ähnlicher wird. Aber das glaube ich nur halb. Das einem kleinen Teil des Volkes dienende Rechtssystem wird weiter vervollkommnet und von der Gesellschaft «stillschweigend akzeptiert». Die Mehrheit der Gesellschaft und besonders die Armen, sollten sie ihre Rechte gesetzesgemäß wahrnehmen, können die Kosten dafür aber immer schwerer aufbringen.

13 Die Verbreitung von Wissenschaft und Technik

Auch die ursprünglich zur Verbreitung von Naturwissenschaft und Technik auf dem Land aufgebaute Struktur bricht langsam zusammen. Das Land braucht die Dienste von Naturwissenschaft und Technik dringend, daran kann kein Zweifel bestehen. Aber werden die Studenten der Landwirtschaftsfakultäten, nach Abschluss ihres vierjährigen Studiums und einiger Jahre im Masterprogramm und als Doktoranden, als Techniker aufs Land gehen? Natürlich nicht! Denn die Wirtschaft der Kleinbauern auf dem Land wird nicht in der Lange sein, die hohen Ansprüche zu befriedigen, die durch die kostspielige Hochschulausbildung entstanden sind. Der Markt verteilt die Technik, deswegen gehen die Studenten mit landwirtschaftlich-technischen Kenntnissen nicht aufs Land, sie bleiben lieber der kleinbäuerischen Wirtschaft fern. Deswegen gibt es auf dem Land immer weniger Techniker. Heißt das, dass gar keine Technik den Weg aufs Land findet? Nein, das nicht. Hybridsamen[12] beispielsweise sind durch den Wunsch nach hohen Erträgen und eine besondere Monopolsituation bis aufs Land gelangt, die Bauern kamen nicht umhin, als den hohen Preis für die Anwendung dieser «Technik» zu bezahlen. So gibt es mittlerweile zwei Ergebnisse mittels Verteilung der Technik durch den Markt: Erstens, die Techniker lassen sich auf dem Land nicht blicken; zweitens, die Anwendung der Technik ist für die Bauern mit hohen Kosten verbunden.

Allen bisherigen Reformen der Verwaltungsstrukturen auf dem Land – die Stärkung von Industrie und Handel, die Stärkung des Steuer- und des Finanzsystems, die Verbesserung der Verwaltung des Landes – ist gemein, dass alle Abteilungen, die von den Bauern Gelder eintreiben, gestärkt wurden. Alle von den Bauern benötigten technischen Beratungsstellen[13], zum Beispiel die Stationen zur Verbreitung von Landwirtschaftstechniken, von Fischereitechniken und von Forstwirtschaftstechniken, wurden umgewandelt und dem Markt überlassen, und sie müssen für ihr eigenes Auskommen sorgen.

Diese Reformen haben dazu geführt, dass die Struktur zur Verbreitung von Wissenschaft und Technik in der Landwirtschaft marode ist und viele Techniken zum Beispiel wegen Personalmangels nicht angewandt werden. Das Recht der Bauern auf eine kostengünstige Versorgung mit technischen Dienstleistungen wurde ausgehöhlt und schuf gleichzeitig die Möglichkeit, mit Technik Monopolpreise zu erzielen. Diese Art von Reformen kann nur dazu führen, dass die Bauern noch ärmer werden.

Seit Beginn der Reformen ist es jedes Mal dasselbe gewesen: Die Reformen sollten «die Last der Bauern erleichtern», aber sie wirkten sich nachteilig für die Bauern aus, und die starken Klassen erlangten noch mehr Vorteile. Die ursprünglich zur Verbreitung von Naturwissenschaft und Technik auf dem Land aufgebaute Struktur ist hier nur ein Beispiel.

---

12 Hybridsamen sind die patentierten Samen ertragreicher Sorten. Das Saatgut muss gekauft werden, eine Aussaat der eigenen Ernte ist zwar möglich, würde aber starke Ertragseinbußen mit sich bringen. Dadurch geraten die Bauern in ein Abhängigkeitsverhältnis, dass der Saatguthersteller ausnutzen kann. ⟨Anm. der Red.⟩

13 Diese wurden in den 1980er Jahren aufgebaut. Ziel war vor allem eine Ertragssteigerung in der Landwirtschaft, ohne die China Nahrungsmittel hätte importieren müssen. Angestellte dieser Beratungsstellen waren gut ausgebildet und erhielten ein festes Gehalt vom Staat. ⟨Anm. der Red.⟩

14 Die Hauptakteure des Marktes

Die Bauern werden bis auf den heutigen Tag nicht als gleichberechtigte Marktteilnehmer anerkannt. Wenn die Bauern ein Feld brach liegen lassen, müssen sie deswegen Strafe zahlen. Das ist eine Zwangsmaßnahme, die die Bauern zwingt, ihre Arbeitskraft für nur geringe oder gar keine Entlohnung in der Feldarbeit einzusetzen. Das führt zur Produktion billiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse und stellt die Deckung der Nachfrage der städtischen Bevölkerung sicher. Gleichzeitig verlangen die *Mainstream*-Volkswirte und Regierungsbeamten ständig, dass sich die Landwirtschaft der Marktwirtschaft öffnen solle.

Auf der einen Seite bekommen die Bauern nicht die vollen Rechte eines Marktteilnehmers, auf der anderen Seite sollen sie sich in Richtung Markt bewegen. Erst werden 230 Millionen ländliche Haushalte zu Produktion gezwungen, dann werden sie in Richtung Markt gestoßen. Das führt zu einem chaotischen und übertriebenen Wettbewerb. Wie sollen die Bauern – zumal die Einkommen im Landwirtschaftssektor sowieso niedrig sind – auch nur das gesellschaftliche Durchschnittseinkommen verdienen können? Natürlich bleiben unsere Bauern dabei arm.

Nur wenn sich tausende Familien und zehntausende von Haushalten organisieren, können sie sich gegen die Ausbeutung durch die großen Kapitalisten zur Wehr setzen, nur so können sie zu Hauptakteuren des Marktes werden. Doch obwohl in China die Gründung von allen erdenklichen Vereinen und Handelskammern erlaubt ist, ist es gerade für die Bauern extrem schwer, ihre eigenen Organisationen zu gründen.

15 Das Hukou-System[14]

Auch das Meldesystem blutet das Land aus. Im Vergleich zu einer ländlichen Wohnberechtigung ist eine städtische Wohnberechtigung sehr wertvoll. Als ich 1985 Parteisekretär einer Gemeinde war, wurde ich oft von Bauern mit der Bitte um einen Hukou angesprochen. Dafür mussten die Ämter für Getreide, öffentliche Sicherheit, Inneres und noch viele andere Abteilungen gemeinsam tätig werden. Um die Sache zum Abschluss zu bringen, musste der dafür zuständige Bezirksvorsteher unterschreiben. Ein einziger Hukou kostete nicht nur eine Menge Geld, sondern auch noch viel Zeit und Kraft. Anfang der 1990er Jahre verkauften die Kreisstädte jährlich zwischen 100, 200 und 500 Hukous, und jeder davon kostete zwischen 20.000 und 30.000 Yuan. Einige Bauern nahmen Kredite auf, um für ihre Kinder Hukous zu kaufen. Zu der Zeit kamen auch sehr viele Menschen zu mir und baten mich, Beziehungen spielen zu lassen. Es wurden im ganzen Land Hukous verkauft, in manchen Städten erzielten Hukous Preise von hunderttausenden Yuan oder sogar noch mehr.

16 Die öffentlichen Ausschreibungen

Inzwischen ist es so, dass alle auf dem Land geplanten öffentlichen Infrastrukturprojekte öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Das erscheint auf den ersten Blick als ein gerechtes Verfahren. Vielleicht ist es wirklich so, dass Ausschreibungen über die Landesgrenzen hinaus oder an entwickelten Orten etwas Gutes sind. Aber auf dem unterentwickelten Land ist es eine diskriminierende, eine die Lasten der

---

14 Nach der Gründung der Volksrepublik bekamen alle Einwohner Chinas entweder eine städtische oder eine ländliche Wohnberechtigung («hukou»). Da die städtische Wohnberechtigung mit vielen Vorteilen einhergeht, wird in der Alltagssprache nicht von ländlichem oder städtischem «hukou», sondern vom Haben oder Nicht-Haben eines städtischen «hukou» gesprochen. ⟨Anm. der Red.⟩

Bauern vergrößernde Maßnahme. An einem unterentwickelten Ort gibt es auf dem Markt keine echte Konkurrenz, und in einem solchen Umfeld ist eine Ausschreibung ein zwischen Kadern und ein paar von ihnen herbeigeholten «Vettern und Freunden» stattfindender öffentlicher, legaler «schwarzer Handel». In diesem Ausschreibungsspiel gibt es weder eine echte Konkurrenz noch eine demokratische Kontrolle. Etwa 99 Prozent der Menschen werden faktisch ausgeschlossen. Diese Art von Ausschreibung ist nur ein Geklüngel zwischen Macht und Geld. Eine Sache, die eigentlich für 100.000 Yuan ordentlich erledigt werden könnte, wird mit 500.000 Yuan budgetiert, und die Macht und das Kapital teilen sich dann das Fett. In Wirklichkeit ist eine Ausschreibung also nur die Diskriminierung armer Menschen durch Macht und Kapital.

17 Die politische Repräsentation

Der Einfluss von zehn Bauern entspricht auf einem Volkskongress auf Kreisebene dem eines einzigen Bürgers aus der Stadt.[15] Was den Nationalen Volkskongress betrifft, da wollen wir gar nicht erst drüber reden! Und wenn in einer Dorfgemeinde ein Volkskongress eröffnet wird, dann besteht der überwiegende Teil der Teilnehmer aus Kadern, nur einige wenige sind richtige Bauern, und diese wurden auch noch von den Kadern auf die Liste gesetzt. In unserem politischen System haben die Bauern, die den allergrößten Teil der Bevölkerung ausmachen, einfach keine Stimme. Dieses System der politischen Repräsentation ist der strukturelle Grund dafür, dass Arme langfristig unter Armut leiden!

Resümee

In unserem Land gibt es eine Zweiklassengesellschaft. In allen Bereichen gibt es einen Teil Marginalisierte und einen Teil Privilegierte, und diese Privilegierten beziehen ihre Vorteile weitgehend von den Marginalisierten. Wenn jetzt die Privilegierten eine eigene Gesellschaftsschicht bilden, dann wird es für die Marginalisierten schwer, eine Gleichberechtigung zu erringen, da sich die Strukturen verhärten. Wenn sie erst einmal bestehen, kann man sie nur noch sehr schwer verändern.

Die Geschichte lehrt uns, dass solche Strukturen irgendwann mit zerstörerischer Kraft zerschlagen werden. Aber seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik hat es auf dem Land auch einmal einen Präzedenzfall gegeben, in dem eine Veränderung mit friedlichen Mitteln erreicht werden konnte. Und das war, als das Haushalts-Vertragssystem[16] die Volkskommunen ablöste. Dies war der Startschuss für die Ablösung der Planwirtschaft durch die Marktwirtschaft, und in der ganzen Gesellschaft fanden strukturelle Veränderungen statt. Es ist eine faszinierende geschichtliche Umwälzung. Die ganze Reihe von Veränderungen in Folge des Zusammenbruchs der Volkskommunen ist eine «friedliche Evolution» für die Bauern Chinas. Die Kosten dafür waren gewaltig, aber im Vergleich zu dem Preis, der für eine Bauernrevolution hätte entrichtet werden müssen, waren sie gering.

---

15 In den entsprechenden chinesischen Gesetzen ist ein Verhältnis von 4 zu 1 festgeschrieben, also auf einen Bauernvertreter kämen entsprechend vier Vertreter der Stadtbürger.Laut Autor ist es aber oft so, dass das tatsächliche Verhältnis nicht 1 zu 4 sondern mindestens 1 zu 10 ist, die Vertetung der Städter ist also zehnmal stärker. ⟨Anm. der Red.⟩

16 Seit 1978 vergeben einzelne Volkskommunen versuchsweise Land an einzelne Haushalte. Laut Autor lag die nationale Umsetzung dieses «Haushalt-Vertragssystems» aber nicht in den wirtschaftlichen Erfolgen begründet, sondern darin, dass Deng Xiaoping die «wirtschaftliche Grundlage» seines Vorgängers, des Mao-Nachfolgers Hua Guofeng, zerstören wollte. Die wirtschaftliche Grundlage von Dengs Herrschaft bildeten dann die ländlichen Haushalte sowie Privatunternehmen. ⟨Anm. der Red.⟩

Wenn heute die Zweiklassengesellschaft zerschlagen werden soll, dann gibt es dafür nur drei Methoden: ein Einsehen bzw. Kompromisse der Privilegierten, der gewaltsame Umsturz oder die Demokratie.

Welchen dieser Wege wollen wir einschlagen, welche der Methoden zur Veränderung der ungerechten Zweiklassengesellschaft anwenden? Zu hoffen, dass die Privilegierten von selbst auf die Idee kommen, etwas abzugeben, das scheint nicht sehr realistisch, es entspricht auch nicht dem Wesen des Kapitals. Ein gewaltsamer Umsturz wäre eine Katastrophe, und wir sollten alles daran setzen, das zu vermeiden. Bleibt die Demokratie, aber das erscheint noch unwahrscheinlicher. Ich habe vielmehr den Eindruck, als schreite die Machtkonzentration in China immer weiter fort.

Welchen Weg wird China in Zukunft einschlagen? Über viele Dinge bin ich mir selbst nicht im Klaren, aber es ist unsere Pflicht zu forschen und mit einigen der besseren Wege und Methoden zu experimentieren, um die jetzige Situation zu verändern. Die kann man nämlich nur mit diesen Worten beschreiben. «Die Bauern sind bettelarm, die Dörfer notleidend, die Landwirtschaft ist in Bedrängnis!»[17]

Zum Glück hat die neue Parteiführung das sogenannte «Wissenschaftliche Entwicklungskonzept» vorgebracht und auf das Banner der Partei geschrieben: «Der Mensch ist die Grundlage». Das öffnete uns die Tür zum freien Nachdenken über Chinas Zukunft. Ich glaube, dass das auf dem «Mensch als Grundlage» beruhende «Wissenschaftliche Entwicklungskonzept» die ideologische Waffe und das passende Werkzeug ist, mit dem wir alle die bei der Entwicklung neu auftretenden Probleme lösen können.

Übersetzt von Wolf Kantelhardt

17 Zitat aus dem offenen Brief, den der Autor an den damaligen Premier Zhu Rongji richtete und durch den er in China bekannt wurde. ⟨Anm. der Red.⟩

He Weifang 贺卫方

Die schwierige Reform des Justizwesens in China

Vor zehn Jahren herrschte bei den vielen Diskussionen über die Justizreform eine optimistische Stimmung. Der Bericht des 15. Parteitags der KPCH hatte in zuvor nicht gehörten Worten offiziell den Auftrag zur Justizreform verkündet: «Die Justizreform wird vorangetrieben, indem gewährleistet wird, dass die Justizorgane auf der Grundlage von Gesetzen unabhängig und unparteiisch Gerichtsbarkeit und staatsanwaltliche Untersuchung ausüben.» In akademischen Kreisen und in der Justiz herrschten Enthusiasmus und allgemeines begeistertes Pläneschmieden für die große Reform. Ich war allerdings weniger optimistisch, und zwar aus zwei Gründen. Erstens herrschte keine Einigkeit über die Richtung, die die Reform nehmen sollte. Zweitens war es ungewiss, wie weit die Reform gehen könnte, da sie von verschiedenen Seiten reglementiert wurde.

Die Zeit ist schnell vergangen, fast zehn Jahre sind ins Land gezogen. Heute ist die Justizreform von Zaudern und Schwanken geprägt.

1 Fünf Inhalte der Professionalisierung

Im November 2008 setzte sich Professor He Bing[1] mit dem Fall des vor über zehn Jahren möglicherweise zu Unrecht zum Tode verurteilten Nie Shubin auseinander und stellte fest, die Häufung von Justizirrtümern werde durch eine Monopolisierung der Gerichtsbarkeit durch die Richter und durch einen Mangel an Beteiligung der Bevölkerung verursacht. In diesem Sinne fordern einige Behörden eine «volksnahe Justiz», welche die «Nachteile der Professionalisierung» ausgleichen solle. In einem höheren Gerichtshof einer bestimmten Provinz gab man sogar die Weisung aus, dass an allen Gerichten der Provinz die «Ma-Xiwu-Methode» eingeführt werde.[2] Heute kann man in manchen Kleinstädten und Dörfern wieder miterleben, dass Verhandlungen nicht vor Gericht, sondern auf dem Dorfplatz stattfinden, unter Beteiligung und angeblich mit allgemeiner Zustimmung der Zuhörer.

Aber kommen die gegenwärtige Machtlosigkeit der Justiz und die Häufung von Fehlurteilen wirklich daher, dass sich die Justizreform auf den Weg der sogenannten Professionalisierung begeben hat? Bedeutet eine größere Professionalität in der Justiz auf jeden Fall, dass man sich allmählich vom Volke entfernt? Kann man mit populistischen Maßnahmen wie der Ma-Xiwu-Methode eine unparteiische Justiz vorantreiben?

---

1 He Bing ist Professor für Rechtswissenschaft an der Pekinger Chinesischen Universität für Politik und Recht. ⟨Anm. der Red.⟩

2 Ma Xiwu war Richter im kommunistischen Herrschaftsgebiet während des Krieges gegen Japan. Er stützte seine Urteile vor allem auf die Stimme des Volkes. ⟨Anm. der Red.⟩

Ich meine, man versucht hier das Schielen eines Patienten zu heilen, indem man ihm den Kopf abschlägt. Dass die Justiz in China ihren Gerechtigkeitsauftrag nicht erfüllt, liegt nicht an ihrer Professionalisierung, sondern gerade an der entgegengesetzten Tendenz.

Vielleicht sollten wir erst einmal über die Bedeutung des Begriffs der «Professionalisierung» sprechen. Meiner Ansicht nach geht es um Verbesserungen und Konkretisierungen von Rechtsordnung und Gerichtspraxis. Seit Jahren werden solche Maßnahmen diskutiert und klar benannt. Ich will sie hier kurz zusammenfassen:

Erstens bedeutet Professionalisierung, dass bei der Auswahl von Justizbeamten bestimmte Anforderungen an deren Ausbildung gestellt werden: Die Gerichtsbarkeit muss im Wesentlichen in den Händen von Menschen liegen, die über Fachausbildung und Erfahrung verfügen, denn schließlich handelt es sich bei Recht und Gesetz um ein spezialisiertes Fachgebiet. Nur eine fachliche Ausbildung kann die mit der Autorität des Gerichts betrauten Personen leiten und binden. Nur damit kann die Vereinheitlichung gerichtlicher Entscheidungen landesweit und auf allen Ebenen durchgesetzt und zudem gewährleistet werden, dass jeder vor dem Gesetz gleich ist. Hier haben die Reformen der letzten zehn Jahre durchaus Erfolge gezeitigt, etwa durch die Etablierung des einheitlichen Justizprüfungssystems im Jahr 2000.[3]

Die zweite Voraussetzung für die Professionalisierung der Justiz besteht darin, dass gerichtliche Entscheidungen den Gesetzen und ihren Durchführungsbestimmungen folgen müssen. Nur so kann Willkür in der Rechtsprechung reduziert werden. In den letzten Jahren gab es dafür die Formel: «Gerichtsurteile müssen in Argumenten begründet sein». Bei den angesprochenen Argumenten handelt es sich um Rechtsgrundsätze, um fachliche Prinzipien. Manchmal gibt es durchaus Gemeinsamkeiten zwischen Rechtsprinzipien und allgemeinen Lebensgrundsätzen. Die ersteren müssen jedoch die professionellen Charakteristika von Recht und Gesetz besitzen. Nach den Worten des berühmten englischen Richters Edward Coke wendet ein Richter keineswegs seine angeborene Weisheit an, sondern seine ausgebildete Vernunft. Wesentlich bei der Ausübung der Rechtsprechung ist, wie man sicherstellt, dass Fälle derselben Kategorie dieselbe Behandlung erfahren. Wenn man nur danach urteilt, was man für das Wohl des Volkes hält, und dabei den Zusammenhang der Regeln und Gesetze ignoriert, wenn man keine strikten gesetzlichen Argumente vorbringt, dann bleibt der sogenannte Rechtsstaat nur ein leeres Wort. Dabei muss man nochmals besonders betonen, dass Juristen bestimmte Rechtsnormen zu Grunde legen müssen, um sehr komplexe Fälle zu entscheiden. Zum Beispiel, wenn es um die Auslegung eines Vertrages geht oder um die Vermittlung in Fällen, in denen die eventuelle Rufschädigung einer Partei mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung der anderen Partei kollidiert. Oder bei solchen Fragen wie der, ob man eine Statue von Lu Xun[4] erst aufstellen darf, nachdem man die Erlaubnis seiner Nachkommen eingeholt hat. Oder ein Richter muss beurteilen, ob es unter Diebstahl fällt, wenn man mit der eigenen Bankkarte beim Geldautomaten einen Betrag abhebt, über den man nicht zu verfügen berechtigt ist. Für alle diese Fälle ist es nötig, dass sich in der Justiz eine einheitliche Auslegung herausbildet, welche die Befugnis des einzelnen Richters begrenzt.

Der dritte wichtige Faktor für die Professionalisierung in der Justiz betrifft die Art und Weise der Rechtsprechung. In jeder Gesellschaft gibt es notwendigerweise

---

3 Erst seit Anfang der 1990er Jahre gibt es wieder ausgebildete Richter. Bis dahin fungierten meist demobilisierte Militärs als Richter. ⟨Anm. der Red.⟩

4 Der Schriftsteller Lu Xun (1881–1936) gilt als Begründer der modernen chinesischen Literatur. ⟨Anm. der Red.⟩

verschiedene Interessen. Insbesondere bei Interessenskonflikten zwischen Bürgern bzw. juristischen Personen und dem Staat ist ein unparteiischer Richter vonnöten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass beide Parteien, die sich in einem Konflikt gegenüberstehen, das juristische Verfahren und das Urteil anerkennen. Dazu müssen Richter neutral sein. In der Justizreform der letzten zehn Jahre haben Justizkreise und Gerichte immer häufiger betont, dass sich die Gerichtsbarkeit innerhalb des gesetzlich festgelegten Rahmens bewegen soll. Über Angelegenheiten, die von den Prozessparteien nicht vorgebracht werden, darf man nicht urteilen, auch Beweismittel sollten die Konfliktparteien nach Möglichkeit selbst sammeln und vorbringen. Der Richter soll nicht allzu aktiv in den Prozess eingreifen, sondern die Beweisführung der Prozessparteien soll die Basis für die Entscheidung darstellen.

Der vierte wichtige Faktor für die Professionalisierung der Justiz ist die Trennung von Justiz und Verwaltung, sowohl institutionell als auch personell. Jeder Richter muss unabhängig über den jeweiligen Fall urteilen können. Denn der Richter ist im Prozess direkt mit den Prozessparteien konfrontiert, alle Beweismittel und juristischen Argumente werden allein dem Richter vorgebracht. Er muss unabhängig ein Urteil sprechen und selbstverständlich auch die Verantwortung für das Urteil übernehmen. In China haben wir es aber noch immer mit einer übermächtigen Verwaltung und einer traditionell starken Beamtenhierarchie zu tun. Bisher gibt es keine Überlegungen, wie eine konkrete Neugestaltung der Machtverteilung innerhalb der Justizbehörden aussehen könnte. In China ist die Unabhängigkeit des Richters nicht gewährleistet, die jeweiligen Leiter der Gerichte und andere Funktionäre in der Verwaltung nehmen oft Einfluss auf den Ausgang von Verfahren. Ein sogenannter «Rechtsprechungsausschuss» am jeweiligen Gericht kann über einen Fall entscheiden. Damit ist die persönliche Verantwortung für Rechtsentscheidungen nicht mehr nachvollziehbar. Wenn im eingangs erwähnten Fall des zu Unrecht verurteilten und hingerichteten Nie Shubin die Richter des Gerichtssenats in Shijiazhuang in ihrem Urteil unabhängig gewesen wären und die volle Verantwortung für ihren Richterspruch hätten tragen müssen, wäre diese Hinrichtung sicher weniger wahrscheinlich gewesen. Ein weiteres Problem liegt darin, dass es an einem Gericht bis zu 14 verschiedene Ränge in der Richter-Hierarchie gibt. Auch das schwächt die Unabhängigkeit eines Richters und widerspricht den Anforderungen an die Professionalisierung der Justiz.

Der fünfte wichtige Faktor für eine Professionalisierung der Justiz ist die Etablierung einer Berufsethik für Juristen. Bei einer solchen Berufsethik geht es nicht um weitgefasste moralische Verhaltensregeln, es geht dabei vielmehr um die Regelung der Beziehungen zwischen Richtern, zwischen Richter, Verteidiger und Staatsanwalt, zwischen juristischen Personen und am Prozess beteiligten Parteien sowie zwischen dem juristischen Beruf und der Gesellschaft. Beispielsweise haben gewöhnliche Bürger das Recht, die Justiz oder einen Prozess zu kritisieren; Richter hingegen sollten in ihren Aussagen beschränkt sein, egal ob es um einen von ihnen selbst verhandelten Fall geht oder nicht. Ein Richter muss innerhalb und außerhalb des Gerichtshofs Würde, Unbestechlichkeit und Geduld bewahren, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz zu erhöhen. Er oder sie muss sich gegenüber Verteidigern, Staatsanwälten und Zeugen respektvoll, höflich und gerecht verhalten. Richter dürfen sich nicht an Organisationen oder Veranstaltungen beteiligen, die in der Bevölkerung Zweifel an ihrer richterlichen Unbefangenheit aufkommen lassen könnten. Ob solch eine Berufsethik auf allen Ebenen der Justiz akzeptiert und befolgt wird, das ist eine wichtige Messlatte dafür, wie weit die Professionalisierung der Justiz eines Landes fortgeschritten ist. Mit anderen Worten: Wenn unsere Justiz häufig missbraucht wird, dann liegt das auch am Fehlen ethischer Standards.

2 Die Unabhängigkeit der Justiz als wirksame Maßnahme gegen die Feudalisierung der Rechtsprechung

Auch wenn man nach einer Professionalisierung strebt, wie ich sie oben erörtert habe, wird es sehr schwer sein, die Rechtsprechung unbefangen auszuüben, wenn es der Justiz des Landes an der nötigen Unabhängigkeit fehlt. Diese Unabhängigkeit muss sich sowohl bei der Etablierung der Institutionen als auch bei der Durchführung von Prozessen zeigen. Die Befugnis zur Rechtsprechung muss sich in den Händen von Institutionen befinden, die sowohl von der Gesetzgebung als auch von der Verwaltung getrennt sind. Der Prozess der Urteilsfindung darf nicht durch andere Behörden beeinflusst werden. Gleichzeitig besteht die Forderung fort, dass jeder Richter vor seiner Entscheidung sorgfältig die Paragraphen prüft, sein damit verbundenes Wissen umsetzt und gewissenhaft seine Schlüsse zieht, d. h. er muss seine Unabhängigkeit auch in seiner juristischen Kompetenz unter Beweis stellen. Die Unabhängigkeit juristischer Institutionen kann nur gewährleistet sein, wenn sie nicht von äußeren Interessen beherrscht werden. Aber auch dann können sie ein unabhängiges Urteil nur fällen, wenn es eine vernünftige Machtverteilung innerhalb des Gerichts gibt und ein möglichst strenges Auswahlverfahren für das juristische Personal.

Die Unsicherheit ist eines der größten Probleme für die Bürger, denn es ist oft unklar, welche Regeln ein Gericht bei der Entscheidung über einen Fall befolgt. Es wird gefordert, dass sich die Richter an die Gesetze des Landes halten. Aber was sind denn nun die Gesetze dieses Landes!?

Die Ungewissheit über den Verlauf eines Verfahrens kommt – abgesehen von solchen Faktoren wie der Bestechlichkeit einzelner Richter – daher, dass sich die Richter den Machteinflüssen von innerhalb und außerhalb des Gerichts nicht entziehen können. Da gibt es Schriftstücke mit rotem Briefkopf[5] und inoffizielle Telefonanrufe und Zettel. All das kann dazu beitragen, dass sich die Justiz aus den Gesetzesbahnen entfernt. Bei manchen Fällen greift die «Abteilung für Politik und Justiz» der Partei direkt ein und legt von vornherein einen Kompromiss fest, sodass der Prozess zur Farce wird. In den letzten Jahren hat die Macht der Sicherheitsbehörden[6] überall zugenommen. Über die Justiz dagegen spottet man: «Das Amt für Öffentliche Sicherheit kocht das Essen, die Staatsanwaltschaft trägt es auf, und die Gerichte müssen es schlucken.» Das hört sich so an, als gehe es den Gerichten recht gut, das Problem ist nur, dass man da nichts anderes aufgetragen bekommt als das, was den Behörden der Öffentlichen Sicherheit schmeckt.

In diesem System müssen sich Gericht und Staatsanwaltschaft nach den Bedürfnissen äußerer Mächte richten. Sie lassen sich instrumentalisieren, um Interessen zu schützen. Bei bestimmten Fällen, die lokale Wirtschaftsunternehmen betreffen, protegieren die Gerichte eindeutig lokale Interessen. Bei Verwaltungsprozessen sitzt die Justiz jedes Mal wie auf Nadeln, wenn einfache Bürger gegen die lokale Regierung klagen. Denn wenn die Regierung den Prozess verliert, kann es für das Gericht gravierende Folgen haben. Gegen korrupte Beamte hat der Staatsanwalt keine Handhabe. Dieser Mangel an Unabhängigkeit ist ein Hauptgrund dafür, dass die Korruption immer schlimmer wird, obwohl sich die Partei seit Jahren bemüht, sie auszurotten.

Dieser Trend zu lokalen Feudalfürstentümern macht es der Zentralregierung schwer, verlässliche Informationen aus der Provinz zu bekommen. Besonders von lokalen Regierungen verursachte Unzufriedenheit in der Bevölkerung können so vor Ort nicht gelöst werden, was dazu führt, dass der Strom der Beschwerdeführer,

---

5 Gemeint sind Schreiben von Parteistellen, die Anweisungen für das Urteil enthalten. ⟨Anm. der Red.⟩

6 Insbesondere die Polizei. ⟨Anm. der Red.⟩

die bei höheren Stellen, besonders in Peking, ihr Recht suchen, nicht abreißt.[7] Wenn diese Beschwerdeführer dann vertrieben werden, um das Image der Regierung zu schützen, führt das wiederum zu Enttäuschung und Beschwerden, und wenn das so weiter geht, wird der Volkszorn sich aufstauen, und es braucht nur einen Funken, um einen gefährlichen Brand zu entfachen.

Mir fehlen genaue Zahlen, aber aus fast 20 Jahren Erfahrung kann ich sagen: Die Ursache dafür, dass die Justiz das Verlangen der Staatsbürger nach Gerechtigkeit kaum erfüllen kann, liegt zum einen an dem niedrigen Grad der Professionalisierung, zum anderen an der äußeren Einflussnahme, die die Gerichte bedrängen. Deshalb brauchen wir eine Justizreform, die die Macht der Lokalfürsten über die Gerichte einschränkt.

3 Demokratisierung und Professionalisierung

Für die Demokratisierung des Justizwesens ist es entscheidend, dass die am Gerichtshof angewandten Vorschriften von demokratischen Institutionen ausgearbeitet wurden. Was in der Justiz am meisten not tut, ist ja gerade die gewissenhafte Beachtung des Volkswillens.

Da China eine Volksrepublik ist, müsste die Macht des Staates auf demokratischen Strukturen beruhren.[8] Die Gerichtsbarkeit ist ein wesentlicher Teil der Staatsmacht und muss daher selbstverständlich der Kontrolle des Volkes unterworfen sein. Andererseits kennen wir die Beziehung zwischen Demokratie und Justiz seit der griechischen Antike als kompliziertes und schwierig zu beurteilendes Verhältnis. Hier möchte ich einige grundlegende Fragen aufwerfen, die als Anhaltspunkte für eine weitere Diskussion dienen mögen.

Erstens: Sind Demokratisierung und Professionalisierung Gegensätze? Die Professionalisierung der Justiz fördert die Elitenbildung in Rechtsangelegenheiten, was schließlich eine bessere Gesellschaftsordnung ermöglicht. Die Demokratisierung propagiert Interessensabwägung bei der Gesetzgebung und sichert eine ausgewogene politische Machtverteilung. Die politische Demokratisierung und die Professionalisierung der Justiz sind zwei verschiedene Dinge, aber sie ergänzen einander. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie einander ersetzen könnten. Wir können uns zum Beispiel nicht vorstellen, Gerichtsfälle durch eine Abstimmung unter allen Staatsbürgern zu lösen. Die Hauptaufgabe der Professionalisierung ist es, die Willkür in der Justiz einzuschränken und die richterliche Unbefangenheit zu gewährleisten. Das ist nicht unbedingt dasselbe Ziel wie das der Demokratisierung. Ein gutes System wird dafür sorgen, dass sich beide Bemühungen wechselseitig bestärken, ohne dass sich Konflikte ergeben, während ein schlechtes System dazu führt, dass die beiden unvereinbar scheinen.

Zweitens: Worin manifestiert sich die Demokratisierung im Justizwesen? Für die Demokratisierung der Justiz ist es am wichtigsten, dass die bei Gericht angewandten Regeln von demokratischen Institutionen festgelegt werden. Wenn sich das Justizwesen daran hält, dass sich in seinen Urteilen der Wille des Volkes spiegeln muss, so wie er sich in der Gesetzgebung offenbart, dann ist das die wichtigste Manifestierung von Demokratie in der Justiz. Wenn man hingegen vom Gericht

---

7 Das Phänomen «Petition» hat eine Jahrtausende alte Tradition in China und entwickelte sich in einem System, in der die allumfassende Herrschaft in den Händen einiger Personen liegt. Jeder chinesische Bürger kann theoretisch sein Gesuch bei einem dafür vorgesehenen Büro auf Kreis-, Provinz- oder Zentralebene einreichen und «Gerechtigkeit» in seinem jeweiligen Fall fordern. In der Praxis sind Petitionen jedoch unerwünscht, und die Antragsteller werden oft von Sicherheitskräften aus ihrem Heimatort eingeschüchtert oder auf unsanfte Art und Weise zurücktransportiert. Schlimmstenfalls werden sie für geisteskrank erklärt oder in ein Umerziehungslager eingewiesen. Einige chinesische Wissenschaftler fordern daher schon seit einigen Jahren die grundlegende Reform oder die vollständige Abschaffung des Petitionssystems. ⟨Anm. der Red.⟩

8 China ist laut Verfassung eine «demokratische Diktatur des Volkes». ⟨Anm. der Red.⟩

verlangt, jenseits der Gesetze den Volkswillen zu berücksichtigen, oder wenn der Richter den gesetzlichen Rahmen überschreitet, um dem Willen des Volkes entgegenzukommen, dann nimmt man nicht nur Willkür in Kauf – dann degradiert man die Verfassung und die Gesetze, die wichtigste Manifestierung des Volkswillens, zu leerem Gerede. Abgesehen von der Aufgabe der Gesetzgebung, müssen die Instrumente des Volkswillens auch das Handeln der Justizorgane wirksam überwachen können; diese Kontrolle manifestiert sich in der Ernennung, Absetzung und Kontrolle von Richtern und Justizbeamten sowie in der Überwachung der Unabhängigkeit der Justiz gegenüber äußeren Einflüssen. Dabei muss betont werden, dass die Kontrolle über die Justiz durch die Instrumente des Volkswillens unter strikter Befolgung der Gesetze zu erfolgen hat.

Die dritte Möglichkeit, demokratische Instrumente im Justizbereich einzuführen, ist die Einrichtung von Geschworenengerichten. Dazu gibt es interessante historische Erfahrungen, die zeigen, dass die aktive Teilnahme der Massen an der Rechtsprechung keineswegs immer den Rechtsstaat oder die Freiheit fördert. In einigen nichtenglischsprachigen Gebieten hat die Einführung von Schwurgerichten keineswegs wie in Großbritannien oder Nordamerika als «demokratische Schule» oder als «Festung der Freiheit» gedient, sondern vielmehr der Festigung diktatorischer Systeme. Die Schwurgerichte nach der Französischen Revolution sind ein gutes Beispiel dafür. Da wurden Drachenzähne gesät und Flöhe geerntet.[9]

Deshalb ist die dritte Frage, über die wir hier nachdenken müssen, folgende: Wenn Exekutive und Legislative noch nicht demokratisch sind, ist es dann sinnvoll, in der Judikative eine sogenannte «Demokratisierung» durchzuführen? Wie wir alle wissen, ist es von alters her eine der ursprünglichen Intentionen der Demokratie, Tyrannei und Willkür der Macht zu beschränken. In einer vordemokratischen Periode gibt es drei Kräfte, die eine diktatorische Macht einschränken können: 1) eine religiöse Macht, die es mit der weltlichen Autorität aufnehmen kann; 2) Kampf und Kompromisse zwischen den Klassen oder Hierarchieebenen; 3) der Justizberuf als eine regelstiftende Kraft gegenüber der Staatsmacht. Letzterem kommt heute besondere Bedeutung zu, da er Schritt für Schritt in der Gesetzgebung und in der Rechtsprechung die zuvor herrschende Willkür mit rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln ersetzt. Doch eine Diktatur wird nur schwerlich die Einschränkung ihrer Macht tolerieren, die aus einer professionellen Justiz resultiert. Wenn es auf der politischen Ebene keine Demokratie gibt, dann wird auch eine demokratische Justiz nicht verhindern können, von der politischen Macht missbraucht zu werden. Allerdings ist Demokratie nicht die notwendige Vorbedingung, um mit der Professionalisierung der Justiz zu beginnen. Eine unabhängige und in hohem Grade professionelle Justiz kann sogar dazu beitragen, dass eine Demokratie nicht zur bloßen Herrschaft der Mehrheit verkommt.

Daraus ergibt sich unsere vierte Frage: Kann eine professionalisierte Justiz gewisse Missstände in der Demokratie unterbinden? Heute, wo der Begriff der Demokratie überall propagiert wird, mag es vielleicht scharfe Reaktionen hervorrufen, wenn man behauptet, es gäbe auch Missstände in der Demokratie. Aber genauer betrachtet, ist kein wie immer geartetes System vollkommen. Ein demokratisches System errichtet seine politische Basis auf dem Willen des Volkes, und deshalb müssen die Regierungsentscheidungen den Volkswillen widerspiegeln und respektieren. Das ist ein Vorteil der Demokratie, aber auch gleichzeitig eine Gefahr. Denn der Volkswille ist wandelbar und trügerisch. Er ist anfällig für Manipulationen, etwa durch die Medien. Ein reißerischer Artikel in den Zeitungen, Sensationsberichterstattung und Stimmungsmache im Internet können leicht den Volkszorn anfachen

---

9 He Weifang zitiert hier Karl Marx (der mit dieser Redensart wiederum Heinrich Heine zitiert), in: Karl Grün: *Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien,* Darmstadt 1845. ⟨Anm. der Red.⟩

und einen Mob mobilisieren. Dann besteht die Gefahr, dass die öffentliche Diskussion nicht mehr den Volkswillen widerspiegelt. Wie kann man diese Nachteile der Demokratie ausgleichen? Nach den Worten des politischen Philosophen Alexis de Tocqueville[10] kann der Justizberuf zu einer Kraft werden, der die Demokratie im Gleichgewicht halten kann, «vielleicht ist er auch die einzige Kraft, die das vermag». Man wird deshalb Tocqueville nicht für einen Gegner der Demokratie halten, er hat nämlich schon vor über 170 Jahren unmissverständlich verkündet, dass die Demokratie eine unaufhaltsame Strömung geworden sei. In seinem Buch über die amerikanische Demokratie hat er die Einrichtung von Geschworenengerichten als politische Institution hoch gelobt. Aber er hat auch sehr nüchtern die Übel der Demokratie analysiert, und was noch wichtiger ist: Er hat Rezepte hinterlassen, wie man diese Übel kurieren kann. Die Frage ist nur, ob diese Rezepte auf China anwendbar sind.

4 Der Rechtsstaat wird nicht an einem Tag errichtet

Wie ich oben ausgeführt habe, sind die Bewertung der Justizreform der letzten 20 Jahre und der zu beschreitende Weg in der Rechtswissenschaft und der Justiz in China umstritten. Vielleicht ist es ein wenig übertrieben, wenn man die gegenwärtige Situation als festgefahren beschreibt oder behauptet, dass wir im Dunkeln tappen. Tatsächlich stehen wir einer großen Herausforderung gegenüber. Einige aktuelle Entwicklungen lassen die Methoden aus den Zeiten der Planwirtschaft wieder aufleben. Auch deshalb braucht China eine ernste und rationale Debatte über den Weg der Justizreform.

Erst seit ungefähr 100 Jahren importiert China westliche Systeme, und erst seit wenigen Jahren versucht das Land, einen eigenen modernen Rechtsstaat zu errichten. Verglichen mit der langen Geschichte autoritärer Regierungen, ist das eine sehr kurze Zeit.

Am Beginn dieses Textes habe ich festgestellt, dass ich zu Beginn der Justizreform pessimistisch war. Heute denke ich, dass China auf dem Weg zum Rechtsstaat nicht mehr umkehren wird. In den letzten hundert Jahren haben wir uns immer wieder unter großen Schwierigkeiten nach vorn getastet. Heute, nach 30 Jahren Reform und Öffnung, zeichnet sich für die Menschen in China der richtige Weg langsam ab. Natürlich ist es noch ein weiter Weg bis zur Schaffung eines echten Rechtsstaates, doch wir müssen trotz aller Rückschläge unbeirrt auf diesem Weg voranschreiten. Im Westen sagt man, «Rom wurde nicht an einem Tag erbaut». Um den chinesischen Rechtsstaat zu bauen, brauchen wir den Willen und die Kraft, die Berge versetzen können.[11]

---

10 Alexis de Tocqueville (1805–1859) französischer Publizist, Politiker und Philosoph. ⟨Anm. der Red.⟩

11 Anspielung auf die Parabel vom Greis Yu Gong, der trotz der Aussichtslosigkeit des Unterfangens unbeirrt damit begann, zwei Berge abzutragen, die sein Dorf von der Außenwelt trennten. Obwohl von den klugen Dorfbewohnern verspottet, beharrte er darauf, dass dies möglich sei, wenn seine Kinder und Kindeskinder seine Anstrengungen fortführten. Seine Entschlossenheit führte schließlich zum Erfolg. Die Geschichte war eine der Lieblingsgeschichten von Mao Zedong und in der Mao-Bibel abgedruckt.

Yu Jianrong 于建嵘

Herausforderungen für die autoritäre Politik

Spontane Masseneskalationen und die Krise des Regierens in China

1 Gesellschaftliche Zwischenfälle mit Massencharakter

«Spontane Masseneskalationen» sind eine besondere Form von Zwischenfällen in der jüngeren Geschichte Chinas. Sie bringen objektiv und unverfälscht neue Phänomene in der chinesischen Gesellschaft ans Tageslicht, weshalb Untersuchung und Analyse dieser Zwischenfälle ein Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung der chinesischen Gesellschaft sind. In den vergangenen zehn Jahren haben die gesellschaftlichen Zwischenfälle in China um das Zehnfache zugenommen, mit weiter steigender Tendenz: Im Jahr 1993 waren es 8.709 Vorfälle, 1999 mehr als 32.000, 2005 waren es schon 87.000. Will man sie klassifizieren, so ergibt sich folgendes Bild: Bauern, die für den Schutz ihrer Rechte eintreten, sind für 35 Prozent der Vorfälle verantwortlich. 30 Prozent der Fälle gehen auf Arbeiter und 15 Prozent auf Stadtbewohner zurück, die ihre persönlichen Rechte verletzt sehen. In zehn Prozent der Fälle sind Konflikte zwischen Bürgern verantwortlich. Bei fünf Prozent der Vorkommnisse handelt es sich um spontane Eskalationen, und weitere fünf Prozent gehen auf organisierte Kriminalität zurück.

Die Vorfälle, bei denen Bauern, Arbeiter und Stadtbewohner für ihre Rechte eintreten, zeigen folgende Besonderheiten:

- Es geht um persönliche, meist wirtschaftliche Interessen, nicht um Macht! Es gibt keine politische Agenda.
- Zunächst geht es den Beteiligten darum, dass Regeln und Vorschriften eingehalten werden. Wenn sich dann Betroffene zusammenfinden, entsteht ein stärkeres Rechtsbewusstsein.
- In der Regel sind die Vorkommnisse eine Reaktion auf die Verletzung persönlicher Rechte.
- Betroffene treten für ihre legitimen Rechte ein, allerdings kann es dabei zu gesetzeswidrigen Handlungen kommen.

In den letzten Jahren haben sowohl chinesische wie auch westliche Beobachter solchen gesellschaftlichen Unruhen, bei denen Menschen für ihre Rechte eintreten, viel Aufmerksamkeit geschenkt. Das Phänomen der spontanen Eskalationen, bei denen es nicht um die Durchsetzung eigener Rechte geht, hat dagegen kaum Aufmerksamkeit gefunden, weder in China noch international, weder in Akademikerkreisen noch in der öffentlichen Diskussion. Es gibt Wissenschaftler, vor allem im Westen, die unter all diesen Zwischenfällen mit Massencharakter nicht unterscheiden. Im vorliegenden Beitrag soll diese Differenzierung geschehen.

2 Spontane Masseneskalationen

Vorfälle mit hoher Spontaneität, ausgelöst durch zufällige Ereignisse

Im Unterschied zu Vorfällen, bei denen Menschen für ihre Rechte eintreten, ist den Vorfällen spontaner Masseneskalation im Allgemeinen weder ein Appell an eine höhere Instanz noch irgendein Verwaltungsakt vorausgegangen. Als Beispiel sei hier ein Vorfall im Bezirk Wanzhou genannt: Am Nachmittag des 18. Oktober 2004 stieß ein Träger namens Yu mit seiner Tragestange die hinter ihm gehende Frau Zeng an. Es entbrannte ein Streit, Frau Zeng ohrfeigte Yu, Frau Zengs Ehemann schlug auch zu. Er gab sich als Beamter aus (in Wahrheit war er Gelegenheitsarbeiter im Obstgroßhandel). Der Vorfall löste öffentliche Wut aus, Hunderte von Schaulustigen umringten die Streitenden, der Verkehr staute sich. Anschließend wurden Polizeiwagen zertrümmert und in Brand gesteckt. Später zogen an die 10.000 Menschen zum Gebäude der Bezirksregierung und forderten sie auf, dem geschlagenen Arbeiter Recht zu verschaffen. In der Zwischenzeit hatte die Menge fünf Polizei- und Feuerwehrwagen umgestürzt und angezündet, die gläserne Eingangstür der Bezirksregierung mit Steinen eingeworfen, das Gebäude gestürmt, Computer fortgeschafft und Gegenstände zerstört.

Konflikte ohne direktes Eigeninteresse

Die meisten Teilnehmer an solchen Konflikten haben mit dem auslösenden Ereignis nichts zu tun. Es sind hauptsächlich Passanten, die sich für die schwächere Partei des Konflikts einsetzen oder die Gelegenheit ergreifen, ihre Unzufriedenheit mit sozialer Ungerechtigkeit auszudrücken. Es geht ihnen in erster Linie darum, ihrem Unmut Luft zu verschaffen. Solche «Konflikte ohne direktes Eigeninteresse» und «Konflikte, um seine Wut abzulassen» sind die Hauptunterscheidungsmerkmale von Vorfällen spontaner Masseneskalation gegenüber Vorfällen, bei denen Menschen für ihre Rechte eintreten. Der oben beschriebene Vorfall von Wanzhou gehört zu jener Art von Konflikten.

Die Bedeutung von SMS und Nachrichten im Internet

Bei der Entstehung und Verbreitung spontaner Eskalationen spielt die Übermittlung von Nachrichten durch SMS und Internet eine wesentliche Rolle. Typisch dafür ist zum Beispiel der Vorfall von Rui'an, Provinz Zhejiang: In den frühen Morgenstunden des 18. August 2006 stürzte Frau Dai, Lehrerin an der Dritten Mittelschule von Rui'an, vom Gebäude ihrer Schule und starb. Die Familie des Ehemanns meldete ihren Tod als Selbstmord, sie sei dem Arbeitsdruck in der Schule nicht mehr gewachsen gewesen. Die Polizei ermittelte und kam ebenfalls zu dem Schluss, es sei Selbstmord gewesen, aber die Lehrer und Schüler an der Schule von Frau Dai erkannten dieses Ermittlungsergebnis nicht an. Im Internet kursierten Behauptungen wie die, die Familienangehörigen des Ehemannes hätten Frau Dai ermordet, sie seien Millionäre und hätten die Polizei bestochen. Am 20. August formierten sich mehrere hundert Schüler der Mittelschule zu einer spontanen Demonstration, bei der sie die Aufklärung des wahren Sachverhaltes forderten. Am 5. September bestätigte der Obduktionsbericht des Büros für öffentliche Sicherheit, Frau Dai sei in einem Anfall von Depression vom Gebäude gesprungen, um sich umzubringen. Weil am 6. September in der Bevölkerung die Vermutung kursierte, dass eine bestimmte Person mittels Bestechung die Unterschrift unter den Polizeibericht bekommen habe, wurde diese Person von einer wütenden Menge umzingelt. Die Polizei kam

mit über 20 Einsatzwagen, und ein Sondereinsatzkommando setzte Tränengas ein, um die Menschenmenge zu zerstreuen. Währenddessen kursierten per SMS und im Internet Nachrichten, dass die Beamten des Büros für öffentliche Sicherheit bestochen worden seien, und es wurde zu einer Demonstration aufgerufen. Am 7. September riefen mehrere Tausend Menschen per SMS erneut zu einer Demonstration auf und zogen protestierend vor die Polizeistation und das Regierungsgebäude der Kleinstadt. Sie zogen auch zu der Firma der Familie des Ehemannes, zerstörten fünf Wagen und schlugen die elektronischen Anlagen der Firma schrottreif.

Die Organisatoren der Vorfälle spontaner Masseneskalationen sind nicht klar erkennbar, in ihrem Verlauf kommt es zu Straftaten

Bei Vorfällen, bei denen Menschen für ihre Rechte eintreten, gibt es zwar meist auch keine erkennbare Organisation, aber immer einige, die als «Anführer» fungieren. Die Aktionen zur Forderung von Rechten sind im Allgemeinen beherrscht und kontrolliert. Im Gegensatz dazu brechen Masseneskalationen plötzlich aus, die Beteiligten haben im Allgemeinen mit dem ursprünglichen Anlass des Vorfalls keine direkte Interessensverflechtung, die Mehrheit stößt spontan dazu. Darum findet sich beim Ausbruch solcher Vorfälle oft kein direkter Ansprechpartner, sodass die Polizei Schwierigkeiten hat, die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Die Teilnehmer an solchen spontanen Masseneskalationen haben keine Interessensverflechtung mit dem Auslöser des Vorfalls, es sind vor allem Ausbrüche, «um sich Luft zu machen». Eben deswegen bin ich der Ansicht, dass Vorfälle zur Forderung von Rechten Interessenskonflikte zwischen sozialen Gruppen widerspiegeln, während Vorfälle spontaner Masseneskalation Ausdruck einer Krise des staatlichen Regierens sind.

3 Die Krise des Regierens

Mit der sogenannten «Krise des Regierens» ist gemeint, dass die Effektivität des Staates bei der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung nicht mehr gewährleistet ist. Diese Krise ist nicht gleichzusetzen mit einer politischen oder einer ökonomischen Krise. Eine politische Krise bedeutet, dass es Probleme mit den politischen Strukturen gibt. Eine ökonomische Krise bedeutet, dass es Probleme im Wirtschaftssystem gibt. Diese Krisen hängen zusammen und greifen ineinander. Aber die Krise des Regierens ist *die* Krise unter den drei großen Krisen. Sie entsteht hauptsächlich aus zwei Gründen: erstens, durch die Existenz unzufriedener sozialer Gruppen; zweitens, durch die Unfähigkeit des Staates zu regieren.

Unzufriedene soziale Gruppen im heutigen China

Unzufriedene Gruppen im heutigen China setzen sich vor allem aus sozial schwachen Gruppen zusammen. Dazu zählen entlassene Arbeiter, Bauern, die ihr Land verloren haben, Wanderarbeiter, ehemalige Armeeangehörige, Akademiker in unteren Positionen, umgesiedelte Städter und pensionierte Kader. Die soziale Unzufriedenheit der Menschen resultiert vor allem aus der Korruptheit der Beamten, der Kluft zwischen Arm und Reich, der ungerechten Rechtsprechung, der verschlechterten öffentlichen Sicherheit, der fehlenden Glaubensfreiheit und dem Mangel an Vertrauen in Regierung und Beamtenapparat etc. Wichtigste Ursache für die Unzufriedenheit sind die Korruption in der Justiz und die ungerechte Rechtsprechung. In gewissem Sinne ist die soziale Unzufriedenheit ein sozialpsychologisches Phänomen, das ansteckend wirkt. Es wird mittels Medien verbreitet und erzeugt bei Menschen in ähnlichen sozialen Lebenslagen eine Resonanz. Es gibt heute viele

Wege, soziale Unzufriedenheit auszudrücken: z. B. populäre Lieder, gereimte Texte, politische Witze, Gerüchte und vieles mehr. Durch neue technische Möglichkeiten wie Mobiltelefon und Internet ist diese Verbreitung noch leichter, ihr Einfluss größer geworden. So kann leicht Entrüstung oder Verunsicherung bei gesellschaftlichen Gruppen ausgelöst und eine Mobilisierung größerer Menschenmengen bewirkt werden.

Wenn auf die Dauer im Volk soziale Unzufriedenheit nicht beseitigt wird, kann dies zu einer Legitimitätskrise des Staates führen. In den letzten zehn Jahren haben in China das Vertrauen in die Administration und die Identifikation mit der Staatsmacht drastisch abgenommen. Erstens haben sich die Zweifel an einzelnen Amtsinhabern in Unzufriedenheit mit dem gesamten politischen System verwandelt. Zweitens wurde ein tiefes Misstrauen in die Gerechtigkeit der Justiz offenbar. Die Menschen sprechen sogar vom «Bündnis zwischen Behörden und Unterwelt» und vom «Zusammenschluss von Polizei und Banditen», um ihre Verzweiflung gegenüber der staatlichen Justiz auszudrücken. Drittens verschiebt sich der Adressat der Legitimitätskrise von unten nach oben: Beklagten die Bauern vor zehn Jahren noch das ungesetzliche Verhalten der Dorfkader und setzten ihre Hoffnung auf die Kreisregierung, so sehen viele Bauern heute die Kreisregierung, einige sogar die Provinzregierung, als Ursache ihrer katastrophalen Lage an. Viele Bauern setzen zwar weiterhin ihre Hoffnung in die Zentralregierung, zweifeln aber an deren Fähigkeit, die Probleme zufriedenstellend zu lösen.

Probleme bezüglich der staatlichen Fähigkeit des Regierens

Nicht jede soziale Unzufriedenheit führt zu spontaner Masseneskalation. Der Ausbruch von solchen Vorfällen hängt auch mit der staatlichen Fähigkeit des Regierens zusammen. Diese basiert vor allem auf einem Frühwarnsystem, dem Krisenmanagement sowie der Ermittlung der Verantwortlichen. Gegenwärtig weist China auf allen Ebenen Mängel in diesen drei Punkten auf, die allgemeine Regierungsfähigkeit ist schwach.

Als erstes seien die Probleme im Frühwarnsystem genannt: Das Wichtigste an dem sogenannten «Frühwarnsystem» ist die schnelle Erfassung der gesellschaftlichen Situation und der Meinung der Menschen. Dies ist Voraussetzung dafür, dass die Entscheidungsträger objektiv und schnell informiert werden. Die Realität sieht zur Zeit allerdings so aus, dass lokale Regierungen und ihre Funktionäre im Sinne sogenannter politischer Interessen alles Erdenkliche tun, um Nachrichten von den übergeordneten Regierungsebenen und vor allem von der Zentrale fernzuhalten. So forderte ein bestimmter Kreis der Provinz Henan zum Beispiel per offizieller Anordnung die ihm unterstehenden Personen zur Bestechung der staatlichen Petitionsbehörden in Peking auf, um in Peking Petitionsunterlagen aus dem eigenen Zuständigkeitsbereich vernichten zu lassen. Aufgrund dieser Vertuschung entsprechen die Informationen, die die Entscheidungsträger der Zentralregierung erhalten, oft nicht der Wahrheit. Ein Frühwarnsystem, das auf solchen falschen Informationen beruht, ist nur noch Formalismus.

Zweitens, das Krisenmanagement: Insgesamt hält sich die Fähigkeit der lokalen Regierungen, mit sozialen Konflikten umzugehen, in Grenzen. Eigentlich lösbare Probleme haben deshalb oft gravierende Folgen, vor allem dann, wenn ein Problem anfangs nicht ernst genommen und damit der Zeitpunkt für eine friedliche Lösung verpasst wird. Wenn es dann schließlich zur Masseneskalation kommt, setzt die lokale Regierung oft auf eine gewaltsame Lösung.

Lange Zeit war ideologische Mobilmachung das wichtigste Mittel der Kommunistischen Partei, um die unteren Bevölkerungsschichten zu kontrollieren. Im Zuge der Wirtschaftsreform und der damit einhergehenden divergierenden sozialen Inte-

114 Desolate Wohnverhältnisse von Wanderarbeitern in Peking. Ihr monatlicher Lohn liegt bei etwa 100 Euro.

116 Peking: provisorische Unterkünfte (links und rechts) für Wanderarbeiter vor neuem Häuserkomplex

118 Hochzeitsmusik in Pingyi

120 Teepflückerinnen vor einer Wandzeitung in Hangzhou

122 Protest vor einem Regierungsgebäude in Peking, Mai 2009: Mütter, die ihre Kinder durch vergiftete Milchprodukte der Firma Sanlu verloren haben, zeigen Photos und Dokumente.

124 Petitionärin in Peking: Die Aufschrift ihrer Kopfbedeckung bedeutet «Unrecht».

126 Kinder in Nordostchina

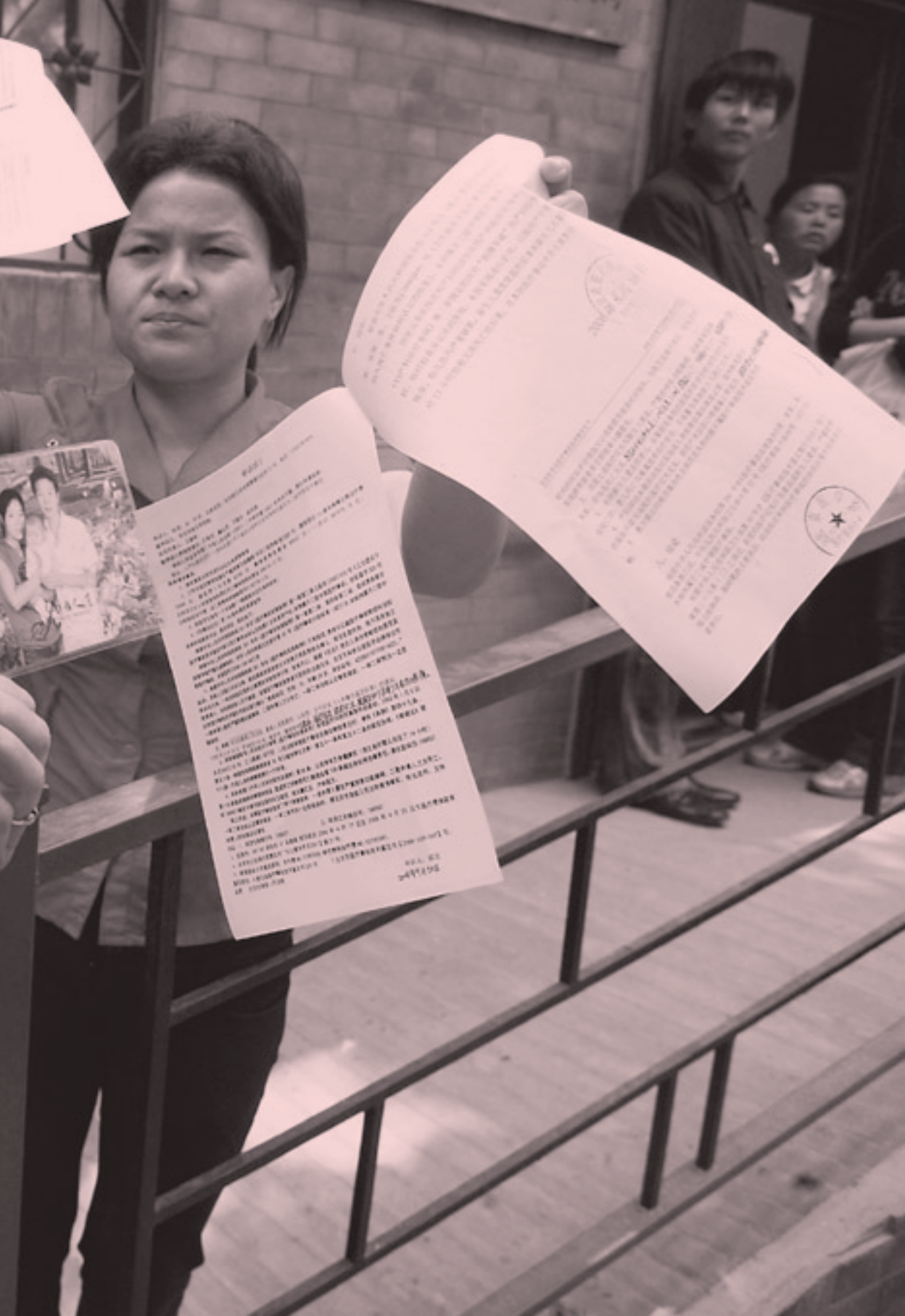
128 In einer Ziegelei in Nordostchina

Fotos: VU/laif (114); Michael Ende (116–120, 126, 128); Zhdanov/UPI/laif (122); Yu Jianrong (124)

西直门

“平安
浙江省社会治安
WWW
.COM

浙江”宣传栏
省委建设“平安浙江”领导
浙 江 省 公 安
浙江
严打“两抢”
重拳出击打“两抢” 市民出门更安全
安全防患



2007 12 10

MICKEY

ressen und zunehmenden sozialen Unzufriedenheit verliert dieses Mittel allmählich an Wirkung. Aber in dem gegenwärtigen System Chinas, in dem Druck von oben nach unten ausgeübt wird, bleibt den unteren Regierungsebenen, um die ihnen von oben gestellten Aufgaben zu erfüllen, nichts anderes übrig, als mithilfe ihrer Machtinstrumente zu agieren. Sie tun dies auch deshalb, weil sie für ihre Leistungsbeurteilung[1] unter unbedingtem Erfolgszwang stehen. Auf allen Regierungsebenen haben Beamte das gemeinsame Interesse, politische Erfolge nach oben zu melden und schlechte Nachrichten zu vermeiden. Dies führt zwangsläufig dazu, dass große Vorfälle am Ende zu kleinen heruntergespielt werden, um sich schließlich in Wohlgefallen aufzulösen.

4 **Der Umgang mit der Krise des Regierens**

Stärkung der politischen Identifikation der Bevölkerung mit der Staatsmacht

Die grundlegendste politische Aufgabe ist es, ein wirklich gerechtes System aufzubauen und jede Gesellschaftsschicht am Wirtschaftswachstum teilhaben zu lassen. Die Partei hat beim 17. Parteitag die «Grundorientierung einer wissenschaftlichen Entwicklung» in die Parteisatzung aufgenommen. Meines Erachtens ist die auf Gerechtigkeit basierende «Harmonische Gesellschaft»[2] der wichtigste Inhalt der «Grundorientierung einer wissenschaftlichen Entwicklung». Wie kann die chinesische Gesellschaft gerecht und fair werden? Das Wichtigste ist nichts anderes als die Möglichkeit freier Meinungsäußerung, so dass die Menschen in China selbst für Recht und Gerechtigkeit eintreten können. Seit geraumer Zeit vertrete ich die Ansicht, dass die Artikulation der Interessen von Arbeitern und Bauern institutionalisiert werden muss: Wenn die Bauern einen Bauernverband gründen und die Gewerkschaft sich zu einer wahren Interessenvertretung der Arbeiter entwickelt, dann werden sich entsprechende Strukturen etablieren.

Die Etablierung der Autorität der Rechtsordnung und der Rechtsstaatlichkeit

Im heutigen China ist die Ideologie, die bisher die Grundlage der Staatsgewalt war, unwiederbringlich zerstört; aber auf der anderen Seite ist das für die Ausübung der Staatsgewalt wichtige und gleichzeitig von ihr instrumentalisierte Rechtssystem zu stark politisiert (dies gilt besonders für die lokale Ebene). Natürlich hängt Justiz mit Politik zusammen, aber aus der Perspektive der Umsetzung staatlicher Gewalt gilt, dass Justiz und Politik, eine gewisse Distanz wahren müssen, sonst regieren am Ende die Menschen und nicht das Gesetz, egal wie viele Gesetze erlassen werden.

Die vielen Schwierigkeiten, die China zurzeit mit der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung hat, haben alle mit dem mangelnden Vertrauen der Menschen in die Justiz zu tun. Nach Ansicht vieler ist die Justiz korrupt und kann den Bürgern keine rechtliche Sicherheit bieten. Es gibt verschiedene Formen der Korruption in

---

1 In der Vergangenheit wurden die Leistungen von Kadern nur von ihren Vorgesetzten bewertet; das Wirtschaftswachstum einer Region spielte dabei die entscheidene Rolle, auf Kosten von Umweltschutz, Bildung und sozialen Aspekten. Seit 2006 reformiert die KP ihre «Personalpolitik»: Eine «Bewertung durch die öffentliche Meinung» und das Maß gesellschaftlicher Stabilität kamen als neue Kriterien hinzu. ⟨Anm. der Red.⟩

2 Der Begriff der «Harmonischen Gesellschaft» wurde auf der 4. Plenarsitzung des 16. Parteitages der KP Chinas im Jahre 2004 beschlossen. Darunter ist eine stabile und ordnungsgemäße Gesellschaft zu verstehen, in der Prinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ebenso gelten sollen wie der rücksichtsvolle Umgang mit der Natur. ⟨Anm. der Red.⟩

der chinesischen Justiz, doch die schlimmste Form der Korruption besteht meines Erachtens darin, dass die lokalen Regierungen mittels der von ihnen kontrollierten Justizapparate im Namen der «Legalität» das legale Interesse der Bürger verletzen. Und das Schlimmste dabei ist: Diese Art der Korruption ist systeminhärent, sie hat ihre Ursache in der nicht zufriedenstellend geklärten Gewaltenteilung in China. Das sogenannte Prinzip der Gewaltenteilung bedeutet, dass politische Gewalt im weitesten Sinne in die drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative geteilt wird und dass diese wiederum von unterschiedlichen Institutionen und Personen ausgeübt werden, damit die politische Gewalt, die das wirtschaftliche, soziale und politische Leben der Menschen beeinflusst, nicht in der Hand einer einzigen Institution, Organisation, politischen Partei oder gar einer Einzelperson liegt und missbraucht werden kann. Das Prinzip der Gewaltenteilung wurde zuerst in westlichen Demokratien umgesetzt und galt in China lange Zeit als kapitalistisch. Ich möchte hier die Gewaltenteilung nicht in erster Linie aus dem Blickwinkel des demokratischen Verfassungsstaates, sondern unter dem Gesichtspunkt der administrativen Durchführbarkeit erörtern und untersuchen, wie das Verhältnis von Zentralregierung und lokalen Regierungen neu zu bestimmen ist, um so der zunehmenden Regionalisierung der Justiz zu begegnen.

Die Regionalisierung der Justiz stellt sich so dar: Der lokale Volkskongress ist das Organ der Staatsgewalt auf lokaler Ebene, der lokale Volksgerichtshof und die lokale Staatsanwaltschaft sind dem lokalen Volkskongress gegenüber verantwortlich. Die Volksgerichtspräsidenten und die obersten Beamten der Staatsanwaltschaft werden von den lokalen Volkskongressen gewählt und entlassen. In der Realität ist also die lokale Justiz von der lokalen Regierung und Administration abhängig. Dazu trägt auch bei, dass die Gerichte und die Staatsanwaltschaft überwiegend aus dem Regierungshaushalt derselben Ebene finanziert und Ressourcen von den Lokalregierungen kontrolliert werden.

Diese Regionalisierung der Gerichtsbarkeit beeinträchtigt die einheitliche Anwendung nationaler Gesetze, schmälert die Autorität der Justiz und führt dazu, dass die gerechte und faire Gesetzesanwendung durch die Richter nicht ausreichend geschützt ist. Dies fördert lokalen Protektionismus in den Gerichtsurteilen und macht die Justiz anfällig für Korruption.

China muss ein umfassendes Kontrollsystem für die Justiz aufbauen, um die Einheitlichkeit der Rechtsprechung zu garantieren und den Besonderheiten der Regionalpolitik gerecht zu werden. Der Schlüssel liegt darin, die Besetzung der Richterämter in die Zentrale zurückzuholen und Richter direkt einer zentralen Justizbehörde zu unterstellen. Das Prinzip dieses Kontrollsystems bedeutet schließlich, dass die Justizbehörden von den lokalen Regierungen unabhängig werden. Fragen zu Personal, Budget und Fachangelegenheiten, die Gerichte und Staatsanwaltschaften betreffen, müssen der Kontrolle der lokalen Regierungen entzogen werden. Diese Organe müssen sich also dann der Zentralregierung gegenüber verantworten. Außerdem kann die Zentralregierung, um zu verhindern, dass Gerichte und Staatsanwaltschaften mit der politischen Macht ihres Kreises unrechtmäßige Beziehungen pflegen, für dieses Justizpersonal ein System mit wechselnden Einsatzorten einführen, das Vorteilsnahme und Befangenheit weitgehend ausschließt.

Weiterentwicklung der Methoden, qualitative Verbesserung des Regierens, Stärkung der guten Regierungsführung

Die beiden erstgenannten Maßnahmen sind die Grundlage, die dritte nun ist technischer Natur.

Im April dieses Jahres war ich zu einem Forschungsaufenthalt in Frankreich und habe Folgendes festgestellt:

Erstens, die Beteiligten an den sozialen Unruhen in Frankreich waren vor allem die Nachkommen von Einwanderern. Das erinnert mich an die zweite Generation von Wanderarbeitern in China. Sie können weder in die städtische Sozialstruktur integriert werden noch aufs Land zurückkehren – sie werden zu einer echten sozialen Randgruppe.

Zweitens, die sozialen Unruhen in Frankreich konzentrierten sich im Wesentlichen auf die Stadtviertel, die die Regierung seinerzeit für die Einwanderer errichten ließ. Darum haben die Franzosen der chinesischen Regierung geraten, Ghettoisierungen zu vermeiden.

Drittens, ein Grund für die Unruhen in Frankreich war, dass es keine in den Stadtteilen verankerten Polizeireviere gab. Zum Einsatz kamen Streifenpolizisten, die weder die Situation vor Ort kannten, noch mit den Bewohnern der Bezirke persönlichen Kontakt hatten und daher oft als Feinde angesehen wurden. Meine Schlussfolgerung: Wenn China seine Exekutive stärken will, müsste man an der Basis anfangen, und eine wichtige Maßnahme wäre, die Polizei wirklich in die Wohnsiedlungen zu integrieren. Tatsächlich ist die chinesische Regierung auf dieses Problem aufmerksam geworden, und es wurden in den letzten Jahren Polizeidienststellen in Städten und Dörfern eingerichtet. Diese Maßnahme ist hilfreich, insbesondere beim Umgang mit spontaner Masseneskalation.

Schließlich muss die Behandlung spontaner Masseneskalationen in China unbedingt in die Rechtsstaatlichkeit münden. Am 1. November 2007 trat das «Gesetz der Volksrepublik China zur Bewältigung von unerwarteten Vorfällen» in Kraft. Wie sehr dieses Gesetz auch mit Mängeln behaftet sein mag, eines steht fest: China versucht, mit rechtsstaatlichen Mitteln soziale Unruhen zu handhaben.

Die Herausforderung, vor der China gegenwärtig steht, ist die Summe der Probleme, mit denen die westlichen Länder in den vergangenen 200 Jahren konfrontiert waren. Die rasante wirtschaftliche Entwicklung bringt verschiedenerlei Probleme mit sich; insbesondere verläuft die politische Entwicklung Chinas bislang noch im Rahmen einer autoritären Politik. Was die in der Marktwirtschaft entstandenen Interessen verschiedener sozialer Gruppen betrifft, so kann die autoritäre Politik diese Interessen nicht angemessen ausbalancieren. Das ist vielleicht der tiefer liegende systemimmanente Grund für die Interessenkonflikte und die soziale Krise im heutigen China. Tatsächlich treiben diese Fragen die Führung genau so um wie die Bevölkerung und die Intellektuellen. Wir alle haben das Bemühen der Kommunistischen Partei in diesen Fragen beim 17. Parteitag registriert. Wir stimmen der Vorgehensweise der politischen Führung vielleicht nicht ganz zu, aber ihre Anstrengungen zur Lösung der sozialen Probleme verdienen Anerkennung. Ich möchte hier betonen, dass die Lösung der Probleme wegen ihrer Komplexität langwierig und mühselig ist. Alle Chinesen und alle Menschen, die am Fortschritt der chinesischen Gesellschaft und an der Wiederbelebung der chinesischen Nation interessiert sind, tragen eine Verantwortung: nämlich die Fragen des heutigen Chinas im Sinne der langfristigen nationalen Interessen zu betrachten und die parteipolitischen und ideologischen Auseinandersetzungen zu überwinden.

Zhan Jiang 展江

Die Medien als treibende Kraft der Bürgerbeteiligung

In den letzten dreißig Jahren der Reform- und Öffnungspolitik hat China einen noch nie dagewesenen Wandel erfahren. Einige Wissenschaftler bezeichnen diesen Prozess der Veränderung als «gesellschaftlichen Richtungswechsel» oder als «gesellschaftliche Transformation». Diese Transformation hat das politische System nicht verändert, aber die einst umfassende Regulierung der Gesellschaft durch den Staat beschränkte sich allmählich auf das Gebiet der Politik. Aus dem totalitären Regime ist ein post-totalitäres Regime geworden.

Daneben finden in Gesellschaft und Wirtschaft große Umbrüche statt: Die Agrargesellschaft verwandelt sich in eine Industrie- und Informationsgesellschaft, die Herrschaft durch Personen in eine Herrschaft des Rechts, die Untertanengesellschaft in eine Zivilgesellschaft. Mit der gesellschaftlichen und politischen Erneuerung sowie der Wiederherstellung und Weiterentwicklung des Rechtssystems, insbesondere durch das verfassungsrechtliche Prinzip der Meinungsfreiheit und des Zivilrechts, steigt das Interesse der Bürger an politischer Partizipation.

Im Zuge der Entwicklung der Marktwirtschaft und des technischen Fortschritts erreichen die Massenmedien in China heute die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung, so dass eine Verbreitung von Informationen und Ideen im großen Umfang möglich geworden ist. Dies spielt eine wichtige Rolle bei der öffentlichen Beteiligung am politischen Leben.

Nach Ansicht des Verfassers sind die Medien in China heute eine unabdingbare Voraussetzung für die öffentliche Beteiligung. Ihre Funktion besteht nicht allein in der Kommunikation. Ohne die Intervention der Massenmedien in Form von kontinuierlicher Berichterstattung und Kommentierung könnten bestimmte lokale Vorfälle und Ereignisse nicht zu regionalen oder gar nationalen Affären werden. Wenn die Medien nicht die Agenda[1] setzten, dann wäre auch die öffentliche Beteiligung nicht denkbar, weil ihr der Gegenstand fehlt.

Die zunehmende Stärke Chinas und die Vielfalt der Nachrichtenmedien spielen für die Bürgerbeteiligung eine wachsende Rolle. In bestimmten Situationen sind sie sogar der entscheidende Faktor und die treibende Kraft für die Bürgerbewegung. Andererseits besteht zwischen der von Medien angetriebenen Massenbeteiligung und ihren theoretischen Möglichkeiten noch ein gewisser Abstand, ja sogar eine Kluft. Hier muss man die Rahmenbedingungen für die Medien und die zugehörigen Institutionen verbessern, damit sie ihre Funktion erfüllen können.

---

1 In der Kommunikations- und Medienwissenschaft befasst sich die Theorie des «Agenda Setting» mit der Fähigkeit der Massenmedien, bestimmte Themenschwerpunkte zu setzen und damit die öffentliche Meinung zu beeinflussen. ⟨Anm. der Red.⟩

1 Der legale Status von Nichtregierungsorganisationen und ihre Darstellung in den Medien

Zurzeit gibt es eine Kontroverse darüber, ob China bereits eine Zivilgesellschaft ist oder noch nicht.[2] Der Verfasser des vorliegenden Beitrags ist der Meinung, dass der Trend zur Entwicklung einer Zivilgesellschaft in China unumkehrbar ist. Die Zivilgesellschaft befindet sich zwar noch im Aufbau, aber regional und partiell existiert sie schon. Damit meine ich, dass regional z. B. an Orten wie Peking und Guangzhou Nichtregierungsorganisationen schon relativ weit entwickelt sind und die Zahl aktiver Bürger hoch ist; davon kann man in ländlichen Gebieten allerdings noch nicht sprechen. Partiell bedeutet, dass sich die Menschen einer Region nur in besonderen Fällen organisieren, wenn schwerwiegende Folgen für das Gemeinwohl drohen. Im Alltag aber engagieren sie sich nicht.

Zwischen Beamten und Wissenschaftlern gibt es erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber, wie man diese wachsende Zivilgesellschaft beurteilen soll. Die Regierung schätzt die Errungenschaften der Zivilgesellschaft nur bedingt. Deshalb stellt sie auch nicht ausreichend institutionelle Ressourcen, finanzielle Förderung und mediale Unterstützung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft bereit.[3]

Seit 2005 haben die Behörden unter dem Eindruck der «Farbrevolutionen»[4] in Osteuropa und Zentralasien gegenüber den internationalen NGOs Einschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Aber nach dem Erdbeben von Sichuan 2008 hat sich das Verhältnis der Behörden zu den nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen wieder etwas entspannt.

Trotz der beachtlichen Zahl von Nichtregierungsorganisationen, die Behörden und Forscher nennen, lässt sich feststellen, dass Nichtregierungsorganisationen im eigentlichen Sinne in China nur in wenigen Bereichen allgemein bekannt sind. Weil ihnen ein legaler Status fehlt, können sie ihre Aktivitäten kaum entfalten, und die Medien wagen nur selten, direkt über sie zu berichten.

Ein Beispiel dafür ist die gemeinnützige Organisation Gongmeng («Offene Verfassungs-Initiative») einer Gruppe junger Juristen. Weil sie als Vereinigung nicht registriert werden konnte, wurde sie bei den Behörden für Handel und Industrie als «Pekinger Gongmeng-Beratungsgesellschaft mit beschränkter Haftung» eingetragen. Abgesehen davon, dass dieser nichtkommerziellen Vereinigung damit Steuererleichterungen und andere behördliche Unterstützung versagt wurden, konnte sie sich offiziell auch keine anderen Geldquellen erschließen. Trotzdem hat diese Vereinigung seit ihrer Gründung viel für die Bürgerrechte getan. Am 2. März 2009, anlässlich der Sitzung des Nationalen Volkskongresses, machte sie auf ihrer Website zehn Vorschläge [für die gesetzgebende Arbeit des Volkskongresses], darunter folgende: die Reform des politischen Systems auf Kreisebene, die Abschaffung des

---

2 Das Forschungszentrum für Zivilgesellschaft der Universität Peking vertritt in seinem im Dezember 2008 vorgestellten *blue book* die These: «China hat bereits die Schwelle zur Zivilgesellschaft überschritten. Die allmähliche Ausformung der Zivilgesellschaft ist eine großartige Leistung der Reformen und der Öffnung Chinas in den letzten dreißig Jahren.» Das Forschungsinstitut für NGOs an der Qinghua-Universität äußert dagegen in dem im Oktober 2008 präsentierten Werk *30 Jahre nichtstaatliche Organisationen in China – in Richtung einer Zivilgesellschaft* die Ansicht, dass die Entstehung nichtstaatlicher Organisationen ein Schritt auf dem Weg in die Zivilgesellschaft ist. Professor Wang Ming, der Herausgeber des Buches, sagt aber eindeutig: «China ist noch sehr weit von einer Zivilgesellschaft entfernt. Das grundlegende Kennzeichen dieser Art von Gesellschaft, die Vereinigungsfreiheit, ist in China noch nicht gewährleistet.» Abgesehen von dieser Differenz haben beide Seiten auch einen Grundkonsens: Die Entwicklung zu einer Zivilgesellschaft ist für China unumkehrbar. Siehe Han Honggang: «Die Kontroverse von Beida und Qinghua: Nähert sich China in großen Schritten der Zivilgesellschaft?», *Shidai zhoubao* 7.1.2009.

3 Vgl.: Yu Keping: «Einige Ansichten zu Problemen der chinesischen Zivilgesellschaft», in: Gao Bingzhong und Yuan Ruijun (Hrsg.): *Blue Book on Civil Society Development in China,* Peking 2008, S. 22.

4 Die sogenannten «Farbrevolutionen» führten 2003 in Georgien (Rosenrevolution), 2004 in der Ukraine (Orange Revolution) und 2005 in Kirgisistan (Tulpenrevolution) zum Sturz des jeweiligen Regimes. Internationale Nichtregierungsorganisationen hatten die Kampagnen teilweise finanziell unterstützt. Mittel flossen vor allem aus den USA und Westeuropa. ⟨Anm. der Red.⟩

staatlichen Monopols im Bildungssektor, die Einstellung von Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der Familienplanungspolitik, den Stopp der Zwangsbehandlung von Geisteskranken, ein Ende der Sondergebühren für den Drei-Schluchten-Staudamm und eine transparente Haushaltspolitik zur Förderung einer «Harmonischen Gesellschaft»[5]. Aber meines Wissens hat kein einziges Organ der traditionellen Medien über diesen bedeutenden Fall von Bürgeraktivität berichtet, selbst im Internet wurde er kaum aufgegriffen. Das hat natürlich die Wirkung dieser öffentlichen Beteiligung stark vermindert. Als Gongmeng einige Anwälte organisierte, um die Geschädigten im Sanlu-Milchpulverskandal[6] rechtlich zu vertreten, fand das in den Medien eine gewisse Beachtung, aber in den Berichten darüber war nur von den Aktivitäten einzelner Anwälte die Rede, nicht von der Nichtregierungsorganisation, auf die diese Initiative zurückgeht.[7]

Deshalb schlagen wir vor, dass das Ministerium für Zivile Angelegenheiten und andere Behörden den Paragraphen 35 der chinesischen Verfassung umsetzen, der den Bürgern das Recht auf Bildung von Vereinigungen garantiert und damit den Organisationen der Zivilgesellschaft einen legalen Status verleihen.

2 Die Entwicklung der Öffentlichkeit und die Frage nach der Vernunft bei der Bürgerbeteiligung

Dank der lebhaften Kommentarseiten in den großstädtischen Zeitungen und Zeitschriften sowie aller möglichen Foren und Blogs im Internet kann heutzutage jederzeit eine Öffentlichkeit entstehen. Allerdings haben die von Hu Jintao in seiner Rede vom 20. Juni 2008 als erste Kategorie[8] bezeichneten Medien am wenigsten den Charakter einer öffentlichen Plattform. Für die zweite Kategorie gelten ebenfalls noch viele Tabus, sowohl für Nachrichten als auch für Kommentare. Deshalb setzen die Menschen heutzutage die größte Hoffnung in die dritte Kategorie, nämlich das Internet. Das Internet hat diese Hoffnung nicht enttäuscht, es bietet die breiteste Berichterstattung über öffentliche Themen und einen hohen Grad an Interaktion. Es ist zum führenden Medium der öffentlichen Beteiligung geworden. «Der einfache Zugang, die Geschwindigkeit und die niedrigen Kosten prädestinieren das Internet dazu, zum Sprachrohr der Bürgermeinung im 21. Jahrhundert zu werden, ja möglicherweise sogar eine Alternative zur traditionellen Demokratie zu sein.»[9]

Nach der Vorstellung von Jürgen Habermas spielt die Öffentlichkeit in der demokratischen Politik eine entscheidende Rolle; ihr Wert und ihre Funktion bestehen darin, die Staatsgewalt zu kontrollieren. Um die Qualität dieser Kontrolle zu gewährleisten, muss die Öffentlichkeit eine kritische und rationale Einstellung bewahren. Mit dem Aufkommen des Internet hat sich der Raum für die freie Meinungsäußerung radikal erweitert. Die Behörden lassen es im Allgemeinen zu, dass

---

5 Der Begriff von der «Harmonischen Gesellschaft» stammt aus dem ideologischen Vokabular der chinesischen KP. Regimekritiker und Reformer bedienen sich immer wieder dieses Vokabulars, um deutlich zu machen, dass sie einen konstruktiven Beitrag leisten. ⟨Anm. der Red.⟩

6 Durch verseuchtes Milchpulver der Firma Sanlu erkrankten in China mehr als tausend Babys. Der Skandal wurde im September 2008 aufgedeckt. ⟨Anm. der Red.⟩

7 Tatsächlich werden Medien immer wieder angewiesen, nicht über die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen zu berichten oder die Organisationen nicht zu nennen. Als das Büro der Bürgerrechtsinitiative Gongmeng im Juli 2009 von den Behörden geschlossen wurde, gab es allerdings eine erstaunliche Berichterstattung. Selbst einige der staatlich kontrollierten Medien berichteten ausführlich und kritisch über die Schließung des Büros und die Festnahme zweier Aktivisten, z. B. *China Daily* (in Englisch), www.chinadaily.com.cn/china/2009–08/19/content_8586834.htm, und *Global Times* (englische Ausgabe), http://china.globaltimes.cn/society/2009–08/455329.html. ⟨Anm. der Red.⟩

8 Hu Jintao teilte in seiner Rede in der Partei-Zeitung *People's Daily* (*Renmin Ribao*) die heutigen Medien in drei Kategorien ein: erstens, die Parteizeitungen; zweitens, die marktorientierten großstädtischen Medien; drittens, die Internetmedien. ⟨Anm. der Red.⟩

9 Zhang Qianfan: «Die Tendenz der Bürgermeinung im Internet zu mehr Vernunft», *Finance* 7/2009.

die Netzbürger in anonymer Form Informationen publik machen und Meinungen äußern. Seit der Entstehung der Blogs kann man sogar sagen, dass in dieser Form der Traum von einer eigenen «Zeitung der Gebildeten» verwirklicht wurde.

Aufgrund der Öffentlichkeit und der Anonymität des Austausches im Internet wird die Meinungsäußerung noch freier. Für die Netzbürger scheinen Risiko und Verantwortung für ihre eigenen Meinungsäußerungen sehr gering. Die Informationen und Meinungen im Internet sind wie Fische und Drachen[10]. Der virtuelle Freiraum verschärft aber die Tendenz zur Unvernunft im Meinungsaustausch. Die Irrationalität und Emotionalisierung in den Online-Diskussionen laufen dem Geist der Vernunft zuwider, den die Demokratie erfordert. Es besteht die Gefahr dass die «Tyrannei der Mehrheit»[11], die Tocqueville befürchtete, zur «Tyrannei der öffentlichen Meinung» wird und das Entstehen einer «Schweigespirale»[12] begünstigt. Zum Beispiel gibt es Netzbürger, die einen Groll gegen alle Wohlhabenden und Besserverdienenden hegen. Bei jedem Strafverfahren, in das solche Individuen involviert sind, werden diese ohne Rücksicht auf Fakten und Beweislage im Internet beschimpft und verleumdet. Diese Stimmungsmache beeinflusst sogar die traditionellen Medien, so dass es oft zu einer regelrechten Vorverurteilung durch die Medien kommt. Dies kann den Prozessverlauf und die Urteilsfindung beeinträchtigen.

Bei internationalen Auseinandersetzungen kommt es häufig vor, dass engstirnige Nationalisten das Internet nutzen, um gegen andere Länder oder Personenkreise zu hetzen. Dies behindert die Beilegung internationaler Dispute und läuft dem diplomatischen Interesse Chinas zuwider, eine internationale harmonische Gesellschaft aufzubauen.

Man sollte die oben angeführten Probleme allerdings nicht überbewerten. Zwar kommen die erwähnten Phänomene immer wieder vor, und manchmal kommt es dabei zur regelrechten Verfolgung von vernünftigen Netzbürgern, aber solche Phänomene sind nicht flächendeckend und nicht dauerhaft. Genau diese Meinung vertritt auch der Rechtswissenschaftler Zhang Qianfan: «Viele unvernünftige Urteile basieren auf der Unvollständigkeit von Informationen im Internet. Will man dieses Phänomen der Unvernunft beseitigen, muss man die Meinungsfreiheit im Internet vollständig sicherstellen, anstatt die Meinungsäußerungen im Netz zu kontrollieren. Das heißt, man muss dafür sorgen, dass unterschiedliche Standpunkte und verschiedene Versionen der Realität hinreichend frei dargestellt werden können, um es den Netzbürgern zu ermöglichen, unter der Bedingung der vollständigen Informationen, ausreichenden Argumente und vielfältigen Standpunkte ihre eigene Wahl zu treffen.»[13] Was die kompliziertere Frage der «Verurteilung durch die Medien» angeht, wäre es vielleicht angemessen, noch eine eigene Untersuchung dazu durchzuführen.

---

10 Redewendung: von sehr unterschiedlicher Qualität. (Anm. d. Red.)

11 Alexis de Tocqueville (1805–1859) beschreibt in seinem Werk *Über die Demokratie in Amerika* (1835) unter anderem die Demokratie im Kontext der Zivilgesellschaft und zeigt die Gefahren demokratischen Regierens, die zu einer «Tyrannei der Mehrheit» führen könnten. ⟨Anm. der Red.⟩

12 Theorie in der Kommunikationswissenschaft, zuerst vertreten durch die deutsche Wissenschaftlerin Elisabeth Noelle-Neumann (geb. 1916). Der Begriff «Schweigespirale» beschreibt folgendes Phänomen: Wenn man beim Meinungsaustausch feststellt, dass der eigene Standpunkt von vielen anderen geteilt wird, wird man ihn umso aktiver einbringen. Dieser Standpunkt wird immer couragierter vertreten und verbreitet. Wenn man aber merkt, dass ein bestimmter Standpunkt von niemandem oder nur wenigen geteilt wird oder auf breite Ablehnung stößt, verschweigt man ihn, obwohl man ihm selbst zustimmt. Das Verschweigen einer Seite führt dazu, dass die andere Seite stärker wird. Diese Wechselwirkung führt zu einem spiralförmigen Prozess, bei dem die Stimme der einen Seite immer lauter wird, während die Stimme der anderen Seite immer mehr verstummt.

13 Zhang Qianfan, a.a.O

3 Der Korporatismus aus der Sicht der Öffnung der Medien und das Problem der Behinderung der Medien durch lokale Beamte

Nach unserer Beobachtung hat China den Wechsel vom Staatsdirigismus zum Staatskorporatismus bereits vollzogen. Der nächste Schritt ist der zum gesellschaftlichen Korporatismus. Hu Jintao hat in seiner Rede vom 20. Juni 2008 gefordert, dass alle Regierungsebenen und alle mit Medien befassten Behörden sich dem neuen Medientrend anpassen: Er forderte «die Stärkung der Mainstream-Medien und der neuen Medien, damit sie zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen können». Er fordert dass «die Tendenz zur Spezialisierung der Medien anerkannt wird» und «dass die Berichterstattung sich an der Vermittlung von Informationen und Nachrichten orientiert».[14] Seit der Rede von Hu Jintao ändern sich die Beziehungen zwischen den zentralen Medienbehörden und den traditionellen Medien von einer starren Lenkung allmählich zu einer flexiblen Verwaltung. Das zeigt, dass «wenn die Regierung ihre Funktion ändert, indem sie von einer allumfassenden zu einer dienstleistungsorientierten Regierungsweise übergeht und mehr Aufgaben bei der Nachrichtenübermittlung an diversifizierte und pluralistische Medienorgane wie großstädtische Medien und Internetmedien überträgt, die Bevölkerung dann auf eine neue relativ harmonische Situation hoffen kann, in der Staat und Gesellschaft interagieren».[15]

Die Beamten der verschiedenen lokalen Ebenen von Administration und Justiz haben sich allerdings dieser neuen Medienentwicklung noch nicht angepasst. Daher gibt es in der konkreten Arbeit noch immer Probleme für Journalisten. Viele Beamten unterlaufen die von Hu Jintao auf dem 17. Parteitag formulierten Forderungen, die dem Bürger das Recht auf Information, Kontrolle, Partizipation und freier Meinungsäußerung zugestehen.

Erstens betrachten viele Beamten die ihnen unterstehenden lokalen Medien als offizielles Sprachrohr, dessen Aufgabe darin besteht, die örtlichen Beamten zu preisen. Sie erlauben den Medien nicht, über schwerwiegende Probleme des lokalen politischen Lebens und der öffentlichen Angelegenheiten zu berichten (z. B. Fehlentscheidungen und Beamtenkorruption). Sie benutzen die Maxime, dass Entwicklung die höchste Priorität hat, als Vorwand, um die Kritik der Medien an lokalen Unternehmen zu unterbinden. In der Folge kommt es dann zu solchen Vorfällen wie den«schwarzen Ziegeleien» in Shanxi, dem Dammbruch in Xiangfen und dem «Sanlu»-Milchskandal.[16]

Zweitens behindern lokale Kräfte die Recherche und Berichterstattung von Journalisten aus anderen Provinzen und Kreisen. Zum Beispiel werden Interviewpartner eingeschüchtert, oder die Administration beschwert sich bei der übergeordneten Ebene darüber, dass die auswärtigen Medienvertreter die Bestimmung verletzen, an fremden Orten keine Kontrollfunktion auszuüben.[17] Oft werden Jour-

---

14 Diese Bemerkungen wurden von vielen Medienschaffenden als Trendwende interpretiert. Offiziell sind Medien aber noch immer das Sprachrohr der Partei. Eine soziale Verantwortung und den Auftrag zur unabhängigen Berichterstattung haben sie offiziell bisher nicht. ⟨Anm. der Red.⟩

15 Zhan Jiang: «Umsichtig und engagiert die Beziehungen zwischen Staat und Medien regulieren. Interpretation der Rede Hu Jintaos bei der Arbeitsinspektion der Redaktion der Volkszeitung», *International News World*, 7/2008.

16 Bei Razzien in illegalen Ziegeleien in der nordchinesischen Provinz Shanxi wurden im Juni 2007 Hunderte von Arbeitern befreit, die dort wie Sklaven gehalten wurden. Unter ihnen befanden sich auch viele Minderjährige. Ebenfalls in der Provinz Shanxi starben im September 2008 bei einem Dammbruch im Kreis Xiangfen mehr als 250 Menschen unter einer gewaltigen Schlammlawine. Der Dammbruch ereignete sich an einem überfüllten Ablagerungsbecken neben einer illegalen Eisenerzgrube. Zum Sanlu-Milchskandal vgl. Fußnote 6. ⟨Anm. der Red.⟩

17 Da lokale Medien direkt der örtlichen Administration unterstehen, ist es für sie oft unmöglich, lokale Missstände oder korrupte Kader anzuprangern. Oft haben in diesen Fällen Reporter und Medien aus Nachbarprovinzen berichtet. Diese Praxis wurde 2004 durch mehrere Vorschriften der Propagandaabteilung der Partei und der Medienaufsichtsbehörden eingeschränkt. Inzwischen halten sich aber immer weniger Medienvertreter daran. ⟨Anm. der Red.⟩

nalisten auch verleumdet, und es wird behauptet, ihre Berichterstattung verdrehe die Tatsachen.

Die neuen überregionalen und grenzüberschreitenden Medien wie das Internet werden von diesen Beamten als sintflutartige Bedrohung gefürchtet. Sie setzen alles daran, alle für sie ungünstigen Nachrichten zu blockieren.

4 Die führende Rolle der Eliten in den Medien der deliberativen Demokratie[18] und das Problem der fehlenden Basis

Den amerikanischen Wissenschaftlern James Fishkin und Bruce Ackerman zufolge kann man die Öffentlichkeit in vier Kategorien einteilen: 1) deliberative Öffentlichkeit der Massen; 2) deliberative Öffentlichkeit der Elitengruppen; 3) die spontane Öffentlichkeit der Elitengruppen; 4) die spontane Öffentlichkeit der Massen.

Fishkin und Ackerman sind der Ansicht, dass die erste Kategorie eine strategische Stellung in der demokratischen Ordnung innehat. Wenn man öffentliche Diskurse und Partizipation des Volkes gewährleistet, dann können politische Prozesse beeinflusst werden, nämlich durch eine kollektive vernünftige Zustimmung, eine Zustimmung des Volkes, die durch mehrheitliche Beteiligung, durch Zugang zu Informationen, durch Überlegung, Debatte und Infragestellen gewonnen wurde.[19] Die Autoren sind auch folgender Frage nachgegangen: Wenn man die Menschen dazu anregt, sich wie ein idealer Bürger zu verhalten, wie würde dann die Öffentlichkeit aussehen? Das Forschungsergebnis zeigt das Potential der Demokratie auf. Wenn die Bürger zu bestimmten Fragen relevante Informationen sammeln und gemeinsam die Probleme diskutieren und bewerten, dann kann man die «rationale Ignoranz» überwinden und zu einem überlegten Urteil gelangen.[20]

Also nur wenn die Voraussetzungen für Partizipation und der Zugang zu Informationen gegeben sind, kann eine deliberative Öffentlichkeit der Massen entstehen. Aber wenn selbst in der Realität der westlichen Gesellschaften immer noch die Eliten eine führende Rolle spielen und die Partizipation der Bevölkerung eher gering ist, dann ist eine «Zustimmung des Volkes durch mehrheitliche Partizipation» in China noch ein weit entferntes Ziel.

Für die städtischen Normalbürger und die breite Masse der Bauern, die die Mehrheit der Bevölkerung von 1,3 Milliarden Chinesen ausmachen, sind Radio und Fernsehen die wichtigsten Informationsquellen. Gerade diese spielen aber nur eine untergeordnete Rolle als Foren für öffentliche Debatten und Beteiligungen. Im Vergleich zu den Eliten, die Zeitungen und Internet nutzen, sind Normalbürger und Bauern eher rückständig, was ihren Zugang zu Information und ihre Beteiligung am öffentlichen Leben betrifft. Aber selbst in der Gruppe der Eliten ist nicht jeder ein aktiver Bürger.

---

18 Eine deliberative Demokratie betont die aktive Mitwirkung aller Bürger. Wesentliches Kennzeichen einer deliberativen Demokratie ist ein Diskurs über alle politischen Themen, der auch als Deliberation bezeichnet wird. ⟨Anm. der Red.⟩

19 Bruce Ackerman, James S. Fishkin: *Deliberation Day*. Vgl. die chinesische Übersetzung *Deliberative Democracy* von Yuan He, herausgegeben von Zai Tanhuo, Jiangsu renmin 2007, S. 142–144. Instrumente deliberativer Demokratie wie z. B. öffentliche Anhörungen werden in China zur Zeit viel diskutiert. Das Instrument der deliberativen Bürgerbefragung von Fishkin wurde 2005 in Zeguo in der Provinz Zhejiang angewendet. 275 zufällig ausgewählte Bürger wurden intensiv über geplante Infrastrukturprojekte im geplanten Haushalt des Ortes informiert. Nach Diskussionen stimmten die Bürger schließlich darüber ab, welche der Projekte tatsächlich realisiert werden sollten. Der lokale Volkskongress bestätigte den so entstandenen Haushalt offiziell. Mehr unter: www.chinadevelopmentbrief.com/node/44. ⟨Anm. der Red.⟩

20 Ebd., S. 128–129.

Die Medien leisten durchaus einen Dienst als «Parlament der Zeitungen und des Internets». Aber die politische Partizipation an der Basis der Bevölkerung ist gering, und das kann nicht von heute auf morgen geändert werden.

5 Die Verbesserung des Transparenz aus der Perspektive der Informationsasymmetrie

In der gesellschaftlichen Interaktion entsteht eine Informationsasymmetrie dadurch, dass einige Akteure Informationen besitzen, die andere nicht haben. Dies führt häufig zu einer ethischen Gefahr, [bei dem Privilegierte ihren Zugang zu Informationen für eigenen Zwecke und zum Schaden der Gesellschaft ausnutzen können]. Im gesellschaftlichen Leben gibt es noch eine andere Informationsasymmetrie – die «Informationskluft», die aus dem unterschiedlichen sozioökonomischen Status und dem unterschiedlichen Mediengebrauch der Zielgruppen resultiert. Die «Informationskluft» muss durch die Entwicklung in den Sektoren Bildung, Technologie und Kultur schrittweise verkleinert werden. Im öffentlichen Sektor bedeutet die Veränderung der Informationsasymmetrie, dass die vertikale Verbreitung von Informationen in eine horizontale umgewandelt werden muss. Durch das Internet wird das Problem des fehlenden Zugangs für die Bürgerbeteiligung bereits deutlich verringert. Die Transparenz in der Arbeit der Regierung und der Verwaltung muss aber weiter verbessert werden, insbesondere die unabdingbare Verpflichtung der Regierung zur Bekanntgabe von Informationen. Dies kann auf der Grundlage der bereits erlassenen «Regierungsvorschriften zur Bekanntmachung von Informationen»[21] und dem «Gesetz zur Bewältigung von unerwarteten Vorfällen»[22] geschehen.

Um zu verhindern, dass die «Regierungsvorschriften zur Bekanntmachung von Informationen» durch den Widerstand von lokalen Kräften zu einem zahnlosen Tiger werden, hat der Verfasser des vorliegenden Beitrags dem Staatsrat, der diese Vorschriften erlassen hat, folgende Vorschläge gemacht:

Erstens, zur Beaufsichtigung der praktischen Umsetzung dieser Vorschriften eine Inspektionsgruppe zu bilden, deren Mitglieder hauptsächlich aus Hochschullehrern aus Peking, Shanghai und anderen Orten bestehen. Sie soll überwachen, wie die lokalen Regierungen initiativ Informationen bekanntgeben und auf Anfragen reagieren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Kontrolle der Bekanntgabe von Katastrophennachrichten.

Der zweite Vorschlag: Wenn sich lokale Regierungen weigern, Informationen herauszugeben, sollen Schiedsgerichte über den Streitfall befinden.[23] Diese Schiedsgerichte sollen aus lokalen und auswärtigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Fachleuten zusammengesetzt sein.

Drittens, überregionale Medien sollen, dort wo lokale Regierungen etwas vertuschen, dazu beitragen, dass die entsprechenden Fälle aufgeklärt und die betreffenden Beamten zur Verantwortung gezogen werden.[24] Außerdem sollen die «Regierungsvorschriften» möglichst bald Gesetzescharakter erhalten.

---

21 In Kraft getreten am 1. Mai 2008. ⟨Anm. der Red.⟩

22 In Kraft getreten am 1. November 2007. ⟨Anm. der Red.⟩

23 Die Regularien sehen Ausnahmen vor, unter denen Informationen nicht öffentlich gemacht werden müssen, z. B. indem sie als Staatsgeheimnis klassifiziert werden. ⟨Anm. der Red.⟩

24 Zhan Jiang: «Schwere Katastrophen stellen die ‹Regierungsvorschriften zur Bekanntmachung von Informationen› auf die Probe», *Xinjingbao*, 3.5.2005.

6 Journalistischer Professionalismus[25] und «die private Nutzung von öffentlichen Gütern» sowie die Korruption in den Medien

Journalistischer Professionalismus verlangt von den Medien, dass sie für die Gesellschaft öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Nach dem Kerngrundsatz der journalistischen Professionalität, nämlich der Objektivität, sollen die Nachrichtenmedien Nachrichten von Meinungen und von Werbung trennen. Aber abgesehen von einigen großstädtischen Medien werden zur Zeit die Inhalte der klassischen offiziellen Zeitungen, und der Internetmedien nicht nach dem Grundsatz der Objektivität aufbereitet. Die klassischen offiziellen Zeitungen, besonders die lokalen offiziellen Zeitungen, werden von einigen Beamten gesteuert und sind voll von langweiligen Belehrungen, die die Öffentlichkeit nicht tangieren. Die eigentlich als gesellschaftliche Instrumente gedachten Medien werden damit zu einem Instrument der Selbstinszenierung lokaler Potentaten degradiert. Das ist die sogenannte «private Nutzung öffentlicher Güter». Manche Beschäftigte in den Internetmedien betrachten sich selbst nicht als Journalisten, sondern nur als Angestellte einer kommerziellen Firma. Es mangelt ihnen an journalistischer Ethik und an Grundkenntnissen zur Ausübung des journalistischen Berufes. Darüber hinaus werden fast alle Medien massiv mit dem Phänomen der «bezahlten Meldungen» konfrontiert. Es gibt sogar Leute aus der Medienbranche, die unter dem Vorwand der Kontrollfunktion der Medien mithilfe von Nachrichten Erpressungen durchführen.[26] Die von dem Verfasser bereits seit einigen Jahren befürchtete «doppelte Feudalisierung»[27] der Nachrichtenwelt hat in letzter Zeit an einigen Orten schon einen erschreckenden Grad erreicht. Dies beeinträchtigt in großem Maß die schnelle und vollständige Berichterstattung über öffentliche Angelegenheiten sowie die vernünftige und kritische Diskussion über öffentliche Themen. Ein Indiz dafür ist, dass zwar in den letzten Jahren zahlreiche hohe Beamte wegen Korruption gestürzt worden sind, aber kaum einer von ihnen durch die traditionellen Medien entlarvt wurde.

Manche Kommentatoren erklären, dass das starke Aufkommen der Kontrolle durch die Öffentlichkeit in den Internetmedien darauf zurückzuführen ist, dass die Kontrolle in den traditionellen Medien «sprachlos» ist. Sie weisen außerdem darauf hin, dass dieses Phänomen eigentlich besondere Wachsamkeit verdient. «Im Normalzustand einer Gesellschaft sollte die Macht durch etablierte und rationale Mechanismen in Schach gehalten werden. Es sollte nicht so sein, dass jeder Mensch dazu mobilisiert wird, sich pausenlos an politischen Kampagnen gegen Korruption und zur Kontrolle [der Regierung] zu beteiligen. Wenn man die Kanalisierung der Volksmeinung vollständig dem Internet anvertraut, ohne schleunigst andere Kanäle bereitzustellen, ist das so, als ob die Gesellschaft kollektiv alles auf eine Karte setzte.»[28]

Um die Probleme der Sprachlosigkeit der traditionellen Medien, die doppelte Feudalisierung und die Trennung der Meinungsarena in traditionelle Medien und Internetmedien aufzulösen, genügt es nicht, sich auf die Selbstverpflichtung der Nachrichtenwelt zu verlassen und die lokalen Regierungen zu Reformen zu drängen, um die gegenwärtige Lage zu ändern. Was wir brauchen, sind Gesetze für die

---

25 «xinwen zhuanye zhu yi» – von chinesischen Journalisten und Medienforschern viel benutzter Begriff, um sich von den bisherigen Propagandafunktionen der Medien zu distanzieren. Er verlangt von Journalisten und Medien Objektivität und Unabhängigkeit. ⟨Anm. der Red.⟩

26 Medienvertreter lassen sich bezahlen, um nicht über bestimmte Skandale zu berichten. ⟨Anm. der Red.⟩

27 Mit doppelter Feudalisierung beschreibt Zhan Jiang die Tatsache, dass Medien einerseits einer strengen staatlichen Kontrolle und andererseits einem scharfen kommerziellen Wettbewerb ausgesetzt sind. ⟨Anm. der Red.⟩

28 Zhang Wei: «Das starke Aufkommen der Kontrolle durch das Internet geht auf die Sprachlosigkeit der traditionellen Kontrolle zurück», in: *Zhongguo Qingnian Bao*, 18.3.2009.

Nachrichten- und Massenmedien, die die in der Verfassung garantierte Meinungsfreiheit der Bürger und ihr Recht auf Kontrolle und Kritik der staatlichen Organe und ihrer Mitarbeiter in der Praxis einklagbar machen. Gleichzeitig muss das korrupte und verdorbene Verhalten in der Nachrichtenwelt bekämpft werden.

7 Die Rolle der Medien bei der «Frage nach der Verantwortlichkeit»[29] und das Kadersystem

Weil die Medien die am meisten reformorientierten gesellschaftlichen Kräfte in China sind, sind sie auch diejenigen, die am aktivsten eine gesellschaftspolitische Agenda setzen. Seit 2008 hat die chinesische Regierung ihre Einstellung geändert und setzt seitdem selbst Agenden. Anlässlich von Katastrophen und Massenunruhen werden Informationen frühzeitig bekanntgegeben und dadurch die Transparenz verbessert. Die chinesische Bevölkerung war bisher wegen der fehlenden Kanäle für die öffentliche Beteiligung kaum in der Lage, selber eine gesellschaftspolitische Agenda zu setzen. Diese Situation hat sich mit dem Aufkommen des Internet rasch geändert. Heute sagt man: «Wo es Internet gibt, gibt es keine Geheimnisse mehr», oder «Das Internet fürchten heißt das Volk und die Gerechtigkeit fürchten».[30] Viele konservative lokale Funktionäre können sich nicht an diesen öffentlichen Druck gewöhnen. Xu Weilin, der Vize-Propagandaminister des Parteikomitees aus dem Kreis Suide der Provinz Shanxi beklagte sich gegenüber der Zeitschrift *Nanfang Renwukan*: «Die Journalisten berichten nicht über positive Entwicklungen, sie machen nur Ärger.» Er resümiert: «Wie gut war es doch früher ohne Internet. Damals haben die Journalisten nur das gesagt, was wir ihnen vorgegeben haben.»[31]

Die Anstrengungen der Zentralregierung, der traditionellen Medien und der Internetmedien haben dazu geführt, dass lokale Kader besser überwacht und für Verfehlungen eher zur Verantwortung gezogen werden. Bei dieser «Frage nach der Verantwortung» arbeiten Zentralregierung und Medien Hand in Hand. Seit der SARS-Epidemie 2003 wurden mehr als tausend Beamte aller Hierarchiestufen, einschließlich Gesundheitsminister Zhang Wenkang und Pekings Bürgermeister Meng Xuenong, zur Verantwortung gezogen, weil sie die Epidemie vertuscht und es versäumt hatten, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Auch bei weiteren schwerwiegenden Vorfällen haben viele untätige und unfähige Beamte ihre Posten verloren, zum Beispiel wegen der Verseuchung des Flusses Songhua, des Bohrunglücks von Chongqing, des Unglücks von Miyun bei Peking, bei dem Dutzende Menschen zu Tode getrampelt wurden, und wegen des Skandals um die «schwarzen Ziegeleien» von Shanxi.[32] Bei diesen Vorfällen hat die Bevölkerung den positiven Effekt des Zusammenwirkens von Regierung und Medien gesehen.

Aber was die Normalbevölkerung, einschließlich der Gebildeten, nicht weiß, ist die Tatsache, dass Kader, die wegen ihrer Verfehlungen zurücktreten mussten oder entlassen wurden, weder ihre frühere Einstufung noch die entsprechende Besoldung eingebüßt haben. Das Schlagwort von der «Frage nach der Verantwort-

---

29 Das System der «Frage nach der Verantwortlichkeit» offizieller Kader wurde im September 2004 eingeführt. Es ist Teil der «Vorschriften über die Kündigung führender Parteikader», die vom Zentralkomitee der KP Chinas erlassen wurden. ⟨Anm. der Red.⟩

30 Fan Guanfeng: «Reminiszenz an die Zeiten ohne Internet», www.caogen.com/blog/infor_detail.aspx?id=150&articleId=6755.

31 Zheng Tingxin: «Wenn der Schulleiter den Kreisvorsteher trifft», *Southern People Weekly*, 30.1.2008.

32 Im November 2005 wurde der Songhuajiang, der durch die nordostchinesischen Provinzen Jilin und Heilongjiang fließt, durch Benzol verschmutzt, nachdem eine Chemiefabrik am Oberlauf des Flusses explodiert war. Bei einem Bohrunfall an einer Gasförderanlage kamen im Dezember 2003 nordöstlich von Chongqing, Provinz Sichuan, fast 200 Menschen ums Leben. Anfang Februar 2004 starben bei einer Massenpanik im Pekinger Vorort Miyun während des traditionellen Laternenfestes 37 Menschen. Zu den «schwarzen Ziegeleien» in Shanxi, vgl. Fußnote 16. ⟨Anm. der Red.⟩

lichkeit» bedeutet lediglich, dass den Betreffenden während der heißen Phase des Skandals der Beamtenhut abgenommen wird, um sie für unbestimmte Zeit in den «bezahlten Urlaub» oder kurzfristig zur «Kur» zu schicken. «Die Wiedereinsetzung der Beamten erfordert eine strenge, wissenschaftlich gestützte Verfahrensweise, sonst verliert das Verfahren der ‹Frage nach der Verantwortlichkeit der Beamten› Autorität und Seriosität.»[33]

Dennoch, die Medien haben die großen Probleme auf die Agenda gesetzt – von der «Frage nach der Verantwortlichkeit der Beamten» bis hin zur Reform der gesamten Bürokratie. Das ist schon ein sehr großer Beitrag der Medien zur Verwaltungsreform.

Zusammenfassend kann man sagen, dass im Zuge des «neoautoritären Systems» und der Vertiefung der wirtschaftlichen Reformen der Freiheitsgrad der chinesischen Bürger gestiegen ist. Die Medien haben sich allmählich vom sowjetischen Propagandamodell unter einem totalitären System zu einem sowohl privaten als auch öffentlichen Modell unter dem gemeinsamen Einfluss Partei und Markt entwickelt. Die Veränderung hat die Entstehung von Verfahren zur öffentlichen Beteiligung gestärkt und eine chinesische Öffentlichkeit mit einer besonderen Art der Zivilgesellschaft hervorgebracht. Im sich wandelnden China werden die Medien allmählich zu einer öffentlichen Plattform zur Artikulation und Konvergenz verschiedener Interessen im politischen System. Die Medien sind eine bedeutende Größe zur Beeinflussung der öffentlichen Politik. Man kann es zwar noch nicht mit den ausgereiften demokratischen und rechtsstaatlichen Ländern vergleichen, aber die immer stärkere Rolle der chinesischen Medien bei der Partizipation der Massen ist eine unbestreitbare Tatsache. Außerdem erhöhen die Medien den «Bürgersinn» der Bevölkerung, d. h. sie leisten einen positiven Beitrag zum allmählichen Wandel vom traditionell untertänigen, passiven Bürger in einen aktiven Bürger. Dies begünstigt die Entstehung der Zivilgesellschaft. In der sich wandelnden chinesischen Medienlandschaft spielen die marktorientierten Medien eine zunehmende Rolle. Die administrativen Kräfte ziehen sich zurück, die Kräfte des Marktes, der Massen und der Medien werden stärker. Zwischen allen vier Kräften kann sich ein Wechselspiel entfalten. Doch das gegenwärtige politische System begünstigt die im Zuge der marktwirtschaftlichen Reformen entstandene Überkommerzialisierung, die die positiven Ergebnisse der marktwirtschaftlichen Entwicklung wieder aufwiegt. Damit besteht die Gefahr einer erneuten Feudalisierung der Öffentlichkeit.

Übersetzt von Barbara Hoster

---

33 Li Song: «Systembedingte Schwachstellen bei der Wiedereinsetzung von abgesetzten Beamten», *Liaowang* 1.10.2008.

IV. Globalisierung und China in der Welt

Bis zum Ende der Kulturrevolution war China weitgehend isoliert, und akademische Kreise hatten kaum Zugang zu internationalen Publikationen. Die Chinesische Außenpolitik hatte bereits zu Beginn der Volksrepublik die Doktrin der Nichteinmischung formuliert, und so nahmen chinesische Wissenschaftler auch kaum Stellung zu internationalen Ereignissen oder engagierten sich in den internationalen Diskursen.

Auch nach Reform und Öffnung forderte Deng Xiaoping Zurückhaltung bei internationalen Angelegenheiten. Zu drängend und komplex schienen die Herausforderungen in China. Alle Kräfte sollten zunächst in den Aufbau des Landes investiert werden. Das änderte sich in den 1990er Jahren. Immer mehr chinesische Wissenschaftler absolvierten ein Studium im Ausland und kehrten mit neuen Perspektiven zurück. Die Globalisierung erreichte China.

Im Vorfeld von Chinas WTO-Beitritt 2002 gab es erhitzte öffentliche Debatten darüber, ob und wie sich China international integrieren sollte. Außenpolitische Experten entwickelten und verwarfen Konzepte wie etwa das Schlagwort von «Chinas friedlichem Aufstieg».

Viele Wissenschaftler sehen China als «geschlossenes System», das unabhängig von der Außenwelt seine Probleme lösen muss und sich erst dann global engagieren wird.

Xu Youyus Text erschien 2005 in der *Fachzeitschrift des Forums der Sozialwissenschaften*. Er dokumentiert, wie kontrovers chinesische Intellektuelle seit den 1990er Jahren die Globalisierung diskutierten. Er selber bezieht klar Stellung für ein stärkeres Engagement Chinas in der internationalen Gemeinschaft.

Qin Hui ist einer der wenigen chinesischen öffentlichen Intellektuellen, der bei all seinen Arbeiten die globalen Zusammenhänge im Blick behält. Anlässlich der globalen Finanzkrise hat er die wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen China und Amerika unter die Lupe genommen; daneben legt er die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen und politischen Strukturen offen. Sein Text basiert auf seinem Vortrag an der Pekinger Renmin-Universität im Frühjahr 2009 und wurde anschließend im Internet verbreitet.

Hu Angang fordert im Vorfeld der Konferenz von Kopenhagen eine stärkere Verantwortung von China für den internationalen Klimaschutz. China leidet überproportional an den Folgen des Klimawandels, obwohl es historisch kaum Verantwortung für die derzeitigen Konzentrationen an Treibhausgasen in der Atmosphäre trägt. Als gegenwärtig größter Produzent von CO_2 steht China aber im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit. Der Klimawandel ist

damit zu einen Thema geworden, bei dem China sich auch international stark engagieren muss. Sein Text erschien auf der bilingualen, chinesisch-englischen Internetplattform zu Umweltthemen: chinadialogue.net.

Xu Youyu 徐友渔

Globalisierung

Li Shenzhi[1], Experte für internationale Fragen und ehemaliger Vizepräsident der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, hat in der ersten Hälfte der 1990er Jahre als Erster in China den Trend zur Globalisierung erkannt. In seinem Artikel «Globalisierung und die chinesische Kultur» (1994) stellte er fest, dass die Welt in das Zeitalter der Globalisierung eingetreten sei. Er bejaht die Globalisierung und hält sie historisch für den einzig gangbaren Weg: «Im Rückblick auf die Konzepte ihrer Wegbereiter – sei es die Reformbewegung[2] oder die Bewegung zur Rettung des Vaterlandes[3], die Drei Prinzipien des Volkes von Sun Yat-sen[4] oder der Sozialismus, die Weltrevolution oder die Integration Chinas in die internationale Gemeinschaft – alle diese Konzepte führen letztlich auf den einzig gangbaren Weg für die Menschheit: den der Globalisierung.»

Im Zentrum der Überlegungen Li Shenzhis stehen die Positionierung der chinesischen Kultur und die Frage ihrer Zukunft im Zeitalter der Globalisierung. Er schreibt: «Auf lange Sicht werden die Besonderheiten einer Kultur mit ihrer Universalität verschmelzen, das nennt man ‹Moderne›. Aber gegenwärtig ist der chinesischen Kultur noch eine besondere Aufgabe auferlegt: nach einer langen Phase des Verfalls der chinesischen Kultur wieder ein chinesisches Wertesystem aufzubauen… Auch wenn die Wertestandards der Menschheit eigentlich sehr große Gemeinsamkeiten aufweisen müssten, liegt die Verwirklichung dieser Gemeinsamkeiten tatsächlich noch in ferner Zukunft.»

In «Globalisierung und globale Werte» aus dem Jahre 1998 schreibt er: «Meiner Meinung nach ist eine rein wirtschaftliche Globalisierung ohne eine Globalisierung grundlegender Werte der Menschheit unvollständig, man kann in diesem Fall nicht wirklich von Globalisierung sprechen. Eine echte Globalisierung hängt vom Aufbau globaler Werte ab… Mit dem Eintritt in das Zeitalter der Globalisierung tendieren nicht nur Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zur Globalisierung, sondern auch die staatlichen Systeme und die nationalen Werte eines jeden Landes,

---

1 Li Shenzhi lebte von 1923–2003. ⟨Anm. der Red.⟩

2 Reformbewegung von 1898 um den Gelehrten Kang Youwei (1858–1927), die mithilfe des Kaisers und einer aufgeklärten Beamtenschicht umfassende wirtschaftliche, militärische und politische Reformen anstrebte, aber an den konservativen Kräften am Kaiserhof um die Kaiserwitwe Cixi scheiterte. ⟨Anm. der Red.⟩

3 Jiuguo («Rettung des Vaterlandes»), Strömung innerhalb der 4.-Mai-Bewegung. Letztere bezeichnet die geistig-kulturelle Erneuerungsbewegung, die nach den patriotischen Studentenprotesten am 4. Mai 1919 in Peking gegen die Versailler Friedenskonferenz (wegen der Shandong-Frage, die Japans Einfluss auf China festigte) benannt ist. Die 4.-Mai-Bewegung erstreckt sich etwa auf die Jahre 1915–1925. ⟨Anm. der Red.⟩

4 Sun Yat-sen (etwa 1866–1925) gilt als Gründer des modernen Chinas. Seine «Drei Prinzipien» sind Nationalismus, Demokratie, Wohl des Volkes. ⟨Anm. der Red.⟩

das sind dann globale Werte.» Und weiter: «Die Demokratie ist bereits ein globaler Wert… Die Tatsache, dass sich die Demokratie allmählich zu einem globalen Wert entwickelt hat, geht auf die ‹Atlantik-Charta› von Roosevelt und Churchill zurück, in der ursprünglich die angelsächsischen Länder im Zweiten Weltkrieg ihre Grundsätze für eine Entwicklung der Welt nach dem Krieg festlegten. Auf dieser Charta basierten die Gründung der Vereinten Nationen, deren Charta und weitere Dokumente. So wurde Demokratie als globaler Wert etabliert. Auf keinen Fall vergessen werden sollten auch die Kriegsverbrecherprozesse von Nürnberg und Tokio – es waren die ersten in der Geschichte der Menschheit, die Menschenrechte über nationale Souveränität stellten.»

In diesem Artikel unterstützt Li Shenzhi ausdrücklich den Beitritt Chinas in die WTO: «Mit dem Beitritt zur WTO wird China formell Teil der globalisierten Wirtschaftsordnung sein.»

Im Hinblick auf den Widerstand gegen die Globalisierung in China stellte er fest, dass «die Globalisierung geistiger Werte vor allem auf den Widerstand aus dem nationalistischen und dem autokratischen Lager» stößt.

Viele Intellektuelle in China sind völlig anderer Meinung und teilen Li Shenzhis Standpunkt nicht. Für sie bedeutet die Teilnahme an der Globalisierung, nur Teil des ungerechten, globalen Kapitalismus zu werden, und der Schaden für China sei dabei größer als der Nutzen. Chen Yangu beispielsweise schreibt in seinem Artikel «Das Ende der Geschichte oder die totale Demokratie?»[5], kapitalistische Länder hätten ihre Entwicklung von Anfang an darauf gestützt, andere Länder auszubeuten und zu unterjochen. Wie in der Kolonialzeit beherrschten sie auch heute noch die Welt, «die Existenz des Kapitalismus ist eng mit einer polarisierten globalen Klassenstruktur verbunden, er produziert sie täglich neu». Er ist der Ansicht, die Entwicklung der Länder der dritten Welt könne unter den gegenwärtigen Voraussetzungen nur eine ungleiche sein. Es sei sogar eine selbstmörderische Entwicklung, weil die «katastrophale Verbindung von moderner Technologie und überholtem Kapitalismus für Mensch und Umwelt zu unvorstellbarer Zerstörung führt, die weit über die der Kolonialzeit hinausgeht». Daraus folge, dass die Aufgabe der Länder der dritten Welt darin bestehe, nicht an der Globalisierung teilzunehmen, sondern den globalen Plan zu verfolgen, «sowohl regional als auch global den Kapitalismus zu bekämpfen und die globale Polarisierung, die das kapitalistische Weltsystem geschaffen hat, zu beseitigen». Auf diese Weise solle der Sozialismus umgesetzt bzw. wiederhergestellt werden.

Wang Hui kritisiert in «Chinesisches Denken der Gegenwart und das Problem der Moderne»[6] diejenigen, die die Globalisierung bloß als die neueste Entwicklung der Welt ansehen. Er ist der Überzeugung, dass die Globalisierung der Grund für die zur Zeit vordringlichsten Probleme Chinas sei: Korruption und Ungerechtigkeit. «Was die Lage in China betrifft», schreibt er, «so führt die immer stärkere Teilnahme Chinas an der Globalisierung von Produktion und Handel dazu, dass diejenigen, die das internationale und das inländische Kapital kontrollieren, sich gegenseitig vermischen und in Konflikt geraten. Das hat wiederum zur Folge, dass die wirtschaftlichen Verflechtungen in China komplizierter und der Korruption Tür und Tor geöffnet werden. Die Korruption durchdringt die Bereiche von Politik, Wirtschaft und Moral und bringt große soziale Ungerechtigkeiten hervor.» Und weiter: «Die Probleme Chinas sind inzwischen zugleich die Probleme des kapitalistischen Weltmarkts, deshalb ist die Diagnose der Probleme Chinas gleichzeitig auch eine Diagnose des immer stärker globalisierten Kapitalismus und seiner Probleme.» In

5 In: *Dushu* 12/1998.

6 In: *Tianya* 5/1997.

einem weiteren Artikel schreibt er: «Korruption zeigt sich heute oft im Bereich der internationalen Finanzen und des Handels.»

In «Liberalismus und das heutige China» bestreitet der Autor dieser Zeilen diese Ansicht und widerspricht auch Chen Yangu: Dessen «Behauptungen ‹Die jetzige Entwicklung ist Selbstmord› und ‹Erst Revolution, dann Aufbau› sind absurd und gefährlich. Sie führen dazu, dass die rückständigen Länder sich dem Wahn der ‹Weltrevolution› hingeben und wirtschaftlich unwiderruflich zurückbleiben. Der Unterschied zwischen Reich und Arm wird dabei immer größer, die Polarisierung immer extremer. In den letzten zwanzig, dreißig Jahren hat die Wirtschaft einiger Länder sich rasant entwickelt. Das hat deutlich gezeigt, dass im Zeitalter der Globalisierung Herausforderungen und Chancen nah beieinander liegen. Ob es eine Entwicklung gibt, hängt von den Bemühungen der Menschen ab.» Er kritisiert die Ansicht Wang Huis, Probleme wie Korruption und Ungerechtigkeit entstünden durch die Marktwirtschaft, durch multinationale Konzerne und die Globalisierung. Dies entspreche nicht den Tatsachen, Wang Hui suche die Gründe von evidenten Problemen außerhalb, in weiter Ferne.

In den Augen Han Yuhais ist Globalisierung die Integration des Kapitalismus. In seinem Artikel «Globalisierung oder Kapitalismus?» heißt es: «Ich glaube, Globalisierung bedeutet die vollständige Durchdringung der Gesellschaft von der Logik des Kapitalismus.» Und in dem Beitrag «Wollen wir eine konvergierende Welt?» stellt er fest: «Ich glaube, dass die ‹freie Welt›, in die die ehemals sozialistischen Länder aufgenommen werden wollen, auch in hohem Maß konvergiert und institutionalisiert ist. Ihre Organisationsform ist vielleicht nicht ein ‹proletarischer Internationalismus› oder ‹parteipolitisch organisiert und ideologisch›, dafür aber ein System geld- und kapitalgesteuerter transnationaler Arbeitsteilung.»

In ihrem Buch *Chinas Weg im Schatten der Globalisierung* vertreten Fang Ning, Wang Xiaodong, Song Qiang und andere die Ansicht, dass wir nicht im Zeitalter der Globalisierung lebten, sondern in dem des Neokolonialismus oder Postkolonialismus. Was man jetzt sehen könne, seien nicht Kooperation und gegenseitiger Nutzen, sondern Ausbeutung, Antagonismus und Spaltung. «Nach dem Krieg hat sich der Unterschied im Leistungsniveau der Entwicklungsländer in der dritten Welt und der entwickelten Ländern des Westens insgesamt nicht verkleinert, sondern weiter vergrößert, die Kluft ist riesig geworden.» Und weiter: «Das Kapital ergießt sich über die ganze Welt, der Profit fließt in den Westen. Der Westen ist der größte Gewinner der wirtschaftlichen Globalisierung, der dritten Welt bleibt nur die armselige Rolle des Verlierers.» Die Haltung dieser Autoren gegenüber der Globalisierung ist also nicht positiv und enthusiastisch, sondern ablehnend und warnend: «Wir müssen die wirtschaftliche und politische Globalisierung nicht nur klar einschätzen, um geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen, sondern mehr noch gegenüber der Globalisierung der westlichen Kultur wachsam sein. Die westliche Kultur- und Diskurshegemonie muss umfassend überprüft und boykottiert werden. Eine Nation an der Peripherie muss sich angesichts des bevorstehenden Zeitalters des Postkolonialismus gründlich auf die eigene Kultur besinnen, um auf der Grundlage eines Nationalbewusstseins einen Raum für die nationale Existenz zu wahren und damit auch das Recht auf nationale Existenz.»

Wang Hui hat zum Thema Globalisierung eine sehr spezielle und kontroverse Ansicht veröffentlicht. Er glaubt, dass die Unruhen von 1989[7] ein Ausdruck des Protestes und Widerstandes gegen den Prozess der Globalisierung waren. In seinem Artikel «Die historischen Ursprünge des ‹Neoliberalismus› und seine Kritik – über das Denken auf dem chinesischen Festland heute und das Problem der Moderne»[8]

---

7 Vgl. die Fußnote 4 im Beitrag von Qin Hui: «30 Jahre Reform und Öffnung». ⟨Anm. der Red.⟩

8 In: *Taiwan shehui kexue jikan*, 6/2001.

heißt es: «Wenn wir die soziale Bewegung von 1989 unter den Bedingungen wachsender und an Einfluss gewinnender nationaler und internationaler Märkte untersuchen, werden wir feststellen, dass viele ihrer Forderungen mit denen der Proteste im November 1999 in Seattle sowie anlässlich der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington im April/Mai 2000 und mit denen gegen den G8-Gipfel in Genua im Sommer 2001 in einem inneren Zusammenhang stehen, weil sie alle gegen die politische Determinierung des alltäglichen Lebens gerichtet waren (auch wenn diese Determinierung im Namen des freien Marktes geschieht).»

In einem Interview in der englischen Zeitschrift *New Left Review* (6/2000) vertritt Wang Hui ebenfalls eine Ansicht, die sowohl von der deskriptiven als auch der analytischen Seite schwer zu verstehen ist: «Die Öffnungspolitik Deng Xiaopings sollte China das tiefere Eindringen in den Weltmarkt ermöglichen. Und wie geschah das? Der entscheidende Schritt in diesem Prozess war die chinesische Invasion in Vietnam 1978. Der Grund für diesen eigentlich bedeutungslosen Angriff auf den kleinen Nachbarstaat lag darin, dass China eine neue Beziehung zu Amerika aufbauen wollte. Die Invasion war ein politisches Geschenk an Washington und die Eintrittskarte Chinas in das Weltsystem. Gewalt wurde hier zur Vorbedingung einer neuen Wirtschaftsordnung.»

Am 22. November 2001 äußerten in der Zeitung *Nanfang zhoumo* (*Southern Weekend*) zwei Kulturschaffende in einem Interview unterschiedliche Standpunkte. Auf die Frage, was sie von der Globalisierung hielten, erklärte Wang Xiaoming: «Es ist unvermeidlich, dass Wirtschaft, Politik und Kultur aller Länder und Regionen immer enger miteinander verbunden sind, aber das heißt nicht, dass wir die jetzige Globalisierung hinnehmen werden. Wenn wir immer nur blindlings den USA folgen, um ‹den Anschluss nicht zu verpassen›, gerät die Globalisierung in eine noch stärkere Schieflage, und China wird letztlich großen Schaden nehmen.» Und weiter: «Im Lauf der menschlichen Geschichte überleben nicht unbedingt immer die Besten. Oft werden hoch entwickelte, komplexe Zivilisationen von den primitiven geschlagen. In einem solchen Fall ist eine Konvergenz überhaupt nicht gut. Die populäre amerikanische Kultur ist sehr grob. Die Fast-Food-Kultur Amerikas und Hollywoods nehmen eine dominierende Stellung in der Welt ein, das ist eine Katastrophe.»

Die Einstellung des Schriftstellers Wang Meng dagegen ist positiv und optimistisch. Auf die Frage des Journalisten, warum viele Intellektuelle bis heute der Globalisierung so sorgenvoll gegenüber stünden, antwortete er: «Ich glaube, kein Trend ist heutzutage nur eindimensional, sondern immer zweidimensional. Die eine Dimension ist Globalisierung, Integration, Digitalisierung, Standardisierung. Die andere Dimension ist, dass gerade im Prozess der Globalisierung jedes Volk, jedes Land und jede Gruppe bis hin zu jedem einzelnen Menschen die eigene Besonderheit schätzen lernt. Deshalb bedeutet eine Teilnahme an der Globalisierung nicht den Verlust von Identität, Persönlichkeit und Einzigartigkeit. Im Gegenteil, die Menschen lernen ihre eigenen Besonderheiten viel mehr als je zuvor schätzen. Ein paar Intellektuelle, die von der chinesischen Kultur leben, machen sich große Sorgen über die Globalisierung, das ist verständlich. Andererseits, so groß ihre Bedenken auch sind, der Trend zur Globalisierung ist nicht aufzuhalten. Man kann Kritik üben, soviel man will, sie wird weiter voranschreiten, weil sie für die Entwicklung der Wirtschaft von großem Vorteil ist. Ohne Globalisierung hätte es den Fortschritt der letzten 20 Jahre in China nicht gegeben. Ein Ziel der Reformen und der Öffnungspolitik war es, dass China Teil des Weltwirtschaftssystems wird. Und gleichzeitig mit der Globalisierung werden die Trends zur Regionalisierung, Nationalisierung und Individualisierung stärker, das lässt sich ebenso wenig aufhalten, schon gar nicht im Bereich der Kultur, denn Kultur ist am schwersten zu vereinheitlichen.»

Die Debatte um die Globalisierung hält bis heute an, ein Ende ist nicht abzusehen. In einer Sondernummer der Zeitschrift *Tianya* (2/2003) zur Diskussion über Globalisierung schrieb Jin Anping in dem Beitrag «Globalisierung – eine Verfluchung der Modernisierung?»: «Strategisch gesehen ist die Verfluchung der Globalisierung eine Notwendigkeit für jeden Politiker. Hier muss man jedoch sorgfältig differenzieren, denn die Verfluchung der Globalisierung auf der akademischen Ebene ist gefährlich. Intellektuelle sollten weder an die Verfluchung der Globalisierung glauben, noch viel weniger sollten sie der Gesellschaft suggerieren, dass Globalisierung die Macht eines Fluches hat.»

Hu Jian schreibt in dem Beitrag «Der Imperialismus der englischen Sprache vor dem Hintergrund der Globalisierung»: «Der Imperialismus der englischen Sprache vor dem Hintergrund der Globalisierung hat seine Ursprünge Ende des 20. Jahrhunderts und wird wahrscheinlich die erste Utopie des neuen Jahrhunderts sein. Da wir bis heute die Globalisierung nicht aufgeben wollen, ist der Kampf der Sprachen und Kulturen unvermeidlich.» Der Autor findet, dass die englische Sprache sich unberechtigterweise schon den ersten Platz unter den Sprachen der Welt erobert habe. Auf dem Markt des Spracherwerbs strebe das Englische rücksichtslos nach Geld und Geschäft, einige Sprachen seien infolgedessen schon ausgelöscht. Er ruft uns zur Wachsamkeit gegen den Angriff des Imperialismus der englischen Sprache auf.

In einer Diskussion über «Nation, Religion und Globalisierung» in *Tianya* (3/2003) meint Wang Lixiong, die sogenannte Globalisierung sei in Wahrheit eine Amerikanisierung, und der Kern der Amerikanisierung sei Materialismus. Dieser Trend rufe keine Begeisterung hervor, denn Glück lasse sich weder durch wirtschaftliche Entwicklung noch mithilfe eines quantitativen Wachstums realisieren; wenn die existentiellen Bedürfnisse gesichert seien, sei Glück keine materielle Frage mehr, sondern eine geistige. Und er fährt fort: «Die Symbiose von religiösem Extremismus und Nationalismus ist eine Reaktion auf die Globalisierung, bei der der Westen auf dem Siegeszug ist und die christliche Zivilisation sich immer weiter ausbreitet. Wenn die Menschen spüren, dass ihre Lebenskraft schwindet, ihre Gegenwehr schwächer wird und sie im Wettbewerb ständig benachteiligt sind, geraten sie leicht in einen Zustand der Enttäuschung und Verzweiflung. Die Reaktion darauf ist häufig Extremismus.»

Von den verschiedenen Standpunkten ist der von Cheng Xiaonong am konstruktivsten. In «Vollständige institutionelle Erneuerung zur Anpassung an die wirtschaftliche Globalisierung: Die Herausforderung Chinas im 21. Jahrhundert»[9] legt er dar, wie China der Herausforderung begegnen und Chancen nutzen sollte. Die wirtschaftliche Globalisierung bedeute, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten der meisten Länder grenzüberschreitend seien und die wirtschaftliche Entwicklung mehr und mehr zu einem Prozess werde, der von multinationalen Konzernen global koordiniert und organisiert werde. Die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft hänge heute schon in hohem Maße von der Globalisierung ab, doch sei das bestehende System nicht in der Lage, die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen. Kleine Systemanpassungen hier und da seien keine Lösung, es zeigten sich Anzeichen einer tiefen Systemkrise. Die chinesische Regierung müsse einsehen, dass ihre überholte Vorstellung vom Ankurbeln, Intervenieren und Kontrollieren der Wirtschaft und das Eingreifen in Marktmechanismen durch Funktionäre geändert werden müssen. Im Wettstreit der Länder um die erfolgreiche Teilnahme an der wirtschaftlichen Globalisierung ist die institutionelle Konstituierung das wichtigste Element. Die erfolgreiche Teilnahme benötige institutionelle Voraussetzun-

---

9 In: *Zhongguo shehui kexue* jikan, Winter 2000 (Vierteljahresschrift der Sozialwissenschaften in China.) ⟨Anm. der Red.⟩

gen, die die Globalisierung erfordere und die weltweit anerkannt seien, und nicht etwa solche, die von «nationalen Besonderheiten» geprägt seien. Eine Politik, die sich «Stabilität mit Geld erkauft», lasse sich heute kaum noch fortsetzen, denn sie verlange von einem Großteil der Gesellschaft einen hohen Preis für Strukturanpassungen, und daher seien umfassende und tief greifende politische und wirtschaftliche Reformen der einzig gangbare Weg.

Übersetzt von Barbara Hoster

Qin Hui 秦晖

Die Interaktion zweier Spannerraupen[1]

Wie ich die globale Wirtschaftskrise sehe

Die globale Finanzkrise inspiriert manche Menschen zu Verschwörungstheorien: Es gäbe eine Verschwörung von diesem oder jenem Staat, gar von dieser oder jener Person oder von bestimmten Personenkreisen (etwa vom Rothschild-Klan etc.). Mal ehrlich, wollen uns solche Verschwörungstheoretiker für dumm verkaufen? Wenn es sich bei dieser globalen Krise um eine Verschwörung handeln sollte, dann müsste dahinter ein ganzes System von Verschwörern stecken. Deshalb sollten wir in der Diskussion über die Wirtschaftskrise zunächst die Realitäten betrachten, die diese Krise bewirkt haben.

Eine Krise oder zweierlei Krisen?

Als erstes gilt es zu fragen, mit was für Problemen wir wirklich konfrontiert sind. Viele vergleichen die momentane globale Finanzkrise wegen der einen oder anderen Parallele mit der großen Wirtschaftsrezession von 1929. Dabei unterscheidet sich die momentane Krise bereits in ihrem Wesen komplett von der damaligen, ganz zu schweigen von den Erschütterungen, die sie verursachte.

Die marxistische Ideologie beschreibt die Krise von 1929 als «periodische Krise des Kapitalismus, bedingt durch Überproduktion». Auch westliche, nicht marxistische Theorien, zum Beispiel die keynesianische Schule, betonte als Krisenursache mangelnde Nachfrage. Während der Marxismus konstatiert, der Kapitalismus sei nicht zu retten, setzt der Keynesianismus auf eine gewisse Justierbarkeit durch die Marktwirtschaft. Dieser Unterschiede zum Trotz bedienen sich beide Schulen der gleichen Beschreibung der Szenarien: Übermäßige Investitionen bei gleichzeitigem Rückgang der Nachfrage. Am Ende stehen Überkapazitäten, die die weitere Produktion ad absurdum führen. Milchvorräte werden weggekippt, Weizensilos abgebrannt, ganze Autoparks verschrottet und überflüssige Hochöfen gesprengt. Alles in allem: Die überproduktionsbedingte Krise ist in erster Linie auf mangelnden Konsum zurückzuführen – was die Ursache für diesen unzureichenden Konsum ist, daran scheiden sich dann die Geister von Marxisten und Keynesianern.

Bei der heutigen Finanzkrise, die in der Wall Street ihren Anfang nahm, wirft man jedoch den Amerikanern übermäßigen Konsum, nämlich Konsum auf Kredit vor. Die Amerikaner haben weltweit Geld geliehen, um durch eine negative Handelsbilanz und die Emission von US-Staatsanleihen bei der ganzen Welt einen

---

1 Mit der Fortbewegungsart der Spannerraupe, die sich wie eine Brücke zusammenzieht und wölbt und dann wieder dehnt – daher auch die Gattungsbezeichnung «Geometridae», nach dem Landvermesser – will der Autor metaphorisch ein System der Bewegung darstellen, das nur den Regierenden dient. ⟨Anm. der Red.⟩

Überziehungskredit aufzunehmen und den Konsum der Amerikaner zu stützen. So resultiert die gegenwärtige Krise direkt aus dem Loch, das diese globale Überziehung gerissen hat. Der Zusammenbruch des gesamten Kreditsystems war die Folge. Die Konsumrate in den USA ist die weltweit höchste, das genaue Gegenteil der Situation im Jahr 1929.

Phänomene wie 1929, die auf schwachen Konsum und übermäßige Investitionen hindeuten, zeigen sich hingegen in China. Wenn heutzutage jene Marxsche «kapitalistische Wirtschaftskrise» überhaupt auf dieser Welt existiert, dann in China. In den USA passiert eher das Gegenteil. Natürlich erfährt China im Moment keine so heftigen Erschütterungen wie 1929. Für Chinas Überproduktion gibt es ja einen Ausweg. Sie fließt in Form von großen Handelsüberschüssen in der chinesischen Bilanz in entwickelte Staaten wie die USA ab. Ohne die Nachfrage von außen wäre bei uns in China die Überproduktionskrise noch eklatanter zutage getreten.

Diese Überproduktionskrise in China ist der Hypothekenkrise in den USA vorausgegangen. Die Idee, die Binnennachfrage anzuregen, ist in unserem Land ein alter Hut. Schwacher Konsum, übermäßige Investitionstätigkeit und Überkapazität sind in China bereits seit über einem Jahrzehnt die Realität. Selbst die Zuspitzung der genannten Probleme begann ein Jahr vor dem Ausbruch der Hypothekenkrise, nur dass man dies damals lieber mit anderen Ursachen erklären wollte. Der Ausbruch der Krise in den USA führte dann dazu, dass die Nachfrage nach Importen aus China zurückging, was wiederum die Überproduktionskrise in China (oder auch die «Binnennachfragekrise») drastisch verschärfte – aber eben nur verschärfte. Denn dass die Krise in China einer systemimmanenten Logik folgt, ist sonnenklar.

Die Krise in China unterscheidet sich dem Wesen nach komplett von der Krise in den USA. Nun gibt es Menschen, die in ihrem Bemühen um das korrekte ideologische Bewusstsein bei der Deutung der US-Krise alles zur These «Überflusskrise» ummünzen wollen. In diesem Zusammenhang fragwürdig ist auch der Begriff «Konsumschwäche», der zur Krisendeutung herangezogen wird. Denn dieser Begriff ist dem Konsumgefälle zwischen Arm und Reich nicht gleichzusetzen. «Konsumschwäche» ist klar definiert und messbar und bedeutet, dass der Anteil des Konsums durch die Bevölkerung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) niedrig bleibt und Investitionen (plus Spareinlagen, allerdings nicht notwendigerweise auch Spareinlagen der «Armen») überproportional hoch sind.

Die übergroßen Investitionen bedingen Überkapazitäten, die auf einen «Flaschenhals des Konsums» stoßen. In der Tat war genau dies im Jahre 1929 und auch schon davor der Hauptgrund für die periodischen Krisen, die im Westen aufgetreten sind. Wo aber tritt solch ein Krisenphänomen heute am deutlichsten zu Tage? Genau! In China! China ist das Land mit dem geringsten Anteil des Inlandskonsums am BIP, während er in den USA am höchsten liegt: Dort macht der Anteil 80 Prozent des BIP aus, in China noch nicht mal 40 Prozent – das sind die beiden Extreme, die den genannten Problemen zugrunde liegen: Der Überkonsum in den USA reißt in den Haushalten Löcher. China, an Konsumschwäche leidend, hilft mit massivem Produktverkauf auf Pump. Und damit fangen die Probleme an.

Das global exklusive Recht zum Geld drucken – eine Wunderkiste?[2]

Woher stammt die Unsitte der Amerikaner, auf Kredit zu konsumieren? Die hat nichts mit dem kapitalistischen System zu tun, ebenso wenig mit der sogenannten «westlichen Konsumkultur». Der unmittelbarste und offensichtlichste Grund ist

2 Die hier beschriebene «Wunderkiste» entstammt dem chinesischen Kinderbuch *Das Geheimnis der Wunderkiste*. Sie hat die magische Kraft, all das hervorzubringen, was man sich wünscht. ⟨Anm. der Red.⟩

nicht schwer zu finden: Die Unsitte hat mit dem Privileg des US-Dollars als globaler Leitwährung zu tun.

Die USA verfügen exklusiv über diese «Dollar-Hegemonie» und könnten nach Belieben Dollar drucken, um jedes beliebige Ding auf der ganzen Welt zu kaufen. Es mutet wie eine Wunderkiste an, aus der man nach Herzenslust alles hervorzaubern kann. Aber ist es das wirklich?

Im Rahmen des alten Bretton-Woods-Systems war es den USA untersagt, frei nach eigenem Bedarf Dollar zu drucken, denn der Dollarmenge musste eine Wertentsprechung in Gold zugrunde liegen. Nach der Auflösung des Bretton-Woods-Systems wurde der US-Dollar vom Goldwert abgekoppelt, ohne dass die Welt dem US-Dollar die Anerkennung verwehrte. Deshalb, so sagen viele Experten, seien dem US-Dollar nun keine Grenzen mehr gesetzt gewesen.

Aber diese Behauptung ist nicht plausibel. Denn das Bretton-Woods-System wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter der Regie der USA aufgebaut, zu einem Zeitpunkt, als sich sowohl das Ansehen wie auch die tatsächliche Macht der USA auf dem Höhepunkt befanden. Man kann nicht behaupten, dass den USA nicht daran gelegen war, dieses System beizubehalten. Im Jahr 1973 allerdings führte der Machtverlust der USA zur Aufgabe von Bretton Woods. Wie kann es möglich sein, dass sich die USA zu einem Zeitpunkt, als deren Macht wie die Sonne am Himmel alles überstrahlte, in Schranken weisen ließen, und diese Schranken schließlich fielen, als diese Macht längst geschwunden war?

Es ist so, dass selbst nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems der US-Dollar weiterhin an Auflagen gebunden war. Diese liegen darin begründet, dass die Glaubwürdigkeit des US-Dollars den USA selbst Vorteile bringt. Deshalb ist der US-Dollar in der Zeit nach Bretton Woods aber auch nicht stärker geworden, vielmehr hat er verhältnismäßig an Stärke verloren. Aus diesem Grund betrachtet die US-Administration ihr gigantisches Handelsdefizit, das nichts anderes bedeutet als eine globale Kreditüberziehung, stets als eine elementare Gefahr, die sie beheben will. Sie ist dazu jedoch nicht in der Lage. Warum ist das so?

Die demokratische Politik und deren gegenläufiger «Spannerraupen-Effekt»

Konsum auf Pump – wie schon erwähnt – liegt nicht im Wirtschaftssystem begründet, ebenso wenig in einer «Kultur». Vielleicht aber im politischen System? Ja, aber nur bedingt, denn ein demokratisches System führt nicht notwendigerweise zu solch einem Konsumverhalten. Dennoch würde in einem nicht-demokratischen Staat solch ein starker Konsum wie in den USA nicht zustande kommen; gleichwohl würde solch ein nicht-demokratisches Land andere Nachteile haben.

Die Politik in den USA ist eine demokratische Politik. Ich bin ein Befürworter der demokratischen Politik und vertrete bis heute die Überzeugung, dass auch China eine demokratische Politik haben sollte. Dennoch bin ich kein «Demokratie-Romantiker». Denn auch die Demokratie hat ihre Probleme. In einem diktatorischen System müssen sowohl die «Linken» wie auch die «Rechten» stets bemüht sein, sich mit den Herrschenden gut zu stellen; in einem demokratischen System müssen die «Linken» wie auch die «Rechten» stets bemüht sein, sich mit der Bevölkerung gut zu stellen. Beide müssen auf die Stimmung der Wähler achten. Das ist eine große Stärke der Demokratie, die jedoch unter bestimmten Umständen auch in Schwäche umschlagen kann.

Nun ist es an der Zeit, den oben erwähnten «Spannerraupen-Effekt» ein wenig zu erklären. Rein theoretisch brauchen die Menschen eine Regierung, an die sie Macht delegieren. Mit der delegierten Macht dient uns dann die Regierung. Das heißt: Wir fordern, dass sie Verantwortung übernimmt, zum Beispiel Verantwortung für Sicherheit und öffentliche Wohlfahrt. Die Macht und die Verantwortung der

Regierung sollen sich miteinander die Waage halten, wobei unterschiedliche Optionen denkbar sind: Manche fordern von der Regierung noch mehr Verantwortung, sind dementsprechend bereit, mehr Macht an die Regierung zu delegieren; hieraus entsteht ein Wohlfahrtsstaat. Andere tragen sich mit der Sorge, dass zuviel Macht der Regierung die Freiheiten der Bürger einschränken könnte. Sie fordern eine stringentere Machtbeschränkung und erwarten dementsprechend auch nicht, dass die Regierung mehr Verantwortung übernimmt.

In einem demokratischen Verfassungsstaat sind beide Optionen normal. Solche Staaten bewegen sich normalerweise zwischen den beiden Optionen wie die beiden Schalen einer Waage. Zu einem bestimmten Zeitpunkt neigt sich die Waagschale, je nach Wählerwillen, zu einer der beiden Optionen. Das bezeichne ich als «Waage-Effekt». Denn das Prinzip lautet: Egal ob die Waage nach links oder nach rechts ausschlägt – hohe Wohlfahrt fordert hohe Besteuerung; niedrigere Wohlfahrt zieht mehr Freiheit nach sich. Den Regierenden ist nicht erlaubt, zuviel Macht zu haben, dafür aber weniger Verantwortung zu tragen, oder nur Macht zu haben, dafür keine Verantwortung zu übernehmen, derweil das Volk weder Freiheit noch Wohlfahrt genießt. Allerdings ist es unmöglich, dass die Regierenden wenig Macht haben und große Verantwortung übernehmen oder nur Verantwortung übernehmen ohne Macht oder gar dass das Volk hinsichtlich Freiheit und Wohlfahrt gleichermaßen das Maximum eingeräumt bekommt. Das wäre so, wie wenn ein Reiter von seinem Pferd einen rasanten Galopp verlangte, ohne es zu füttern.

Unter einem diktatorischen Regime ist es für die Regierenden möglich, mit ihrer linken Hand die Macht auszuweiten und so die Freiheit des Volkes zu beschneiden; zugleich setzen sie ihre rechte Hand ein, um Verantwortung von sich zu weisen, so dass das Volk nicht in den Genuss von Wohlfahrt gelangt. Sowohl die «Linken» wie auch die «Rechten» ergreifen Partei für die Regierenden, das gleicht einer Spannerraupe, die sich, gleich ob sie sich streckt oder zusammenzieht, nur in die Richtung zugunsten der Regierenden bewegt. Das nenne ich einen «Spannerraupen Effekt», der für das Volk sowohl Mangel an Freiheit als auch an Wohlfahrt bedeutet. In einer konstitutionellen Demokratie ist die Verfassung da, um genau dies zu verhindern. Dort muss dafür Sorge getragen werden, dass die Regierenden bei viel Verantwortung auch mehr Macht eingeräumt bekommen; oder aber sie bekommen weniger Macht, müssen dafür auch nicht so viel verantworten. Es geht aber auf keinen Fall, dass die Regierenden nur Macht und keine Verantwortung für das Wohl des Volkes haben.

Aber auch ein demokratischer Verfassungsstaat kann nicht immer diesen «Waage-Effekt» beibehalten. Unter bestimmten Umständen entsteht in einer Demokratie auch eine Art «Spannerraupen-Effekt» unter umgekehrten Vorzeichen. Das Volk wählt, um seine Freiheiten auszuweiten, die politische Rechte, ohne dieser zu erlauben, die Wohlfahrtsleistungen zu reduzieren. Oder das Volk wählt, um die Wohlfahrtsleistungen zu erhöhen, die Linke, gestattet dieser aber nicht, die Freiheiten zu mindern. Dies führt dann zu einem doppelten «Übermaß» an Freiheit und Wohlfahrt für die Bürger eines Staates. Auf Dauer funktioniert es aber nicht, ein Pferd zu reiten, dem man kein Heu gibt. Wer dies erzwingen will, landet auf der Nase.

Ob Regierende oder Regierte – alle sind Menschen. Und Menschen denken zunächst einmal an sich selbst. Ohne Beschränkungen durch das Gesetz würden sich alle Regierenden die Rolle als unumschränkte Herrscher wünschen: also mit aller Macht ausgestattet und ohne Verantwortung für das Wohl des Volkes. Die Regierten wiederum hoffen, dass die Regierung ein bloßer Diener des Volkes ist, also mit Verantwortung für die Fürsorge, aber ohne Macht. Wenn die «Linken» wie die «Rechten» sich mit der Regierung gut stellen, führt dies dazu, dass der Kaiser nur Macht und keine Verantwortung hat – das wäre ein Zustand, den sich keiner

wünschen darf, und den nenne ich den «Spannerraupen-Effekt». Den gegenläufigen «Spannerraupen-Effekt» hätten wir, wenn sich sowohl die linken wie auch die rechten Parteien allein mit der Bevölkerung gut stellten und den unmöglichen Zustand forderten, dass die Regierung wenig oder gar keine Macht hat, aber trotzdem viel Verantwortung für das Wohl des Volkes trägt.

Eigentümergesellschaft und Wohlfahrtsgesellschaft – das Wesen der Hypothekenkrise

Manche sagen, die «Linken» neigten dazu, sich um die Armen zu kümmern, die «Rechten» hingegen nützten eher den Reichen. Aber in einer Demokratie braucht es zum Regieren in der Regel eine Mehrheit der Wählerstimmen. Können es sich daher die Rechten leisten, nur den Reichen zu schmeicheln?

Und wie haben die «Rechten» reagiert, als im Westen die «Linken» die Verwirklichung eines Wohlfahrtsstaates auf ihr Banner geschrieben hatten? In den USA propagierten die «Rechten» hierauf die Eigentümergesellschaft. Sie traten also dafür ein, dass auch die Armen Eigentümer werden sollten. Also sollten auch die Ärmsten wohlhabend werden. Was könnte das Motiv sein? Das erste Motiv politischer Makler in der Demokratie ist: Wählerstimmen zu gewinnen. Das ist bei den rechten Parteien so wie bei den linken. Sie müssen daher um diese Stimmen in der Bevölkerung werben.

Bei dem Eigentum geht es vor allem um die eigene Wohnung. Hier sei aus dem entsprechenden US-Gesetz aus dem Jahr 1949 zitiert: Man müsse «…jeder Familie dazu zu verhelfen, in einer angemessenen Umgebung über ein komfortables Zuhause zu verfügen…» Dies ist bis heute eine Aufgabe der Politik, mit der sich die Amerikaner identifizieren.

Verglichen mit Europa, insbesondere mit jenen typischen Wohlfahrtsstaaten Skandinaviens, ist die US-Politik hinsichtlich Wohnungsbau, gesundheitlicher Versorgung, Bildung und anderen sozialen Absicherungen eine rudimentär wohltätige. Allerdings gehört die Sozialpolitik zum Wesen demokratischer Staaten. In den USA wird diskutiert, wie man selbst Familien aus den ärmsten Gesellschaftsschichten zu einem eigenen Haus verhelfen kann. Vor allem wenn die rechten Republikaner mit ihrem Programm zur Verwirklichung einer Eigentümergesellschaft an der Macht sind. Denn die Sozialpolitik konnte bis dato den Armen höchstens zu Mietwohnungen verhelfen, aber nicht zu Eigentum. Aus diesem Grund sind Immobilienbanken gegründet worden, die selbst Armen günstige Ratenkredite gewähren sollten, damit diese ihre Träume von den eigenen vier Wänden realisieren mögen. Seit langem schon tendiert die Summe für das geforderte Eigenkapital bei Immobilienkrediten in den USA nach unten, derweil die Tilgungsfrist für derartige Kredite immer länger wird. So wird die Schwelle herabgesetzt, damit auch Arme in den Genuss eines Kredits kommen können.

Der sogenannte «Subprime-Kredit» setzt eine allgemeine Entwicklung fort. Meldungen zufolge ist im vergangenen Jahrzehnt grassierender «Immobilienkredite» der Anteil der Armen mit Hauseigentum von 42 auf 49 Prozent gestiegen. Und so funktioniert das: Damit Arme in den USA Eigentümer werden können, wird Investoren aus der ganzen Welt eine Falle gestellt. Die Europäer ermöglichen durch Sozialpolitik, also einen «Transfer von Wohlstand», ihren Armen, in den Besitz von Wohnungen zu gelangen. Die Amerikaner versuchen dies mit einem «Risikotransfer», indem sie die Immobilienschulden in Wertpapiere umwandeln. Den Rechten erscheint die europäische Transferzahlung im höchsten Grade verdächtig, weil dies Reiche zur Kasse bittet. Aber als richtig schlechte Idee erweist sich der Risikotransfer, mit dem globale Anleger auf den Leim gelockt werden sollen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen:

1. Die Subprime-Krise ist keine Verschwörung, sondern das logische Ergebnis einer bis zum Exzess betriebenen Wohnungsmarktpolitik der US-Administration.

2. Gewiss sind durch den Ausbruch der Subprime-Krise auch sehr viele Arme betroffen – aber nicht nur. Die Lawinen, einmal losgetreten, treffen unmittelbar und hart auch Spekulanten bzw. Hedgefonds. Aus diesem Grund nannten nicht wenige Analysten in den USA die gegenwärtige Finanzturbulenzen eine «Vermögenskrise für Millionäre und Milliardäre». Interessant nur: Als die Regierung endlich intervenierte, wurde die Rettung der Superreichen und in Not geratener Firmen als «Linksruck» interpretiert, so als ob dass die USA «sozialistischer» machte! All dies belegt eines: Wir können die wahrgenommenen Phänomene nicht einfach mit Theorien des Klassenkampfs erklären.

3. Die Subprime-Krise lässt sich auch nicht ausschließlich als Auswuchs einer gewissen Ideologie, nämlich des Neoliberalismus, identifizieren. Denn nur unter der Prämisse, «den Sozialstaat zurückzufahren, um die Freiheiten zu vermehren», würde dem Neoliberalismus Genüge getan. Bei einem «Spannerraupen-Effekt» in gegenläufiger Richtung expandierten Wohlfahrt und Freiheit zugleich. Soll das jetzt «Sozialismus» sein oder «Neoliberalismus»?

Warum bleibt die Demokratie wünschenswert?

Das Problem, das durch die Subprime-Krise sichtbar geworden ist, ist letztlich das Problem eines enthemmten Konsums, eines Konsums auf Kredit. Die Ursachen für den gegenwärtigen globalen Tsunami im Finanzwesen sind die enormen Defizite der USA in der Handelsbilanz sowie die astronomische Verschuldung sowohl der öffentlichen wie auch der privaten Haushalte. Schon sehr früh wurde darauf hingewiesen, dass die Subprime-Krise allenfalls die Lunte war, die das Pulverfass, bedingt durch Konsum auf Kredit, zur Explosion gebracht hat. Denn diese Subprime-Kredite waren das schwächste Glied in der Kreditkette eines gigantischen Schuldengefüges in den USA. Wenn also die Subprime-Krise nicht ausgebrochen wäre, wäre die Bombe dieser gigantischen gesamtwirtschaftlichen Überziehung früher oder später woanders hochgegangen.

Deshalb liegt das Problem nicht allein in der öffentlichen Wohnungsbaupolitik begründet, sondern im gesamten US-Konsum, der auf Pump geschieht. Wie erwähnt, steht solch ein «Konsumrausch» als Phänomen in Zusammenhang mit jenem gegenläufigen «Spannerraupen-Effekt». Entsprechende Daten zeigen überdies, dass die Politik nicht notwendigerweise in Beziehung zur ökonomischen Entwicklung und deren Tempo steht, jedoch offensichtlich zum Konsumanteil der Bevölkerung am BIP. Unter demokratischen Staaten gibt es sowohl reiche als auch arme Länder, in denen das Wirtschaftswachstum stark variiert. Bei vergleichbaren Parametern bleibt jedoch der Konsumanteil der Einwohner am BIP in demokratischen Ländern generell relativ hoch. Und es scheint sogar, dass dieser Anteil umso höher liegt, je demokratischer ein Staat ist.

Wenn eine demokratische Politik tatsächlich zu exzessivem Konsum führt, ist dann die Demokratie noch wünschenswert? Nun, ich bleibe bei meiner Bewunderung für dieses politische System. Wieso?

Einmal, weil die Politik nur einer der Faktoren gewesen ist, die zu der heutigen Situation in den USA geführt haben. Sie ist wohl eine notwendige, jedoch keine hinreichende Voraussetzung hierfür. Eine Krise, die auf einer solch immensen Überziehung beruht, bedarf noch weiterer Bedingungen, die Staaten normalerweise nicht aufweisen, mit Ausnahme der USA. Dies erklärt, warum andere Demokratien wie etwa die europäischen Staaten oder Japan keineswegs in diesem Ausmaß solch einer Unsitte des Konsums auf Kreditbasis pflegen.

Der Normalzustand in einer Demokratie ist der sogenannte «Waage-Effekt», der sich in den Pendelbewegungen zwischen marktwirtschaftlicher und sozialstaatlicher Politik ausdrückt. Auch wenn jener erwähnte gegenläufige «Spannerraupen-Effekt» in einer Demokratie aus dem menschlichen Egoismus herrührt, gilt dennoch, dass der Mensch ein vernunftbegabtes Wesen ist. Rennt er einmal gegen die Wand, wird er beim zweiten Mal aufpassen. In der Regel wird eine doppelte Expansion des Sozialen wie auch der Freiheit schon nach kurzer Zeit zu kleineren «Krisen» führen und die Menschen, vor eine neue Realität gestellt, zu Anpassungen zwingen, und zwar im Rahmen jenes für die demokratischen Verfassungsstaaten üblichen Mechanismus der «Waage». Sie werden zwischen einer «Einschränkung der Freiheit im Dienste des Sozialstaates» oder umgekehrt neu entscheiden.

Erst wenn bestimmte nachteilige Bedingungen vorherrschen, wird der Lernprozess verhindert. Wenn dann eine Krise ausbricht, werden die Folgen gravierend sein. Es handelt sich vor allem um zwei Bedingungen. Die eine ist der Status des US-Dollars als Weltwährung, die eine anhaltende Überziehung zugunsten des eigenen Konsums ermöglicht. Die zweite Bedingung finden wir in einer nichtdemokratischen Großmacht, die es sich leisten kann, Produkte gegen US-Dollars zu tauschen.

Das Phänomen «Chimerica»

So ist das Phänomen «Chimerica» entstanden, eine neue Wortschöpfung des Wirtschaftshistorikers Niall Ferguson, abgeleitet aus «China» und «America». Für Ferguson handelt sich bei dem Phänomen um eine Interessengemeinschaft, in der zwei Staaten existenziell voneinander abhängig sind. Einfach gesagt: Ohne Staaten wie China, die in großer Menge Geld an die USA verleihen, wäre das US-Spiel namens «unbegrenzter Konsum auf Kredit» nur von kurzer Dauer. Aber wenn die Vereinigten Staaten von Amerika von China kein Geld leihen würden, fiele wiederum die Überflusskrise in China noch weitaus katastrophaler aus, womöglich wäre hieraus gar eine Krise wie 1929 entstanden.

In China lag der Konsumanteil am BIP im Vergleich zum Investitionsanteil (plus Spareinlagen) stets auf einem niedrigen Niveau. Dies liegt an dem eingangs beschriebenen Unterschied im politischen System. In der Ära der Planwirtschaft herrschte der klassische Dauerzustand einer Mangelwirtschaft. Dies änderte sich allerdings, als sich nach dem Übergang zur Marktwirtschaft der industrielle Output erhöhte. Schrittweise entstand jener Mechanismus, der im üblichen Sinne des Wortes eine «kapitalistische Überflusskrise» hervorbrachte: «niedriger Konsum, hohe Investitionen, hohe Produktion».

Dieser interessante Zusammenhang zwischen dem Konsumanteil sowie dem Grad der Überproduktion einerseits und dem politischen Wandel in China andererseits haben Wirtschaftswissenschaftler kaum beachtet. Vom Reformbeginn im Jahr 1978 bis tief in die 1980er Jahre hinein wurden die strengen Reglementierungen der Kulturrevolution gelockert; in diesem entspannteren Klima ging auch das chinesische Asketentum zurück. Konsumwünsche keimten auf, während die Volkswirtschaft erst zu einem geringen Grad vom Markt gelenkt wurde. Von einem gesamtwirtschaftlichen Überfluss konnte noch keine Rede sein. Auf der einen Seite blieb eine relative Mangelwirtschaft, bedingt durch langjährigen Planzwang, erhalten. Auf der anderen Seite stieg der Konsumanteil am Bruttoinlandsprodukt der chinesischen Bevölkerung, verglichen mit der Zeit vor dem Reformbeginn, sprunghaft an – 1981 erreichte er sogar den historischen Rekord von 52,5 Prozent, der nachher nie mehr erreicht wurde. Zu dieser Zeit wies die chinesische Außenhandelsbilanz ein konstantes Defizit auf. Einen Antrieb durch externe Nachfrage gab es für die Volkswirtschaft nicht.

Nach 1989 änderten sich die politischen Rahmenbedingungen drastisch, ebenso fiel der Konsumanteil. Im Jahr 1989 lag er bei 50,9 Prozent, bis 1994 fiel er auf 43,5 Prozent. In der gleichen Zeit verloren viele Schichten durch die Privatisierung ihren Handlungsspielraum. Die Wirtschaft schaffte die historische Wende vom Mangel zum Überfluss, und das in einem rasanten Tempo, so dass bereits 1994 aus der vorhandenen Überproduktion und den Überkapazitäten die akute Gefahr einer «harten Landung» der Konjunktur drohte.

Just zu diesem Augenblick setzte die gestiegene Außennachfrage ein. Nach einer drastischen Neuausrichtung des RMB-Wechselkurses[3] wurden aus den Handelsdefiziten Überschüsse, die unaufhaltsam in einen doppelten Überschuss[4] mündeten. Der Großmacht China verhalf die überproportional starke Außennachfrage aus der prekären Lage einer «harten Landung», da die Überproduktion nun aufgefangen werden konnte. Ein beständiges Wirtschaftswachstum war die Folge und mit ihm wuchs die Exportorientierung als prägendes Merkmal des chinesischen Wachstumsmodells.

Im Jahr 1997 setzte die Wirtschaftskrise in Ostasien der chinesischen Exportwirtschaft heftig zu, weshalb die Rufe nach einer «Stimulierung der Binnennachfrage» immer lauter wurden – bis heute erschallt dieser Ruf, seit nunmehr über 10 Jahren. Obwohl die Ankurbelung der Binnennachfrage enormer Anstrengungen bedurfte, konnte man sie immerhin auf einem stabilen Niveau halten. Im Jahr 2000 betrug der Konsumanteil der Bevölkerung 46,4 Prozent, also etwas höher als 1994.

Im Jahr 2001 gelang China der WTO-Beitritt. Die niedrigen Menschenrechtsstandards bringen Wettbewerbsvorteile in der Produktion, und China schwimmt wie ein Fisch im Wasser der Globalisierung. Das Wirtschaftswachstum gewinnt weiter an Fahrt. Das «chinesische Wunder» glänzt in schillerndem Licht. Die Weltmarktorientierung Chinas wird deutlicher. Auslandsinvestitionen überfluten das Land; die Exporte explodieren geradezu. Aus doppeltem Überschuss wird nun ein immer offensichtlicherer dreifacher: Handelsbilanzüberschuss, Kapitalbilanzüberschuss und ein Überschuss aus Fehlern und Unterlassungen.

Hinter diesen Erfolgen verbirgt sich jedoch ein nie dagewesener Rutsch des Konsumanteils der Bevölkerung am BIP, von 46,4 Prozent im Jahr 2000 auf 36,2 Prozent im Jahr 2006. Chinesen, die selbst immer weniger konsumieren, bringen also immer mehr Produkte auf den Weltmarkt, insbesondere auf den US-Markt, um sie gegen «grüne Scheine»[5] einzutauschen. Bis zum jüngsten «Tsunami im Finanzwesen» hat China zwei Billionen US-Dollar angehäuft, mit denen wiederum US-Staatsanleihen eingekauft wurden. China ist heute der größte Gläubiger der Vereinigten Staaten von Amerika und hat damit den größten Beitrag dazu geleistet, die Löcher des amerikanischen Hyperkonsums zu stopfen.

Auch aus diesem Grund steht das Phänomen «Chimerica» im Rampenlicht der globalisierten Wirtschaftslandschaft. In den Jahren dieser «Seifenblasen-Wirtschaft» haben die Amerikaner einem hohen Konsum gefrönt; derweil hat China ein sehr hohes Wachstum verzeichnen können. Aber sieht so wirklich eine Interessengemeinschaft aus? Ist es nicht eigentlich so: Ein demokratisch-sozialistisches Amerika hat ein diktatorisch-kapitalistisches China ausgebeutet, so dass arme chinesische Arbeiter sich etwas vom Munde absparen mussten, um reiche Konsumenten in den USA zu subventionieren? Und am Ende beklagten sich die Letzteren sogar, wir hätten sie verwöhnt und verdorben!?

---

3 Renminbi (RMB) ist die Währung Chinas. Die Neuausrichtung des Wechselkurses betraf vor allem das Verhältnis zum US-Dollar. ⟨Anm. der Red.⟩

4 Gemeint ist ein Handelsüberschuss sowie ein hoher Kapitalzufluss. ⟨Anm. der Red.⟩

5 Gemeint sind US-Dollars. ⟨Anm. der Red.⟩

Beide Seiten des Pazifischen Ozeans – abgesehen davon, dass sie eigentlich das Gewünschte bekommen haben – haben nun damit begonnen, über den jeweils anderen zu lamentieren: «Superbillige Arbeitskräfte, Grund und Boden und Ressourcen haben wir zur Verfügung gestellt, eine Nachfrage nach euren Produkten haben wir dabei nicht generieren können; stattdessen haben wir nur «grüne Scheine» als papierne Gegenwerte in astronomischer Höhe gehortet!» klagen die Chinesen. «Die Amerikaner haben ihre Notenpresse angeschmissen, um unser Blut auszusaugen!»

Amerikaner wiederum schimpfen über chinesische Billigwaren, die sie ihren Job gekostet hätten. Würde eines Tages auch noch der US-Dollar im freien Fall abgewertet, wäre alles aus mit den USA. «Und unsere Tränen und unser Blut wären dann auch umsonst geflossen», heißt es in China.

Mit dem Ausbruch der Krise sind diese Klagelieder auf beiden Seiten laut geworden, sehr laut; doch gleichzeitig steigt die gegenseitige Abhängigkeit sichtlich weiter. Je größer die amerikanischen Haushaltslöcher werden, desto inbrünstiger wünschen sich die Amerikaner, China möge noch mehr US-Staatsanleihen kaufen, um eben diese Löcher zu stopfen. Je virulenter die Überschusskrise in China wird, desto zwingender wird der Wunsch nach noch mehr Außennachfrage. Die Mehrwertsteuer wird bei Exportwaren zurückerstattet, damit die Waren noch billiger werden und sich der sinkenden Kaufkraft in den krisengebeutelten USA anpassen können. Das Arbeitsvertragsgesetz wird umgangen, um die ohnehin niedrigen Produktionskosten noch weiter zu senken, damit die Konkurrenzfähigkeit steigt. Dadurch wird es allerdings noch schwieriger, den schwachen Konsum in China anzukurbeln.

Wo endet eine solche Verkettung?

Warum bleiben all die Bemühungen um die Ankurbelung der chinesischen Binnennachfrage seit über 10 Jahren so erfolglos? Eine Debatte, die wir Ende vergangenen Jahres in Dongguan[6] erlebt haben, ist zur Beantwortung dieser Frage sehr aufschlussreich.

Seit einiger Zeit stellen Experten die Frage nach der «Verwertungskette», denn Chinas Exportunternehmen arbeiten nur für ausländische Marken. China erzielt beim Export von einem Paar Schuhe rund 10 US-Dollar, während auf dem Endmarkt in den USA dieselben Schuhe für über 90 Dollar verkauft werden. Das heißt, dass chinesische Unternehmen mit lediglich 12 Prozent an der gesamten Verwertungskette beteiligt sind. Das ist ein Verlustgeschäft sondergleichen. Deshalb muss China bemüht sein, seine Anteile am Mehrwert zu vergrößern. Man kann schließlich nicht auf Dauer für wenig Geld für andere arbeiten.

Diese These stieß bei unserem Disput jedoch auf Zweifel vonseiten der Manager und Geschäftsführer jener Unternehmen, die in der Schuhindustrie für eben andere arbeiten. Sie äußerten sich in etwa so: «Meinst du, dass die Markenunternehmen da draußen viel leichter ihr Geld verdienen? Wir wissen genau, dass unsere Auftraggeber allenfalls einen Gewinn von 1 Prozent erzielen. Das ist hart. Wir, die wir angeblich ja nur für andere arbeiten, haben eine Gewinnmarge von 20 Prozent. Nein, wir sind nicht neidisch! Im Gegenteil, die beneiden uns. Du meinst, wir müssen von denen da draußen lernen – warum sollten wir?»

Es ist offensichtlich, dass hier über zweierlei geredet wird: über die Verwertungskette und über die Gewinnmarge. Nachdenklich stimmt allerdings die Tatsache, dass die Amerikaner 88 Prozent des Mehrwerts bekommen, derweil allerdings die Markenfirmen nur eine Gewinnmarge von einem Prozent haben. Unser Anteil

6 Dongguan: wichtiger Produktionsstandort für die Exportindustrie in der Provinz Guandong/Kanton. ⟨Anm. der Red.⟩

an der Verwertungskette ist gering. Dafür verdienen anscheinend aber die Produktionsfirmen umso mehr. Warum bloß geht die Schere zwischen den Anteilen an der Verwertungskette und den Gewinnmargen so weit auseinander? Bei näherem Betrachten stellt man fest: Es stimmt, dass die Amerikaner 88 Prozent des Mehrwerts erhalten haben; es trifft allerdings ebenso zu, dass dieser Mehrwert auf sehr viele Kettenglieder verteilt ist, Unternehmen im wettbewerbsorientierten tertiären Bereich, und auch viele Arbeitnehmer haben ihren Anteil am Profit bekommen, so dass sich bei ihnen Kaufkraft bilden konnte. Nur 12 Prozent vom Mehrwert gehören China, allerdings konzentriert auf wenige Empfänger.

Dass die Fabrikbesitzer behaupten, sie hätten gutes Geld leicht verdient, trifft auf der einen Seite zu. Der Staat allerdings hat einen größeren Teil in seine Taschen gesteckt. Das bezieht sich nicht allein auf die Steuereinnahmen. Wenn also der gesamte Obstgarten aus nur 12 Prozent des Mehrwertes besteht und man einen großen Teil der Gewinnmarge der Unternehmer und den noch größeren Anteil für die Staatskasse abzieht, da bleiben höchstens noch drei kleine Melönchen und zwei winzige Datteln für die Anderen übrig.

Wenn man so die Binnennachfrage ankurbeln will, dann darf man sich nicht wundern, dass es nicht funktioniert. Auch solche Maßnahmen wie «Bringt Hauselektronik zu den Bauern in ihre Dörfer!» hilft da nicht mehr.[7]

Klar ist: Unsere Wirtschaft wächst sehr schnell, so dass man mit gutem Grund von einem «Wunder» reden kann. Klar ist aber auch: An diesem Wunder haben nur wenige teil. Und dieses Problem ist tief verwurzelt in unserem System, so dass improvisierte Anti-Krisen-Maßnahmen kaum Abhilfe schaffen können. Genau diese Konstellation erhöht unsere Abhängigkeit von einem anormalen Wachstumszwang des BIP. Ohne diesen Zwang würde bei ohnehin niedrigem Konsumanteil die reale Kaufkraft weiter fallen. Während der Asienkrise 1997 hatte die chinesische Regierung den Slogan geprägt: «7 Prozent gewährleisten, 8 Prozent anstreben!» – das bedeutete, das Wirtschaftswachstum durfte auf gar keinen Fall unter 7 Prozent bleiben und sollte 8 Prozent anstreben. In diesem Jahr hören wir den Slogan «8 Prozent gewährleisten 9 Prozent anstreben!». Das Wachstumsminimum wird also auf 8 Prozent festgelegt, lieber noch sollen es 9 Prozent werden. Dies zeigt, dass unsere Abhängigkeit vom BIP-Wachstum zunimmt. Erst bei einem solch hohen Zuwachs des BIPs schaffen wir es, das Leben der normalen Chinesen einigermaßen zu verbessern. Würde die Wachstumsrate «nur» 8 Prozent betragen, so fühlte sich dies im Leben der chinesischen Ottonormalverbraucher so an, als würde im Westen ein Zuwachs von 3 Prozent erzielt. Je tiefer der Konsumanteil fällt, desto enger zieht sich der Gürtel um China, und Wachstum muss als das höchste Ziel definiert werden. Hohes Wachstum um jeden Preis birgt allerdings große Gefahren.

China hat seine Schwächen und Mängel, die USA die ihren. Ohne die Globalisierung würden sich die Schwächen und Mängel getrennt auswirken. Durch die Globalisierung, die zweifelsohne auch eine Synergie aus Stärken und Vorteilen der beiden Volkswirtschaften bewirkt hat, treten nun auch die Schwächen und Mängel beider Systeme in Verbindung. Die Folge ist eine gegenseitige Förderung negativer Auswirkungen und sogar deren wechselseitige Verschärfung. Hierin liegt das Wesen des Deals namens «Chimerica» – ein Deal, der beide Staaten, China wie die USA, in ein- und denselben Teufelskreis hineinzwängt: Die Schuldenberge in Amerika werden höher und höher; der Konsumanteil in China fällt tiefer und tiefer.

Der Konsumanteil in China ist seit jeher niedrig, seit dem WTO-Beitritt ist er kontinuierlich gefallen. Die Verkettung setzt sich bis heute fort, und es ist klar, dass dieser Deal nicht länger funktioniert.

---

7 Im Zuge der Finanzkrise erhielt die Landbevölkerung staatliche Zuschüsse, um Elektrogeräte aus chinesischer Produktion zu erstehen. ⟨Anm. der Red.⟩

162 Heizer in einer Ziegelei in Nordostchina

164 Schäfer in Nordostchina

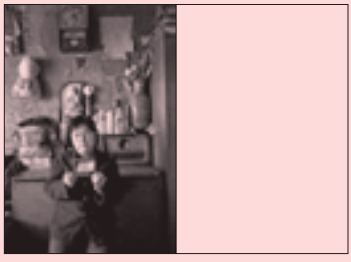
166 Straßenverkäufer in Nordostchina

168 Frau in Nordostchina

170 Wiederherstellung der Ordnung: Graffitis nach einer Demonstration in Peking werden umgehend entfernt.

172 In Xinjiang sucht ein Bauer mit seinem Sohn, um seine Familie zu ernähren, nach Eisenerz, das bringt 2 Cent pro Kilo.

174 Arbeiterinnen einer Ziegelei in Nordostchina



176 Zweifelhafte Urteilssprechung: Eine Mutter fordert Gerechtigkeit für ihren Sohn, der seit zehn Jahren inhaftiert ist.

Fotos: Michael Ende (162–168, 174); Sinopix/laif (170); Sasse/laif (172); VU/laif (176)

危
行拆过
有人

Kann die USA von China lernen?

Freilich, die Zukunft lässt sich schwer voraussagen. Fest steht lediglich, dass sich das Wesen der aktuellen Krise deutlich von dem der Krise im Jahr 1929 unterscheidet. Aber was ist mit den Auswirkungen der Krise? Werden die Folgen für die globale Wirtschaft am Ende so vernichtend sein wie 1929? Ich habe den Eindruck, dass es soweit nicht kommen mag. Aus diesem Grund lässt sich allerdings auch nicht vorhersagen, ob der hier skizzierte Deal nicht doch aufrecht erhalten wird. Die Löcher in den USA versuchen China und weitere Akteure der Globalisierung gemeinsam zu stopfen. Kraft Regierungsmacht wird die Geldmenge in den USA künstlich drastisch erhöht, derweil China noch mehr US-Staatsanleihen kauft, um so Produkte zu noch niedrigeren Preisen in den USA verkaufen zu können. Damit kann man die Löcher nicht stopfen, aber man klebt ein Pflästerchen drauf, damit sie nicht so auffallen.

Auch die USA erkennen die Brisanz der Lage und fragen im Gegenzug nicht länger nach den Menschenrechten in China. Dies erlaubt China seinerseits, den Wettbewerbsvorteil, der auf fehlenden Menschenrechten fußt, noch weiter zu pflegen, und zu noch niedrigeren Preisen zu exportieren. Damit werden also auch die chinesischen Probleme vorerst unsichtbar. Ja, vielleicht gelingt es uns, diese Krisenwelle zu überleben und unseren Deal noch eine Weile fortzusetzen. Aber diese Option würde nur das bereits skizzierte Zusammenspiel der Fehler beider Systeme weiterführen, so dass sich die Frage aufzwingt: Wann wird eine neue und heftigere Krise ausbrechen?

Es gibt noch eine weitere Möglichkeit. Zunächst scheint das Problem mit «Chimerica» nur sehr schwierig zu lösen sein, weil beide Seiten eine hohe gegenseitige Abhängigkeit entwickelt haben. Aber eigentlich wäre es doch ganz einfach. Denn Veränderungen auf der einen Seite werden wegen der gegenseitigen Abhängigkeit zwangsläufig auch zu Veränderungen auf der anderen Seite führen. Wenn nur eine Seite sich ändert, kann die andere den Deal nicht fortsetzen. Also stellt sich folgerichtig die Frage: Wer macht sich daran, sich zu verändern? Da beide Seiten zwei Extreme einer Interaktion darstellen, könnte die Frage nach Veränderung auch lauten: Wer lernt von wem?

Wie wäre es, wenn die USA von China lernen würden? Wenn die USA tatsächlich von China lernen würden, dann würden sie auf Demokratie verzichten und mit eiserner Hand das Volk regieren; sie würden mit der rechten Hand die Wohlfahrt zurückschrauben und mit der linken Hand die Freiheiten beschränken, um dann genießerisch abzuwarten, wer da noch wagt zu konsumieren. Wenn dies alles geschähe, dann wäre der Konsumrausch der Amerikaner auf der Stelle geheilt. Sind die US-Autobauer nicht in Schwierigkeiten geraten, weil die Arbeiterklasse (nun ja zumindest die Arbeitnehmer in den USA) so viel zu sagen haben? Lernt doch von uns Chinesen! Schafft unabhängige Gewerkschaften ab! Das Streikrecht natürlich gleich mit! Wer es wagt, Unruhe zu stiften, der stört den Kapitalfluss und sabotiert die industrielle Entwicklung. Die Diktatur steht zu Diensten! Mit einem Male würden auch die dortigen Unternehmen ihre Konkurrenzfähigkeit wiederherstellen – die Konkurrenzfähigkeit der Fabriken des Blutes und der Tränen!

Aber würden die Amerikaner das wollen? Und selbst wenn sie das wollten, selbst wenn die USA Fabriken des Blutes und der Tränen wieder in Betrieb nähmen, um gegen uns zu konkurrieren, was brächte das uns Chinesen an Vorteilen? Etwa die Ehre, dass die Amerikaner von uns lernen müssen?

Wie wäre es, wenn China von den USA lernen würde, wenn China tatsächlich von den USA lernen würde? Indem wir die Demokratisierung voranbringen, erhöhen sich sowohl die Freiheit wie auch die Wohlfahrt. Wäre da nicht die Konsequenz, dass auch unser Konsum ebenso in die Höhe ginge? Wäre es für die Ameri-

kaner da noch möglich, auf unsere Kosten ihre Zahlungsfähigkeit zu überziehen? Und wenn dies nicht länger möglich wäre und niemand ihre Löcher stopfte, wenn zugleich auch ihre Demokratie bestehen bliebe, würden sie dann noch ihrer Unsitte des exzessiven Konsums frönen können?

Aber die momentane Finanzkrise hat ihren Ursprung doch in den USA, und alle wetteifern nach Kräften, die USA zu schelten. «Wie kommst du auf die Idee, auch noch von denen da lernen zu wollen?»

Ist das so schwer zu verstehen? Wenn die Krankheiten Chinas und der USA in dem einen oder in dem anderen Extrem der gegenseitigen Abhängigkeit gründen, ist dann nicht gerade die Ursache ihrer Krankheit das Heilmittel für den jeweils anderen? Übergewichtige Kranke leiden an übermäßiger Energiezufuhr. Wenn untergewichtige Kranke von ihnen lernen, sich mehr Energie zuzuführen, ist dann nicht die richtige Medizin gegen die Symptome gefunden?

Aber wie bereits erörtert: Die «unmoralischen» USA stützen sich in ihrer Unsitte auf die Hegemonie des US-Dollars. Selbst die Europäer und Japaner, wenn sie es wollten, könnten sich einen solchen Überkonsum nicht leisten. Ganz zu schweigen von uns Chinesen. Denn selbst wenn es uns gelänge, eine Hegemonie unserer Währung nach dem Vorbild der USA zu etablieren – wo fänden wir in dieser Welt ein weiteres «China», auf dessen Rücken wir uns alles leisten könnten? Ja, da gibt es noch zahlreiche andere Länder mit fehlenden Menschenrechten. Aber sie sind klein. Sie schaffen es nicht, solch eine Überziehung zu finanzieren. Sonst hätten sich die USA wahrscheinlich gar nicht erst uns Chinesen als Fußabtreter ausgeguckt.

Aus diesem Grund steht fest, dass, selbst wenn wir alles hergäben, um von den USA zu lernen, uns das Privileg verwehrt bleiben würde, auf Kosten anderer unser Konto zu überziehen. Unmöglich würde es aber auch für die Vereinigten Staaten von Amerika, auf unsere Kosten zu überziehen. Könnte ihre Unsitte denn nicht so unter Kontrolle gebracht werden?

Und dann stellen wir uns vor, so wie wir uns in die Globalisierung einbringen, könnten wir uns auch aktiv und initiativ an der Globalisierung der Menschenrechte beteiligen. Dies unabhängig davon, ob dies nach der Weltanschauung der Linken geht, die da für mehr soziale Sicherheit eintreten; oder ob dies nach der Weltanschauung der Rechten geschieht, die mehr ökonomische Selbstbestimmung fordern; oder ob dies vonstatten geht gemäß gemeinsamer Weltanschauungen, wonach politische Freiheit und demokratischer Interessenausgleich gleichermaßen entwickelt werden müssen. Mit der linken Hand kämpfen wir für mehr Wohlfahrt, ohne die Freiheit zu schmälern. Mit der rechten greifen wir nach Freiheit, ohne die Wohlfahrt zu mindern – genau dies hat in den USA zum gegenläufigen «Spannerraupen-Effekt» einer doppelten Übertreibung in punkto Freiheit und Wohlfahrt geführt. Aber könnte uns nicht genau dieser «Spannerraupen-Effekt» helfen, den doppelten Mangel an Freiheit und sozialer Sicherheit zu beheben? Menschen, die sozial abgesichert sind, trauen sich auch, Geld auszugeben; Menschen, die frei sind, sowieso – hätten wir dann also noch Probleme mit der Binnennachfrage? Würden jene verhassten Amerikaner uns kraft unserer Exportabhängigkeit noch ausbeuten können? Viele Chinesen mögen die USA nicht. Aber wenn es wirklich darum gehen sollte, gegen die USA etwas zu tun, dann müsste man von ihnen lernen. Dies wäre eine Art «Bekämpfung der Barbaren mit deren eigenen Mitteln».

Nun wird mittlerweile deutlich, dass in China die Förderung von Freiheiten keineswegs der Wohlfahrt im Wege steht. Gewiss sollten wir dafür sorgen, von den USA nicht soweit zu lernen, dass auch wir eines Tages ihre Unsitte übernähmen und es mit Freiheit und Sozialstaat doppelt übertreiben. Aber davon sind wir meilenweit entfernt.

Die USA sind mit ihrer Politik, auch Arme auf Kosten der Welt in den Genuss eigener vier Wände zu bringen, zu weit gegangen. Aber wir haben es nicht nur versäumt, für unsere Wanderarbeiter Sozialwohnungen bereitzustellen, wir haben sogar verboten, dass sie aus eigener Kraft angemessene Wohnungen finden können. Man sollte im Namen der Freiheit gewisse «Kreativitäten» amerikanischer Bankiers sehr wohl kontrollieren. Aber man sollte bei uns nicht in das andere Extrem fallen und Bankgeschäfte privaten Ursprungs, insbesondere kreditgenossenschaftliche Transaktionen auf dem Land, behindern.

Wenn wir von dem Liberalismus in den USA lernen, sollten wir nicht auch von deren Sozialismus lernen? Immerhin, seit kurzem befürworten Verantwortliche des Bauministeriums eine Förderung billiger Mietwohnungen, fast ein bisschen US-Sozialismus.

Zusammengefasst lässt sich über China Folgendes festhalten: Unser Ausweg liegt darin, die politischen Reformen voranzutreiben. Gewiss muss dies nicht nur auf eine Demokratie im engeren Sinn hinauslaufen, also mit Verzicht auf ein Ein-Partei-System oder mit Wahlen. Aber das Wesen einer Verfassung liegt darin, die Macht der Regierung zu beschränken und ihre Verantwortung einklagbar zu machen. Wir können, bezogen auf Sachprobleme, vorankommen – einschließlich der Frage, wie wir das Leben der Bevölkerung verbessern –, ohne radikal zu werden, und uns gleichzeitig Schritt für Schritt um eine politische Entwicklung bemühen. Bei all diesen Problemen und ihren Lösungsversuchen gilt das Prinzip: «Um der Freiheit willen die Regierungsmacht einschränken; um der Wohlfahrt willen die Regierungsverantwortung einfordern». Eines Tages wird eine Balance erreicht sein, dann entspricht die Macht der Regierung auch deren Verantwortung, und es findet eine schrittweise Demokratisierung statt. Ziel ist es, einen «Spannerraupen-Effekt» zu beenden, bei dem die Regierenden mit ihrer linken Hand die Freiheit drosseln und mit ihrer rechten die Wohlfahrt. Ziel ist es, den entgegengesetzten «Spannerraupen-Effekt» zu erreichen: nämlich mit der linken Hand die Wohlfahrt zu mehren und mit der rechten die Freiheit.

Allerdings wird dieser Prozess nicht mehr unbedingt gewährleisten, dass unser Bruttoinlandsprodukt wundersam wächst. Aber jene Zuwächse sind sowieso nicht nachhaltig. Stattdessen können wir gleichzeitig ein gesundes Wachstum anstreben, einen Zuwachs an Wohlfahrt und Freiheit anpeilen und den Konsumanteil am BIP erhöhen. Dann werden die Wachstumsfrüchte im Inland gerechter verteilt und die Globalisierung nachhaltiger.

Noch zwei Sätze zum Abschluss:

- Scheltet die Amerikaner wegen deren Unsitte, lernt von ihrer Demokratie!
- Wenn ihr die Rechte und Interessen der Chinesen wahren wollt, dann reformiert das System in China!

Übersetzt und bearbeitet von Shi Ming und Kristin Kupfer

Hu Angang 胡鞍钢

Auf dem Weg nach Kopenhagen

Die Zukunft der Menschheit ist das Ergebnis ihrer eigenen Entscheidungen. Der Kopenhagener Gipfel ist die letzte Chance der Menschheit zur Rettung der Erde. Doch es besteht die Möglichkeit eines Scheiterns. Denn wenn keine globale Vereinbarung über die Ziele und Verpflichtungen zur Emissionsreduktion erreicht wird, dann wird die gesamte Menschheit Opfer des Klimawandels. China macht dabei keine Ausnahme. Es ist nicht nur das bevölkerungsreichste Land der Erde, es ist auch eines der Länder mit der verwundbarsten Umwelt und der größten Fläche. Es ist vielleicht das Land der Erde, das am meisten von den globalen Gemeinschaftsgütern profitiert, gleichzeitig könnte es das größte Opfer des Klimawandels werden.

Zwar rückt die Welt immer enger zu einem globalen Dorf zusammen, doch bis heute haben weder die weltweit agierenden internationalen Organisationen noch die Politiker der einzelnen Länder gemeinsame Ziele und Konzepte für die Emissionsreduktion [bei Klimagasen] gefunden, die für die über zweihundert Staaten bzw. Regionen akzeptabel wären.

Angesichts der derzeitigen Interessen und Forderungen der einzelnen Länder ist eine globale Reduktionsvereinbarung kaum zu erzielen. Der Kopenhagener Gipfel rückt immer näher, und die Möglichkeit seines Scheiterns wird immer größer. Sein Scheitern wäre ein Scheitern der Menschheit. Deshalb müssen vor der Kopenhagener Konferenz ein Modus der internationalen Klimapolitik und ein Reduktionskonzept vorgelegt werden, die für alle Länder akzeptabel sind. Dieses Konzept muss in der Lage sein, «Entwickelte Länder» und « Entwicklungsländer» neu zu definieren, um so die zukünftigen Reduktionspflichten zu klären und eine dynamische Umsetzung der Reduktionsvereinbarungen zu ermöglichen.

Derzeit teilt die UN-Klimarahmenkonvention die über 200 Länder der Erde in zwei Gruppen ein: entwickelte Länder und Entwicklungsländer. Die globalen Emissionsreduktionsverpflichtungen folgen dem Prinzip des Lastenausgleichs. Gegenüber Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand gilt jeweils eine differenzierte Politik. Doch angesichts der realen Welt ist dies eine sehr grobe duale Kategorisierung. Für die Entwickelten Länder ist sie noch relativ klar, hier bildet die Mitgliedschaft in der OECD ein Hauptkriterium. Doch es gibt über 100 Entwicklungsländer. Die Emissionsreduktion ist eine Pflicht der Minderheit der entwickelten Länder, allein wäre sie aber der globalen Emissionsreduktion nicht zuträglich. Die Nichtbeteiligung der Entwicklungsländer bei der Emissionsreduktion wurde auch zu einem Vorwand für einige entwickelte Länder, sich gegen eine Reduktion zu sperren. Deshalb müssen die Kategorien für die emissionsreduzierenden Länder neu definiert werden, wobei die Flussmengen und Vorräte, die Pro-Kopf-Emissionen

und die Gesamtemissionen sowie die historische und die aktuelle Verantwortung in vollem Umfang zu berücksichtigen sind.

1 Die zwei Hauptprinzipien für die Festlegung der Pflichten zur Emissionsreduktion

Wir können nach den Prinzipien der Fairness und Effizienz die rund 200 Länder der Welt in vier Kategorien einteilen, welche die traditionellen zwei Kategorien ersetzen. Die Hauptemittenten sollten einen Reduktionsbeitrag leisten, der ihrem Anteil an der globalen Gesamtemission entspricht. Wir schlagen dementsprechend zwei Hauptprinzipien vor:

Das *erste Hauptprinzip* besteht darin, dass der Grundsatz der Einteilung in die zwei Gruppen «Entwickelte Länder» und «Entwicklungsländer» ersetzt wird durch eine Einteilung in vier Gruppen nach dem «Index der menschlichen Entwicklung» (Human Development Index, HDI). Allerdings differenziert die UNDP (United Nations Development Programme) hier nicht bei den Ländern mit mittlerem Entwicklungsstand, zu denen der größte Teil der Weltbevölkerung und die größte Anzahl von Staaten gehören. Deswegen führen wir bei diesen Ländern eine zusätzliche Differenzierung ein und unterscheiden zwischen Ländern mit höherem und solche mit niedrigerem mittlerem Entwicklungsniveau. Wir unterteilen dafür den HDI in vier Kategorien, nämlich hoher HDI (höher als 0,8), hoher mittlerer HDI (0,65–0,8), niedriger mittlerer HDI (0,5–0,65) und niedriger HDI (unter 0,5). Also: eine Erde, vier Welten. Derzeit umfasst die Gruppe mit hohem HDI 70 Länder und 1,6 Milliarden Menschen, das sind etwa 25,46 Prozent der Weltbevölkerung. Sie bilden das Hauptkontingent bei der Emissionsverringerung, es sind unbedingte Reduktionsländer, was den entsprechenden UN-Grundsätzen für die Emissionsreduktion entspricht. Immer mehr Staaten und Menschen werden in die Gruppe mit hohem HDI aufrücken. Nach dem «Human Development Report 2005» der UNDP gehörten 2003 noch 57 Länder bzw. Regionen mit einer Bevölkerung von zusammen 1,21 Milliarden und einem Anteil an der Weltbevölkerung von 19,2 Prozent zur Gruppe mit hohem HDI. Das heißt, immer mehr Länder bzw. Regionen werden auf jeden Fall Reduktionsverpflichtungen übernehmen müssen. Die Länder mit hohem mittlerem HDI (unter ihnen auch China) haben eine Bevölkerung von 2,44 Milliarden Menschen, das sind 37,41 Prozent der Weltbevölkerung. Sie sollten – als bedingte Reduktionsländer – die zweite Staffel bei der globalen Emissionsreduktion werden. Die «Bedingtheit» ergibt sich aus der Differenz zwischen dem HDI-Wert des jeweiligen Landes und 0,8. Je kleiner diese Differenz, umso höher der Reduktionsanteil. Wenn ein solches Land in die Gruppe mit hohem HDI (über 0,8) aufrückt, dann wird es von einem bedingten zu einem unbedingten Reduktionsland. China wird z. B. nach einem HDI von 0,777 im Jahr 2005 im Jahr 2010 einen HDI von 0,8 erreichen und so automatisch zu einem unbedingten Reduktionsland werden. Gegenüber den Ländern in den beiden anderen Gruppen, also der mit niedrigem mittlerem HDI und der mit niedrigem HDI, werden keine zwingenden Reduktionsverpflichtungen ausgesprochen, doch es sollte dafür geworben werden, dass diese Länder entsprechend ihren nationalen Gegebenheiten freiwillig den Ausstoß reduzieren.

Das *zweite Hauptprinzip* lautet: Die großen Emissionsländer bilden die Hauptgruppe bei der Emissionsreduktion. Derzeit stehen die 20 größten Emittenten für 75 Prozent der globalen Emission. Sie bilden nicht nur weltweit die Hauptgruppe beim Ausstoß von Emissionen, sie sind auch die Hauptgruppe bei der Emissionsreduktion. Denn je größer der Anteil eines Landes an der Gesamtemission ist, umso größer ist auch sein anteiliger Reduktionsbeitrag. Sein Anteil an der Reduktion wird bestimmt durch den Anteil an negativer Externalität innerhalb der globalen

Emission. Wer also viel emittiert, dessen Reduktionsverpflichtung bzw. Reduktionsquote ist hoch.

Zunächst das erste Lager: Die USA und China sollten bei der Reduktion vorangehen, sie haben zusammen einen Anteil von 38,14 Prozent an der gesamten globalen Emission. Danach kommt das zweite Lager mit Russland, Indien und Japan, die jeweils für mehr als 4 Prozent, insgesamt für 14,23 Prozent der Gesamtemission stehen. Danach kommt das dritte Lager mit den restlichen 15 Ländern, die für 22,89 Prozent der globalen Emission verantwortlich sind. Dieses Prinzip gleicht einer sich dynamisch verändernden Landkarte der an der Emissionsreduktion beteiligten Staaten, wobei gleichzeitig das HDI-Niveau voll berücksichtigt werden sollte. 14 von diesen 20 Ländern haben einen hohen HDI und gehören zur Gruppe der Länder mit unbedingter Reduktion. Fünf Länder gehören zu den bedingten Reduktionsländern mit einem hohen mittleren HDI. Nur Indien gehört zur Gruppe mit einem niedrigen mittleren HDI, doch als viertgrößter Emittent der Welt sollte es auf eigene Initiative eine Verringerung seiner Emissionen betreiben. Wenn es in die Gruppe mit hohem mittlerem HDI aufgerückt ist, dann gehört es ohnehin zu den unbedingten Emissionsstaaten.

Die oben beschriebenen zwei Prinzipien können verbindliche globale Zielmarken für die Ausstoßverringerung bilden. Wie weit ein Land seine Emissionen verringert, wird erstens durch seinen Entwicklungsstand bestimmt, zweitens durch seinen Anteil an der gesamten globalen Emission, seine Ausstoßmenge und seine aktuelle Verantwortung. Nach unseren Überlegungen kann man auf der Grundlage dieser Prinzipien für den Kopenhagener Gipfel eine Road Map erstellen mit Reduktionszielen für die einzelnen Länder bis 2050 (hauptsächlich für die Länder mit hohem HDI und die 20 Hauptemittenten), die unterschiedlichen Länderkategorien klar definieren und die Verantwortlichkeiten und Pflichten in einer zu erzielenden globalen Vereinbarung zur Emissionsminderung festlegen.

2 China muss eine mit der übrigen Welt synchronisierte Road Map für die Emissionsreduktion erstellen

Derzeit setzt China eine höchst aktive, aber schwierige Politik der Energieeinsparung und Emissionsreduktion um, deren Ziele eine extreme Herausforderung darstellen. Chinas Ziel im Rahmen des 11. Fünfjahresprogramms (2006–2010) ist eine Senkung des Energieverbrauchs um 20 Prozent pro BIP-Einheit[1], d. h. eine Verringerung von 1,22 auf 0,97 Tonnen Steinkohleeinheiten. Wenn auf der Basis der Wachstumsrate während der 10. Fünfjahresperiode das chinesische BIP in der 11. Fünfjahresperiode jährlich um durchschnittlich 10 Prozent wachsen sollte, dann dürfte der jährliche nationale Energieverbrauch im Schnitt um nicht mehr als 5,2 Prozent ansteigen.

Tatsächlich ist das Ziel der zwanzigprozentigen Senkung des Energieverbrauchs während der 11. Fünfjahresperiode nicht nur ein wirtschaftliches Ziel, es ist auch ein politisches Versprechen der chinesischen Regierung gegenüber der Welt und gegenüber dem eigenen Volk. Dieses Versprechen bewies den politischen Willen und die Entschlossenheit der chinesischen Regierung, Energieeinsparung und Emissionsreduktion voranzutreiben, sich dem Klimawandel zu stellen und eine CO_2-arme Wirtschaft aufzubauen. Diese Zielsetzung ist der erste große Versuch Chinas auf dem Weg zu einer CO_2-armen Wirtschaft. Ihre politische Bedeutung ist weit größer als ihre ökonomische.

Doch Chinas Reduktionspolitik hält tatsächlich nicht Schritt mit der übrigen Welt. China übernimmt als Entwicklungsland bis heute keine konkreten Minde-

1 Kilogramm je Dollar.

rungsverpflichtungen, es macht keine öffentlichen Zusagen und leistet keine Beiträge für den Abschluss einer globalen Reduktionsvereinbarung.

Die öffentliche Zusage einer Reduktionsverpflichtung vor der Welt und die Festlegung nationaler Reduktionszielmarken durch die chinesische Regierung würde die Fortschritte bei der innerchinesischen Emissionsminderung gewaltig beschleunigen. Die Beteiligung Chinas an internationalen Verhandlungen und schließlich einem globalen Regime gegen den Klimawandel sowie die Akzeptierung entsprechender Verhaltensregeln könnte zu einer Triebkraft und Chance für eine gute Regierungsführung auf dem Gebiet der Energie- und Umweltpolitik werden. Eine Verschlimmerung der Situation beim Klimawandel wird den Druck auf die einzelnen Länder bei der Emissionsreduktion ohnehin verschärfen. Sich nicht aus eigener Initiative den Reihen der emissionsreduzierenden Länder der Welt anzuschließen würde auch die Option für einen allgemeinen Krieg um Ressourcen bedeuten, einen lautlosen Krieg im Untergrund.

Langfristig gesehen wäre eine offene Reduktionszusage kongruent mit der von der chinesischen Regierung verkündeten Philosophie eines «wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts» und des «Aufbaus einer ökologischen Zivilisation». Und die Inhalte, die Ziele und Umsetzungsprozesse einer solchen Zusage wären ebenfalls kongruent mit den Inhalten, Zielen und Prozessen der Pläne zur «Gewährleistung der nationalen Energiesicherheit», zur «Antwort auf den Klimawandel» und zum «Aufbau einer ressourcenschonenden und umweltfreundlichen Gesellschaft».

Die Koordinaten der globalen Road Map für die Emissionsreduktion sind klar:

- Bis 2020 muss die Emission von Treibhausgasen ihren Zenit erreicht haben.
- Bis 2030 muss die jährliche Emission von Treibhausgasen unter 35 Milliarden Tonnen (Kohlendioxid-Äquivalenten, CO_2e) liegen.
- Bis 2050 muss die jährliche Emission von Treibhausgasen unter 20 Milliarden Tonnen CO_2e liegen.

Meiner Meinung nach sollte die chinesische Road Map für die Ausstoßminderung mit der globalen Road Map synchronisiert und in drei Schritte bzw. Phasen unterteilt werden:

- Bis 2020 muss die Emission von Treibhausgasen ihren Zenit erreicht haben.
- Bis 2030 muss die jährliche Emission Chinas unter 2,2 Milliarden Tonnen CO2e liegen. Dazu Umsetzung einer Senkung des CO_2-Ausstoßes auf das Niveau von 1990.
- Bis 2050 muss die jährliche Emission Chinas unter 1,1 Milliarden Tonnen CO_2e liegen. Umsetzung einer Senkung des CO_2-Ausstoßes auf die Hälfte des Niveaus von 1990.

Ob China eine öffentliche Zusage zur Emissionsreduktion macht und eine Road Map zur Reduktion veröffentlicht oder nicht – es geht dabei auch um wichtige strategische Entscheidungen Chinas bezüglich seiner langfristigen Entwicklung. Im Grunde geht es darum, ob Chinas nationale Interessen mit den Entwicklungsinteressen der Menschheit kongruent sind.

Wenn China ein ernstes Versprechen zur Reduktionsverpflichtung abgibt, dann ergeben sich zwei Fragen: Welche Zusage wird genau gemacht? Wie kann das Ziel erreicht werden?

Vor einer solch bedeutenden Entscheidung sollte die chinesische Führung die strategische Entwicklungsrichtung Chinas festlegen. Eine entsprechende Reduktionszusage kann die derzeitige Führung unmöglich während ihrer eigenen Amtszeit umsetzen. Sie braucht dies auch nicht zu schaffen, man muss darauf vertrauen, dass die nachfolgenden Generationen klüger sind als wir. Ein solches Projekt kann nur durch die unablässigen Bemühungen mehrerer Generationen verwirklicht werden.

Seit 1750 hat die Welt vier industrielle Revolutionen erlebt: Die erste war die industrielle Revolution in England, eine von China verpasste Chance. Die zweite war die industrielle Revolution in Amerika in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – auch diese Chance hat China verpasst. Die dritte war die Informationsrevolution in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Damals hat die Führung Chinas diese historische Veränderung mit wachem Sinn erkannt, und das Land hat diese Gelegenheit beim Schopf gepackt.

Im 21. Jahrhundert kommt die vierte industrielle Revolution auf die Menschheit zu – die grüne industrielle Revolution. Und man kann sagen, dass die genannten globalen Emissionsminderungen das Symbol dieser grünen industriellen Revolution sind. Wenn wir nun bei den ersten beiden industriellen Revolutionen unsere Chance verpasst haben und bei der dritten nur Mitläufer waren, dann hoffen wir, dass wir bei der vierten industriellen Revolution Anführer, Neuerer und treibende Kraft sein werden, dass wir zusammen mit den USA, Europa und Japan von der gleichen Startlinie aus die Führung dieser Revolution übernehmen.

3 Wie kann China die notwendige Energieeinsparung und Emissionsreduktion bewerkstelligen?

Große Teile der Bevölkerung Chinas weisen bereits einen hohen HDI oder einen hohen mittleren HDI auf, gehören also zur Ersten und zur Zweiten Welt. Wir schätzen, dass bis 2010 etwa 42 Prozent der Bevölkerung des Landes zur Guppe mit einem hohen HDI gehören werden. Wenn bis 2020 Chinas Pro-Kopf-BIP auch nur den weltweiten Durchschnittswert erreicht, dann steigt sein HDI auf 0,87 bis 0,88 – China wird dann also in seiner Gesamtheit zur Gruppe mit einem hohen HDI gehören. Denn es ist charakteristisch für das chinesische Entwicklungsmodell, dass das Durchschnittseinkommen im Vergleich zu den entwickelten Nationen noch relativ gering ist, doch der Lebensstandard erreicht im Weltvergleich bereits einen relativ hohen HDI. In Bezug auf die Emissionsreduktion ist China noch mehr in der Lage, globale Verpflichtungen zu übernehmen.

Auf der Basis der Gesamtmengen der «Karbonquellen» und «Karbonsenken» der einzelnen Provinzen (bzw. Selbstverwaltungsgebiete und regierungsunmittelbaren Städte) können für alle Regionen Chinas die Gesamtmengen der Netto-Karbonquellen errechnet werden (als «Karbonquellen» werden die Prozesse, Aktivitäten und Mechanismen bezeichnet, durch die CO_2 in die Atmosphäre freigesetzt wird; als «Karbonsenken» die Prozesse, Aktivitäten und Mechanismen, durch die CO_2 aus der Atmosphäre entfernt wird). Das erste Lager bilden hier Zhejiang, Liaoning, Guangdong und Jiangsu. Die Netto-Karbonquellen dieser vier Provinzen haben einen Anteil von 21,42 Prozent an Chinas Gesamtmenge, dazu handelt es sich bereits um Regionen mit hohem HDI. Sie gehören also zur Ersten Welt und den Regionen mit unbedingter Reduktionspflicht. Deswegen müssen diese vier Provinzen nicht nur zwingend reduzieren, ihr Reduktionsumfang muss auch wesentlich größer sein als der der globalen Road Map für Emissionsreduktion. Nach unseren ersten Vorstellungen sollte die Emissions-Road-Map dieser Provinzen, die Regionen mit hohem HDI sind und zugleich hohe Netto-Karbonquellen, noch radikaler sein:

- Erste Phase: Die CO_2-Emission sollte noch vor 2012 in ihre Zenitphase eintreten.
- Zweite Phase: Nach 2020 sollte der CO_2-Ausstoß so stark gesenkt werden, dass das Emissionsniveau von 1990 erreicht wird.
- Dritte Phase: Bis 2030 sollte eine Senkung des CO_2-Ausstoßes auf die Hälfte des Niveaus von 1990 erreicht werden.

Die Netto-Karbonquellen der drei regierungsunmittelbaren Städte Shanghai, Peking und Tianjin haben einen Anteil von 5,78 Prozent an der nationalen Gesamtmenge.

Es sind gleichzeitig Regionen mit hohem HDI, deshalb sollte ihre Reduktions-Road Map mit der globalen Road Map synchron sein, auch sie gehören ins erste Lager der Emissionsminderung.

Das zweite Lager bilden die sechs Provinzen Hebei, Shandong, Shanxi, Henan, Hubei und Hunan, deren Netto-Karbonquellen für 48,89 Prozent der nationalen Gesamtmenge stehen. Sie sind Gebiete mit hoher Emission. Doch es sind Regionen mit einem hohen mittleren HDI, also Regionen der bedingten Emissionsreduktion. Ihr Reduktionsumfang wird bestimmt durch die Differenz zwischen ihrem eigenen und dem durchschnittlichen nationalen Netto-Karbonquellenniveau, ausserdem durch die Abweichung ihres eigenen HDI vom Wert 0,8.

Das dritte Lager bilden die drei Provinzen Yunnan, Qinghai und Tibet. Sie sind negative Karbonquellen, Gebiete mit negativer Emission. Der absolute Wert ihrer Karbonquellen entspricht 2,2 Prozent der Gesamtmenge der Netto-Karbonquellen der anderen Provinzen bzw. regierungsunmittelbaren Städte und Selbstverwaltungsgebiete. Sie sollten von den anderen Provinzen Umwelt-Ersatzleistungen bekommen.

Die restlichen 15 Provinzen (bzw. Selbstverwaltungsgebiete, eine regierungsunmittelbare Stadt) bilden – mit der Ausnahme von Guizhou – das vierte Lager. Es sind Gebiete mit hohem mittlerem HDI, Gebiete der bedingten Emissionsreduktion. Wenn sie in den hohen HDI-Bereich aufrücken (höher als 0,8), dann werden aus diesen bedingten Reduktionsgebieten unbedingte Reduktionsgebiete.

Derzeit erfolgen die außenpolitischen Entscheidungen Chinas zum Klimawandel unter asymmetrischen Informationsbedingungen. Wenn sich die chinesische Führung klarer wird über die Gefahren des Klimawandels und die Position des Landes, dann wird auch klarer werden, was für ein Verantwortung China angesichts dieses Problems trägt. Wenn China es aber nicht zuwege bringt, sich seiner eigenen Verantwortung deutlich zu werden, wenn es auf der Kopenhagener Konferenz keine Zusagen zur Reduktion der Treibhausgase macht, dann wird Indien natürlich auch keine Zusagen machen. Wenn zwei Länder keine Zusagen machen, die für jeweils 20 Prozent der gesamten globalen Treibhausgasemissionen stehen, dann werden auch die Anstrengungen der EU-Länder nichts bringen.

Fazit: Das Zustandekommen einer globalen Vereinbarung zur Emissionsreduktion fördern, einen grünen Beitrag für die Welt leisten!

Seit Beginn der Reform und der Öffnung hat China in dreierlei Hinsicht wichtige Beiträge für die Menschheitsentwicklung erbracht: einen Beitrag zum weltweiten Wirtschaftswachstum, einen Beitrag zum Wachstum des Welthandels und einen Beitrag zur Verringerung der Zahl der Menschen in Armut. Diese drei Beiträge werden von der ganzen Welt anerkannt, besonders der Beitrag zur Armutsbekämpfung.

Im Jahre 2007 hat Präsident Hu Jintao angekündigt, dass sich China bis 2020 als ein Land mit noch größerer Öffnung und Anziehungskraft positionieren wird, als ein Land, das noch größere Beiträge für die menschliche Zivilisation erbringt. China muss in den vor uns liegenden Jahrzehnten noch zwei weitere große Beiträge für die Menschheit leisten: einen grünen Beitrag und einen Wissens-Beitrag. Der grüne Beitrag wird der größte sein, den China im 21. Jahrhundert für die Menschheit erbringt. China muss unter den Entwicklungsländern bei der Minderung des Treibhausgasausstoßes vorangehen. Es muss das Land mit dem größten Zuwachs an Wäldern sein, die als Karbonsenken dienen können. Es muss eine Reduktions-Road-Map bekanntgeben und alle Anstrengungen unternehmen, um seinen Karbonausstoß bis 2050 auf die Hälfte des Niveaus von 1990 zu verringern.

Kurzfristig muss die chinesische Führung das Fenster der Kopenhagener Weltklimakonferenz in vollem Umfang nutzen. Sie muss so bald wie möglich Reduktio-

onsverpflichtungen für China übernehmen, eine Reduktions-Road-Map für das Land verkünden, das Zustandekommen einer globalen Reduktionsvereinbarung vorantreiben und eins der führenden Länder im globalen Klimaregime werden.

Langfristig muss die chinesische Führung die Entwicklung einer CO_2-armen Wirtschaft und die Verpflichtung zur Emissionsminderung von der hohen Warte der Interessen der ganzen Menschheit betrachten. Sie muss das Land zur Verwirklichung einer wirtschaftlichen Transformation und einer regulativen Transformation führen und so einen grünen Beitrag für die Menschheit leisten.

Übersetzt von Rupprecht Mayer

V. Visionen für ein neues China

Nach offizieller Lesart befindet sich China im Anfangsstadium des Sozialismus und arbeitet weiter an der Vervollkommnung der «demokratischen Politik des Sozialismus». Alle fünf Jahre hält die Kommunistische Partei Chinas ihren Kongress ab, um die ideologische und politische Marschrichtung festzulegen.

Unter chinesischen Intellektuellen, aber auch innerhalb der Partei gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie umfassend und – vor allem – wie schnell weitere politische Reformen ausfallen sollen. Im Vorfeld des Parteitags sind daher die Debatten über die künftige Politik besonders lebendig. Die beiden letzten Texte sind im Vorfeld des 17. Parteikongresses 2007 entstanden.

Liu Junning bricht mit seinem Text ein Tabu. Er glaubt nicht an graduelle administrative Reformen innerhalb des bestehenden Systems; daher fordert er eine echte politische Reform von Partei und Regierung. Sein Text basiert auf dem Vortrag, den er 2007 auf dem Elitenforum ICON der China Southern Airlines hielt. Die schriftliche Ausfertigung wurde in verschiedenen Internetpublikationen veröffentlicht.

Yu Keping hält ein Plädoyer für die Demokratie, für die er langfristig keine Alternative sieht. Er weist aber auch auf die Defizite und Gefahren einer demokratischen Ordnung hin und fordert eine Demokratisierung, die in Art und Tempo an die chinesischen Umstände angepasst ist. Sein 2006 veröffentlichter Essay wurde in etlichen Zeitungen nachgedruckt, unter anderem in der Zeitschrift der Zentralen Parteihochschule. Er war Gegenstand vieler Kommentare und gab den Startschuss zu einer intensiven Demokratiedebatte in den Monaten vor dem 17. Parteikongress im Oktober 2007.

Liu Junning 刘军宁

Von den Reformen zur Systemreform:

Was entscheidet über die Zukunft Chinas?

Die Geschichte der Volksrepublik China begann im Jahre 1949. Seitdem hat China drei Phasen durchlaufen: die Jahre von 1949 bis 1976, von 1976 bis 1978 und von 1978 bis 2007. In den fast dreißig Jahren der letzten Phase lautet das Schlüsselwort «Reformen».

Im Jahre 1978 wurde in China der Reformkurs eingeschlagen. Hätte man damals nicht begonnen, China zu reformieren, dann wäre der Staatsapparat zusammengebrochen.

Mit dem folgenden Bild möchten wir die von China gewählte Art der Reform veranschaulichen: Wenn ein Gebäude Schäden aufweist, aber seine Konstruktion noch solide ist, kann man das Problem durch Umbau oder Stabilisierung lösen. Wenn aber seine Fundamente nicht mehr tragfähig sind, muss man das Gebäude abreißen und neu errichten. Dieser Gedanke kommt einem auch bei der Beurteilung des Fundaments des chinesischen Systems. 1978 lautete das Urteil von Deng Xiaoping: Die Gesellschaftsstruktur Chinas ist mit Problemen behaftet, aber diese Probleme sind nicht existenzgefährdend. Die Situation kann durch stabilisierende Maßnahmen geändert werden, d. h. der Sozialismus kann sich durch Reformen selbst verbessern. Daraufhin schlug China den Weg gradueller Reformen ein. Das Gebäude des Sozialismus sollte durch schrittweise Reformen, durch Stabilisierung und Umbau wieder solider und standfester werden. So begann in China das Zeitalter der Reformen.

Diese graduellen Reformen haben ihre Besonderheit: Sie erstrecken sich nur auf die Oberfläche des Systems, nicht auf seine Substanz. Man führt nur Wirtschaftsreformen, aber keine politischen Reformen durch. Man führt einige Neuerungen ein, ohne jedoch den alten Kern zu berühren. Es handelt sich also um eine stufenweise Reform.

Es sind Reformen von oben nach unten. Jede Reformmaßnahme muss vom Zentralkomitee der Partei genehmigt werden und wird als zentrale Entscheidung auf allen Ebenen durchgeführt.

Es sind Stop-and-go-Reformen, die keine klaren Standards haben. Man weiß vorher nicht genau, welche Maßnahmen durchführbar sind und welche nicht.

Nach fast dreißig Reformjahren hat China unbestreitbare Erfolge erzielt, aber nicht an die Grundlagen des alten Systems gerührt und nicht dessen fundamentale Probleme gelöst. Es sind außerdem einige neue Krisen und Probleme entstanden und drängend geworden. Die Reformen im Rahmen des gegenwärtigen Systems sind nun an ihre Grenzen gestoßen. Im nächsten Reformschritt muss man die Grundstruktur angehen. Offensichtlich hat sich die Partei noch nicht zu diesem Schritt entschlossen, aber das bedeutet keinesfalls, dass der derzeitige Zustand

beibehalten werden kann. Wie wird das Schlüsselwort in China nach dem Ende der Reformen lauten? Wenn es in den letzten dreißig Jahren «Reformen» hieß, so wird es in Zukunft «Systemreform» heißen.

Die «Systemreform» hat folgende Dimensionen:

Erstens, die Umstellung von Plan auf Markt, von Staatsunternehmen auf Privatbetriebe. Obwohl China eine Marktwirtschaft hat, kann man aus den Berichten über die Ölversorgung in Südchina bzw. Guangdong ersehen, dass der Ölpreis in einem hohen Maß von der Regierung kontrolliert wird. Bei den meisten börsennotierten Unternehmen Chinas ist der Staat Mehrheitseigner. Die chinesische Wirtschaft hat sich quasi nur den Deckmantel einer Marktwirtschaft umgelegt.

Zweitens, die Umstellung von Diktatur auf Demokratie. Die chinesische Verfassung legt eindeutig fest, dass das grundlegende System Chinas die demokratische Diktatur ist. Den Begriff «demokratische Diktatur» kann man in seine Bestandteile zerlegen – was wir sehen, ist eher eine Diktatur als eine Demokratie. Wenn in der Verfassung außerdem steht, man müsse an einer bestimmten Diktatur festhalten, egal an welcher, dann ist in meinen Augen die Transformation des chinesischen Systems nicht gelungen. China kann nicht unter einer Diktatur leben.

Drittens, China muss in seinem Wesen von einem Staat des Volkes zu einem Staat der Bürger werden. Der Begriff «Volk» ist in vielen Ländern ein ganz allgemeiner Begriff, ohne besondere Bedeutung. In China ist er jedoch stark politisiert, äußerst abstrakt und bezogen auf ein Kollektiv. So ist die Bezeichnung «Volksrepublik China» ein Widerspruch in sich, denn mit «Volk» ist nur ein Teil der Menschen gemeint. Wenn also ein Staat nur einem Teil der Menschen gehört, dann kann er nicht republikanisch sein.

Meiner Meinung nach muss China in den nächsten dreißig Jahren zumindest in den oben genannten Bereichen eine Systemreform durchführen.

Waren die Reformen der letzten dreißig Jahre durch materielle Überlegungen motiviert, so muss die Systemreform aus ideellen Überzeugungen erfolgen. Nicht Wissenschaft und Institutionen bestimmen die Zukunft Chinas, sondern ideelle Überzeugungen. Der Hintergrund der gegenwärtigen Systemkrise ist eine Glaubenskrise. Der Glaube hat etwas Einzigartiges: Er verhilft den Gläubigen zu einer höheren moralischen Ebene, er macht den Unterschied zwischen den Menschen, den Unternehmen und den Staaten aus.

Es wird angenommen, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Politik machten die Unterschiede zwischen den Staaten aus. Das sind jedoch nur oberflächliche Erscheinungen. In Wirklichkeit sind die Unterschiede im System die Hauptursache für die Unterschiede zwischen den Staaten. Die chinesische Regierungspartei ist davon überzeugt, dass die Überlegenheit Chinas in der Überlegenheit des sozialistischen Systems begründet ist und sich China durch eben dieses System vorteilhaft von den anderen Staaten unterscheidet. Das zeigt, dass die KP ebenfalls der Ansicht ist, dass die Systemunterschiede die Verschiedenheit der Staaten bedingen. Der wahre Unterschied liegt jedoch in den ideellen Überzeugungen, die dem jeweiligen System zugrunde liegen. Die Essenz eines Systems – das sind die ideellen Überzeugungen. Das System, das wir meinen, ist kein anderes als das freiheitliche System einer konstitutionellen Demokratie! Die ideellen Überzeugungen sind keine anderen als die universellen Werte Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte!

Übersetzt von Barbara Hoster

Yu Keping 俞可平

Demokratie ist eine gute Sache

Demokratie ist eine gute Sache. Das wird aber von bestimmten Einzelpersonen, einigen Funktionären nicht anerkannt. Für den ganzen Staat, die gesamte Nation und die breite Bevölkerung aber ist das gültig. Offen gestanden ist es doch so, dass die Demokratie für diejenigen Funktionäre, bei denen sich alles um die eigenen Interessen dreht, nicht nur keine gute Sache, sondern ein Problem ist und sogar eine schlechte Sache. Unter demokratischen politischen Bedingungen müssen die Funktionäre ja demokratisch gewählt und von der Mehrheit unterstützt werden. Die Bürger überwachen die Befugnisse der Funktionäre, so dass sie diese nicht grenzenlos missbrauchen können. Zudem müssen sie dann auf gleicher Augenhöhe mit den Bürgern verhandeln. Allein diese beiden Eigenschaften der Demokratie missfallen vielen. Aus diesem Grund kann eine demokratische Politik nicht von selbst in Gang kommen. Sie muss vom Volk und von den die Interessen des Volkes vertretenden Regierungsbeamten vorangetrieben und in die Praxis umgesetzt werden.

Demokratie ist eine gute Sache. Das heißt nicht, dass alles in der Demokratie perfekt ist. Sie hat auch Schwächen. In der Tat kann die Demokratie die Bürger zu Demonstrationen auf die Straße treiben und damit möglicherweise die Stabilität des Landes ins Wanken bringen. Sie macht einiges, was im nichtdemokratischen System sehr einfach ist, nun kompliziert und manchmal geschieht auch Überflüssiges. Dadurch erhöht sich der Preis der Politik und des Regierens. Demokratie bedarf fortwährender Konsultationen und Diskussionen. Das kann dazu führen, dass sofort zu fällende Entscheidungen auf die lange Bank geschoben werden und dadurch die Effizienz des Regierens sinkt. Demokratie kann auch von Populisten missbraucht werden, um die Bevölkerung zu täuschen. Trotz alledem, die Demokratie ist das beste politische System unter allen, die bislang in der Geschichte der Menschheit erfunden und praktiziert wurden.

Demokratie ist eine gute Sache. Das heißt nicht, dass sie nach Willkür handelt und alle Probleme löst. Demokratie ist ein politisches System, das garantiert, dass die Souveränität beim Volk liegt. Sie ist eines unter vielen Systemen. Sie dient in der Hauptsache dazu, das politische Leben der Menschen zu regeln. Sie ersetzt nicht die anderen Systeme, die das Gesamtleben der Menschen regeln. Die Demokratie hat ihre Unzulänglichkeiten. Sie kann nicht alles heilen, nicht alle Probleme der Menschheit lösen. Dennoch garantiert die Demokratie die Grundrechte der Menschen und bietet ihnen gleiche Chancen. Die Demokratie selbst gehört zu den Grundwerten der Menschheit. Demokratie ist nicht nur ein Mittel der Lebensführung, sie ist mehr, sie ist das Ziel der Entwicklung der Menschheit. Sie dient nicht nur als Mittel, um andere Ziele zu erreichen. Vielmehr entspricht sie dem Wesen

des Menschen selbst. Auch wenn die Menschen den höchsten materiellen Lebensstandard erreicht haben, also die beste Kleidung, die beste Verpflegung, die beste Wohnqualität und die schnellsten Transportmittel, bleibt das Leben der Menschen unvollständig, wenn die demokratischen Rechte fehlen.

Demokratie ist eine gute Sache. Das heißt nicht, dass sie keinen schmerzlichen Preis kosten würde. Die Demokratie kann das Rechtssystem beschädigen und die gesellschaftliche und politische Ordnung für einen Moment außer Kontrolle geraten lassen. Sie kann mitunter sogar das sozialökonomische Wachstum behindern. Die Demokratie kann den Frieden im Staat stören und die politische Teilung des Landes verursachen. Das demokratische Verfahren kann einige wenige Diktatoren auf die politische Bühne heben. All das ist bereits im realen Leben der Menschen vorgekommen und kann sich immer wiederholen. So gesehen scheint der Preis der Demokratie manchmal so hoch, dass man ihn nicht zu zahlen bereit ist. Gleichwohl, das sind letztlich nicht Fehler der Demokratie selbst, sondern Fehler von Politikern. Manche Politiker kennen die objektiven Gesetzmäßigkeiten der demokratischen Politik nicht. Sie missachten historische Bedingungen der Gesellschaft und überspringen historische Entwicklungsphasen. Wenn man die Demokratie vorantreiben will, ohne dabei die Realität zu berücksichtigen, bewirkt man das Gegenteil des Erhofften. Einige Politiker benutzen die Demokratie als Instrument zur Machtergreifung. Sie tun das im Namen der Demokratie, um die Gunst des Volkes zu gewinnen und das Volk zu betrügen. Für sie ist die Demokratie nur ein Wort, ein Schein. In Wirklichkeit wollen sie die Diktatur, bei der sich alles um die Macht dreht.

Demokratie ist eine gute Sache. Das heißt nicht, dass sie an keine Bedingungen geknüpft ist. Die Demokratie zu realisieren setzt notwendige wirtschaftliche, kulturelle und politische Bedingungen voraus. Demokratie voranzutreiben, ohne die vorhandenen Bedingungen zu berücksichtigen, kann für den Staat und das Volk zu Katastrophen führen. Politische Demokratisierung entspricht der Entwicklungstendenz der Geschichte. Es ist eine Notwendigkeit, dass alle Länder in der Welt fortwährend auf dem Weg der Demokratisierung voranschreiten. Allerdings hängen die Wahl der Zeit, das Tempo, die Art und Weise und das gewählte System von den gegebenen Bedingungen ab. Eine ideale demokratische Politik ist mit dem Wirtschaftssystem und -niveau der Gesellschaft sowie mit der Geopolitik und dem internationalen Umfeld verbunden. Sie hat auch etwas mit der politischen und kulturellen Tradition des Landes, mit den politischen Akteuren, der Bildungsqualität und Lebensgewohnheit der Bevölkerung zu tun. Die Frage, wie mit den geringsten politischen und gesellschaftlichen Kosten die größte Effizienz der Demokratie gewonnen werden kann, fordert die Intelligenz der Politiker und des Volkes heraus. In diesem Sinne gleicht die demokratische Politik der politischen Kunst. Demokratische Politik voranzutreiben, bedarf der aufwändigen Systemkonstruktion und großer politischer Fähigkeiten.

Demokratie ist eine gute Sache. Das heißt nicht, dass sie das Volk zu einer Handlung zwingen darf. Der wesentlichste Sinn der Demokratie ist die Herrschaft durch das Volk und die Wahl der Regierung durch das Volk. Obwohl die Demokratie eine gute Sache ist, darf niemand und keine politische Institution im Namen der Demokratie dem Volk diktieren, was zu tun oder zu lassen ist. Demokratie braucht Aufklärung, Rechtsstaatlichkeit und Autorität. Sie braucht auch Gewalt zur Wahrung und Aufrechterhaltung der alltäglichen Ordnung. Aber die grundlegende Methode zur Durchführung der Demokratie kann nicht der Zwang durch den Staat sein, sondern nur das Einverständnis des Volkes. Da die Demokratie die Herrschaft des Volkes ist, muss die selbstbestimmte Wahl des Volkes respektiert werden. Innenpolitisch gesehen, handelt es sich um politische Diktatur und nackte Gewalt, wenn eine Regierung das Volk mit Zwangsmitteln nötigt, ein von ihm nicht gewähltes System anzunehmen. Und wenn ein Staat mit Gewalt anderen Völkern das eigene

sogenannte demokratische System aufzwingt, dann handelt es sich um eine internationale politische Diktatur und internationalisierte nackte Gewalt. Sowohl die innenpolitische wie die internationale Diktatur würden das Wesen der Demokratie in ihr Gegenteil verkehren. Wir bauen zur Zeit ein sozialistisches, modernes, starkes Land chinesischer Prägung. Für uns ist die Demokratie daher umso mehr eine gute Sache. Sie darf nicht fehlen. Die marxistischen Klassiker haben bereits gesagt, dass es keinen Sozialismus gibt ohne Demokratie. Kürzlich hat der Staatspräsident Hu Jintao noch einen weiteren Schritt mit dem Hinweis getan, dass es keine Modernisierung ohne Demokratie gibt. Freilich bauen wir zur Zeit eine sozialistische demokratische Politik mit chinesischem Charakter. Zum einen müssen wir uns dabei alle Errungenschaften der politischen Zivilisation der Menschheit, zu denen auch die demokratische Politik gehört, zu Eigen machen. Andererseits kopieren wir keine ausländischen politischen Modelle.

Der Aufbau unserer demokratischen Politik muss eng mit der kulturellen und historischen Tradition und den realen sozialen Bedingungen unseres Landes verbunden sein. Nur so kann das chinesische Volk wahrhaftig die süßen Früchte der demokratischen Politik genießen.

Aus dem Chinesischen von Erning Zhu

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift *Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*